

BUNDESKONGRESS 2025

# BESCHLUSSBUCH

**ZUKUNFT WIRD MIT  
UNS GEMACHT**



**JUSOS**

## **Inhaltsverzeichnis**

### **A - Leitantrag**

A01 Zukunft wird mit uns gemacht! Arbeitsprogramm 2025–2027	15
---	----

**F - Frieden & Internationales**

F01 Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition	34
---	----

**G - Gleichstellung, Feminismus & Gender**

G01	Keine Steuerschlupflöcher für Patriarchat und Diskriminierung – Gemeinnützigkeit reformieren	39
G02	Gegen den Druck von Antifeminist*innen - Intersektionales Erinnern an sog. Trostfrauen!	41

**I - Inneres, Justiz & Verbraucher\*innenschutz**

I04	Die Scham muss die Seite wechseln: Gegen das strafrechtliche und gesellschaftliche Versagen im Umgang mit sexualisierter Gewalt!	43
I06	Keine Deutschen nach Merz' Gnaden – Doppelstaatler*innen dürfen nicht zu Deutschen zweiter Klasse werden	48
I09	Grundrechte hören nicht an der Haustür auf	50

**K - Kampf gegen Rechts**

K01	Wir im Kampf gegen Rechts	86
K02	Es rettet uns kein höheres Wesen - das schöne Leben gemeinsam erkämpfen!	98

**M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik**

M03	Kein Zurücklassen: Aufnahme afghanischer Frauen, queerer und kranker Menschen sichern	102
M01	Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich! Für ein freies, gerechtes Syrien!	106
M02	Das Recht auf Leben – klimabedingte Migration solidarisch gestalten	111
M05	Seenotrettung als Pflicht - Weil Menschenrechte nicht verhandelbar sind!	113

**N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales**

N08 Schluss mit Deepfake-Gewalt – her mit zeitgemäßem Opferschutz!

119



**O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales**

- 001 Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unser Feminismus nicht! Für eine gerechte und inklusive Stadtentwicklung 123

**P - Pflege, Gesundheit & Soziales**

P01	Unser Sozialleistungskonzept - einmal hin, alles drin	138
P02	Den Sozialstaat abbauen? - Nicht mit uns!	143
P03neu	Psychische Gesundheit ist kein Luxus – Versorgungslücken für Geflüchtete schließen, Teilhabe sichern!	147

**R - Rente, Generationen & Familie**

R01	Inklusive Jugendhilfe - Hilfen aus einer Hand für junge Menschen mit und ohne Behinderung	149
R02	Kinderschutz ist Pflicht – für starke Strukturen, verbindliche Rechte und echte Prävention	153

**U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit**

U01	Für eine entschlossene internationale Klimapolitik - globale Klimagerechtigkeit jetzt!	160
-----	--	-----

**V - Verkehr & Infrastruktur**

V01 Fliegen? Eine Frage der K(l)asse

166

**W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik**

W01	Internationalistische Verteilungsgerechtigkeit - We must dare to invent the future!	168
W05neu	Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung	176

**Ini - Initiativanträge**

Ini03	Wir gehören zum Stadtbild: Für ein sofortiges Ende der rassistischen Politik	56
Ini02	All Access: Pop, Sport und Streaming gehören uns - Monopole vergesellschaften!	61
Ini04	Unsere jungsozialistische Verantwortung im Nahen Osten: Eine gerechte Friedensordnung!	64
Ini01	Unsere Forderungen für einen gerechten Sozialstaat!	75

## Antrag A01: Zukunft wird mit uns gemacht! Arbeitsprogramm 2025–2027

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Leitantrag

### 1 I. Wir Jusos

2 Seit über 120 Jahren treten wir Jusos für die Verwirklichung des demokratischen  
3 Sozialismus ein. Wir sind der Überzeugung, dass die kapitalistische Marktwirtschaft  
4 nicht das Ende der Geschichte ist und dass eine bessere Zukunft insbesondere für  
5 unsere Generation in einer grundsätzlich gerechteren Gesellschaft verwirklicht werden  
6 muss. In kritischer Solidarität fordern wir von der SPD einen dringend notwendigen  
7 linken Kurswechsel. Wir werden nach Außen und in Bündnissen für ein Wiedererstarken  
8 der gesellschaftlichen Linken streiten. „Sozialismus oder Barbarei“ formulierte Rosa  
9 Luxemburg Anfang des 20. Jahrhunderts. Und genau vor dieser Entscheidung stehen wir  
10 mit Blick auf die gesellschaftlichen Realitäten erneut. Wir stehen bereit und kämpfen  
11 für eine wirklich freie und gleiche Gesellschaft und gegen den gesellschaftlichen  
12 Rechtsruck.

### 13 II. Wir in der politischen Linken

14 Wir erleben in den letzten Jahren, wie die politische Linke und andere progressive  
15 Kräfte zunehmend unter Druck geraten. Rechte und konservative Narrative bestimmen die  
16 öffentliche Debatte, obwohl sie wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren und ihre  
17 politischen Konzepte vielfach erprobt und ebenso oft gescheitert sind. Gewalt und  
18 Repression von Rechts nehmen zu. Während sich Rechte absurderweise als  
19 Verfechter\*innen der Meinungsfreiheit geben, richtet sich ihr Hass und ihre Hetze  
20 gegen all jene, die nicht in ihr überkommenes Weltbild passen. Insbesondere  
21 gesellschaftlich marginalisierte Gruppen sind betroffen und sind in Lebensgefahr.  
22 FINTA, BIPOC, Queers und weitere besonders Betroffene leiden besonders unter den  
23 Bemühungen gesellschaftliche Verbesserungen zurückzudrehen und ihnen zustehende und  
24 hart erkämpfte Rechte wieder zu entziehen. Wir stellen fest, dass rechte  
25 Einflussnahme, Propaganda und Hetze leider auch in Teilen der jungen Generation  
26 erfolgreich ist.

27 Die politische Linke und die Jusos als Teil derer dürfen diese Entwicklung nicht  
28 akzeptieren, jedoch ist die politische Linke in die Defensive geraten. Aus dieser  
29 gilt es, sich zu befreien. Das gelingt nur, wenn wir Selbst in die Offensive im  
30 gesellschaftlichen Diskurs kommen. Es reicht nicht, sich gegen Debattenverschiebungen  
31 von Rechts zu verteidigen und rechte Politiken zu kritisieren, wir müssen mit eigenen  
32 Konzepten die Blockbildung zwischen Kapitalist\*innen, rechtsradikalen und  
33 rechtskonservativen Politiker\*innen und Medienunternehmen durchbrechen. Die  
34 politische extreme Rechte krankt an ihrer inneren Widersprüchlichkeit. Sie  
35 inszenieren sich selbst als Kämpfer\*innen für die „kleinen Leute“. Tatsächlich  
36 betreiben sie knallharte Klassenpolitik im Sinne der kapitalistischen Elite, die sich  
37 mit ihren Spenden längst bei ihnen eingekauft haben. Die Rechte gibt sich als  
38 intellektuelle Elite. De facto sind sie eine Ansammlung hasserfüllter Hetzer\*innen,



39 korrumpiert von Diktaturen, mit denen sie einen gemeinsamen Nenner in ihrer  
40 Verachtung der Würde und der Freiheit aller Menschen finden.

41 Es ist unsere Aufgabe, den Kampf gegen den Aufstieg rechter Parteien zu gewinnen. Als  
42 sozialistische Linke kennen wir die Ursachen für den Erfolg der Rechten: Die  
43 kapitalistische Wirtschaftsweise hat den Zweck, Reichtum für einige wenige  
44 Kapitalisten zu schaffen, indem die große Mehrheit der arbeitenden Gesellschaft  
45 systematisch ausgebeutet wird. Sie ist damit Grund für die Armut sowie die Angst vor  
46 sozialem Abstieg, die viele am eigenen Leib erfahren. Während der Kapitalismus Allen  
47 Selbstverwirklichung und Wohlstand verspricht, hält er dieses Versprechen immer nur  
48 für eine kleine Minderheit ein. Die politische Rechte agitiert in dieser vom  
49 Kapitalismus zerrütteten Gesellschaft mit Hetze gegen Minderheiten und diffuse  
50 politische Eliten. Unsere Antwort darauf ist: Aufklärung über die kapitalistische  
51 Wirtschaftsweise als Ursache für die gesellschaftliche Lage und konsequenter  
52 Klassenkampf.

53 Die Aufgabe demokratisch sozialistischer Bewegungen ist, aus der Enttäuschung der  
54 Vielen positive Energie für Veränderung zu ziehen. Die politische Linke muss breite  
55 Bündnisse mit allen Gruppen bilden, die die Ausbeutung des kapitalistischen Systems  
56 nicht weiter akzeptieren wollen und sich durch kollektive Organisation selbst  
57 ermächtigen. Demokratie braucht ein Mindestmaß an Gleichheit, damit sie funktioniert.  
58 Die zunehmende Ungleichheit als Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung geht einher  
59 mit einer Polarisierung von Macht in den Händen weniger Individuen. Der dominante und  
60 immer weiter zunehmende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit muss als die Gefahr  
61 für die demokratische Gesellschaft bezeichnet werden, die er ist und ebenso  
62 entschieden bekämpft werden. Die Demokratie und der soziale Rechtsstaat müssen die  
63 Kraft aufbringen, sich selbst zu reformieren und die Gleichheit aller Menschen auch  
64 ökonomisch zu verwirklichen.

65 Dabei muss die politische Linke wieder in der Lage sein, den öffentlichen  
66 Meinungskampf für sich zu entscheiden und kulturell überlegen zu werden. Deswegen  
67 wollen wir uns an breiten Bündnissen beteiligen. Es braucht eine Zusammenarbeit der  
68 gesellschaftlichen Linken, die Gemeinsamkeiten sucht, statt Unterschiede zu betonen.  
69 Nur gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Arbeiter\*innen, linken Intellektuellen,  
70 Influencer\*innen, Migrant\*innenselbstorganisationen und Kulturschaffenden gelingt es,  
71 rechte Deutungsmuster aus der Alltagskultur zu vertreiben und linke Narrative wieder  
72 stark zu machen.

### 73 III. Die Welt in der wir leben wollen

74 Wir wollen Wohlstand für alle, statt Reichtum der Wenigen. Der Wohlstand unserer  
75 Gesellschaft wird gemeinsam erarbeitet, dementsprechend muss er auch die  
76 gesellschaftliche Teilhabe aller gewährleisten. Wir wollen die Gleichheit aller  
77 Menschen nicht nur rechtlich, sondern auch ökonomisch verwirklichen, denn die  
78 demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft wird bedroht, wenn sie kein Mindestmaß  
79 an Gleichheit für alle gewährleisten kann. Wir wollen eine Welt ohne Ausbeutung und  
80 Diskriminierung. Deswegen wollen wir das Patriarchat überwinden und für eine echte  
81 Gleichstellung aller Geschlechter - gesamtgesellschaftlich wie innerhalb unseres  
82 Verbands kämpfen und sagen jeder Art von Diskriminierung wie beispielsweise Rassismus  
83 , Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus und Ableismus den Kampf an! Unser  
84 Sozialismus ist immer international, wir lehnen Nationalismen ab und treten für die

Überwindung kapitalistischer und neokolonialer Ausbeutungen in internationalem Handel und Politik ein. Wir glauben an das friedliche Zusammenleben aller Menschen, weswegen wir Militarismus ablehnen. Unser politisches Ziel bleibt eine Gesellschaft, in der die Maxime gilt: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

#### IV. Unser Verband

Die Jusos sind ein starker linker Jugendverband. Das was uns stark macht - unsere Mitglieder und unsere fundierte jungoszialistische Haltung -, werden wir in den nächsten Jahren ausbauen und gleichzeitig an unseren Schwächen arbeiten. Ziel unserer Bemühungen ist es, flächendeckend in jeder Stadt und jedem Dorf Anlaufstelle für junge Menschen zu sein, die sich für ihre eigene Zukunft stark machen wollen, die an die Verwirklichung einer gerechteren Welt glauben und dafür Gleichgesinnte suchen. Dazu gehört, dass wir weiße Flecken auf der Landkarte schließen. Unser Verband ist dann stark, wenn wir stark vor Ort sind. Deswegen werden wir mehr als bisher die Stärkung der Arbeit der Unterbezirke und Kreisverbände in den Mittelpunkt der Bundesverbandsarbeit stellen.

Linke Bewegungen müssen immer inklusiv sein. Wir Jusos sind zu stark studentisch und akademisch geprägt. Wir wollen besser darin werden, Auszubildende und Arbeiter\*innen anzusprechen und zu vertreten. Das Gleiche gilt für eine bessere Repräsentanz von marginalisierten Gruppen wie FINTA, BIPOC und Menschen mit einer Behinderung in unseren Reihen. Mit Reform unserer Strukturen, Intensivierung der Mitgliederwerbung und einer ansprechenden Bildungsarbeit und Verbandskultur wollen wir uns in den nächsten Jahren stärker aufstellen. Diese bessere Ansprache soll auch inhaltliche Folgen haben. Die Diskurse darüber werden wir bestmöglich unterstützen.

Unsere Grundwerte sind Sozialismus, Internationalismus, Antifaschismus und Feminismus. Die vier Grundwerte werden durch den neuen Grundwert „Antirassismus“ ergänzt. Um diesen Grundwert inhaltlich und theoretisch zu unterfüttern, soll ein innerverbandlich breit aufgestellter Prozess unter Beteiligung der Landes- und Bezirksverbände initiiert werden, mit dem Ziel, ein jungsozialistisches antirassistisches Selbstverständnis zu erarbeiten und dabei die Wechselwirkungen von Kapitalismus und Rassismus zu analysieren. Wir arbeiten darauf hin, eine breitere Funktionär\*innenausbildung für BIPOC zu schaffen und als Verband mindestens die Anzahl an BIPOC in der Bevölkerung bei unseren Spitzenfunktionär\*innen im BuVo zu repräsentieren. Außerdem wollen wir feste Bündnispartner\*innen im Bereich Antirassismus etablieren und Partner\*innenschaften mit Migrant\*innenselbstorganisationen ausbauen.

Mitglieder des Bundesvorstandes, die gesellschaftlich nicht von Rassismus betroffen sind, tragen eine besondere Verantwortung, sich aktiv an antirassistischer Arbeit zu beteiligen. Dabei sollen sie ihre Rolle reflektiert wahrnehmen, Verantwortung übernehmen, ohne dabei Räume oder Positionen zu besetzen, die für BIPOCs vorgesehen sind.

#### V. Die Sozialdemokratie

Die SPD hat über Jahrzehnte durch das Reproduzieren neoliberaler Politikansätze Vertrauen verloren. Viel zu häufig trägt die SPD in Regierungskoalitionen rechte Politik wie das Einschränken des Asylrechtes mit, welche nicht mit den Grundwerten einer sozialen Demokratie vereinbar sind. Die Sozialdemokratie muss immer Kraft der

positiven sozialen Veränderung sein. Als Partei der Arbeit muss die SPD immer Interessenvertretung derjenigen sein, die von ihrer Arbeitskraft und nicht ihrem Kapital leben. Die Sozialdemokratie muss stets an der Seite der Arbeiter\*innen sowie unterdrückten und marginalisierten Menschen stehen, jeder Form der Polemisierung gegen die Schwächsten in der Gesellschaft widersprechen und kapitalistischer Marktgläubigkeit den Kampf ansagen. Das Leitbild unserer Politik muss die Verwirklichung einer diskriminierungsfreien Arbeitsgesellschaft sein, die Wohlstand für alle sichert und sinnstiftende Arbeit für jede\*n ermöglicht. Dazu gehört, dass die SPD der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter\*innen wieder den Kampf ansagt. Die wachsende Ungleichheit ist ein Ergebnis einer neoliberalen Politik, die auch von der SPD betrieben wurde. Vom Verteidigen des neoliberalen Status Quo braucht es eine klare Abkehr. Stattdessen braucht es ein klares Bekenntnis zu einem demokratisch sozialistischen Gesellschaftsentwurf.

Die SPD hat sich zwei Jahre Zeit gegeben, um sich in einem dringend erforderlichen Grundsatzprogrammprozess neu zu verorten und sozialdemokratische Antworten auf Herausforderungen der Gegenwart zu finden. Dieser Prozess könnte die letzte Chance sein, die SPD wieder zu alter Stärke zurückzuführen. Dafür ist es dringend erforderlich, dass die SPD trotz einer Koalition mit der Union auf Bundesebene ihr Profil als linke Volkspartei nicht vernachlässigt. Das Regierungshandeln darf dem Grundsatzprogrammprozess nicht widersprechen. Auch wenn Kompromisse Teil jeder Regierung sind, dürfen diese Kompromisse nicht so weit gehen, dass sie sozialdemokratische Grundsätze verraten. Standhaftigkeit ist der Schlüssel zu verloren gegangener Glaubwürdigkeit.

Die SPD hat sich entgegen unseres Aufrufs mit breiter Mitgliederbeteiligung dazu entschieden, der Koalition beizutreten, was wir akzeptieren und was uns zu einem kritischen Umgang mit der Regierungsbeteiligung verpflichtet.

Gleichzeitig haben wir den Anspruch, den Grundsatzprogrammprozess der SPD mit unseren Inhalten und Impulsen entscheidend zu prägen und Mitverantwortung für ein Wiedererstarken der SPD zu übernehmen, die glaubwürdig für die Grundwerte der Sozialdemokratie einsteht, die unserer festen Überzeugung nach nicht an Strahlkraft verloren haben.

## **A. Inhaltliche Schwerpunkte und strategische Verbandsziele**

Mit unseren inhaltlichen Schwerpunkten und strategischen Verbandszielen setzen wir Prioritäten für unsere Arbeit als Verband nach innen und nach außen.

### **I. Strategische Verbandsziele - Werben, bilden, vernetzen!**

Mit dem Arbeitsprogramm 2025 - 2027 stoßen wir einen umfassenden Reformprozess an, der zum Ziel hat, die Jusos als Verband zu stärken. Neben einer grundlegenden Reform unserer Verbandsformate geben wir uns erstmalig neben unseren inhaltlichen Schwerpunkten strategische Verbandsziele, die unsere übergeordnete Schwerpunktsetzung unserer innerverbandlichen Reformen eine klare Richtung geben.

Wir wollen unseren Verband nachhaltig stärken, politisch handlungsfähig machen und dabei unseren Anspruch an einen offenen, sozialistischen, feministischen, internationalistischen antifaschistischen und antirassistischen Jugendverband mit

173 Leben füllen. Unter den Leitlinien: **Werben, Bilden, Vernetzen**, wollen wir unsere  
174 Arbeit strategisch neu ausrichten, solidarische Strukturen fördern und die politische  
175 Wirksamkeit des Verbands erhöhen.

## 176 1. Werben

177 Die Jusos sind der größte linke Jugendverband des Landes. Unsere Mitglieder sind  
178 unsere größte Stärke. Sie garantieren unsere Kampagnenfähigkeit, leisten  
179 Bündnisarbeit und tragen unseren Kampf für eine gerechtere Welt auf die Straße, in  
180 die Klassenzimmer, Betriebe und Hörsäle. Wir wollen unsere aktive Mitgliederbasis  
181 vergrößern.

182 In den letzten Jahren haben unsere Mitgliederzahlen stagniert. Gleichzeitig sind die  
183 Anforderungen an politische Arbeit komplexer geworden. Dadurch - aber auch durch die  
184 Auseinandersetzung mit der Politik der SPD und der Bundestagsfraktion - sind die  
185 Belastungen unserer Mitglieder gestiegen. Wir müssen anerkennen, dass dies Einfluss  
186 darauf hat, wie viel Energie Mitglieder bereit sind einzubringen und welchen Effekt  
187 das auf die Gewinnung neuer Mitglieder hat.

188 Überlastung führt dazu, dass sich engagierte Mitglieder teilweise aus dem politischen  
189 Engagement zurückziehen, sodass für Bündnisarbeit, die ein wesentlicher Bestandteil  
190 unserer Doppelstrategie ist, kaum noch Zeit bleibt. FINTA, BIPOC und junge Menschen  
191 aus Arbeiter\*innenfamilien sind zudem in besonderem Maße Mehrfachbelastungen und  
192 strukturellen Ausschlüssen ausgesetzt, die ihre Teilhabe erschweren und übernehmen  
193 gleichzeitig im Verband meist herausfordernde Aufgaben wie die Sorgearbeit. Diese  
194 intersektionalen Wirkweise gilt es anzuerkennen. Intersektionalität bedeutet dabei  
195 für uns, dass Diskriminierungsformen nicht isoliert voneinander wirken, sondern sich  
196 gegenseitig bestärken und beeinflussen und eine neue Form der Diskriminierung  
197 schaffen.

198 Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wollen wir neue Wege finden, junge Menschen  
199 mit ihren spezifischen Lebensrealitäten zu erreichen. Wir schaffen Räume in den  
200 Unterbezirken und Kreisverbänden, die einfach, niedrigschwellig und sinnstiftend  
201 wirken. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf die Ansprache von FINTA, BIPOC und  
202 jungen Menschen aus Arbeiter\*innenfamilien und qualifizieren bestehende Mitglieder,  
203 damit sie neue Interessierte gezielt ansprechen können. Für urbane wie auch ländliche  
204 Regionen werden zielgenaue Angebote entwickelt, die gemeinsam mit den Unterbezirken  
205 und Kreisverbänden umgesetzt werden.

206 Die Ergebnisse dessen werden regelmäßig evaluiert und die Angebote entsprechend  
207 angepasst. In der Evaluation wollen wir ehrlich mit unseren Strukturen sein und somit  
208 neben der zahlenmäßigen Veränderung unserer Mitgliederzahl ebenfalls Strukturen  
209 aufbauen, welche tatsächliche Mitarbeit unserer Mitglieder fördert. Dabei wollen wir  
210 neben der Gewinnung von Neumitgliedern auch einen Fokus auf die Aktivierung  
211 bestehender, derzeit inaktiver Jusos setzen.

212 Unser Verband soll ein Ort sein, an dem sich alle jungen Menschen willkommen und  
213 wirksam fühlen. Deshalb verstehen wir Mitgliederwerbung nicht als Selbstzweck,  
214 sondern als Mittel, um die Jusos als linke Jugendbewegung zu stärken. Unser Ziel ist  
215 es, insbesondere junge Menschen anzusprechen, die bislang wenig Zugang zu politischen  
216 Organisationen haben. Marginalisierte Gruppen, insbesondere FINTA, BIPOC und junge

217 Menschen aus Arbeiter\*innenfamilien, sollen in unserem Verband stärker vertreten  
218 sein. Unser Verband soll für Jede\*n ein politisches Zuhause bieten. Dafür ist der  
219 Abbau von Strukturen, die gesellschaftliche Teilhabe innerhalb und außerhalb unseres  
220 Verbandes verhindern, essentiell.

## 221 **2. Bilden**

222 Politische Bildung ist das Herzstück unserer Arbeit. Sie befähigt unsere Mitglieder,  
223 gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, solidarisch zu handeln und Veränderung  
224 aktiv zu gestalten. Künftig soll sie noch stärker zugänglich, barrierefrei, dezentral  
225 und praxisnah gestaltet werden. Veranstaltungen und Seminare sollen klar strukturiert  
226 und transparent gekennzeichnet sein. Ebenfalls wollen wir eine Differenzierung  
227 ermöglichen, damit all unsere Mitglieder unabhängig von ihrem aktuellen  
228 Organisationsgrad neue Impulse von unseren Veranstaltungen mitnehmen können. So  
229 können alle Teilnehmenden dort einsteigen, wo sie stehen, und die persönlich größte  
230 Weiterbildung erfahren.

231 Gerade in der Bildungsarbeit stehen wir jedoch vor einer besonderen Herausforderung:  
232 In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass das Fundament unserer politischen  
233 Arbeit - die Bildungsarbeit über unsere Grundwerte - abnimmt und im politischen  
234 Alltag kaum Zeit einnimmt. Gründe dafür sind vielfältig, aber vor allem die  
235 Nachwirkungen der Corona-Pandemie, teilweise eine dünnere oder mit anderen Aufgaben  
236 stärker ausgelastete Personaldecke vor Ort sowie die starke Belastung durch  
237 Tagespolitik und Doppelbelastungen. In den letzten Jahren haben wir als Verband eine  
238 Vielzahl von Kampagnen getragen. Wahlkampagnen, ebenso wie innerparteiliche Kämpfe,  
239 haben viele Kapazitäten gebunden, während gleichzeitig Antworten auf andauernde  
240 Krisen des kapitalistischen Systems einen großen Schwerpunkt auf tagespolitische  
241 Ereignisse gefordert haben. Dadurch sind Bildungsangebote zu unseren Grundwerten vor  
242 Ort kaum mehr leistbar, und ein Ausgleich durch Landesverbände/Bezirke,  
243 Bildungszentren oder die Bundesebene war bisher nicht in allen Fällen möglich. Über  
244 Veranstaltungen der Bundesebene in den bestehenden Formaten konnte immer nur ein  
245 Bruchteil der Mitgliedschaft erreicht werden. Der Mangel an verbandlicher  
246 Grundlagenausbildung führt langfristig zu einer Abnahme der inhaltlichen Qualität von  
247 Beschlüssen, denn Mitglieder bauen weniger themenspezifische Expertise auf. Deswegen  
248 werden wir einen starken Schwerpunkt auf eine Ausweitung unseres bundespolitischen  
249 Bildungsangebot legen und dabei besonderen Wert darauf legen, direkt Unterbezirke und  
250 Kreisverbände anzusprechen, um Flächenwirksamkeit zu entfalten und eine Kultur des  
251 Lernens und des Lehrens verbandsweit zu etablieren.

## 252 **3. Vernetzen**

253 Vernetzung bedeutet für uns Jusos mehr als bloßen Austausch. Sie ist die Grundlage  
254 solidarischer Verbandsarbeit – sowohl nach innen als auch nach außen. Unser Verband  
255 lebt von der guten Arbeit vor Ort: in den Unterbezirken, Kreisverbänden, Bezirken und  
256 Landesverbänden. Hier entstehen viele der besten Ideen und Konzepte für unsere  
257 politische Arbeit. Doch bislang hängt die Weitergabe und der Austausch solcher  
258 Erfahrungen oft vom Zufall ab. Gute Projekte, kreative Ansätze und wertvolle  
259 Expertise einzelner Gliederungen werden zu selten über die eigene Ebene hinaus  
260 geteilt. Damit bleiben wertvolle Ressourcen ungenutzt und das Wissen, das in der

261 Fläche vorhanden ist, wird nicht ausreichend für den gesamten Verband aktiviert.  
262 Um diese strukturellen Hürden zu überwinden, setzen wir einen klaren Schwerpunkt auf  
263 eine bessere und systematische Vernetzung. Der Wissensaustausch soll nicht länger  
264 zufällig geschehen, sondern gezielt gefördert und koordiniert werden. Auf Bundesebene  
265 sollen daher neue Räume geschaffen werden – sowohl bei Bundesveranstaltungen als auch  
266 in der digitalen Infrastruktur. Ziel ist es, Unterbezirken, Kreisverbänden, Bezirks-  
267 und Landesebenen den regelmäßigen Austausch untereinander sowie mit der Bundesebene  
268 zu erleichtern. So entstehen Orte des Dialogs, in denen erfolgreiche Projekte  
269 vorgestellt, Herausforderungen gemeinsam besprochen und Ideen solidarisch  
270 weiterentwickelt werden können.

271 Darüber hinaus bleibt die Doppelstrategie der Jusos zentral: Einerseits soll die  
272 innerverbandliche Vernetzung gestärkt werden, also der Austausch und die  
273 Zusammenarbeit zwischen Unterbezirken und Kreisverbänden, Landesverbänden, Bezirken  
274 und dem Bundesverband. Nur ein gestärkter Verband kann seine Wirksamkeit in die SPD  
275 hinein wieder voll entfalten. Andererseits bleibt die enge Zusammenarbeit mit der  
276 Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen ein zentraler  
277 Bestandteil der politischen Arbeit. Jusos, die in Personalunion in anderen  
278 Organisationen aktiv sind, bringen wertvolle Erfahrungen, Perspektiven und bestehende  
279 Netzwerke mit und werden daher gezielt in unsere Arbeit einbezogen.

280 Vernetzung bedeutet auch, voneinander zu lernen: Aus Erfahrungen, Kampagnen und  
281 gemeinsamen Projekten. So kann der Verband neue Perspektiven gewinnen und  
282 gesellschaftliche Bündnisse aufbauen, die über die eigene Organisation hinausreichen.  
283 Mit einer verbesserten Kommunikationsstruktur, digitalen Austauschformaten und  
284 gelebter Solidarität wollen wir dafür sorgen, dass gute Ideen nicht mehr vereinzelt  
285 bleiben, sondern den gesamten Verband stärken.

286 Da wir in den kommenden zwei Jahren einen Schwerpunkt auf Kampagnenarbeit legen  
287 werden und um mehr Schlagkräftigkeit zu entwickeln, wollen wir die Kampagnenarbeit  
288 des Bundes und der Landesverbände und Bezirke stärker verzahnen. Hierfür wird der  
289 Bundesvorstand die LVBZ einbeziehen und im eigenen Ermessen Unterstützung durch die  
290 Landesverbände und Bezirke in koordinierender Funktion für die Kampagnenarbeit  
291 suchen.

## 292 **II. Inhaltliche Schwerpunkte**

293 Unsere inhaltlichen Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2027 sind eingebettet in die  
294 aktuellen gesellschaftlichen Debatten und Herausforderungen. Die Jusos haben sich in  
295 den vergangenen Jahren immer als Motor für progressive Politik verstanden. Diesen  
296 Anspruch bekräftigen wir mit einer klaren Schwerpunktsetzung, die sowohl unsere  
297 Grundwerte widerspiegelt als auch Antworten auf aktuelle Krisen gibt. Dabei ist es  
298 uns wichtig, unserem Verband anhand der inhaltlichen Schwerpunkte ein noch breiteres  
299 Angebot als in der Vergangenheit zu unterbreiten. Einige Themenschwerpunkte spiegeln  
300 den andauernden Krisenzustand der Welt und der Sozialdemokratie wider. Diesen  
301 Problemen begegnen wir nicht mit den immergleichen Strukturen und Antworten. In den  
302 kommenden zwei Jahren wollen wir unsere eigene Beschlusslage weiterentwickeln, aber  
303 noch stärker übergeordnete Narrative in Zusammenarbeit mit den LV/BZ entwickeln,  
304 Kampagnen stärken und unsere Mitglieder sprachfähig machen. Unser Ziel ist es, unsere  
305 Mitglieder in die Lage zu versetzen, ihre Interessen und Überzeugungen selbstbewusst

zu vertreten und ihre Stimme in der politischen Debatte zu Gehör zu bringen. Die folgenden inhaltlichen Themenschwerpunkte betrachten wir daher als Überbau der nächsten zwei Jahre, aus denen sich verschiedene Formate ableiten lassen. Multiple Krisen erfordern multiple Antworten!

## **1. Staat und Demokratie unter Druck**

Die demokratischen Institutionen in Deutschland und Europa stehen unter massivem Druck. Von außen, wie auch von innen. Der andauernde russische Angriffskrieg in der Ukraine stellt eine militärische Bedrohung dar, denen zum Teil mit massiven Einschnitten in das Leben junger Menschen begegnet werden soll. Die USA agieren unter der zweiten Amtszeit Trump handelspolitisch noch aggressiver und Debatten über Meinungsfreiheit werden befeuert von autoritären Akteur\*innen und Staaten, die dabei vor allem eines im Sinn haben: Die eigene Menschenfeindlichkeit durchzusetzen. All das wirkt sich innenpolitisch aus. Zentrale Industriezweige, wie die Auto- und Stahlindustrie ächzen unter hohen Zöllen und einer fehlenden Investitionspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Die Folgen der verpassten Transformation unter international ungünstigen Bedingungen drohen vor allem einer Gruppe zur Last zu fallen: den Arbeiter\*innen. Die stark vergrößerte soziale Ungleichheit stellt das Aufstiegsversprechen mindestens infrage und sorgt für berechtigte Frustration gegenüber politischen Eliten und gesellschaftlichem System. Eine zunehmende Prekarisierung des Arbeitsmarktes trifft insbesondere FINTA, BIPOC, migrantisierte Menschen, Menschen mit Behinderungen aber auch Menschen in Armut. Atypische Beschäftigungsverhältnisse enttarnen sich viel zu häufig als Falle für Armut und Unsicherheit. Rasante technische Entwicklungen wie die zunehmende Verbreitung von K.I. fordern demokratische Strukturen heraus, denen es häufig schwer fällt, mit der Geschwindigkeit dieser Entwicklungen Schritt zu halten. In welchem Spannungsverhältnis dabei auch der Fortschritt von Künstlicher Intelligenz in Bezug auf Sicherheitspolitik steht, wollen wir inhaltlich vertiefen und in eine Beschlusslage gießen.

In sozialen Medien informieren sich nicht nur besonders viele junge Menschen oberflächlich, sondern sind täglich mit Falsch- und Desinformationen konfrontiert, die sich nicht sofort als eben diese erkennen lassen. Undurchsichtige Algorithmen, gesteuert von Multimilliardären, die als neues Hobby die Politik für sich entdecken und mit ihrer ökonomischen Macht die öffentliche Meinung beeinflussen. Die Reaktionen darauf reichen von Resignation bis hin zu kontroversen Debatten darüber, ob Menschen unter 14 Jahren sich überhaupt auf sozialen Medien aufhalten sollten.

Allgemein beobachten wir einen Trend, der im gesellschaftlichen Diskurs immer weniger auf wissenschaftliche Fundierung und immer mehr auf postfaktische Stimmungsmache setzt. Das erschwert in einem aufgeheizten gesellschaftlichen Klima die reale Lösungsfindung massiv. Wir bekennen uns zu evidenzbasierter Politik wo immer wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung stehen, verlieren dabei aber nie die politische Dimension jeder Entscheidung aus den Augen.

Innenpolitisch geht die größte Gefahr für die Demokratie vom gesellschaftlichen Rechtsruck und dem Aufstieg der AfD als parlamentarischer Arm der Rechtsextremen aus. Vom vor ein paar Jahren in aller Munde diskutierten, angeblichen "Linksruck" ist wenig übrig geblieben. Überall in der Bundesrepublik hat sich die AfD als politische

Kraft etabliert und greift demokratische Institutionen an. Sie tarnt sich als demokratische Partei im demokratischen Meinungskampf, tatsächlich will sie aber nur die Mittel der Demokratie nutzen, um diese zu beseitigen. Dabei lassen sich die demokratischen Parteien zu oft vorführen oder lassen sich sogar das gefährliche Spiel der AfD ein, indem Positionen von Rechts übernommen werden, in der Hoffnung, die Rechte dadurch zu schwächen, obwohl sie tatsächlich dadurch gestärkt wird.. Sinnbildlich stehen dafür die Migrationspolitik der vergangenen Jahre oder die zunächst gescheiterte Wahl zum Bundesverfassungsgericht. Auch unsere Mutterpartei kann dem häufig wenig entgegensetzen. Die Antwort auf einen Rechtsruck ist nicht "mehr Mitte", denn in einer Gesellschaft, die nach rechts rückt, rückt auch die Mitte nach rechts. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns entschieden gegen weitere Grundrechtseinschränkungen durch die Ausweitung von Überwachungs- und Ermittlungsbefugnissen für die Polizei und andere Sicherheitsbehörden und zunehmende Bestrebungen, das Strafrecht auszuweiten, stellen. Wir verschaffen unserer Beschlusslage zur inneren Sicherheit mehr Gehör und überlassen den Themenbereich nicht den Konservativen. Der Anspruch muss sein, die gesellschaftliche Debatte wieder stärker nach links zu verschieben. Der aktuelle Erfolg der Partei Die Linke zeugt, dass es ein Bedürfnis nach linker Politik gibt, die für die Anliegen von Arbeiter\*innen, jungen Menschen und marginalisierten Gruppen kämpft, im Netz und auf der Straße kämpft. Die SPD muss sich als Teil der gesellschaftlichen Linken positionieren, die gemeinsam mit anderen linken, gewerkschaftlichen und antifaschistischen Gruppen gesellschaftliche Diskurse und Mehrheiten wieder nach links verschiebt

Es stellen sich konkrete Fragen: Wie kann unsere Demokratie resilienter werden, ohne zu autoritären Mitteln zu greifen? Wie setzen wir rechten Narrativen echte linke Antworten entgegen, die verloren gegangenes Vertrauen wiederherstellen? Wie kann eine linke Bewegung dauerhaft auf der Straße trotz aller Differenzen sichtbar sein? Welchen Platz kann die SPD in einer "schwarz-roten Koalition" darin einnehmen? Wie können wir junge Menschen, Arbeiter\*innen und marginalisierte Gruppen wieder für uns gewinnen? Und viele mehr. Wir glauben, auf diese Fragen, die uns schon lange beschäftigen, Antworten zu haben. Sie müssen nicht erst entwickelt werden, aber sie müssen konsolidiert und zu einem durchsetzungsstarken übergeordneten Narrativ, welches wir im Sinne unserer Doppelstrategie in die Partei und auf die Straße tragen, zusammengeführt werden. Krisen erfordern Optimismus und Antworten. Diese wollen wir in den nächsten Jahren geben.

## **2. Sozialstaat und Umverteilung**

Insbesondere zum Sozialstaat und zum Thema Umverteilung haben wir als Verband umfassende Beschlusslagen vorzuweisen und konkrete Erfolge errungen. So ist die Abkehr vom System "Hartz IV" maßgeblich auf unseren Kampf für einen gerechteren Sozialstaat zurückzuführen. Trotzdem sehen wir, dass die Errungenschaften des Sozialstaats offensiv angegriffen werden und das leider nicht nur von den Neoliberalen und den Konservativen, sondern auch von führenden Politiker\*innen der SPD. Während der Sozialstaat in Frage gestellt wird, nimmt die Ungleichheit in den letzten Jahren kontinuierlich zu. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander und in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen klaffen Lücken in Milliardenhöhe, die mit Einsparungen nicht zu schließen sind. Es wird sozial kälter



397 in Deutschland und das, obwohl die Antworten für eine gerechtere Gesellschaft und  
398 einen funktionierenden Sozialstaat auf der Hand liegen. Mittlerweile sieht es auch  
399 eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung so: Reiche und besonders Überreiche müssen  
400 endlich ihren fairen Anteil leisten. Reiche sind die Gewinner\*innen der Krisen in den  
401 letzten Jahren. Während die Zahl der Millionär\*innen und Milliardär\*innen ist über  
402 die Pandemie und den Angriffskrieg auf Ukraine gestiegen. Da die Inflationsrate oft  
403 die Lohnerhöhungen überstiegen hat, haben zeitgleich Arbeiter\*innen heute faktisch  
404 weniger in der Tasche als vor ein paar Jahren. Die Wiedereinführung einer  
405 Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer sind dafür unverzichtbar.  
406 Zusätzlich müssen wir uns für eine effektive Verfolgung von Steuerkriminalität  
407 einsetzen, um die bestehenden und zukünftige Umverteilungsmechanismen durchzusetzen.  
408 Aber das Kapital wehrt sich und findet nicht wenig Unterstützung. Sie lenken mit  
409 Scheindebatten darüber, dass die Menschen in Deutschland fauler und Sozialkürzungen  
410 notwendig seien, ab vom eigentlichen Problem: Einer massiven Umverteilung von unten  
411 nach oben in den letzten Jahrzehnten. Wir wissen, dass eine Mehrheit der Menschen  
412 andere Sorgen als die Überreichen haben. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, sich auf  
413 den Staat verlassen zu können, wenn das Geld am Ende des Monats nicht reicht,  
414 repressive soziale Infrastruktur, die das Leben erschwert, keine gleichen Chancen auf  
415 Teilhabe im sozialen Leben und weiterhin ungleiche Bezahlung sowie Behandlung für  
416 FINTA im Berufsleben und in der Rente sind nur einige von vielen alltäglichen  
417 Problemen für junge Menschen, Arbeiter\*innen und marginalisierte Gruppen. Die  
418 Antworten besteht in einem starken Sozialstaat, der als Ermöglichungsstaat gleiche  
419 Chancen für alle schafft und eine konsequenten Umverteilung von oben nach unten um  
420 die demokratiegefährdende Vermögensungleichheit zu beenden. Pläne für  
421 Sozialkürzungen, wie sie die schwarz-rote Koalition zu verfolgen scheint, sind der  
422 völlig falsche Weg. Daher sehen wir es in den nächsten zwei Jahren als unsere Aufgabe  
423 an, Kampagnen für einen starken Sozialstaat und Umverteilung zu organisieren und  
424 unsere Mitglieder umfassend sprachfähig zu machen. Uns ist bewusst, dass insbesondere  
425 Bildung entscheidend für Chancen und die weitere Entwicklung eines Menschen ist. Wir  
426 wollen eine Bildungspolitik, die allen Menschen Zugang zu Bildung und gerechten  
427 Chancen verschafft.. Wir sehen hier insbesondere im Bereich der frühkindlichen  
428 Bildung Ausbaubedarf, weshalb wir eine Beschlusslage zur frühkindlichen Bildung  
429 erarbeiten werden.

### 430 **3. Klimapolitik und sozial-ökologische Transformation**

431 Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Generation. Wir Jusos haben uns  
432 klar zum 1,5-Grad-Ziel bekannt und fordern, dass Deutschland spätestens 2045  
433 klimaneutral wird. Dabei erkennen wir an, dass Deutschland sein zugewiesenes  
434 Treibhausgasbudget für das 1,5°C-Ziel bereits überschritten hat. Die Klimakrise  
435 trifft marginalisierte Gruppen wie FINTA und BIPOC am stärksten und verstärkt dadurch  
436 bestehende Ungleichheiten. Daher muss unser Blick auf die Klimakrise intersektional  
437 sein. Gleichzeitig dürfen wir nicht zulassen, dass auch Klimaschutzmaßnahmen zu  
438 Lasten derer gehen, die ohnehin schon wenig haben. Deshalb setzen wir uns für eine  
439 sozial gerechte Klimapolitik ein, die ökologische Verantwortung und soziale  
440 Absicherung verbindet. Wir treten ein für eine sozial-ökologische Industriepolitik,  
441 die den Strukturwandel aktiv gestaltet. Fossile Subventionen müssen abgeschafft,  
442 erneuerbare Energien massiv ausgebaut und gleichzeitig Arbeitsplätze gesichert

werden. Unser Ziel ist eine Transformation, die nicht Spaltung, sondern Solidarität schafft. Ausgangspunkt in der Vergangenheit war immer die Analyse, dass wir insbesondere in unserer Mutterpartei wirken müssen, um progressive Veränderungen in der Klimapolitik zu erreichen, die in der Öffentlichkeit bereits Mehrheiten finden. Diese Ausgangsvoraussetzung hat sich verändert. Fortschritte in der Klima- und Umweltpolitik werden offensiv in Frage gestellt. Betroffene von Transformationsprozessen fühlen sich und sind auch real in der Transformationspolitik nicht mitgenommen worden. Das führt zu berechtigten Abstiegängsten und Sorgen um die Zukunft. Daher darf die Gestaltung der Transformation und der zukünftigen Klima- und Umweltpolitik nicht alleine dem politischen Betrieb überlassen werden. In Zukunft wollen wir enger mit Betroffenen von Transformationsprozessen und der Klimabewegung zusammenarbeiten, um die Verwirklichung einer progressiven Klima- und Umweltpolitik und die Gestaltung von sozialen Transformationsprozessen voranzubringen.

#### **4. Intersektionalität: Jegliche Diskriminierung bekämpfen**

Als feministischer Richtungsverband ist es unser Auftrag einen stetigen Kampf gegen patriarchale Strukturen, Ausbeutung und Gewalt zu führen. Innerverbandlich ist der lila Faden für uns handlungsleitend, welcher dafür sorgt, dass sich Feminismus durch alle Praxis- und Theoriefelder durchzieht. Als Verband sehen wir, dass unsere theoretische Debatte weitergeführt werden muss und ausbaufähig ist. Daher wollen wir uns in den kommenden zwei Jahren mit einem Grundsatzbeschluss, der unser Verständnis von materialistischen Feminismus und Queerfeminismus aufgreift, beschäftigen und damit die feministische Debatte im Verband weiterentwickeln. Ferner wollen wir uns intersektional mit feministischer Rechtspolitik und dort spezifisch mit der Frage, wie Rechtspolitik patriarchale Strukturen und Gewalt bekämpfen kann, auseinandersetzen. Das umfasst zum Beispiel arbeitsrechtliche Fragen und Fragen des Strafgesetzbuchs im Umgang mit sexualisierter Gewalt und Femiziden. Den Umgang mit Tätern wollen wir außerdem durch die Beschäftigung mit der Frage nach einem patriarchalen Subjekt, in Abgrenzung zu unserem Verständnis eines feministischen Subjekts, vertiefen. Ob daraus drei verschiedene Anträge entstehen oder die Themen zusammengeführt werden, obliegt dem neu gewählten Bundesvorstand. Zwar wird feministische Theorie ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Jusos auf Bundesebene in den kommenden zwei Jahren sein, dabei ist jedoch vollkommen klar, dass auch die feministische Praxis nicht zu kurz kommen darf. Wir erleben seit Jahren, dass antifeministische Bewegungen auf dem Vormarsch sind. Unterstützt von autoritären Regierungen greifen sie Grundrechte von FINTA und anderen marginalisierten Gruppen an und führen einen antifeministischen Rollback aus. Wir werden weiterhin in intersektionalen feministischen Bündnissen dagegen ankämpfen. Feminismus, Antifaschismus, Antirassismus und Queerpolitik sind keine Nebenfelder, sondern Kernbestandteile unserer Arbeit. Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen vorantreiben, patriarchale Strukturen abbauen und intersektionale Perspektiven stärken. Dies bedeutet auch, dass wir nicht nur auf der Straße, sondern auch in unserem Verband selbst kritisch hinschauen und Machtasymmetrien abbauen. Dabei bleibt Antifaschismus für uns eine Grundhaltung. Wir organisieren und unterstützen Protest gegen rechte Aufmärsche und wir fördern Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Auch ist uns bewusst, dass rassistische Handlungen, Diskriminierungen und Angriffe auf marginalisierte Gruppen

in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Rassismus ist keine Randerscheinung, sondern tief in den gesellschaftlichen Strukturen verankert. Wir wollen Rassismus nicht nur benennen, sondern ihm aktiv und nachhaltig entgegentreten. Daher wollen wir in den kommenden zwei Jahren unsere antirassistische Arbeit systematisch ausbauen: durch politische Bildungsarbeit, die rassistische Kontinuitäten aufzeigt, durch eine kritische Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus und durch solidarische Bündnisse mit von Rassismus betroffenen Communities. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren Bündnispartner\*innen Strategien zu entwickeln, um Rassismus dauerhaft und strukturell zu bekämpfen, Vorurteile abzubauen und antirassistische Perspektiven in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verankern.

## **5. Jungsozialistische Religionskritik**

Im Kontext der kritischen Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen wollen wir auch unser Verhältnis zu Religionen aus einer jungsozialistischen Perspektive grundsätzlich klären. Wir stellen fest, dass religiöser Fundamentalismus in einer Vielzahl gesellschaftlicher Kontexte an Bedeutung gewinnt. Deswegen wollen wir unter anderem die marxistische Religionskritik in unsere Bildungsarbeit aufnehmen, um besser für aktuelle gesellschaftliche und innerparteiliche Debatten gewappnet zu sein.

## **6. Internationalismus**

Kriege, Fluchtbewegungen und globale Ungerechtigkeiten prägen die internationale Politik. Als internationalistische Jugendorganisation setzen wir dem etwas entgegen. Gemeinsam mit unseren Partner\*innen und Schwesterorganisation arbeiten wir seit Jahren eng zusammen und bauen diese Bündnisse aus, denn sozialistische Politik endet nicht an nationalen Grenzen. Als Teil der internationalen Arbeiter\*innenbewegung begreifen wir Europa und die Welt als gemeinsame politische Räume, in denen wir für Frieden, Sozialismus und Demokratie kämpfen. Unsere Mitgliedschaften bei den Young European Socialists (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY) sind dabei das Rückgrat unserer internationalen Arbeit. Über sie organisieren wir Solidarität über Grenzen hinweg, bringen unsere Positionen in europäische und globale Debatten ein und machen sozialistische Perspektiven international sichtbar. Als europäische und föderalistische Jugendorganisation beobachten wir auf EU-Ebene insbesondere die kommenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Dieser legt die langfristigen Haushaltspläne und Prioritäten für den Zeitraum 2028 bis 2034 fest. Mit der Unterzeichnung von zwei Memorandum of Understanding (MoU) mit unserer brasilianischen Schwesterorganisation (JPT) und unserer mongolischen Schwesterorganisation (SDY Mongolia) bauen wir unsere internationale Zusammenarbeit ebenfalls aus. In die kommenden zwei Jahren wollen wir den Austausch mit diesen und weiteren Schwesterorganisationen durch zum Beispiel Delegationsreisen vertiefen und weitere Bündnisse schließen. Dabei orientieren wir uns an aktuellen politischen Entwicklungen und daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten. Dies gilt auch für unsere Zusammenarbeit im Rahmen des Willy Brandt Centers Jerusalem (WBC). Trotz schwieriger Lage geben wir unser zentrales Friedensprojekt und ein einmaliges Projekt zum Austausch von jungen Israelis und Palästinenser\*innen nicht auf und wollen den Austausch wieder intensivieren. Mit Blick auf den Verband wollen wir diesen in der Frage der strategischen Ausrichtung von internationalen Fragen stärker einbinden.

534 Dafür werden wir den Bundesexpert\*innenkreis Internationales (BEKI) erhalten, aber  
535 flexibilisieren. Inhaltlich werden wir dabei Schwerpunkte auf Rüstungskontrolle und  
536 globale Flucht sowie Vertreibung vom Hintergrund des kolonialen Erbes der  
537 Bundesrepublik legen. Darüber hinaus wird auch unsere inhaltliche Arbeit im BEKI von  
538 aktuellen politischen Notwendigkeiten geprägt sein. Zudem unterstützen wir die  
539 Ostseekonferenz als etabliertes Format weiterhin durch das Internationale  
540 Sekretariat.

## 541 **7. Inklusion**

542 Ein Verband für alle muss auch die Teilhabe aller gewährleisten. Hier haben wir noch  
543 Aufholbedarf. Unter dem Einbezug von Betroffenenexpertise von Menschen mit sichtbaren  
544 und unsichtbaren Behinderungen wollen wir in der Organisationspolitischen Kommission  
545 der Jusos (OrgaKomm) daran arbeiten, unsere Veranstaltungen barriereärmer zu  
546 gestalten, Unterstützungsstrukturen aufzubauen und ein Bewusstsein für die Vielfalt  
547 unserer Mitglieder zu schaffen. Inklusion verstehen wir als Querschnittsaufgabe, die  
548 alle Bereiche unseres Verbandes betrifft.

## 549 **B. Formate der Verbands- und Bildungsarbeit**

550 Wir unterziehen unserer Formate der Bildungs- und Verbandsarbeit einer  
551 grundsätzlichen Reform und Konsolidierung. Damit schaffen wir Kapazitäten für  
552 zusätzliche Angebote insbesondere für die Bildungs- und Mitgliederarbeit und erhöhen  
553 gleichzeitig die Kapazitäten unserer Formate auf Bundesebene, womit wir mehr  
554 Mitgliedern die Teilnahme ermöglichen. Damit tragen wir unseren strategischen  
555 Verbandszielen Rechnung und wollen die Verbandsarbeit des Bundes stärker in der  
556 Breite der Mitgliedschaft verankern.

### 557 **I. Verbandsarbeit**

558 **Die Verbandsarbeit wird durch die Weiterentwicklung unserer Formate gestärkt. Ziel**  
559 **ist es, mehr Beteiligung zu ermöglichen, Ressourcen effizient einzusetzen und die**  
560 **Belastung für Organisator\*innen und Teilnehmer\*innen zu reduzieren. Mit einer**  
561 **frühzeitigen Jahresplanung verschaffen wir den Landesverbänden und Bezirken einen**  
562 **transparenten Überblick über mögliche Termine.**

#### 563 **1. Seminarwochenenden**

564 Unsere Arbeit zu den inhaltlichen Schwerpunkten soll künftig themenspezifischer und  
565 flexibler gestaltet werden. Die zuständigen Bundesvorstandsmitglieder und der  
566 Bundesvorstand als Gesamtgremium stehen dabei in der Verantwortung, der Thematik  
567 sinnvolle Veranstaltungen zu konzipieren. Dies kann in verschiedensten Formaten  
568 stattfinden. Neben dem klassischen Workshopformat sollen dabei auch praxisnahe Formen  
569 (beispielsweise Betriebsbesuche) von Bildungsarbeit in Betracht gezogen werden.  
570 Anstatt auf feste Formate, setzen wir auf eine Flexibilisierung, die eine  
571 themenspezifische Bearbeitung ermöglicht. Bei den Veranstaltungen stellen wir die  
572 Repräsentanz marginalisierter Gruppen sowie Transparenz über die Zuständigkeiten und  
573 den Bundesvorstand sicher. Wir wollen, dass Mitglieder mit Expertise stärker

574 eingebunden werden. Der Bundesexpert\*innenkreis Internationales wird ebenso  
575 weiterentwickelt wie die ehemaligen Bundesprojekte. Aktuelle politische Entwicklungen  
576 stehen im Fokus der internationalistischen Arbeit.

## 577 **2. Regionalkongresse**

578 Regionalkongresse etablieren wir als neues Format, das in enger Kooperation mit den  
579 Landes- und Bezirksverbänden durchgeführt und über Ausschreibungsverfahren vergeben  
580 wird. Diese Kongresse sollen gerade in strukturschwächeren Regionen neue  
581 Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen und regional divers verteilt sein. Es handelt sich  
582 dabei um ein Basisformat, das die Grundlagenarbeit in Bezug auf unsere Grundwerte vor  
583 Ort stärken wird. Diese Kongresse sollen einer Vielzahl unserer Mitglieder eine  
584 niedrigschwellige Teilnahme ermöglichen. Dezentralisierung ermöglicht außerdem die  
585 Erschließung neuer Veranstaltungsorte und somit die Ansprache eines erweiterten  
586 Teilnehmer\*innenkreises. Um die Vorbereitung und Durchführung der Regionalkongresse  
587 zu erleichtern, stellt der Bundesverband beispielhafte Programmabläufe und einen  
588 Leitfaden bereit.

## 589 **3. Basiskongresse**

590 Die Jugendkonferenz und das Sommercamp bilden zentrale Begegnungsorte. Beide  
591 Basiskongresse wechseln sich jährlich ab. Wir ermöglichen durch eine Anhebung der  
592 Teilnehmer\*innenanzahl somit jedes Jahr möglichst vielen unserer Basismitglieder sich  
593 bundesweit zu bilden und zu vernetzen. Ebenfalls halten wir am Sommercamp als  
594 viertägige Veranstaltung fest und können durch die längere Dauer umfangreichere  
595 Bildungsarbeit leisten. Beim Sommercamp wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten  
596 auf regional wechselnde Veranstaltungsorte zurückgreifen. Diese Basiskongresse wollen  
597 wir nutzen, um bei unseren Mitgliedern Grundlagenarbeit zu leisten und möglichst  
598 viele junge Menschen zusammenzubringen, um gemeinsam unseren Verband  
599 weiterzuentwickeln. Neben der Fokussierung auf unsere Grundwerte können ebenfalls  
600 inhaltliche Schwerpunktthemen, wie in diesem Arbeitsprogramm ausgeführt, eine  
601 inhaltliche Ergänzung für die Basiskongresse darstellen.

602

## **4. Qualifizierungsprogramme**

603 Unser Verband lebt von unseren Mitgliedern vor Ort, die auf UB/KV-Ebene sowie Landes-  
604 und Bezirksebene Funktionen übernehmen. Wir wollen potentiellen Funktionär\*innen eine  
605 breite Vorbereitung auf ihre Aufgaben ermöglichen. Deswegen halten wir an  
606 Qualifizierungsprogrammen fest, die unsere Mitglieder mit dem richtigen KnowHow  
607 ausstatten, um leitende Positionen zu übernehmen. Dafür werden wir unsere derzeitigen  
608 Programme, das Politikdiplom und das Train-the-Trainer-Programm, unter dem Namen  
609 "Politikdiplom" zu einem kohärenten Qualifizierungsprogramm zusammenführen. Es wird  
610 nicht nur Kompetenzen stärken, sondern vor allem auch Multiplikator\*innen  
611 hervorbringen, die das erlernte Wissen im Rahmen unseres Bildungsprogramms  
612 weitergeben. Die Plätze im Programm werden über eine Kombination aus offener  
613 Ausschreibung und Delegiertenprinzip vergeben. Die Repräsentanz marginalisierter  
614 Genoss\*innen stellen wir sicher, wobei sich niemand zu einer Teilnahme verpflichtet

615 fühlen soll.

## 616 **5. FINTA und BIPOC-Empowerment-Programm**

617 FINTA und BIPOC sind in unserem Verband weiterhin unterrepräsentiert und erleben  
618 gleichzeitig durch den gesellschaftlichen Rechtsruck intensiveren Hass und  
619 Diskriminierung. Es ist unser Anspruch, gegen diese Realitäten vorzugehen und  
620 Betroffenen Gruppen einen Ort für Begegnung und gegenseitiges Empowerment zu schaffen.  
621 Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns sein und anerkennen, dass die Jusos  
622 weiterhin ein überwiegend weißer, cis-hetero-männlicher Verband sind und auch in  
623 unseren eigenen Reihen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit weiterhin existent  
624 sind. Eine Überwindung dessen fängt mit einer kritischen Auseinandersetzung an und  
625 einem Empowerment, was über die vier Wände einer Vernetzung hinausgeht und eine echte  
626 Gleichstellung darstellt, die auch marginalisierte Gruppen fördert. Dazu gehört auch  
627 marginalisierten Gruppen in Funktionär\*innenrollen zu empower! Deswegen halten wir  
628 an unseren FINTA- und BIPOC-Empowermentprogrammen fest und verankern diese dauerhaft  
629 in Form von Großveranstaltungen mit offener Anmeldung. Somit ermöglichen wir eine  
630 breitere Teilnahme. Die Empowermentprogramme sollen weiterhin den Dreiklang aus  
631 Bildungsarbeit, Skillvermittlung und Netzwerken vereinen, um umfangreich  
632 Selbstwirksamkeit zu unterstützen. Die Empowermentprogramme finden einmal im Jahr in  
633 Präsenz statt und werden durch begleitende Programmpunkte - etwa bei unseren  
634 Basiskongressen - ergänzt.

## 635 **6. Ostvernetzung**

636 Nicht nur bei uns im Verband, sondern auch in der SPD und darüber hinaus in der  
637 Gesellschaft sind Ostdeutsche mit ihren Lebensrealitäten und den daraus  
638 resultierenden Herausforderungen unterrepräsentiert. Daher wollen wir Jusos  
639 weiterhin daran arbeiten, ostdeutsche Perspektiven in unserem Bundesverband zu  
640 stärken. Die bereits erfolgreich etablierte Vernetzung der Genoss\*innen aus den  
641 ostdeutschen Bundesländern setzen wir daher in den nächsten Jahren fort. Zusätzlich  
642 müssen spezifisch ostdeutsche Herausforderungen im gesamten Verband thematisiert  
643 werden.

## 644 **7. Plenarstrukturen**

645 Unser Ziel ist ein Verband, der all unseren Mitgliedern gleichermaßen offensteht. Um  
646 dies zu erreichen, müssen wir Strukturen überwinden, die gesellschaftlich – und auch  
647 in unseren eigenen Reihen – Teilhabe erschweren oder verhindern. Besonders betroffen  
648 sind FINTA, BIPOC und queere Menschen. Unser Anspruch ist es daher, Reflexionsräume  
649 für privilegierte Gruppen sowie geschützte Austauschräume für Betroffene zu schaffen.  
650 Ein zentrales Instrument hierfür sind Plena. Gleichzeitig braucht es eine  
651 kontinuierliche, qualitativ hochwertige Bildungsarbeit zu den Themen Feminismus,  
652 Antirassismus und Queerpolitik.  
653 Auf unseren bundesweiten Seminarwochenenden sollen die Plena künftig rotierend  
654 stattfinden und durch Workshopphasen mit den Schwerpunkten Feminismus, Antirassismus  
655 und Queerpolitik ergänzt werden, um unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnissen  
656 Rechnung zu tragen. Bei der Rotation achten wir darauf, zwei unterschiedliche  
657 Perspektiven pro Veranstaltung abzubilden. So schaffen wir idealerweise auf jeder

658 Veranstaltung zwei Orte des Austauschs und Lernens.

659 Wir ermöglichen einen offenen, respektvollen und zugleich tiefgehenden Austausch,  
660 indem wir die Dauer der Plena bewusst auf 90 Minuten planen. So können Betroffene in  
661 einem stressfreien Rahmen diskutieren, während Reflexionsräume für Privilegierte die  
662 Möglichkeit erhalten, sich ehrlich und kritisch mit eigenen Privilegien  
663 auseinanderzusetzen. Darüber hinaus streben wir eine weitere Professionalisierung der  
664 Planung und Moderation dieser Formate an. Insgesamt finden drei unterschiedliche  
665 Plena im Rotationsprinzip statt. Diese sind folgend benannt:

666 - FINTA-Plenum / Kritisch-Patriarchale Reflexion (all-gender)

667 - BIPoC-Plenum/ Critical Whiteness-Plenum

668 Ergänzend soll auf jeder Veranstaltung rotierend ein Workshop-Slot ausschließlich  
669 einem der Schwerpunkte *Feminismus*, *Antirassismus* oder *Queerness* gewidmet werden. Auf  
670 diese Weise wird sichergestellt, dass sich alle Teilnehmenden aktiv mit diesen  
671 Inhalten auseinandersetzen - ein Ausweichen wird bewusst vermieden. Für Betroffene  
672 bieten wir innerhalb dieser Slots Workshops (z. B. FINTA- oder BIPoC-Only-Formate)  
673 an, die Bildungsarbeit in einem geschützten Rahmen ermöglichen.

674 Ergänzend soll auf jeder Veranstaltung rotierend ein Workshop-Slot ausschließlich  
675 einem der Schwerpunkte *Feminismus*, *Antirassismus* oder *Queerpolitik* gewidmet werden.  
676 Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sich alle Teilnehmenden aktiv mit diesen  
677 Inhalten auseinandersetzen - ein Ausweichen wird bewusst vermieden. Für Betroffene  
678 bieten wir innerhalb dieser Slots Workshops (z. B. FINTA- oder BIPoC-Only-Formate)  
679 an, die Bildungsarbeit in einem geschützten Rahmen ermöglichen.

680 Bei den jährlichen Basiskongressen des Bundesverbands (wechselnd Jugendkonferenz oder  
681 Sommercamp) wollen wir allen Perspektiven aus unseren Schwerpunkten Raum geben. Eine  
682 der Perspektiven wird über das Abhalten der Plena abgedeckt mit rotierendem Wechsel.  
683 Die beiden jeweils nicht im Rahmen der Plena stattfindenden Perspektiven werden über  
684 je einen Workshop-Slot abgedeckt. Das Procedere hierbei ist analog zum oben  
685 beschriebenen Konzept.

686 Das vorgestellte Konzept wollen wir im nächsten Jahr anwenden und evaluieren. Sollte  
687 es Anpassungen bedürfen, werden diese durch den Bundesvorstand in Absprache mit den  
688 LV/BZ vorgenommen. Am Ende der Legislatur wird nochmals eine Reevaluation  
689 stattfinden, sodass ein finales Konzept beim Bundeskongress 2027 vorgestellt werden  
690 kann.

691 Um die Plenarstrukturen in unserem Verband breit zu stärken und zu verfestigen,  
692 erstellt der Bundesvorstand in Absprache mit Expert\*innen und den LV/BZ einen  
693 Leitfaden, der Orientierung für die Durchführung der Plena geben soll.

#### 694 **8.Stärkung von Schüler\*innen, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden**

695 Auszubildende, Schüler\*innen und Freiwilligendienstleistende werden im Verband  
696 schlecht repräsentiert – zugleich beobachten wir den wachsenden Einfluss  
697 rechtsextremer Kräfte an (Berufs-)Schulen und in Betrieben. Um die drei Gruppen  
698 innerhalb wie außerhalb der Jusos zu stärken und zu empower, organisieren wir  
699 regelmäßige Vernetzungswochenenden in Präsenz mit dem Schwerpunkt auf der  
700 inhaltlichen, strukturellen und (aus-)bildungspolitischen Arbeit. Ergänzt wird dies  
701 durch digitale Austauschformate. Darüber hinaus nehmen sich zwei stellvertretende

702 Bundesvorsitzende der Unterstützung und Koordinierung von Juso-Schüler\*innen- und  
703 Auszubildenden-Gruppen (JSAG) und deren Strukturen in den LV/BZ an. Ziel ist die  
704 Kooperation von JSAGen untereinander und die erhöhte Sichtbarkeit der Auszubildenden-  
705 , Schüler\*innen- und Freiwilligendienstleistenden-Aktivitäten der Jusos vor Ort.

## 706 **II. Mitgliederwerbung**

707 Wir legen ein gezieltes Programm zur Mitgliederwerbung auf. Diese wird in enger  
708 Zusammenarbeit mit Unterbezirken und Kreisverbänden umgesetzt. Schwerpunkte werden  
709 dabei auf der Weitergabe von Fähigkeiten im Bereich der Neumitgliederansprache und  
710 des Organizings liegen.

711 In den ersten beiden Jahren wollen wir jeweils 20 UB/KVs professionell in Seminaren  
712 qualifizieren, gezielte Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung durchzuführen. Dabei  
713 sollen Fähigkeiten zur Gewinnung und zur Bindung von Mitglieder integriert vermittelt  
714 werden, und Unterbezirke und Kreisverbände dabei unterstützt werden. Die Angebote  
715 dieses Pilots sollen differenziert werden nach strukturschwachen und strukturstarken  
716 Regionen.

717 Der Pilot wird evaluiert und weiterentwickelt. Die teilnehmenden Unterbezirke und  
718 Kreisverbände werden in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken  
719 ausgewählt, um sicherzustellen, dass eine möglichst repräsentative Auswahl getroffen  
720 wird.

721 Wir legen ein gezieltes Programm zur Mitgliederwerbung auf. Diese wird in enger  
722 Zusammenarbeit mit Unterbezirken und Kreisverbänden umgesetzt. Schwerpunkte werden  
723 dabei auf der Weitergabe von Fähigkeiten im Bereich der Neumitgliederansprache und  
724 des Organizings liegen. In den ersten beiden Jahren wollen wir jeweils 20 UB/KVs  
725 professionell in Seminaren qualifizieren, gezielte Mitgliederwerbung durchzuführen.  
726 In einem ersten Schritt sollen dabei Fähigkeiten zur Gewinnung vermittelt werden, in  
727 einem zweiten sollen die Unterbezirke dabei unterstützt werden, die Mitglieder zu  
728 binden und zu qualifizieren. Die Angebote dieses Pilots sollen differenziert werden  
729 nach strukturschwachen und strukturstarken Regionen. Der Pilot wird evaluiert und  
730 weiterentwickelt. Die teilnehmenden Unterbezirke und Kreisverbände werden in  
731 Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken ausgewählt, um sicherzustellen,  
732 dass eine möglichst repräsentative Auswahl getroffen wird.

733 Neben dem Programm wird auch auf anderen Veranstaltungen der Bundesebene ein  
734 gezielter Schwerpunkt auf Mitgliedergewinnung und Bindung gelegt.

## 735 **III. Bildungsarbeit**

736 Bildungsarbeit ist das Fundament unseres Verbandes – und weit darüber hinaus eine  
737 unserer größten Stärken. Deshalb wollen wir sie nicht nur weiter ausbauen, sondern  
738 auch gezielt als zentrales Instrument zur Stärkung unseres gemeinsamen Engagements  
739 nutzen. In unseren Veranstaltungen werden wir besonderen Wert auf inhaltliche Tiefe,  
740 Zugänglichkeit und praxisnahe Vermittlung legen. Dabei geht es uns nicht nur um reine  
741 Wissensweitergabe – wir wollen konkrete Fähigkeiten, Methoden und Hilfestellungen  
742 vermitteln, die es ermöglichen, die wichtige Arbeit vor Ort wirksam umzusetzen. Nur  
743 so gelingt es, das vorhandene Wissen nicht nur zu bewahren, sondern aktiv  
744 weiterzutragen, zu verbreiten und dauerhaft im Verband und in der Gesellschaft zu



745 verankern.

746 Wir wollen auf der Bundesebene einerseits eine professionelle Multiplikator\*innen-  
747 Struktur aufbauen und zusätzlich Zugänge und Vorlagen für die direkte Umsetzung von  
748 Bildungseinheiten vor Ort fördern. Eine digitale Bildungsplattform soll daher  
749 einerseits Referent\*innen und andererseits Materialien, Musterseminare zu unsere  
750 Grundwerten bündeln. Dabei achten wir bei Materialien, die wir zur Verfügung stellen  
751 auf den Schutz geistigen Eigentums andererseits und konzipieren sie so, dass sie  
752 möglichst gut für die eigenen Zwecke angepasst und niedrigschwellig genutzt werden.

753 Wir schaffen Intensivseminare für unsere Grundwerte Sozialismus, Feminismus,  
754 Internationalismus, Antifaschismus und Antirassismus.. Diese Seminare zeichnen sich  
755 durch hohe didaktische Qualität aus und werden von qualifizierten Teamer\*innen  
756 durchgeführt.

757 Für Funktionär\*innen auf Bundesebene werden Seminare zu Critical Whiteness und  
758 kritischer Männlichkeit verpflichtet. Damit setzen wir Maßstäbe für Sensibilisierung  
759 und politische Kultur im Verband. Das Angebot soll auf freiwilliger Basis ebenfalls  
760 für Funktionär\*innen der Landes- und Bezirksebene ausgeweitet werden. Insbesondere  
761 für solche Seminare streben wir eine weitere Professionalisierung an.

762 In den kommenden Jahren legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die  
763 Grundlagenbildung unserer Mitglieder. Wir wollen im Verband eine Kultur des Lernens  
764 und Lehrens etablieren, an der unsere Mitgliedern niedrigschwellig teilhaben können.  
765 Die Stärkung der Grundlagenbildung befähigt außerdem dazu, tagesaktuelle Politik  
766 innerhalb auf Grundlage unserer Überzeugungen zu bewerten und zu gestalten.

767 Wir setzen auf die Dezentralisierung unserer Bildungsarbeit, um Barrieren wie lange  
768 Anfahrten, Kosten oder Zeitaufwand zu reduzieren und möglichst viele Mitglieder zu  
769 erreichen. Theorie und Praxis sollen enger verzahnt werden, z. B. indem  
770 sozialistische Grundüberzeugungen anhand aktueller politischer Themen wie  
771 Krankenhauspolitik, Arbeitsbedingungen oder Klimagerechtigkeit diskutiert werden.

772 Daneben werden wir auf allen Bundesveranstaltungen Angebote schaffen, die  
773 unterschiedliche Lernstufen mit einschließen- von Einsteiger\*innen bis hin zu  
774 Fortgeschrittenen.

#### 775 **IV. Vernetzung und Austausch**

776 Der Bundesvorstand und die Vorsitzenden der Landesverbände und Bezirke treffen sich  
777 zu quartalsweisen Videokonferenzen oder Präsenzsitzungen. Durch vorher bekannte  
778 Termine, Tagesordnungen und Vorlagen schaffen wir Planbarkeit und ermöglichen einen  
779 strukturierten Austausch. Wenn es aktuelle Ereignisse erfordern, beraten sich  
780 Bundesvorstand und Landesverbände/Bezirke in kurzfristigen Schalten.

781 Die Unterbezirke und Kreisverbände werden über Mitmach-Kampagnen mit entsprechenden  
782 Social-Media-Vorlagen eingebunden. Damit unsere Kampagnen erfolgreich sind, setzen  
783 wir außerdem auf den stärkeren Austausch mit den Mitgliedern. Wir stellen unsere  
784 großen bundesweiten Kampagnen in Kick-Off-Veranstaltungen vor und garantieren damit,  
785 dass flächendeckend Klarheit über die Kampagnenziele und die möglichen Aktionsformate  
786 vor Ort herrscht.

787 Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Kampf gegen Rechts mit der finanziellen

Unterstützung von Bündnissen, der Unterstützung von Jusos vor Ort sowie der bundesweiten Mobilisierung und Materialbereitstellung zu Demonstrationen. Zum 8. März, 1. Mai, CSD sowie Ausbildungsstart werden Kampagnen mit Aktionspaketen durchgeführt. Darüber hinaus finden auch zu anderen Anlässen - wie beispielsweise dem Black-History-Month - Online-Kampagnen statt. Social-Media-Beauftragte und Vorsitzende der Unterbezirke und Kreisverbände werden über Messengergruppen und Broadcastlisten noch enger in die Kommunikationsstruktur eingebunden.

Der Bundesvorstand wird eine Social Media Strategie entwickeln, um die Kampagnenfähigkeit bundesweit online zu stärken. Wir werden Multiplikator\*innen und interessierte Mitglieder zu Vernetzungstreffen einladen und in Online-Kampagnen einbeziehen.

Darüber hinaus fördern wir eine Beteiligungsmöglichkeit für Jusos, die unsere Inhalte in den sozialen Medien weitertragen wollen. So können wichtige Themen schnell geteilt werden, damit zur richtigen Zeit starke Beiträge und Videos entstehen und die progressive Stimme der Jusos noch sichtbarer wird.

Die Rechten haben bedauerlicherweise in den vergangenen Jahren gezeigt, welche enorme Wirkung Social Media entfalten kann – insbesondere, wenn Botschaften gut abgestimmt und schnell verbreitet werden. Deshalb müssen auch wir einen Fokus stärker denn je auf unsere digitale Präsenz legen, um unseren Werten Gehör zu verschaffen und gesellschaftlich dagegenzuhalten.

## **VI. Ehemaligenverein**

Wir richten einen Ehemaligen-Verein mit Förderauftrag für die politische Arbeit der Jusos ein.

## Antrag F01: Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition

Antragsteller*in:	Jusos Hannover (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

### 1 Solidarität ist grenzenlos

2 Als Jusos kämpfen wir für Feminismus, Sozialismus und Antifaschismus. Unsere  
3 Solidarität endet nicht an Grenzen. Sie ist international, grenzenlos und solidarisch  
4 mit allen, die sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen. Wir stehen  
5 an der Seite unserer internationalen Partner\*innen und Schwesterorganisationen und  
6 kämpfen gemeinsam mit ihnen für Wandel, für die Rechte von Arbeitnehmer\*innen, gegen  
7 soziale Ungleichheit und für eine Welt ohne Unterdrückung und Ausgrenzung.

8 Wir solidarisieren uns mit allen progressiven Kräften in der Türkei – mit linken,  
9 feministischen, gewerkschaftlichen, kurdischen, queeren und weiteren  
10 zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die unter enormem persönlichem Risiko für  
11 Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Unsere Solidarität gilt  
12 nicht nur parteipolitischen Akteur\*innen, sondern ebenso Aktivist\*innen,  
13 Journalist\*innen, Kulturschaffenden, Wissenschaftler\*innen und allen Menschen, die  
14 sich in ihrem Umfeld gegen autoritäre, nationalistische, patriarchale und religiös-  
15 fundamentalistische Machtstrukturen stellen.

16 Demokratie entsteht nicht allein in Parlamenten, sondern überall dort, wo Menschen  
17 Unterdrückung, Militarisierung und soziale Ungleichheit nicht hinnehmen. Diese  
18 Stimmen – ob innerhalb der Türkei oder im Exil – sind Ausdruck einer lebendigen  
19 Zivilgesellschaft, die trotz Repression für Freiheit, Gleichheit und Solidarität  
20 eintritt. Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss diese demokratischen Kräfte  
21 sichtbar machen, institutionell unterstützen und schützen. Das bedeutet, politische  
22 Verfolgung klar zu benennen, Exilstrukturen zu fördern und Partnerschaften auf  
23 Augenhöhe zu schaffen, die nicht an geopolitischen Interessen, sondern an den  
24 universellen Werten von Gerechtigkeit, Frieden und Menschenwürde orientiert sind.

25 Demokratie bedeutet jedoch mehr als nur Wahlen – sie lebt von Vielfalt,  
26 Gleichberechtigung und der Anerkennung unterschiedlicher Identitäten. Wer die  
27 Demokratie in der Türkei stärken will, darf daher nicht wegsehen, wenn Menschen  
28 aufgrund ihrer Herkunft, Sprache oder politischen Überzeugung verfolgt werden.  
29 Besonders die Kurd\*innen und Alevit\*innen sind seit Jahrzehnten mit massiver  
30 Repression, politischer Verfolgung und kultureller Unterdrückung konfrontiert. Unsere  
31 Solidarität mit den in der Türkei lebenden Minderheiten darf nicht von  
32 parteipolitischen Opportunitäten abhängen. Eine demokratische und gerechte Türkei ist  
33 ohne eine politische Lösung der Minderheitenfrage insbesondere im Hinblick auf  
34 Kurd\*innen, Alevit\*innen, Armenier\*innen, Christ\*innen, Jüd\*innen und queere  
35 Communities nicht denkbar.

36 Wir fordern, dass die Rechte ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten  
37 umfassend geschützt und gesetzlich verankert werden. Dazu gehören kulturelle und

sprachliche Selbstbestimmung, faire politische Repräsentation und die strafrechtliche Verfolgung von Diskriminierung und Hassgewalt. Eine solidarische Außenpolitik muss die Achtung der Minderheitenrechte zur Bedingung für jede Form politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung machen.

Unsere Solidarität gilt daher besonders denjenigen, die sich für die Rechte der Kurd\*innen und Alevit\*innen, für Frieden und für ein demokratisches Miteinander einsetzen - darunter die Mitglieder und Unterstützer\*innen der DEM-Partei (ehemals HDP), die trotz systematischer Kriminalisierung, Parteiverbote und politischer Prozesse unbeirrt für Demokratie und Minderheitenrechte eintreten.

Denn klar ist: Eine demokratische Zukunft kann es nur geben, wenn alle Stimmen gehört werden - ob türkische, kurdische, armenische, alevitische, jesidische oder Stimmen anderer unterdrückter gesellschaftlicher Gruppen in der Türkei. Eine gerechte Gesellschaft entsteht dort, wo Vielfalt nicht unterdrückt, sondern als Stärke verstanden wird. Unsere Solidarität gilt deshalb allen progressiven Kräften in der Türkei, die gemeinsam für Freiheit, Gleichheit und ein friedliches Zusammenleben kämpfen - gegen Autoritarismus, Nationalismus und Hass. Diese Toleranz und Solidarität mit allen demokratisch kämpfenden Kräften in der Türkei erwarten wir auch von ihnen untereinander. Nur gemeinsam kann die demokratische Bewegung in der Türkei bestehen bleiben. Gemeinsam sind wir stärker - das gilt auch vor Ort.

### **Die Türkei im Ausnahmezustand - autoritärer Umbau unter Erdoğan**

Im Juli 2016 erfolgte ein Militär-Putschversuch. Hierbei kam es insbesondere in Istanbul und Ankara zu heftigen Gefechten durch Sicherheitskräften der Regierung gegenüber Zivilist\*innen, bei denen 249 Menschen starben. Erdoğan reagierte auf diese Ausschreitungen mit einer breit angelegten Verhaftungswelle. Über zehntausend Menschen wurden seither verhaftet, über 125.000 Beamt\*innen entlassen, sowie mehr als 2.700 Vereine, Medien und Bildungseinrichtungen geschlossen. Anschließend wurde durch Erdoğans Regierung ein Ausnahmezustand verhängt, welcher erst zwei Jahre später aufgehoben wurde. Durch diesen Notstand erhielt er als Präsident die Befugnis, per Dekret zu regieren und die Möglichkeit, über Jahre wichtige Entscheidungen ohne Zustimmung des Parlamentes zu treffen. Die Opposition bezeichnete diesen Ausnahmezustand als "zivilen Putsch und Hexenjagd gegen Regierungskritiker".

Im April 2017 ließ Erdoğan mithilfe eines Verfassungsreferendums ein Präsidialsystem einführen, welches das parlamentarische System abschaffte. Durch diesen Wechsel wurde die Kontrolle des Parlaments und die Justiz stark eingeschränkt. Seither ist davon auszugehen, dass die Rechtsprechung und das Justizsystem in der Türkei nicht mehr unabhängig sind. **Diesen antidemokratischen Kurs kritisieren wir Jusos.**

Erdoğan gewann im darauffolgenden Jahr in einer Allianz aus AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und der ultra-nationalistischen MHP (Milliyetçi Hareket Partisi) erneut die Präsidentschaftswahl und konnte so seine Macht sichern. Die Repressionen durch Erdoğan und seine Regierung, die über Jahre hinweg stattfinden, haben dazu geführt, dass die Türkei im Rechtsstaatlichkeitsindex 2020 nur den 107. Platz von 128 Ländern belegt hat.

Seit vielen Jahren werden in der Türkei immer wieder Journalist\*innen,

82 Politiker\*innen, Aktivist\*innen und Menschenrechtsaktivist\*innen aufgrund von  
83 haltlosen Anschuldigungen festgenommen. So wurden beispielsweise der ehemalige HDP-  
84 Vorsitzende Selahattin Demirtaş und viele weitere Abgeordnete der linken HDP  
85 (Halkların Demokratik Partisi) wegen angeblicher öffentlicher Aufstachelung im Jahr  
86 2016 inhaftiert. Viele sitzen noch immer in Edirne im Gefängnis. Im Fall Demirtaş hat  
87 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sogar bereits 2020 geurteilt, dass es  
88 sich um eine politische Inhaftierung handelt und Demirtaş freizulassen ist. Dieses  
89 Urteil wird von der türkischen Regierung trotz Mitgliedschaft im Europarat ignoriert.  
90 Durch das Ausschalten politischer Konkurrenz wie Demirtaş werden Wahlen zunehmend zu  
91 einer reinen Inszenierung von Legitimation für den amtierenden Staatspräsidenten.  
92 Neben willkürlichen Verhaftungen seitens der AKP-Regierung wird auch Druck auf  
93 Grundrechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit, aber auch die Versammlungs- und  
94 Demonstrationsfreiheit ausgeübt.

95 Nach mehr als 22 Jahren ein Lichtblick: Die CHP hat im Jahr 2024 die Kommunalwahlen  
96 in der Türkei gewonnen und regiert seitdem in den wichtigsten und wirtschaftlich  
97 stärksten Städten und Gemeinden in der Türkei. Noch immer liegt die CHP in Umfragen  
98 deutlich vor der AKP. Doch insbesondere seit März 2025 wurden dutzende  
99 Bürgermeister\*innen, hunderte Parteimitglieder und tausende weitere Menschen  
100 verhaftet. Die Vorwürfe: Korruption, Erpressung, Betrug, Terrornähe oder Spionage. Im  
101 Zentrum dessen, die Inhaftierung des Oppositionsführers, CHP-  
102 Präsidentschaftskandidaten und Istanbul Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu. Seit mehr  
103 als sechs Monaten sitzt er nun schon wegen haltlosen Korruptions- und Terrorvorwürfen  
104 in Untersuchungshaft. Doch nicht nur das. Ihm wurde auch sein Universitätsabschluss  
105 aberkannt, welcher eine Voraussetzung für eine Präsidentschaftskandidatur ist. Die  
106 Verhaftung İmamoğlus und zahlreicher weiterer Bürgermeister\*innen und  
107 Lokalpolitiker\*innen zeigen einen zentralen Wendepunkt der jüngeren Geschichte der  
108 Türkei, die offene Umwandlung des Rechtsstaats in ein repressives Herrschaftssystem,  
109 geführt von Recep Tayyip Erdoğan. Die politisch motivierte Inhaftierung des  
110 Istanbul Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu ist kein rechtsstaatlicher Akt, sondern  
111 Teil einer Strategie, politische Gegner\*innen gezielt aus dem Weg zu räumen.  
112 Insbesondere solche, die dem amtierenden Präsidenten bei zukünftigen Wahlen  
113 gefährlich werden könnten. Der Versuch, İmamoğlu durch den Entzug seiner  
114 Hochschulabschlüsse zusätzlich zu diskreditieren, zeigt, wie weit die Regierung  
115 bereit ist zu gehen, um unliebsame Stimmen mundtot zu machen.

116 Vor wenigen Wochen der traurige Höhepunkt. Der Istanbuler CHP-Vorsitzende Özgür Çelik  
117 wurde wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei seiner Wahl auf dem letzten Parteitag  
118 aus dem Amt entfernt und durch mehrere Zwangsverwalter ersetzt. Mit 5.000  
119 Einsatzkräften hat die türkische Polizei daraufhin unter Einsatz von Schlagstöcken  
120 und Tränengas gegen tausende Demonstrant\*innen die CHP-Zentrale in Istanbul gestürmt.  
121 Das zeigt, dass wenn Erdoğan die Opposition nicht politisch besiegen kann, er  
122 versucht, sie mit autoritären und repressiven zu brechen. Doch nicht nur das, in  
123 diesem Zeitraum wurde ebenso ein mehrtägiges Demonstrationsverbot erlassen und der  
124 Zugang zu sozialen Medien gedrosselt, damit die Kommunikation unter den  
125 Demonstrant\*innen erschwert wird. Diese Vorkommnisse zeigen, dass es ganz konkret um  
126 den Fortbestand und die Funktionsfähigkeit der größten Oppositionspartei der Türkei,  
127 der CHP, geht. Denn nicht nur Özgür Çelik, sondern auch Parteichef Özgür Özel und  
128 seinem Vorstand drohte die Absetzung zugunsten einer vom Gericht bestimmten

129 Zwangsverwaltung. Die nächsten Wochen sind darüber entscheidend, ob in der Türkei  
130 weiterhin ein Mehrparteiensystem existiert, oder ob Erdoğan es schafft, die Türkei  
131 ein großes Stück weiter auf dem Weg zu einer Autokratie zu führen.

### 132 **Hoffnung und Widerstand - die demokratische Bewegung in der Türkei**

133 Gerade junge Menschen, Aktivist\*innen und Studierende tragen die Proteste gegen die  
134 AKP-Regierung, für die Freilassung der inhaftierten Oppositionellen und für eine  
135 bessere Zukunft. Sie sind der Motor der gesamten Bewegung, denn wenn Erdoğan weiter  
136 regieren sollte, gibt es für sie keine Perspektiven mehr. Wöchentlich demonstrieren  
137 Tausende auf den Straßen der Großstädte und Kommunen und fordern Erdoğan's Rücktritt.  
138 Unter dem Slogan "Hak, hukuk, adalet" (Recht! Gesetz! Gerechtigkeit!) sind sie laut  
139 auf den Straßen und fordern Freiheit und Demokratie. Für die Organisation und die  
140 Verbreitung über die derzeitige Lage in der Türkei benutzen die jungen Aktivist\*innen  
141 vor allem die sozialen Medien. Denn die Massenmedien sind durch die AKP-Regierung  
142 beeinflusst. Dies führt dazu, dass die regierungskritischen Proteste entweder gar  
143 nicht gezeigt oder die Erzählung verbreitet wird, dass die Jugendlichen grundlos auf  
144 Sicherheitskräfte losgehen würden.

### 145 **Türkische rechtsextreme Netzwerke in Deutschland**

146 Die "Ülkücü-Bewegung", auch "Graue Wölfe-Bewegung", ist eine rechtsextreme Bewegung  
147 mit ultranationalistischem, antisemitischem, antikurdischem und rassistischem  
148 Gedankengut. Dieses Gedankengut spiegelt sich im Idealbild der Bewegung wider, die  
149 sich ein „großtürkisches Reich“ namens „Turan“ vorstellt. Diese rechtsextreme  
150 Bewegung ist jedoch nicht auf die Türkei beschränkt. Ihre politische Einflussnahme  
151 sowie die Bedrohungen und Einschüchterungen erstrecken sich bis nach Deutschland.  
152 Schätzungen besagen, dass sie sich in Deutschland aus 11000 Mitgliedern und einer  
153 unbekannten Zahl an Sympathisant\*innen zusammensetzt. Zwischen den Ülkücü und Erdoğan  
154 sowie seinem Koalitionspartner, der MHP, bestehen enge Verbindungen. Wegen dieser  
155 engen Verbindungen, kann die Graue Wölfe-Bewegung als der verlängerte Arm der  
156 türkischen Regierung in Deutschland angesehen werden. Der antidemokratische  
157 Staatsumbau unter Erdoğan betrifft uns in Deutschland auch ganz direkt. Wir sind  
158 daher in Verantwortung, gegen diese rechtsextremen Verbündeten Erdoğan's vorzugehen  
159 und bekräftigen unseren Beschluss K02 vom Bundeskongress 2022: Die Bundesregierung  
160 muss entschlossen gegen die "Ülkücü-Bewegung" vorgehen und Verbote gegen alle ihr  
161 nahestehende Organisationen erwirken!  
162 Darüber hinaus suchen wir, insbesondere im Kampf gegen die "Ülkücü-Bewegung" in  
163 Deutschland die Zusammenarbeit mit Demokratie unterstützenden und antifaschistische  
164 Bildungsarbeit betreibenden Organisationen und Vereinen, etwa dem CHP-Dachverband  
165 Deutschland, kurdischen und alevitischen Gemeinschaften vor Ort. Gemeinsam treten wir  
166 für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und den Schutz von Frauen und Minderheiten,  
167 insbesondere Kurd\*innen, Alevit\*innen, LGBTQI+) ein und verstehen diese Werte als  
168 gemeinsame Grundlage unseres Handelns.

### 169 **Die internationale Verantwortung Deutschlands und Europas**

170 Europa und insbesondere Deutschland dürfen angesichts der antidemokratischen  
171 Entwicklungen in der Türkei nicht schweigen. Deswegen fordern wir ganz konkret:

- 172 **1. Die sofortige Freilassung von Ekrem İmamoğlu sowie aller weiteren inhaftierten**  
173 **Oppositionellen und Aktivist\*innen.** Politische Verfolgung darf keinen Platz in  
174 einem demokratischen System haben. Auch die Prozesse gegen Personen wie Osman  
175 Kavala, Selahattin Demirtaş und Enes Hocaogulları müssen endlich beendet werden.  
176 Alle Personen, die während der Proteste gegen die Verhaftung İmamoğlus verhaftet  
177 worden sind, haben von ihren demokratischen Rechten Gebrauch gemacht und sind  
178 unverzüglich freizulassen.
- 179 **2. Die Wiedereinsetzung unrechtmäßig abgesetzter Bürgermeister\*innen.**
- 180 **3. Die Rückgabe der Universitätsabschlüsse.** Durch den willkürlichen Entzug von  
181 Universitätsabschlüssen zerstört die türkische Regierung Existenzen, nicht nur  
182 von Politiker\*innen, sondern auch von kritischen Stimmen aus der  
183 Zivilgesellschaft, beispielsweise an Universitäten. Die Betroffenen müssen ihre  
184 Abschlüsse daher umgehend wieder zurückerhalten und diese willkürliche Maßnahme  
185 muss in Zukunft unterlassen werden.
- 186 **4. Eine klare und kritische Haltung der Bundesregierung sowie der SPD gegenüber der**  
187 **türkischen Regierung.** Diplomatische Zurückhaltung darf nicht dazu führen, dass  
188 Menschenrechtsverletzungen hingenommen werden.
- 189 **5. Gezielte Sanktionen gegen Regierungs- und Justizvertreter\*innen, die für**  
190 **Menschenrechtsverletzungen und politische Prozesse verantwortlich sind.**
- 191 **6. Mehr Schutz und Unterstützung für bedrohte Aktivist\*innen aus der Türkei.**  
192 Deutschland und die EU müssen verfolgten Journalist\*innen, Oppositionellen und  
193 Studierenden Aufnahme und Schutz gewähren.
- 194 **7. Stärkere Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften vor Ort.** Wir setzen uns für  
195 mehr Austausch mit kommunalen Verwaltungen wie beispielsweise der Stadt  
196 Istanbul, zivilgesellschaftlichen Organisationen und regierungskritischen  
197 Jugendinitiativen in der Türkei ein.
- 198 Die Menschen in der Türkei kämpfen unter autokratischen und menschenfeindlichen  
199 Bedingungen für Freiheit und Demokratie. Ihre Stimme darf nicht ungehört bleiben. Wir  
200 Jusos bekennen uns dazu, diesen Kampf für die Demokratie sichtbar zu unterstützen –  
201 mit klaren Worten, konkreten Maßnahmen und gelebter internationaler Solidarität!

## Antrag G01: Keine Steuerschlupflöcher für Patriarchat und Diskriminierung – Gemeinnützigkeit reformieren

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

- 1 Im Grundgesetz lautet es in Art. 3 Absatz 2 „Männer und Frauen sind  
2 gleichberechtigt.“ Weiter heißt es: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung  
3 der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung  
4 bestehender Nachteile hin.“ Trotzdem entlastet der Staat immer noch jährliche  
5 dutzende vermeintlich gemeinnützige Vereine steuerlich, welche Menschen aufgrund  
6 ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung grundsätzlich  
7 ausschließen.
- 8 Deshalb fordern wir eine Anpassung des Gemeinnützigkeitsrechts, um patriarchale und  
9 diskriminierende Strukturen nicht weiter gesellschaftlich zu bevorteilen.
- 10 Dabei ist klar, dass die Vereinsfreiheit in Art. 9 GG geschützt wird. Die staatliche  
11 Anerkennung eines Vereins als gemeinnützig bezieht sich allerdings allein auf die  
12 herausragende Stellung, die die Öffentlichkeit dem Verein anerkennt.
- 13 Deshalb soll die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen weiterhin regelmäßig  
14 auf Basis ihrer tatsächlichen Arbeit überprüft und festgestellt werden. Ziel der  
15 Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen ist es, Vereinstätigkeiten, die auf die  
16 Förderung der Allgemeinheit gerichtet sind, steuerlich zu entlasten. So sind  
17 gemeinnützige Vereine von der Körperschaftssteuer befreit.
- 18 Neben der regelmäßigen Überprüfung der Vereine auf ihre Gemeinnützigkeit, bei der die  
19 Finanzämter die tatsächliche und satzungsmäßige Tätigkeit abgleichen, oder bei der  
20 nächsten erstmaligen Überprüfung der Gemeinnützigkeit sind Vereinsk Kooperationen  
21 prüfen, um zu verhindern, dass diskriminierende Vereine durch „neutrale“  
22 Vorzeigevereine ihr Handeln verschleiern. Solch ein Vorgehen kann beispielsweise bei  
23 Studierendenverbindungen und ihren sogenannten Hausvereinen betrachtet werden.
- 24 Ausnahmen, bei denen „biologische Unterschiede die unterschiedliche Behandlung  
25 zwingend erforderlich machen“ könnten, wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert  
26 und wie es bei Sport- oder Gesangsvereinen der Fall sein könnte, müssen diskutiert  
27 werden. Vereine, die Schutzräume für FINTA\*-Personen bieten, sollten ebenfalls  
28 gesondert betrachtet werden. Dabei darf jedoch nicht auf Stereotypen, Erwartungen  
29 oder Zuweisungen abgestellt werden.
- 30 Im Gegenzug soll die Anerkennung von gemeinnützigen Tätigkeiten zur Förderung von  
31 Freiheitsrechten und Demokratie gestärkt werden.
- 32 In diesem Zusammenhang stellen wir auch fest, dass Gewerkschaften, die nicht als  
33 gemeinnützige Verbände anerkannt werden können, aktuell Nachteile dadurch erfahren.  
34 Daher fordern wir, dass Arbeitnehmerverbände steuerrechtlich wie gemeinnützige  
35 Verbände und Vereine behandelt werden, ohne dass sie dafür die Gemeinnützigkeit  
36 beantragen müssen. Dies soll auch bestehende Nachteile in der Finanzierung von  
37 Jugendleiter\*innen beheben.



## Begründung

Zwar schützt Art. 9 GG auch die Vereinigungsfreiheit von Vereinen, die sich entschieden haben, nur aus Mitgliedern eines Geschlechts zu bestehen, jedoch muss und darf ein solcher Verein nicht von staatlicher Seite per se als gesellschaftlich nützlich angesehen werden. Nicht nur verstößt der Staat bei der Förderung solcher Vereine gegen die aktive Aufforderung des Grundgesetzes geschlechterbezogene Nachteile zu bekämpfen, sondern auch repräsentieren speziell reine „Männerbünde“ ein aus der Zeit gefallenes Gesellschaftsbild und leisten dem Aufrechterhalten von patriarchalen Strukturen und Denkweisen Aufschub.

Ziel der Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen ist es, Vereinstätigkeiten, die auf die Förderung der Allgemeinheit gerichtet sind, steuerlich zu entlasten. So sind gemeinnützige Vereine von der Körperschaftssteuer befreit.

Eine Rechtfertigung oder begründete Ausnahmen von Gleichberechtigung für einen Großteil der gemeinnützigen Zwecke, die ein Ausschließen von insbesondere FLINTA\*-Personen nötig machen würde, gibt es nicht.

Besonders kritisch sind solche Vereine zu betrachten, welche ihr diskriminierendes Handeln hinter Deckvereinen verstecken. Studierendenverbindungen führen ihre Häuser häufig über sogenannte Hausvereine, welche satzungsmäßig diskriminierungsfrei ausgestaltet sind, um steuerliche Vorteile zu genießen. Dass die Verbindungen selbst am Geschlecht differenzieren, bleibt dann oft bei der Entscheidung über Gemeinnützigkeit unbeachtet. Eindrucksvoll zeigte sich dies jüngst bei der antisemitischen und rechtsextremen Heidelberger Burschenschaft Normannia, dessen Haus durch den als gemeinnützig eingetragenen Verein „Studentenwohnheim Stückgarten e.V.“ getragen wurde. [1]

Inwiefern Ausnahmen für Vereine getroffen werden könnten, welche beispielsweise auf sportliche Leistungen gerichtet wird, muss sachlich diskutiert werden. Fraglich ist aber, ob auch hier ein solcher Zweck das kategorische Ausschließen eines Geschlechts rechtfertigen kann. [2]

Zur geschlechterbezogenen Diskriminierung gab es schon eine Reihe von Gerichtsurteilen, die staatliche Förderung z.B. aufgrund des Ausschlusses von Frauen entzogen. Folglich gilt es, die anerkannte Rechtsprechung in legislative Form zu bringen, um nicht nur für Vereine, sondern auch für die staatlichen Stellen, welche über Gemeinnützigkeit von Vereinen entscheiden müssen, Rechtssicherheit zu schaffen.

Während aber diskriminierende Vereine Steuerschlupflöcher ausnutzen und dem Gemeinwesen damit einen erheblichen Schaden zufügen, blicken hingegen andere Vereine, die sich für Demokratie, Menschenrechte oder Anti-Diskriminierung einsetzen, in eine vage Zukunft. Denn gerade Vereine, die sich gesellschaftspolitisch im Sinne des Grundgesetzes engagieren, sind der Gefahr ausgesetzt, dass sie unter den Ausschluss der Gemeinnützigkeit aufgrund politischer Tätigkeit fallen. Hier trennt der Gesetzgeber nicht konsequent. Gerade in Zeiten des steigenden Rechtsextremismus in Deutschland sollte die Bewertung der Gemeinnützigkeit von Vereinen stärker über den Zweck und die tatsächliche Tätigkeit beurteilt werden, anstatt die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess von vorneherein durch finanzielle Sanktionen zu unterbinden. Gerade deshalb haben sich insbesondere in letzter Zeit ein breites Bündnis aus mehr als 100 Vereinen, welche sich unter anderem im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren, an die Bundesregierung gewandt, mit der Forderung, hier Abhilfe zu schaffen. [3]

[1] Muss „Normannia“ ihr Haus abgeben? ([mannheimer-morgen.de](http://mannheimer-morgen.de))

[2] WD-4-069-17-pdf-data.pdf ([bundestag.de](http://bundestag.de))

[3] Brief an Kanzler: Vereine sehen Arbeit gegen Rechtsextremismus bedroht | [tagesschau.de](http://tagesschau.de)

## Antrag G02: Gegen den Druck von Antifeminist\*innen - Intersektionales Erinnern an sog. Trostfrauen!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 TW: Sexualisierte Gewalt

2 Sogenannte "Trostfrauen" bezeichnen bis zu 200 Tausend Mädchen und Frauen aus dem  
3 gesamten Asien-Pazifik-Raum, die während des Zweiten Weltkrieges durch das japanische  
4 Militär verschleppt, missbraucht und sexuell versklavt wurden. Sie wurden in  
5 sogenannten „Militärbordellen“ oder „Troststationen“ massenhaft vergewaltigt und  
6 oftmals unter falschen Versprechungen angeworben, gewaltsam entführt oder durch  
7 Zwangsrekrutierungen in das System integriert. Die Geschichte der sog. Trostfrauen  
8 wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lange verschwiegen und Akten, Unterlagen  
9 und Beweise gezielt vernichtet. Die wenigen Opfer, die es zurückschafften, schwiegen  
10 aus Angst vor sozialer Ächtung über die traumatischen Erfahrungen. Erst in den späten  
11 1980er Jahren begann eine öffentliche Diskussion über das Thema, nach dem betroffene  
12 Frauen ihre Geschichten erzählten. Reaktionäre Gruppen in Japan und Südkorea leugnen  
13 diese Tatsachen und fordern den Abbau der Statuen, die an verschiedenen Orten auf der  
14 Welt an die Opfer erinnern.

15 Im Jahr 2012 wurde ein Antrag für eine Resolution zu den sog. "Trostfrauen" im  
16 Deutschen Bundestag mit dem Titel "Anerkennung und Wiedergutmachung des Leids der  
17 „Trostfrauen“ (Drucksache 17/8789) behandelt, dieser wurde durch die damals  
18 regierende schwarz-gelbe Koalition jedoch abgelehnt. Die SPD-Bundestagsfraktion war  
19 wesentlich an diesem Antrag beteiligt. Das Europäische Parlament hat bereits im Jahr  
20 2007 eine Resolution mit dem Titel "Gerechtigkeit für die Trostfrauen" verabschiedet,  
21 die von Aktivist\*innen, die zu dem Thema arbeiten, gelobt wird.

22 Das Erinnern an sexualisierte Gewalt in Konflikten darf nicht durch Konservative und  
23 Liberale blockiert werden. Es wird höchste Zeit, dass sich nach dem Europäischen  
24 Parlament auch der Deutsche Bundestag endlich offiziell in dieser Sache positioniert.  
25 In der besonderen historischen und erinnerungspolitischen Verantwortung an die  
26 Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges kommt hier der deutschen Gesellschaft eine  
27 besondere Verantwortung des Gedenkens zu. Dieser Verantwortung sind die deutschen  
28 Bundesregierungen bisher nicht ausreichend gerecht geworden, sodass die politische  
29 Auseinandersetzung um eine angemessene Übernahme von Verantwortung bis heute anhält.  
30 Zudem erkennen wir an, dass die deutsche Wehrmacht ähnlich gelagerte Kriegsverbrechen  
31 an Frauen begangen hat, diese nur unzureichend aufgeklärt sind und keinerlei  
32 Entschädigungen geleistet wurden.

33 • Daher fordern wir einen Antrag auf eine Resolution des Deutschen Bundestags zur  
34 Bekundung seiner Solidarität mit denjenigen, die während des Zweiten Weltkriegs  
35 Opfer des Systems der so genannten Trostfrauen waren.

36 Für Aktivist\*innen, die sich für das Gedenken an die sog. Trostfrauen einsetzen,  
37 würde eine solche Resolution eine bessere Grundlage schaffen, um sich gegen Angriffe  
38 zu wehren. So stehen auf der ganzen Welt "Friedensstatuen", die an die sog.

Trostfrauen erinnern. Sie sind Symbol für eine transnationale, feministische, antirassistische und dekoloniale Erinnerungspolitik. An vielen Orten wird dieses Erinnern durch Politik und Verwaltung verhindert oder erschwert. So wurde eine Friedensstatue in Kassel abgebaut und die Friedensstatue in Berlin-Moabit steht seit Jahren unter Druck, da die zuständige Bezirksbürgermeisterin von den Grünen nach intensivem Druck der japanischen Regierung auf höchster Ebene, verkündet hat, die Statue abbauen lassen zu wollen. Wenn antifeministische und geschichtsrevisionistische Ansichten und Bewegungen weltweit zunehmen, müssen wir uns klar positionieren und solidarisieren: Niemals dürfen wir als Feminist\*innen und Antifaschist\*innen dem Druck der Täter nachgeben. Es ist unsere Pflicht, zu erinnern und zu mahnen.

Daher fordern wir:

- Den Erhalt aller Friedensstatuen sowie die Möglichkeit zum Wiederaufbau der abgebauten Statuen im öffentlichen Raum.
  - die Aufstellung einer Friedensstatue, die als Erinnerungsort der deutschen Gewaltverbrechen an sogenannten Trostfrauen während des zweiten Weltkriegs erinnert.
  - Eine auskömmliche Förderung der Projekte, die anhand der Geschichte der sog. Trostfrauen über sexualisierte Gewalt aufklären und an diese erinnern.
  - Solidarität mit den Aktivist\*innen, die sich für das Gedenken an die sog. Trostfrauen einsetzen.
  - dass sich auf internationaler Ebene und in diplomatischen Gesprächen mit der japanischen Regierung für eine nachhaltige Anerkennung der Verbrechen und ein würdiges Erinnern an die sog. Trostfrauen eingesetzt wird. Damit muss auch das politische Bekenntnis von Reparation an Betroffene und ihre Nachfahren verbunden sein.
  - Eine Unterstützung der Aufarbeitung und der Erinnerung an sexualisierte Gewalt.
- Erinnerungsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil für Aufklärung und erster Schritt hin zu Verbesserungen für die Zukunft. Das "Phänomen" der sogenannten Trostfrauen ist keines, was im zweiten Weltkrieg erstmalig oder einmalig auftrat. Vielmehr ist es eine verachtenswerte Begleiterscheinung in vielen kriegesischen Auseinandersetzungen auf der ganzen Welt, auch heute noch - etwa im Krieg zwischen der Ukraine und Russland. Die Idee, dass Frauen Soldaten "zur Verfügungen" stehen, damit diese ihren "Sexualtrieb" ausüben können, verurteilen wir zutiefst und stehen solidarisch an der Seite aller Frauen, die in der Vergangenheit und Gegenwart sexualisierte, misogynie Gewalt erfahren haben.

## Antrag I04: Die Scham muss die Seite wechseln: Gegen das strafrechtliche und gesellschaftliche Versagen im Umgang mit sexualisierter Gewalt!

Antragsteller*in:	Jusos Saar (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 **Trigger Warnung:** Der folgende Text enthält explizite Schilderungen und Analysen zu  
2 sexualisierter Gewalt. Es geht um Vergewaltigung, psychische Belastungen und  
3 strukturelles Schweigen. Der Text kann retraumatisierend wirken.

4

5 Sexualisierte Gewalt zählt zu den gravierendsten Menschenrechtsverletzungen. Sie ist  
6 kein Randphänomen, keine Abweichung von der Norm, kein bedauerlicher Einzelfall, der  
7 mit Entsetzen zur Kenntnis genommen werden darf, nur um anschließend zur Tagesordnung  
8 überzugehen. Sexualisierte Gewalt ist ein strukturelles und systemisches Problem, das  
9 in allen gesellschaftlichen Schichten, Milieus und Institutionen vorkommt. Sie ist  
10 Ausdruck tief verwurzelter Machtverhältnisse, geschlechtlicher Hierarchien und  
11 kultureller Muster, die in patriarchalen und autoritären Strukturen ihren Ursprung  
12 haben. Die Gewalt geschieht täglich, mitten unter uns, häufig im familiären Umfeld,  
13 in Partner\*innenschaften, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz oder im digitalen  
14 Raum. Die Täter\*innen sind oft keine Fremden, sondern Personen aus dem direkten oder  
15 erweiterten sozialen Umfeld der Betroffenen. Diese Alltäglichkeit macht sexualisierte  
16 Gewalt besonders perfide: Sie gedeiht im Vertrauten, im Gewöhnlichen, in Räumen, die  
17 eigentlich Schutz bieten sollten.

18 Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 weist 13.320 registrierte Fälle  
19 von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und besonders schweren Übergriffen aus. Das  
20 entspricht einem Anstieg von 9,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die  
21 Häufigkeitszahl liegt nun bei 16,1 Fällen pro 100.000 Einwohner\*innen. Der Anstieg  
22 der Zahlen in der PKS um 9,3 Prozent darf nicht zwangsläufig als Hinweis auf erhöhten  
23 Handlungsbedarf verstanden werden: Die Veränderungen in der PKS spiegeln nicht  
24 zwingend eine reale Zunahme von Kriminalität wider, sondern können auch darauf  
25 hindeuten, dass mehr Fälle durch Anzeigen bei der Polizei erfasst wurden. Diese  
26 Zahlen sind daher zwar erschütternd, aber sie zeigen nur die Spitze des Eisbergs. Es  
27 handelt sich um das sogenannte Hellfeld, also jene Fälle, die überhaupt zur Anzeige  
28 gebracht, der Polizei bekannt und als Sexualdelikte erfasst wurden. Fachleute aus  
29 Kriminologie, Sozialarbeit und Traumaforschung schätzen, dass über 90 Prozent aller  
30 sexualisierten Gewalttaten niemals zur Anzeige kommen. Die Dunkelziffer ist hoch, die  
31 tatsächliche Dimension der Gewalt erschütternd.

32 Die Gründe für dieses Schweigen sind vielfältig: Angst vor Stigmatisierung,  
33 Misstrauen gegenüber der Justiz, Sorge vor Repressalien, tief verwurzelte  
34 Schamgefühle und die Erfahrung, dass Betroffenen häufig nicht geglaubt wird. Viele  
35 Überlebende berichten, dass sie sich nach dem Übergriff nicht nur verletzt, sondern  
36 auch isoliert, beschämt und entwürdigt fühlten, nicht nur durch die Tat selbst,  
37 sondern durch die Reaktionen ihres Umfeldes. Was geschieht oder eben nicht geschieht

38 nach der Tat, ist oft ebenso zerstörerisch wie die Tat selbst.

39 Obwohl die offizielle polizeiliche Aufklärungsquote bei über 84 Prozent liegt, münden  
40 nur wenige Anzeigen in tatsächliche Verurteilungen. Dieser statistische Widerspruch  
41 offenbart ein zentrales Problem im Umgang der Justiz mit sexualisierter Gewalt.  
42 Betroffene müssen sich einer oft retraumatisierenden Beweisaufnahme aussetzen, bei  
43 der ihre Glaubwürdigkeit auf entwürdigende Weise überprüft wird. Sie werden mit  
44 Fragen konfrontiert, die ihre Aussagen relativieren sollen: Warum hast du nicht  
45 geschrien? Warum bist du nicht weggelaufen? Warum hast du die Situation nicht früher  
46 gemeldet? Diese Fragen reproduzieren das uralte Narrativ, dass „echte“ Opfer sich auf  
47 eine bestimmte Weise zu verhalten haben. Wer nicht in dieses Bild passt, wird schnell  
48 verdächtig zu lügen oder zu übertreiben.

49 Hier zeigt sich eine eklatante Unkenntnis über die neurobiologischen Reaktionen des  
50 Körpers in Extremsituationen. Viele Überlebende berichten, dass sie während des  
51 Übergriffs weder weinen noch schreien konnten. Sie waren wie gelähmt, konnten keinen  
52 klaren Gedanken fassen und sich nicht bewegen. Diese sogenannte Schockstarre, die in  
53 der Fachliteratur als „Tonic Immobility“ bezeichnet wird, ist eine gut dokumentierte,  
54 automatische Reaktion des Nervensystems. Sie ist vergleichbar mit dem Totstellreflex  
55 bei Tieren und tritt insbesondere dann auf, wenn Flucht oder Gegenwehr als  
56 aussichtslos erlebt werden. Es handelt sich dabei um keinen Ausdruck von Zustimmung  
57 oder Passivität, sondern um eine überlebensbiologische Schutzreaktion. Es gibt  
58 darüber hinaus auch weitere wissenschaftlich beschriebene neurobiologische Reaktionen  
59 wie das „Befriending“, also das „Gut-Stellen“ mit Täter\*innen während oder nach der  
60 Tat, die gesellschaftlich weit verbreitete Vergewaltigungsmythen widerlegen. Dass  
61 diese und weitere Phänomene in der juristischen Praxis häufig nicht berücksichtigt  
62 werden, ist Ausdruck institutioneller Ignoranz gegenüber medizinischem,  
63 psychologischem und traumapädagogischem Wissen. Abweichungen in der Erinnerung oder  
64 leicht unterschiedliche Schilderungen desselben Ereignisses werden beispielsweise  
65 häufig als Hinweis auf mangelnde Glaubwürdigkeit interpretiert. Solche  
66 Erinnerungslücken oder Veränderungen können jedoch auch durch Beeinträchtigungen des  
67 Kurzzeitgedächtnisses in traumatischen Situationen entstehen und müssen daher nicht  
68 gegen die Glaubwürdigkeit einer Aussage sprechen

69 Doch das systemische Versagen beginnt nicht erst im Gerichtssaal. Es beginnt im  
70 sozialen Nahfeld der Betroffenen. In der Familie, im Freund\*innenkreis, in der  
71 Schule, am Arbeitsplatz. Viele Überlebende berichten, dass sie sich zunächst nur  
72 wenigen Menschen anvertraut haben und selbst diese wenigen reagierten häufig mit  
73 Unsicherheit, Distanz oder Schweigen. Es kamen keine Nachfragen, kein offenes Ohr,  
74 keine ermutigenden Worte. Oft überwog das Bedürfnis, das Gesagte zu relativieren oder  
75 zu ignorieren. Diese soziale Ausgrenzung verstärkt das Trauma. Sie sendet die  
76 Botschaft: Du bist allein. Wir sehen dich nicht. Wir hören dich nicht. Diese Form der  
77 sekundären Viktimisierung, also die zusätzliche Schädigung durch das soziale Umfeld,  
78 ist eine unterschätzte Dimension sexualisierter Gewalt. Sie zeigt sich nicht nur im  
79 persönlichen Umgang, sondern auch in institutionellen Reaktionen. Viele Schulen,  
80 Universitäten, Krankenhäuser und Medienorganisationen verfügen über keine klaren  
81 Handlungsleitlinien, wie im Fall von Anschuldigungen oder Verdachtsmomenten zu  
82 verfahren ist. Strukturen des Wegschauens und Abwartens überwiegen, oft aus Angst vor  
83 öffentlichem Imageschaden oder rechtlichen Konsequenzen.

Besonders deutlich wird dies in der medialen Berichterstattung über prominente Fälle. Immer wieder lässt sich beobachten, wie Täter\*innen in eine Opferrolle gerückt werden, während Betroffene unter dem Generalverdacht der Falschbeschuldigung stehen. Der öffentliche Diskurs konzentriert sich dann nicht auf die strukturelle Gewalt, sondern auf vermeintliche Übertreibungen, auf „Karrieregeilheit“, auf „Hexenjagden“. Die Frage, was ein Mensch durchmachen muss, um sich öffentlich gegen eine bekannte Person zu stellen, wird selten gestellt. Stattdessen steht die Verteidigung der sozialen Ordnung im Vordergrund und damit die Verteidigung einer Ordnung, in der die Integrität mächtiger Männer höher bewertet wird als das Leid verletzter Menschen.

Sexualisierte Gewalt ist kein bloßes Kriminalitätsphänomen. Sie ist ein politischer Skandal. Eine progressive, linke Analyse darf nicht stehen bleiben bei Forderungen nach härteren Strafen oder besseren Beweismitteln. Sie muss tiefer gehen. Sie muss hinterfragen, warum Täter\*innen sich sicher fühlen können. Sie muss beleuchten, warum gesellschaftliche Institutionen so häufig zum Schutzraum der Täter\*innen und zum Schweigeraum für die Opfer werden. Und sie muss anerkennen, dass das gesellschaftliche Schweigen und Wegsehen kein neutraler Akt ist. Schweigen schützt Täter\*innen. Schweigen sichert Macht. Schweigen ist politisch.

Wenn ein Mensch sagt: „Ich weiß nicht, ob das wirklich Vergewaltigung war“, dann ist das kein Zeichen mangelnder Urteilkraft. Es ist Ausdruck einer strukturell erzeugten Unsicherheit. Denn unsere Gesellschaft vermittelt nicht die Botschaft, dass Überlebende ihrer eigenen Wahrnehmung vertrauen dürfen. Vielmehr werden sie mit subtilen und offenen Zweifeln konfrontiert: in Sprache, in Gestik, in institutionellen Prozessen. Diese Zweifel sickern tief ein und erzeugen Scham, Selbstzweifel, Schweigen.

Doch die Scham sollte nicht bei den Betroffenen liegen. Sie sollte bei einer Gesellschaft liegen, die das Zuhören verlernt hat. Bei einem Rechtssystem, das systematisch misstraut. Bei Medien, die Skandale inszenieren, aber strukturelle Gewalt verschleiern. Bei Institutionen, die Täter\*innen decken und Betroffene zum Schweigen bringen. Wenn wir sexualisierte Gewalt wirksam bekämpfen wollen, dann reicht es nicht, Empörung zu äußern. Dann müssen wir lernen, Verantwortung zu übernehmen: individuell, institutionell, politisch.

Die Scham muss die Seite wechseln. Nicht länger sollen Überlebende sie tragen. Sondern jene, die weghören, die vertuschen, die verharmlosen. Nur dann kann sich etwas verändern. Nur dann ist Gerechtigkeit mehr als ein leeres Versprechen.

#### **Forderungen:**

Im Bereich des Strafrechts:

- die verpflichtende Einführung traumasensibler Fortbildungen für Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte und medizinisches Personal in Form einer gesetzlichen Grundlage zur verpflichtenden Schulung von Beamt\*innen und Justizpersonal im Umgang mit sexualisierter Gewalt und Trauma. Hierzu soll das Bundesministerium der Justiz in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern eine entsprechende Novellierung der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) sowie des § 4 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) vorbereiten. Die Länder sollen über eine Bundesratsinitiative dazu verpflichtet werden, entsprechende Fortbildungsinhalte

auch in die Landespolizeigesetze und Aus- und Weiterbildungsordnungen zu integrieren.

- die konsequente Anwendung des Konsensprinzips nach schwedischem Vorbild durch eine Reform des § 177 StGB in der Weise, dass das Fehlen ausdrücklicher Zustimmung den zentralen Maßstab für Strafbarkeit bildet, unabhängig von erkennbarem körperlichen Widerstand. Das Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ muss explizit im Gesetz als objektives Tatbestandsmerkmal verankert werden, wie es schon in Fällen verminderter Willensbildungsfähigkeit der Fall ist. Deutschland soll sich an der Formulierung des schwedischen Sexualstrafrechts von 2018 orientieren, bei dem sexuelle Handlungen ohne Zustimmung grundsätzlich strafbar sind. Eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundestag ist durch die Bundesregierung unverzüglich auf den Weg zu bringen.
- Reform des § 184k: Jede Form von heimlichen Bildaufnahmen von den in § 184k StGB genannten Körperbereichen muss strafbar sein. Darüber hinaus ist strafscharfend zu berücksichtigen, wenn eine sexuelle Motivation hinter den Aufnahmen nachgewiesen werden kann. Die Formulierung „weibliche“ Brust muss gestrichen und durch den Brustbereich einer Person ersetzt werden.
- die bundesweite Einführung der anonymen Spurensicherung ohne Anzeigepflicht durch eine gesetzliche Verankerung einer bundesweiten Regelung zur anonymen forensischen Spurensicherung in Fällen sexualisierter Gewalt, ohne dass eine sofortige Strafanzeige notwendig ist. Dies kann durch Ergänzungen im Fünften Sozialgesetzbuch (SGB V) zur Finanzierung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung geschehen. Gleichzeitig sollen Länder über den Bundesrat verpflichtet werden, ihre Landeskrankenhausgesetze entsprechend zu ergänzen und den Zugang zur Spurensicherung flächendeckend sicherzustellen.
- die Einrichtung spezialisierter Fachabteilungen für sexualisierte Gewalt bei Staatsanwaltschaften, ausgestattet mit Fachpersonal für Traumafolgen, gendersensible Rechtsprechung und Opferrechte. Eine solche Spezialisierung soll analog zu den bestehenden Fachdezernaten für Wirtschafts- oder Jugendkriminalität umgesetzt werden. Die Länderjustizverwaltungen sollen durch eine Bundesratsentschließung verpflichtet werden, entsprechende Strukturen in allen Generalstaatsanwaltschaften und mindestens einer Staatsanwaltschaft pro OLG-Bezirk aufzubauen.
- eine verfassungskonforme Reform der Verjährungsvorschriften in den §§ 78 und 78b StGB. Bei Vergewaltigung und anderen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gemäß §§ 174 bis 180 StGB soll die Verjährungsfrist vollständig aufgehoben werden. Dies ist insbesondere mit Blick auf komplexe Verarbeitungsprozesse und späte Aussagen erforderlich. Die Bundesregierung soll eine entsprechende Änderung des StGB über eine Gesetzesinitiative im Bundestag auf den Weg bringen.
- eine Reform des sozialen Entschädigungsrechts. Die Leistung von Entschädigungen darf nicht mehr zwingend von einer strafrechtlichen Verurteilung abhängig gemacht werden. Es soll eine gesetzliche Vermutungsregel eingeführt werden, wonach bei konsistenter Schilderung einer sexualisierten Gewalterfahrung und fachlicher Bestätigung der Traumafolgen Entschädigungen gewährt werden. Es soll ein staatlich finanzierter Härtefallfonds auf Bundesebene eingerichtet werden,

mit dem auch Betroffene unterstützt werden können, deren Fälle verjährt sind  
oder nicht zur Anklage gebracht wurden. Eine entsprechende Bundesratsinitiative  
zur Änderung der Gesetzeslage und zur Einrichtung des Fonds ist dringend  
notwendig.

Darüber hinaus fordern wir:

- eine öffentlich finanzierte bundesweite, mehrsprachige Informations- und Aufklärungskampagne zu Konsens, sexualisierter Gewalt und dem gesellschaftlichen Umgang mit Betroffenen
- die Einführung verpflichtender Lehrmodule und kontinuierlicher Fortbildungen zu sexualisierter Gewalt, Trauma und Kommunikation in allen pädagogischen, medizinischen, juristischen und sozialen Ausbildungen.
- den flächendeckenden Ausbau von Beratungsstellen, Schutzwohnungen, Traumaambulanzen und Krisendiensten, besonders für FINTA\*, queere, trans, inter, rassifizierte und behinderte Menschen. Diese Angebote müssen zudem mehrsprachig angeboten werden.
- die Schaffung von sicheren Anlaufstellen für Betroffene auf Veranstaltungen und feste Implementierung in Sicherheitskonzepte.
- die Schaffung eines bundesweiten Solidaritätsfonds für Betroffene sexualisierter Gewalt, der niedrigschwellige und unbürokratische Hilfe ermöglicht.
- die Einführung ethischer Standards für die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt, mit Fokus auf Schutz der Betroffenen und Verhinderung sekundärer Viktimisierung durch die explizite Verankerung im Presse-Kodex.
- die verpflichtende Auseinandersetzung politischer Parteien, Vereine, Verbände und Institutionen mit sexualisierter Gewalt in ihren eigenen Reihen, inklusive Ansprechpersonen und Handlungskonzepten. Hierfür soll das Bundesministerium für Justiz ein Muster für Handlungskonzepte zur Verfügung stellen.



## Antrag I06: Keine Deutschen nach Merz' Gnaden – Doppelstaatler\*innen dürfen nicht zu Deutschen zweiter Klasse werden

Antragsteller*in:	Jusos NRW (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Die doppelte Staatsbürgerschaft steht unter Beschuss. Im Bundestagswahlkampf  
2 liebäugelte die CDU mit dem Vorhaben, schweren Straftäter\*innen bei einer doppelten  
3 Staatsangehörigkeit die deutsche zu entziehen. Als Gründe hierfür werden explizit  
4 antisemitische Straftaten, die Leugnung des israelischen Existenzrechts, sowie  
5 extremistische Bestrebungen, welche unseren Normen zuwiderlaufen, als Gründe genannt.  
6 Wir verurteilen jede Form von Antisemitismus und Extremismus entschieden. Deutlich  
7 wird jedoch, dass die Argumentation der CDU von rassistischen Narrativen geprägt ist.  
8 Wenn Merz von „importiertem Antisemitismus“ spricht und Migration als zentrale  
9 Ursache benennt, dient dies weniger der Bekämpfung von Antisemitismus als vielmehr  
10 der Stigmatisierung von Menschen mit Migrationsgeschichte und ihrer Ausbürgerung. Auf  
11 diese Weise wird Antisemitismus in Deutschland einseitig externalisiert und weißen  
12 Deutschen die Verantwortung dafür entzogen. Dem müssen wir uns entschieden  
13 entgegenstellen. Das eigentliche Anliegen der CDU, Menschen mit einer doppelten  
14 Staatsbürgerschaft abzuwerten, wurde nicht erst in diesem Januar deutlich. Schon 2022  
15 stellte sich Friedrich Merz offen gegen die Pläne der Ampelkoalition, Menschen mit  
16 Migrationshintergrund ohne einen deutschen Pass, schneller einbürgern. Er sprach  
17 damals davon, dass der deutsche Pass dadurch „verramscht“ werden würde, eine Aussage,  
18 gegen die wir uns entschieden stellen und die angestoßenen Vorhaben weiter  
19 bekräftigen.

20 Dabei ist klarzustellen, dass Friedrich Merz damit auf einen “sichtbaren”  
21 Migrationshintergrund abstellt, aus dem er eine mögliche doppelte Staatsbürgerschaft  
22 erahnt. Fakt ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht zwangsläufig keinen  
23 deutschen Pass haben, das ist eine falsche Annahme von Friedrich Merz.

24 Die Haltung der Union wurde zuletzt auch scharf von Jurist\*innen kritisiert. Art. 16  
25 Abs. 1 Satz 1 GG sieht vor, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nicht entzogen  
26 werden darf. Zwar ist ein Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft nach Art. 16 Abs. 1  
27 Satz 2 GG möglich, wenn die betreffende Person dadurch nicht staatenlos wird, jedoch  
28 ist es trotzdem umstritten, wann die Ausbürgerung gerechtfertigt ist und wann nicht.  
29 2006 hat das Bundesverfassungsgericht sich umfassend mit der Abgrenzung zwischen dem  
30 verbotenen Entzug und dem erlaubten Verlust befasst und hier nochmal betont, dass  
31 Art. 16 im Grundgesetz eine direkte Folge aus der nationalsozialistischen  
32 Vergangenheit Deutschlands ist und dadurch rassistisch und politisch motivierte  
33 Ausbürgerung nicht stattfinden darf. Hierbei pochte das BVerfG auch darauf, dass bei  
34 der Staatsbürgerschaft keine Rangordnung von besserer und minderwertiger  
35 Zugehörigkeit existieren darf. Die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei  
36 Doppelstaatler\*innen als Sanktion für Straffälligkeit ist nicht mit dem Grundsatz  
37 gleichberechtigter Zugehörigkeit im Grundgesetz vereinbar. Eine Einschätzung, die  
38 auch vom Bundesinnenministerium geteilt wurde.

Zusätzlich muss betont werden, dass auch an ein abgeschlossenes Einbürgerungsverfahren nicht die Bedingung geknüpft ist, dass auch in der Zukunft eine Straffälligkeit ausbleibt. Deutsche Staatsbürger\*innen werden auf Grundlage des deutschen Strafrechts verurteilt. Straftaten deutscher Staatsangehöriger müssen nicht über Fragen der Staatsangehörigkeit geregelt werden, sondern ausschließlich über das Strafrecht.

Hier kann festgehalten werden, dass Friedrich Merz billige und rassistische Stimmungsmache betreiben möchte, um Wähler\*innen vom rechten Rand für sich zu gewinnen. Dabei wird signalisiert dass Menschen mit Migrationsgeschichte Bürger\*innen zweite Klassener und nicht gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft sind. Hiermit bedient sich die Union einem rassistischen Narrativ, in der Menschen mit Migrationsgeschichte stigmatisiert und kriminalisiert werden. Hiermit treibt die Union ein Narrativ voran, welches betont, dass Menschen mit Migrationshintergrund und einer doppelten Staatsbürgerschaft krimineller sind als Menschen, die nur eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, und deswegen auch drakonischere Strafen zu erwarten haben. Ganz nach dem Gusto: „Du bist hier in meinem Land und musst dich dementsprechend benehmen.“ Dabei hat jede Person mit deutschem Pass die deutsche Staatsbürgerschaft ohne Einschränkung. Besonders erschreckend in dem Zusammenhang ist, dass die SPD zugelassen hat, dass diese Forderung ihren Weg in das, vor dem schwarz-roten Koalitionsvertrag veröffentlichte, Sondierungspapier geschafft hat. Für uns Sozialdemokrat\*innen muss, sowohl vor unserer eigenen Geschichte der Verfolgung und Ausbürgerung als auch aus Respekt für die Grundsätze der Gleichbehandlung und Menschenwürde, klar sein, dass wir so ein Unterfangen niemals mittragen dürfen. Sollte es zu einer Koalition zwischen Union und AfD auf Bundesebene kommen, liegt die Vermutung nah, dass ein Gesetz, welches Doppelstaatler\*innen die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen könnte, missbraucht werden würde, um ohnehin vulnerable Gruppen weiter in Bedrängnis zu treiben.

Daher fordern wir:

- Den Erhalt der doppelten Staatsbürgerschaft und keine Erleichterung des Verlusts der deutschen Staatsbürgerschaft.
- Eine klare Abgrenzung der SPD zu diesen Positionen der Union.
- Die Rückkehr zur von der Ampelregierung angestoßenen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, welches Einbürgerung schon nach drei Jahren möglich machen soll.

## Antrag I09: Grundrechte hören nicht an der Haustür auf

Antragsteller*in:	Jusos Braunschweig (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Triggerwarnung: Häusliche Gewalt

2

3 Häusliche Gewalt ist ein nach wie vor drängendes gesellschaftliches Problem, das  
4 leider immer noch viel zu häufig im Verborgenen bleibt. Jährlich sind tausende von  
5 Menschen von Gewalt in den eigenen vier Wänden betroffen. Dies spiegeln die binären  
6 Statistiken, die nur Zahlen bezüglich Männer und Frauen erheben, nicht wieder,  
7 sondern zeigen nur auf, dass insbesondere Frauen von häuslicher Gewalt betroffen  
8 sind. Eine Datenerhebung, die auch INTA\*-Personen einschließt, ist daher  
9 unerlässlich, um die Realität von INTA\*-Personen sichtbar zu machen und das gesamte  
10 Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt zu erfassen. Die Dunkelziffer ist vermutlich  
11 noch deutlich höher, da viele Betroffene aus Angst oder Scham schweigen oder weil  
12 eben Statistiken nicht alle Betroffenen erfassen. Dabei ist häusliche Gewalt kein  
13 privates Problem, sondern ein öffentliches Thema, das unsere Gesellschaft insgesamt  
14 betrifft. Menschenrechte enden nicht an der Wohnungstür – jeder Mensch hat das Recht  
15 auf Sicherheit, Würde und Unversehrtheit. Dennoch zeigt die Realität, dass Betroffene  
16 oft lange leiden, bevor sie sich Hilfe suchen, was an unterschiedlichen Faktoren  
17 liegt. Insbesondere durch eine Gewaltspirale innerhalb der Beziehung entsteht oft  
18 eine psychische Abhängigkeit, die ein frühes Erkennen häuslicher Gewalt oft erschwert  
19 und eine Trennung mit Risiken behaftet.

20 Unter dem Begriff der häuslichen Gewalt verstehen wir jede Gewaltform, die innerhalb  
21 einer Beziehung im gleichen Wohnumfeld geschieht. Dabei sind häufig Paarbeziehungen  
22 voranstehend, gemeint sind aber auch gewaltvolle Geschwister/Elternbeziehungen und  
23 andere Konstellationen. Hinsichtlich der Gewaltformen ist sowohl die psychische als  
24 auch die physische Gewalt gemeint. Dies beginnt bei Kontrollmechanismen, Abschneiden  
25 von Entscheidungsmöglichkeiten, finanzielle Unterdrückung und Abkapselung von Familie  
26 und Freund\*innen über Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Drohungen, Nötigungen bis  
27 hin zu Körperverletzungen, sexuellen Nötigungshandlungen und schließlich der Tötung  
28 der/des (Ex-)Partner\*in bzw. des Kindes.

29 Mit diesem Antrag möchten wir die Prävention von häuslicher Gewalt stärken, um  
30 Betroffene frühzeitig zu schützen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen  
31 verbessern. Es ist an der Zeit, die bestehenden Maßnahmen zu evaluieren, auszubauen  
32 und wirksamer zu machen, damit Gewalt in den eigenen vier Wänden endlich wirksam  
33 bekämpft wird. Das Thema der Gewalt in der häuslichen Pflege soll mit gebührender  
34 Tiefe gesondert betrachtet werden und ist somit kein Gegenstand dieses Antrags.

35

### 36 1. Finanzierung: Flickenteppich und Unsicherheit

37 Derzeit besteht bei der Finanzierung von Einrichtungen wie Frauenhäusern in vielen  
38 Bundesländern ein unübersichtlicher Flickenteppich. Viele dieser wichtigen Angebote  
39 müssen jährlich Gelder neu beantragen, was die tägliche Arbeit erheblich erschwert.

Sie sind zudem häufig auf Spenden angewiesen, was die Planungssicherheit für die Zukunft stark einschränkt. Diese Unsicherheit betrifft sowohl die Personalsituation als auch die Möglichkeiten, Leistungen auszubauen und anzubieten. Einbindungen wie zum Beispiel Therapiehunde sind freiwillige Leistungen der einzelnen Mitarbeiter\*innen der Einrichtungen. Nicht überall sind solche Zusatzleistungen stemmbar, die jedoch für die psychosoziale Begleitung von Opfern häuslicher Gewalt wichtig sind.

Viele Beratungsstellen und insbesondere Frauenhäuser sind in ihrer Kapazität oft erschöpft. Das führt dazu, dass Frauen abgewiesen, lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen oder Betroffene auf andere Häuser in anderen Städten verteilt werden müssen. „Die existierenden Frauenhäuser sollen aber nicht nur Schutzhäuser für Frauen, sondern auch TIN-Personen aufnehmen und ihre Zielgruppen auf alle FINTA' erweitern. Hierzu gehören auch entsprechende Schulungen sowie Beratungs- und Hilferessourcen. Hinzukommt, dass Kinder bei den Statistiken z. T. (beispielsweise in Niedersachsen) nicht dazuzählen und somit insbesondere Frauen mit Kindern weniger Chancen auf einen Platz haben und Frauen mit regelmäßigem Einkommen ihren Aufenthalt in der Schutzeinrichtung mitfinanzieren müssen, auch wenn sie gerade nicht arbeiten gehen können. Das ist eine belastende Situation für alle Beteiligten und erschwert eine schnelle und sichere Hilfe. Weiterhin sollten aber auch Schutzhäuser eingerichtet werden, in denen auch TIN-Personen, Zuflucht vor häuslicher Gewalt durch Partner\*innen und Familienmitglieder finden können.

Auch Frauen mit auffälligen psychischen Belastungen wie beispielsweise einer erhöhten Suchtproblematik haben häufig Probleme Schutzhäuser zu finden, die sie aufnehmen. Diese Suchterkrankung ist wiederum häufig selber Ausfluss von häuslicher Gewalt. In Deutschland gibt es derzeit nur wenige Häuser, die speziell auf diese Problematiken medizinisch eingehen können und eine Betreuung gewährleisten können.

Bisher entscheiden Hilfeeinrichtungen häufig im Einzelfall, wie sie Transpersonen unterstützen können, was häufig zu weiteren Hürden für Betroffene führt. Auch in Bezug auf Schutzhäuser für Männer gibt es zu wenig Plätze in Deutschland, weshalb auch hier das Angebot auszuweiten ist.

Auch in Bezug auf Schutzhäuser für Männer gibt es zu wenig Plätze in Deutschland, weshalb auch hier das Angebot auszuweiten ist. Weiterhin sollen aber auch Schutzhäuser eingerichtet werden, in denen auch TIN-Personen, Zuflucht vor häuslicher Gewalt durch Partner\*innen und Familienmitglieder finden können. Bisher entscheiden Hilfeeinrichtungen häufig im Einzelfall, wie sie TIN-Personen unterstützen können, was häufig zu weiteren Hürden für Betroffene führt.

Eine Angst, die Betroffene immer wieder haben und die ein Grund für eine erschwerte Trennung in der Beziehung ist, stellt die finanzielle Abhängigkeit dar. Betroffene sollen daher künftig mehr Unterstützung erhalten, wenn diese über einen zweiten Bildungsweg eine Ausbildung beginnen möchten oder ein Studium abschließen möchten. Sowohl bürokratisch als auch finanziell soll an dieser Stelle eingegriffen werden.

#### **Forderungen:**

Die Ausfinanzierung der Frauenhausstruktur nach dem Drei-Säulen-Modell, wie es auch der Bundesverband der autonomen Frauenhäuser fordert, sowie endlich die vollständige Umsetzung aller Maßgaben der Istanbulkonvention. Sowohl Bund, Länder, Landkreise als

auch Kommunen müssen langfristig die Finanzierung sicherstellen. Dabei sollten zur  
Verwaltungsvereinfachung Zuschüsse aus einer Hand gezahlt werden

- Berücksichtigung von Kindern in der Statistik der Belegungszahlen, um die tatsächliche Nachfrage besser abzubilden.
- Bundesweiter Ausbau von spezialisierten Schutzhäusern für psychische Erkrankungen
- Leichtere Zugänge zu Schutzhäusern für TIN-Personen
- Einrichtung eines Fördertopfes zur Förderung von Ausbildung, Studium oder anderen Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Lebensverhältnisse.
- Bundesweite Förderung und Vereinheitlichung der Hilfenetzwerke in den Bundesländern, um die Beratung und Unterstützung für Betroffene zu verbessern und zu koordinieren. Ausweitung von ambulanten psychotherapeutischen Behandlungsplätzen für Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche

## **2. bürokratische Herausforderungen im Falle einer Trennung**

Ein großes Problem im Bereich häuslicher Gewalt ist die Bürokratie, die Betroffene oft zusätzlich belastet. Besonders bei der Antragstellung beim Arbeitsamt oder im Jobcenter gestaltet sich der Zugang zu Leistungen oft schwierig. Viele benötigte Dokumente für die Antragsstellung befinden sich im gemeinsamen Haushalt, was es Betroffenen erschwert, schnell an die notwendigen Unterlagen zu kommen, wenn diese Zuflucht in einem unbekannten Versteck (Freund\*innen, Familie, Frauenhaus etc.) gesucht haben. Dies führt zu Verzögerungen und zusätzlichem Stress in einer ohnehin belastenden Situation.

### **Forderungen:**

- Einführung vereinfachter Verfahren für Betroffene bei der Antragstellung für Leistungen, beispielsweise durch Übergangsregelungen oder fiktive Annahmen für die ersten Wochen. So könnten Betroffene schneller Unterstützung erhalten, ohne sofort alle Dokumente vorlegen zu müssen.

## **3. Konfliktbehaftete Strafprozesse**

Auch wenn es zu einer Anzeige gekommen ist und ein Strafverfahren eingeleitet wurde, bestehen hinsichtlich der Prozessgestaltung immer wieder Schwierigkeiten.

Es gibt derzeit nicht überall hinreichende Schulungsangebote für spezialisierte Bereiche im Umgang mit häuslicher Gewalt und sexualisierter Gewalt. Beispielsweise hinsichtlich der Möglichkeiten zur getrennten Vernehmung oder den verschiedenen Vernehmungsstrategien zur Tatsachenfeststellung bei Opfern häuslicher Gewalt oder Kindern. Auch gibt es durch die fehlende Verpflichtung solcher Schulungen nicht immer die Bereitschaft zur Teilnahme. Hier sollte erwägt werden eine verpflichtende Schulung für Rechtsassessor\*innen und im Referendariat, sowie für Jurist\*innen im Staatsdienst zu etablieren, um den Herausforderungen genügend gerecht zu werden.

Zudem stehen noch viele Richter\*innen der psychosozialen Prozessbegleitung kritisch gegenüber, da Befürchtungen einer Beeinflussung der Zeug\*innen bestehen. In einigen

Gerichten ist der Ausbau von Zeugenschutzräumen ungenügend, die es ermöglichen sollen, dass die Betroffenen vor ihrer Zeugenaussage nicht im gleichen Raum wie die angeklagte Person warten müssen.

Außerdem besteht Bedarf an besseren Beweissicherungsmöglichkeiten, etwa durch den Ausbau von Programmen wie „Probeweis“. Hierbei soll es Opfern möglich sein, möglichst niederschwellig und kostenarm Beweise von häuslicher oder sexualisierter Gewalt gerichtskonform zu sichern, um sich im Anschluss für den Fall der Anzeigeerstattung darauf berufen zu können. Solche Angebote erfolgen anonym und verpflichten nicht zur späteren Anzeigeerstattung, um den Druck der Betroffenen zu minimieren.

Die Zukunftsperspektive für Hybridverhandlungen, bei denen Zeug\*innenbefragungen in anderen Räumlichkeiten stattfinden und übertragen werden können, ist ebenfalls ausbaufähig.

#### **Forderungen:**

- Ausbau der Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt, unabhängig von der Dezernatszuständigkeit.
- Aktualisierte und vereinheitlichte Handreichung für Behörden unter Einbeziehung der Istanbul-Konvention. (Beispielsweise zum Umgang im Rahmen des Sitzungsdienstes)
- Förderung der psychosozialen Prozessbegleitung in allen Bundesländern, um Betroffene besser zu unterstützen und Justiz sowie Polizei für diese Möglichkeiten zu sensibilisieren.
- flächendeckende Einführung, bzw. Förderung von Programmen wie „ProBeweis“ auch in ländlichen Regionen
- Bundesweiter Ausbau von Zeug\*innenschutzräumen in den Gerichten.
- Außerdem sollen die Möglichkeiten für Hybridverhandlungen geprüft werden, um Zeugenbefragungen in anderen Räumlichkeiten verstärkt zu ermöglichen und zu übertragen.

#### **4. Besondere Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen**

Kinder und Jugendliche können sowohl direkt als auch indirekt von häuslicher Gewalt betroffen sein. Studien belegen, dass Kinder, die Gewalt in ihrem Zuhause erleben, oftmals mit erheblichen Entwicklungsproblemen konfrontiert sind. Sie sind häufig Zeug\*innen von Gewalt zwischen den erziehungsberechtigten Personen oder anderen Bezugspersonen, was ebenso traumatisierend ist, wie die direkte Gewalt gegen sie selbst. Das Zusehen oder Hören von Gewalt kann bei Kindern Gefühle von Angst, Hilflosigkeit und Unsicherheit verstärken und langfristig ihre emotionale Stabilität beeinträchtigen.

Diese Erfahrungen können die kindliche Entwicklung in vielfältiger Weise beeinträchtigen: Sie können zu Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsstörungen, emotionaler Instabilität und Problemen im sozialen Umgang führen. Zudem besteht die Gefahr, dass Kinder in einem solchen Umfeld selbst Gewalt erlernen oder als Erwachsene in ähnlichen Situationen wiederholt werden. Unsere Gesellschaft bietet betroffenen Kindern derzeit keine adäquate Hilfe. Zu oft können Kinder, die direkt

oder indirekt von häuslicher Gewalt betroffen sind, sich niemandem anvertrauen oder ihre Bedenken werden nicht erhört.

Rechtzeitige Interventionen sind daher unerlässlich, um die negativen Folgen zu minimieren und den Kindern eine sichere, stabile Umgebung zu bieten. Es ist wichtig, die Kinder in den Unterstützungsprozess einzubeziehen, ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu öffnen und Hilfe zu erhalten.

Um junge Menschen effektiv schützen zu können, bedarf es einer differenzierten Bewertung und individueller Unterstützungsmaßnahmen. Neben der altersentsprechenden Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen ist auch der von Gewalt betroffene Elternteil zu stärken und dabei zu unterstützen, Schutzmaßnahmen anzunehmen.

#### **Forderungen:**

- Kinderschutz und Gewaltschutz darf nicht von der personellen und finanziellen Ausstattung der Kommunen abhängig sein. Um Kinderschutz in angemessenem Umfang und mit der nötigen Dringlichkeit gewährleisten zu können, müssen in den Jugendämtern die notwendigen Ressourcen sichergestellt sein. Dafür ist in den Jugendämtern insbesondere ein angemessener Personalschlüssel an Fachkräften sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung für notwendige und geeignete Leistungen erforderlich. Dabei halten wir nicht mehr am überholten Bild von einer Vater-Mutter-Kind Familie als oberstem Ziel fest. Denn dieses bildet die Realität nicht mehr ab und ist nicht mehr gesellschaftskonform.
- Kinder und Jugendliche müssen stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, damit ihre Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden.

#### **5. Sensibilisierung und Präventionsarbeit**

Häusliche Gewalt ist ein tiefgreifendes gesellschaftliches Problem, das oft im Verborgenen stattfindet und viele Betroffene zum Schweigen zwingt. Umso wichtiger ist es, durch gezielte öffentliche Aufklärungskampagnen Licht in diese dunklen Räume zu bringen. Solche Kampagnen tragen dazu bei, das Bewusstsein in der Gesellschaft zu schärfen, Vorurteile abzubauen und Betroffene zu ermutigen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Prävention beginnt mit Wissen – und nur wenn Menschen informiert, sensibilisiert und unterstützt werden, kann ein Klima entstehen, in dem Gewalt frühzeitig erkannt, verhindert und langfristig zurückgedrängt wird. Öffentliche Aufklärung ist daher ein unverzichtbarer Bestandteil jeder nachhaltigen Präventionsstrategie gegen häusliche Gewalt.

#### **Forderungen:**

- Erarbeitung einer bundesweiten Aufklärungskampagne unter Einbezug der Bundesländer, um Betroffene zu stärken, aber auch die Gesellschaft insgesamt zu sensibilisieren.
- Erarbeitung einer bundesweiten Aufklärungsstrategie zu den Themen finanziellem Missbrauch Mentale Gesundheit in Beziehungen. Dies soll eine Ausweitung der Anlaufstellen für Betroffene und die Etablierung von Präventionsprogrammen beinhalten
- Bundesweiter Ausbau von Beratungs- und Interventionsstellen für Täter\*innen und Personen mit Aggressionsproblemen, um Bewältigungsstrategien abseits von Gewalt zu

213 erlernen und deren verpflichtenden Besuch durchzusetzen



## Antrag Ini03: Wir gehören zum Stadtbild: Für ein sofortiges Ende der rassistischen Politik

<b>Antragsteller*in:</b>	Jusos NRW (Gliederung), Jusos Saar (Gliederung), Jusos Hamburg (Gliederung), Jusos Berlin (Gliederung), Jusos Rheinland-Pfalz (Gliederung), Jusos Brandenburg (Gliederung), Jusos Mecklenburg-Vorpommern (Gliederung), Jusos Hessen-Süd (Gliederung), Jusos Bremen (Gliederung), Jusos Nord-Niedersachsen (Gliederung), Jusos Weser-Ems (Gliederung), Jusos Thüringen (Gliederung), Jusos Sachsen (Gliederung), Jusos Sachsen-Anhalt (Gliederung), Jusos Hessen-Nord (Gliederung), Jusos Hannover (Gliederung), Jusos Baden-Württemberg (Gliederung), Jusos Braunschweig (Gliederung), Jusos Schleswig-Holstein (Gliederung)
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	Ini - Initiativanträge

1 In den letzten Monaten und Jahren hat sich erneut gezeigt, wie tief Rassismus als  
2 strukturelles, institutionelles und symbolisches Phänomen in Politik, Medien, dem  
3 Bildungswesen, im Gesundheitsbereich, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der  
4 polizeilichen, behördlichen und gesellschaftlichen Praxis verankert ist. Ein  
5 besonders aufsehenerregendes Beispiel hierfür ist die Äußerung des CDU-Vorsitzenden  
6 und Bundeskanzler Friedrich Merz, der Migration als „Problem im Stadtbild“  
7 bezeichnete und daraus Rückführungen ableitete. Diese Formulierung ist nicht nur  
8 sprachlich problematisch, sondern sie transportiert implizit die Botschaft, dass  
9 Menschen mit Migrationsgeschichte oder BiPoCs (Black, Indigenous and People of Color  
10 (Schwarz, Indigen und Menschen of Color) als Störung der gesellschaftlichen Ordnung  
11 wahrgenommen werden. Sie markiert Menschen symbolisch als nicht-zugehörig, verschiebt  
12 den Fokus weg von den strukturellen Ursachen sozialer Ungleichheit und reproduziert  
13 rassistische Narrative, die in der politischen Kultur Deutschlands seit Jahrhunderten  
14 wirksam sind. Wir Jusos müssen diese Mechanismen erkennen, analysieren und aktiv  
15 bekämpfen, denn Rassismus ist kein individuelles Phänomen, sondern ein  
16 gesellschaftlich verankertes Machtinstrument zur strukturellen Ungleichbehandlung und  
17 Hierarchisierung

18 Rassistische Diskurse und Narrative sind nicht abstrakt, sondern haben reale, oft  
19 existenzielle Konsequenzen für Betroffene und sind gezielte Strategien der  
20 politischen Rechten. Forschung zur politischen Kommunikation zeigt, dass Sprache  
21 Macht produziert und Wahrnehmungen strukturiert. Begriffe wie „Problem im Stadtbild“  
22 oder „Integrationsunwillige“ erzeugen symbolische Gewalt, die marginalisierte Gruppen  
23 unsichtbar macht und gleichzeitig als legitime Rechtfertigung für politische  
24 Maßnahmen dient, die Migration kriminalisieren und kontrollieren, regulieren oder  
25 zurückdrängen sollen. Gleichzeitig zeigt sich in der Reaktion der Gesellschaft ein  
26 immer wiederkehrendes Muster: Empörung, öffentliche moralische Verurteilung, mediale  
27 Aufmerksamkeit und kurze Phasen des Aufschreis, gefolgt von struktureller  
28 Untätigkeit. Solidarität wird oft nur dann sichtbar, wenn sie Applaus, Zustimmung  
29 oder medialen Rückenwind verspricht. Wir Jusos müssen begreifen, dass echte  
30 Solidarität dort beginnt, wo sie unbequem wird, wo sie Risiko bedeutet und wo sie  
31 Machtverhältnisse infrage stellt und sich aktiv an der Seite der Betroffenen  
32 positioniert. Alles andere ist Empörung auf Abruf: laut, moralisch und letztlich

33 bequem.

34 Zugleich erkennen wir als Verband selbstkritisch an, dass Antirassismus kein Thema  
35 mit Initiativcharakter ist, sondern eine dauerhafte politische Aufgabe. Rassismus ist  
36 ein seit Jahrhunderten tief in unseren gesellschaftlichen Strukturen verankertes  
37 Problem, dessen praktische Auswirkungen in den vergangenen Jahren wieder deutlich  
38 zugenommen haben. Wir erleben einen erneuten Anstieg rassistisch motivierter  
39 Gewalttaten, BIPOC Funktionär\*innen, die rassistischen Stereotypen und Angriffen -  
40 auch innerhalb unseres Verbandes- ausgesetzt sind und eine SPD, die in Teilen  
41 zunehmend Politik mit menschenfeindlichen Konsequenzen mitträgt. Letzteres zeigt es  
42 sich in Regierungshandeln auf verschiedenen Ebenen, aber auch in einer diskursiven  
43 Verschiebung, die nicht nur kein Halt vor der SPD macht, sondern von ihr mit  
44 vorangetrieben wird. Hieraus ergibt sich eine noch drängendere Notwendigkeit, nicht  
45 nur mit Empörung oder Betroffenheit zu reagieren, sondern auch inhaltlich fundiert  
46 als Verband dagegen aufzustehen. Wir hätten uns als Verband schon früher und  
47 entschiedener mit den strukturellen und inhaltlichen Dimensionen dieser Entwicklungen  
48 auseinandersetzen müssen.

49 Die jüngsten Äußerungen von Friedrich Merz als Bundeskanzler, die bröckelnde  
50 politische Brandmauer nach rechts und die reale Gefahr von AfD-geführten  
51 Landesregierungen zeigen erneut zunehmend, dass Rassismus nicht nur  
52 gesellschaftliches, sondern auch institutionelles Handeln prägt. Diese Entwicklungen  
53 haben konkrete Auswirkungen auf unser Zusammenleben, auf die politische Kultur und  
54 auf die Rechte marginalisierter Gruppen. Darauf müssen wir als Bewegung, als  
55 Organisation und als politische Stimme endlich entschieden reagieren.

56 Innerhalb progressiver Bewegungen und Jugendorganisationen zeigt sich zudem eine  
57 problematische Dynamik: Antirassismus wird häufig als Randthema behandelt und als  
58 Aufgabe marginalisierter Gruppen delegiert. Menschen, die selbst Diskriminierung  
59 erfahren, werden in die Verantwortung genommen, Aufklärung zu leisten, während die  
60 Mehrheit der Organisation weitgehend unreflektiert bleibt. Debatten darüber, ob oder  
61 wie man Stellung nehmen soll, verdrängen die eigentliche Auseinandersetzung mit  
62 rassistischen Strukturen. Wir Jusos müssen kritisch-weißes Bewusstsein entwickeln,  
63 unsere eigenen Privilegien, blinden Flecken und Machtpositionen reflektieren und uns  
64 der Verantwortung stellen, aktiv Strukturen zu verändern, statt Rassismus als Problem  
65 der anderen zu begreifen. Dieses Konzept findet seine theoretische Fundierung in der  
66 Forschung zu White Fragility und kritischem Weißsein, die belegen, dass  
67 unreflektierte Privilegien systematisch an der Reproduktion rassistischer Strukturen  
68 beteiligt sind.

69 Antirassismus ist mehr als eine moralische Haltung; er ist analytisches Werkzeug,  
70 politische Praxis und unabdingbarer Bestandteil einer emanzipatorischen  
71 Gesellschaftsanalyse. Rassismus ist dabei nicht lediglich eine ideologische  
72 Verzerrung der ökonomischen Basis, wie es vereinfachende marxistische Analysen früher  
73 häufig suggerierten, sondern ein eigenständiges Herrschaftssystem mit eigenen  
74 Dynamiken, das historische, kulturelle und ökonomische Machtstrukturen stabilisiert.  
75 Er existiert nicht nur als „Nebenwiderspruch“ des Kapitalismus, sondern prägt aktiv  
76 die Organisation von Arbeit, Eigentum und Macht. Cedric Robinson argumentiert in  
77 „Black Marxism“, dass Rassismus in der westlichen Moderne nicht aus wirtschaftlicher  
78 Logik allein hervorgeht, sondern eine autonome, historisch entwickelte Kategorie

79 darstellt, die die kapitalistische Ordnung sowohl unterstützt als auch strukturell  
80 bedingt. Ähnlich zeigt Fanon, dass koloniale Gewalt und Rassifizierung die sozialen  
81 und psychischen Strukturen von Unterdrückung festigen und den sozialen Zusammenhalt  
82 der Beherrschten untergraben, wodurch die ökonomische Ausbeutung erst stabilisiert  
83 wird.

84 Rassismus ermöglicht kapitalistischer Herrschaft eine doppelte Funktion: Er  
85 fragmentiert die Arbeiter\*innenschaft, indem er Solidarität entlang ethnischer,  
86 kultureller oder religiöser Linien verhindert und er legitimiert gleichzeitig die  
87 hierarchische Zuordnung von Arbeit und Ressourcen. Historisch zeigt sich dies  
88 deutlich im Kolonialismus, in der Sklaverei und in der Ausbeutung migrantischer  
89 Arbeitskräfte: Die Zuschreibung von „Rasse“ und „Andersheit“ dient dazu, Menschen  
90 systematisch aus der Teilhabe an Eigentum, Bildung und politischer Macht  
91 auszuschließen. Zugleich bietet sie kapitalistischen Akteur\*innen die Möglichkeit,  
92 Profite zu maximieren, indem bestimmte Gruppen strukturell prekariert und  
93 marginalisiert werden.

94 Migrantische Arbeitskräfte sind überproportional in prekären  
95 Beschäftigungsverhältnissen, Wohnsegregation, Bildungsbenachteiligung und  
96 eingeschränkter politischer Partizipation ist empirisch gut dokumentiert.

97 Wir Jusos müssen verstehen, dass der Kapitalismus und Rassismus in einem komplexen  
98 Wechselverhältnis stehen: Der Kapitalismus erzeugt ökonomische Hierarchien, die  
99 Rassismus ideologisch und kulturell stabilisiert; Rassismus wiederum schafft  
100 symbolische und materielle Unterschiede, die die kapitalistische Akkumulation  
101 erleichtern. Rassismus darf daher nicht als sekundärer Widerspruch betrachtet werden,  
102 der sich automatisch aus der Überwindung wirtschaftlicher Ungleichheit erledigt. Er  
103 ist ein eigenständiges Machtinstrument, das eigene Gesetze, Dynamiken und  
104 Reproduktionsmechanismen besitzt. Gleichzeitig dürfen wir den Widerspruch zwischen  
105 Kapital und Arbeit nicht aus den Augen verlieren: Für uns Jusos bleibt der  
106 Klassenkampf zentral, doch ohne antirassistische Analyse und Praxis ist dieser Kampf  
107 fragmentiert, isoliert und anfällig für Spaltungen. Die Solidarität unter  
108 Arbeiter\*innen kann nur dann wirksam werden, wenn sie die sozialen Hierarchien  
109 erkennt, die Rassismus erzeugt und aufrechterhält.

110 Demokratie, Gleichheit und soziale Teilhabe sind untrennbar mit Antirassismus  
111 verbunden. Wenn Menschen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder Religion strukturell  
112 ausgeschlossen oder benachteiligt werden, verliert die demokratische Praxis an  
113 Legitimität. Wir Jusos müssen begreifen, dass Antirassismus kein moralisches Extra  
114 ist, sondern eine Bedingung dafür, dass gesellschaftliche Teilhabe, Menschenwürde und  
115 Rechtsgleichheit realisiert werden können.

116 Damit Antirassismus in unserer politischen Praxis als Grundwert wirksam wird, müssen  
117 wir Jusos ihn konsequent auf allen Ebenen verankern. Strukturell bedeutet dies  
118 verbindliche Selbstverpflichtungen gegen Diskriminierung, kontinuierliche Schulungs-  
119 und Reflexionsangebote zu Intersektionalität, Rassismus und kritischem Weißsein sowie  
120 transparente Mechanismen zum Umgang mit diskriminierenden Vorfällen. Inhaltlich heißt  
121 es, antirassistische Perspektiven konsequent in allen politischen Feldern zu  
122 berücksichtigen, von Sozial-, Bildungs- bis zur Arbeitsmarktpolitik, und rassistische  
123 Narrative in öffentlichen Stellungnahmen klar zurückzuweisen. Kulturell bedeutet es,  
124 Kommunikationsformen, Sprache und Machtstrukturen kontinuierlich zu hinterfragen,

125 Räume für marginalisierte Perspektiven zu schaffen und die eigene Organisation  
126 kritisch zu reflektieren.

127 Politische Kommunikation muss anerkennen, dass Sprache Realität produziert und Macht  
128 strukturiert. Wer Migration oder sichtbare Diversität als Problem darstellt,  
129 reproduziert gesellschaftliche Ausschlüsse. Wer Diversität als Normalität begreift,  
130 stärkt demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Wir Jusos müssen aktiv  
131 zuhören, lernen, Verantwortung übernehmen und dort handeln, wo Veränderung unbequem,  
132 riskant und politisch herausfordernd ist. Antirassismus beginnt bei Analyse,  
133 Reflexion und Empathie und endet nicht bei moralischer Empörung, sondern bei der  
134 strukturellen Veränderung von Gesellschaft, Politik und Institutionen. Aussagen, die  
135 Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Kultur als Problem markieren, müssen  
136 konsequent strukturell beantwortet werden. Wir Jusos haben Antirassismus als  
137 zentralen, unverhandelbaren Grundwert verankert, um eine demokratische, inklusive und  
138 gerechte Gesellschaft zu sichern. Antirassismus ist kein Nebenprojekt, keine  
139 kosmetische moralische Geste und kein kurzfristiger Impuls. Er ist die Grundlage  
140 einer solidarischen und langfristig wirksamen politischen Praxis, die soziale  
141 Emanzipation für alle garantiert. Wir schrecken daher auch nicht davor zurück,  
142 menschenfeindliche oder rassistische Politik und Aussagen kritisch zu benennen. Auch  
143 dann, wenn sie aus den eigenen Reihen oder aus der SPD selbst kommen.

144 Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand Angst haben muss, sichtbar zu sein. Wir  
145 wollen Städte, die nicht aussortieren, sondern einbeziehen. Wir wollen eine Politik,  
146 die Ungleichheit an der Wurzel angreift: in Macht, Eigentum und Sprache. Wir Jusos  
147 fordern ein entschlossenes Handeln von Partei, Verband, Regierung und Gesellschaft,  
148 um Rassismus strukturell zu bekämpfen und Antirassismus als politische Praxis zu  
149 verankern. Dazu braucht es ein Antira-Sofortpaket, das Strukturen verändert und nicht  
150 nur Schlagzeilen produziert:

151 Deswegen fordern wir:

- 152 • die Einrichtung einer unabhängigen Bundeskommission zur Untersuchung und  
153 Bekämpfung institutionellen Rassismus. Diese Kommission soll mit einem  
154 Initiativrecht ausgestattet sein, regelmäßig Berichte an den Bundestag vorlegen  
155 und betroffene Communities verbindlich beteiligen. Sie soll ressortübergreifend  
156 arbeiten und Maßnahmen in Polizei, Justiz, Verwaltung, Bildung und Medien  
157 koordinieren.
- 158 • dienstrechtliche Konsequenzen für rassistische Äußerungen und Handlungen von  
159 Beam\*t\*innen, unabhängig von ihrem Dienstgrad.
- 160 • eine Reform und Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), damit  
161 auch strukturelle und kollektive Diskriminierung erfasst werden kann. Damit  
162 einher fordern wir die Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Dazu  
163 gehört insbesondere die Einführung eines Verbandsklagerechts und eine deutliche  
164 Stärkung der Antidiskriminierungsstellen des Bundes und der Länder.
- 165 • verbindliche Antirassismus-Schulungen und Fortbildungen für alle Beschäftigten  
166 im öffentlichen Dienst, insbesondere in Polizei, Justiz, Verwaltung und  
167 Bildungseinrichtungen. Diese Schulungen müssen praxisorientiert, dauerhaft  
168 angelegt und von unabhängigen Expert\*innen sowie Vertreter\*innen betroffener  
169 Gruppen durchgeführt werden.

- 170 • Darüber hinaus setzen wir uns für öffentliche Aufklärungs- und  
171 Informationskampagnen ein, die Rassismus sichtbar machen und Solidarität  
172 stärken.
- 173 • Wir fordern eine dauerhafte finanzielle Absicherung zivilgesellschaftlicher  
174 Initiativen, die sich gegen Rassismus und rechte Gewalt engagieren, insbesondere  
175 in ländlichen Räumen, wo Unterstützung häufig fehlt. Zudem müssen migrantische  
176 Selbstorganisationen als gleichberechtigte politische Akteur\*innen gefördert  
177 werden. Sie dürfen nicht nur als Zielgruppen, sondern müssen als Partnerinnen  
178 bei der Gestaltung politischer Prozesse anerkannt werden. Hierzu verpflichten  
179 wir uns auch als Jusos

## Antrag Ini02: All Access: Pop, Sport und Streaming gehören uns - Monopole vergesellschaften!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Ende Oktober 2025 startete die Dokumentation Babo – Die Haftbefehl Story und löste  
2 innerhalb weniger Tage eine breite gesellschaftliche Debatte über Macht,  
3 Abhängigkeiten und soziale Realität in der Musikindustrie aus. Die Doku erreichte  
4 Platz eins der Netflix-Charts in Deutschland und wurde zum Symbol einer Frage, die  
5 weit über Rap hinausgeht: Wem gehört eigentlich die Kultur, die unser Zusammenleben  
6 prägt? Wer profitiert davon, wenn sie zur Ware wird?

7 Popkultur, Musik und Sport sind keine Luxusgüter, sondern Teil der öffentlichen  
8 Daseinsvorsorge. Sie sind Orte von Begegnung, Identität und Gemeinschaft. Doch durch  
9 die Monopolisierung des Ticket- und Streamingmarkts ist der Zugang zu diesen Räumen  
10 immer stärker vom Einkommen und von digitalen Plattformen abhängig geworden.

11 Im europäischen Ticketverkauf kontrollieren Ticketmaster (Live Nation Entertainment)  
12 und Eventim gemeinsam über 80 Prozent des Marktes. Eventim erwirtschaftete 2024 einen  
13 Umsatz von 2,6 Milliarden Euro, ein Plus von rund 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr.  
14 Gleichzeitig stiegen die durchschnittlichen Ticketpreise für Großveranstaltungen seit  
15 2019 um über 40 Prozent. Künstler\*innen erhalten davon meist nur zwischen 10 und 15  
16 Prozent.

17 Die Folgen zeigen sich bei jedem großen Event. Tickets für die Tourneen von Taylor  
18 Swift oder Beyoncé kosteten 2024 oft mehr als 400 Euro, bevor sie nach wenigen  
19 Minuten ausverkauft waren. Über Reseller-Plattformen erreichten die Preise teils über  
20 1 000 Euro. Bei Lady Gaga lagen sie für einzelne Sitzplätze sogar im vierstelligen  
21 Bereich. Auch Fans von Ariana Grande, Harry Styles oder Katy Perry erleben  
22 regelmäßig, dass Tickets binnen Sekunden vergriffen sind und auf Zweitmärkten zu  
23 Fantasiepreisen gehandelt werden. Popkultur wird so zu einer Frage des Geldbeutels.

24 Im Sport wiederholt sich das gleiche Muster. Fußball, Football, Basketball oder E-  
25 Sport sind mehr als Spiele, sie sind gelebte Kultur und sozialer Raum. Doch auch hier  
26 explodieren die Preise. Eine Sitzplatz-Dauerkarte in der Bundesliga kostet heute im  
27 Schnitt rund 400 Euro, Spitzenplätze deutlich mehr. Die Kosten für Übertragungen  
28 wachsen ebenso. DAZN hat seine Preise zwischen 2018 und 2025 um mehr als 120 Prozent  
29 erhöht, MagentaTV verlangt zusätzliche Gebühren. Wer alle großen Wettbewerbe legal  
30 sehen möchte, zahlt rund 70 Euro im Monat. Für viele Fans, insbesondere junge  
31 Menschen, ist das kaum noch bezahlbar.

32 Hinzu kommt die Eigentümerstruktur: DAZN wird von der Investmentgesellschaft Access  
33 Industries kontrolliert, die dem Milliardär Len Blavatnik gehört. Blavatnik gilt als  
34 einer der einflussreichsten Oligarchen der postsowjetischen Wirtschaftsgeschichte und  
35 hat sein Vermögen in den 1990er Jahren durch Öl- und Aluminiumgeschäfte aufgebaut.  
36 Heute hält er über seine Gesellschaft Beteiligungen an Medienkonzernen,  
37 Streamingplattformen und Sportrechten in aller Welt. Dass zentrale Teile der  
38 europäischen Sportkultur und Übertragungsrechte damit in der Hand einer

internationalen Investmentgesellschaft mit solcher Kapitalmacht liegen, zeigt, wie weit sich öffentliche Daseinsvorsorge von demokratischer Kontrolle entfernt hat.

Auch die Produktionsseite ist betroffen. Die Netflix-Dokumentation über Haftbefehl verdeutlicht, wie stark selbst erfolgreiche Künstlerinnen von Verträgen und Plattformlogiken abhängig sind. Der reale Anteil von Musikerinnen an Streamingumsätzen liegt bei weniger als einem Cent pro Stream. Plattformen wie Spotify, die 2024 rund 14 Milliarden Euro Umsatz erzielten, stehen zusätzlich in der Kritik, weil ihr Mitgründer Daniel Ek über seine Investmentfirma Prima Materia in Rüstungstechnologie und militärische Start-ups investiert. Wenn Geld, das durch Musik und Kreativität verdient wird, in Waffenentwicklung fließt, ist das ein moralischer Widerspruch, der politische Antworten verlangt.

Kultur, Musik und Sport sind kein Nebenschauplatz der Wirtschaft, sondern unumgänglich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn private Unternehmen über Preise, Sichtbarkeit und Zugänge entscheiden, entziehen sie sich demokratischer Kontrolle. Der Staat darf nicht länger zusehen, wie kollektive Kultur zur Ware wird.

Die Vergesellschaftung zentraler Plattformen ist keine symbolische Forderung, sondern eine notwendige Antwort auf Marktversagen. Artikel 15 des Grundgesetzes bietet die rechtliche Grundlage, Produktionsmittel, die der Allgemeinheit dienen, in Gemeineigentum zu überführen. Im 21. Jahrhundert sollten dazu auch die digitalen Infrastrukturen, über die Kultur, Musik und Sport vermittelt werden, dazu gehören.

Eine demokratisch organisierte, gemeinwohlorientierte Plattform für Ticketverkauf und Streaming kann faire Preise, Transparenz und Vielfalt sichern. Sie kann lokale Veranstalter\*innen, unabhängige Clubs und freie Künstler\*innen stärken und den Zugang zu Kultur und Sport unabhängig vom Einkommen ermöglichen. Kultur ist keine Freizeitbeschäftigung, sondern Teil der Demokratie. Sie schafft Vielfalt, Teilhabe und Gemeinschaft. Wenn Popkultur, Musik und Sport zu Luxusgütern werden, verliert unsere Gesellschaft ihre soziale Basis. Die Konzentration von Markt- und Plattformmacht bedroht kulturelle Vielfalt, faire Arbeitsbedingungen und den Zugang zu Öffentlichkeit. Die öffentliche Hand trägt Verantwortung, Räume der Teilhabe zu sichern. Die Vergesellschaftung zentraler Kultur- und Sportinfrastrukturen ist ein notwendiger Schritt hin zu sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Kontrolle und echter kultureller Freiheit.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf:

1. eine gesetzliche Regulierung des Ticketmarkts einzuführen, die Dynamic Pricing verbietet, Preisobergrenzen festlegt und den Weiterverkauf auf den Originalpreis begrenzt,
2. eine kartellrechtliche Überprüfung der Marktstellung von Ticket- und Streamingplattformen durchzuführen, mit dem Ziel monopolartige Strukturen zu zerschlagen
3. die Anwendung von Artikel 15 Grundgesetz auf zentrale Kultur- und Sportplattformen zu erweitern, die Vergesellschaftung auf demokratische Eigentumsformen wie Genossenschaften, kommunale Trägerschaften oder öffentlich-rechtliche Modelle zu stützen, den Aufbau von öffentlichen, gemeinwohlorientierten Ticket- und Streamingplattformen basierend auf Open-

Source-Technologien und mit Gewährleistung offener Schnittstellen

4. eine öffentliche, gemeinwohlorientierte Ticketplattform aufzubauen, die Transparenz, Vielfalt und Teilhabe gewährleistet,
5. eine europäische Initiative für die Regulierung der Monopolmacht im Kultur- und Streamingsektor anzustoßen und eine europäische öffentliche Plattform für Kultur und Sport zu prüfen,
6. Streaming- und Ticketplattformen zu verpflichten, ihre Empfehlungs- und Preisalgorithmen per Schnittstelle Zugang zu den Daten und Algorithmen für Forschende zu gewährleisten und diskriminierungsfreie Zugänge zu gewährleisten
7. ein Jugend-Kulturticket 2.0 einzuführen, das jungen Menschen kostenlosen oder stark vergünstigten Zugang zu Konzerten, Sport- und Kulturveranstaltungen ermöglicht aus dem Bundeshaushalt finanziert,
8. eine Enquetekommission „Kulturelle und sportliche Daseinsvorsorge im digitalen Kapitalismus“ einzusetzen, um eine gemeinwohlorientierte kulturelle und sportliche Daseinsvorsorge auch im digitalen Zeitalter sicherzustellen.
9. demokratischen Vergesellschaftung zu entwickeln.
10. Veranstalter sollen verpflichtet werden einen bestimmten Prozentsatz (5 Prozent) des Ticketkontingents vergünstigt anzubieten, um die Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen, zu gewährleisten.



## Antrag Ini04: Unsere jungsozialistische Verantwortung im Nahen Osten: Eine gerechte Friedensordnung!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

### 1 I. Einleitung

2 Zwei Jahre nach dem antisemitischen Terror-Angriff der Hamas auf die Bevölkerung  
3 Israels am 7. Oktober 2023 steht der Nahe Osten an einem Wendepunkt: Die  
4 Vereinbarungen im Rahmen des Übereinkommens zum aktuellen Waffenstillstand zwischen  
5 der israelischen Regierung und der Hamas bringen hoffentlich Aussichten auf ein Ende  
6 des Gaza-Krieges und damit neue Chancen für einen lang ersehnten Frieden in der  
7 Region. Als Teil der internationalistischen Linken setzen wir uns mit unserer Arbeit  
8 im Willy-Brandt-Center Jerusalem konkret für friedensstiftende Maßnahmen ein, in dem  
9 wir den Dialog zwischen jungen, progressiven Israelis und Palästinenser\*innen in  
10 allen drei Gesellschaften unterstützen.

11 Mit diesem Antrag wollen wir angesichts der humanitären Katastrophe in Gaza und der  
12 neuen Dynamiken im Nahostkonflikt die Grundlage legen, um einen aktiven Beitrag zur  
13 Friedensarbeit zu leisten. Unser Ziel ist, die Auseinandersetzung mit Nahost von  
14 einer bloßen Vision in eine konkrete multilaterale Friedenspolitik zu überführen und  
15 dabei internationale Solidarität praktisch werden zu lassen, etwa durch die Arbeit  
16 des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem.

### 17 II: Situation vor Ort

18 Nach fast zwei Jahren der Angst konnten die letzten überlebenden Geiseln aus der  
19 Gefangenschaft der Hamas zu ihren Familien zurückkehren. Zeitgleich wurden hunderte  
20 palästinensischer Gefangene aus teilweise illegaler Haft entlassen. Viele von ihnen  
21 haben allerdings schreckliche Verbrechen begangen und waren terroristisch aktiv,  
22 wodurch sich eine Gleichsetzung verbietet. Die Freude über die Rückkehrer auf beiden  
23 Seiten steht im Schatten der zutiefst erschöpften und gespaltenen Region: Die Hamas  
24 nutzt nach wie vor militärische Strukturen in Teilen des Gazastreifens und  
25 terrorisiert die eigene Bevölkerung. Berichte von willkürlichen Verhaftungen, Gewalt,  
26 Tötungen und der Unterdrückung politischer Gegner\*innen belegen, dass sie kein Akteur  
27 des Friedens ist. Auch die Übergabe toter israelischer Geiseln wird zu politischen  
28 Zwecken der Hamas instrumentalisiert und hinausgezögert. Die im Gazastreifen  
29 festgehaltenen 28 ermordeten Geiseln sollten im Rahmen der Vereinbarung auch an  
30 Israel übergeben werden - dieser Teil der Abmachung wurde noch immer nicht  
31 vollständig eingelöst von den Hamas. Währenddessen rufen Teile

32 palästinensische Gefangene aus einer Haft entlassen, in der sie von israelischen  
33 Behörden überwiegend (in etwas mehr als 80 Prozent der Fälle; Quelle: BR24,  
34 14.10.2025) ohne Anklage oder rechtsstaatliches Verfahren festgehalten wurden. Einige  
35 von ihnen waren allerdings an Kriegshandlungen gegen Israel beteiligt oder

terroristisch aktiv, weswegen sich eine Gleichsetzung verbietet. Die Freude über die Rückkehrenden auf beiden Seiten steht im Schatten der zutiefst erschöpften und gespaltenen Region und eines verwüsteten Gazastreifens: Die fortgesetzte israelische Militärkampagne hat den konservativsten Schätzungen zufolge über 71.000 Menschen das Leben gekostet und über zwei Millionen Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Die Umstände - als Todesopfer werden offiziell nur Personen gezählt, deren Leichen aufgefunden und identifiziert wurden und die durch direkte Waffeneinwirkung, nicht etwa durch Hunger, Krankheiten oder mangelnde medizinische Versorgung, getötet wurden - rechtfertigen die auch durch diverse Studien belegte Annahme, dass die Dunkelziffer weitaus höher sein dürfte. Knapp die Hälfte der vom israelischen Militär Getöteten waren Kinder, über ein Viertel waren Frauen. Der Konflikt weist dabei eine der höchsten Prozentraten von Zivilist\*innen unter den Todesopfern seit dem Zweiten Weltkrieg auf. Zudem waren die israelischen Militärschläge in einem überdurchschnittlichen Maße gegen Journalist\*innen und Mitglieder von Hilfsorganisationen gerichtet; kein anderer Krieg seit Beginn der systematischen Aufzeichnungen war für Pressevertreter\*innen so tödlich wie der Krieg in Gaza. Der Gazastreifen wurde fast vollständig zertrümmert - nach UN-Schätzungen sind über 70 Prozent der zivilen Infrastruktur zerstört oder schwer beschädigt, darunter auch die allermeisten Krankenhäuser, Schulen und Kultureinrichtungen. Die israelische Regierung hat mit einer monatelangen Blockade von Strom, Wasser, Nahrung und anderen Hilfslieferungen bewusst eine gravierende Hungersnot herbeigeführt und somit den Hunger als Kriegswaffe gegen die Bevölkerung Gazas genutzt. Bis heute schränken die israelische Regierung und das Militär humanitäre Hilfslieferungen drastisch ein, sodass nur ein Bruchteil der eigentlich benötigten Hilfen die Menschen in Gaza erreicht. Kurzum: Die Lage ist humanitär gesehen eine völlige Katastrophe. Dennoch haben schon wenige Tage nach dem Inkrafttreten des aktuellen Waffenstillstands Teile der israelischen Regierung zu einer voll ausgeweiteten Offensive gegen die Hamas und die Bevölkerung im Gazastreifen aufgerufen. Eine Rückkehr zum aktiven Krieg wäre aber eine absolute Tragödie.

katastrophal und eine Rückkehr zum aktiven Krieg wäre eine absolute Tragödie. Die militärische Eskalation im Gazastreifen darf nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist Teil eines regionalen Konfliktgeflechts, in dem der Iran eine zentrale Rolle als strategischer Akteur spielt. Alles gemäß der antisemitischen Staatsräson Irans, der als zentrales Ziel die vollkommene Zerstörung Israels und jüdischen Lebens überall proklamiert. Die Angriffe des iranischen Regimes auf Israel sind zutiefst zu verurteilen. Israel mag dabei militärisch auf die iranische Aggression reagieren dürfen, aber es darf dabei nicht das humanitäre Völkerrecht verletzen und muss internationale Normen einhalten. Beide Seiten fahren eine Strategie der militärischen Abschreckung, die über Gaza hinaus in die gesamte Region ausstrahlt. Sie untergräbt das regionale Gleichgewicht und schafft eine Zweifront-Bedrohung, die Jordanien, Syrien, den Irak und die Türkei erfassen kann. Der Iran agiert dabei in doppelter Rolle: Einerseits als militärischer Unterstützer islamistischer Gewaltakteure im Nahen Osten, andererseits als ideologischer Verwerter des Leids in Gaza. Die Regimepolitik in Teheran trägt damit sowohl zur Eskalation als auch zur Propaganda bei - öffentlich aufgeladen mit antiwestlichen Narrativen, die die israelisch-arabische Normalisierung weiter belasten. Eine Eskalation hin zu einem Zweifrontenkrieg wäre katastrophal - nicht nur für Israel oder die Region, sondern

für die globale Sicherheitsarchitektur. Die Bundesregierung und die EU müssen den Iran klar benennen, diplomatisch isolieren und strategisch eindämmen - insbesondere dessen Unterstützung für Terrorgruppen.

Die Regierung Netanjahu, deren Koalition weiterhin von rechtsnationalistischen und religiöse-extremistischen Kräften getragen wird, treibt die Ausweitung illegaler Siedlungen in der Westbank voran und lässt somit sehenden Auges die Gewalt eskalieren. Mit dieser Regierung wird es keinen langanhaltenden Frieden geben. Gleichzeitig spaltet die geplante Justizreform die israelische Gesellschaft und Trump schlägt fast schon despotisch die Begnadigung Netanjahus von seinen Korruptionsvorwürfen in der Knesset vor. Hunderttausende Menschen demonstrieren regelmäßig für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden, unter anderem unsere israelischen Partner\*innen im Willy-Brandt-Center. Hunderttausende Menschen demonstrieren regelmäßig für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden und für das Ende der Regierung Netanjahus, unter anderem unsere israelischen Partner\*innen im Willy-Brandt-Center. Mit ihnen sind wir immer solidarisch - auch wenn die aktuelle Regierung Einschüchterungsversuche gegen die Demokratiebewegung fährt. So sieht die Histadrut - die israelische Gewerkschaftsbewegung, die einen maßgeblichen Anteil an der israelischen Demokratiebewegung trägt - sich gerade heftigen Angriffen ausgesetzt. Wir fordern die auch finanzielle Unterstützung von demokratischen, feministischen, antirassistischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der gesamten Region. Kurzum, der Frieden ist mehr als brüchig und der Status Quo ist mehr als volatil, wie auch schon die ersten Verletzungen des Waffenstillstandes auf beiden Seiten gezeigt haben.

Die palästinensische Autonomiebehörde droht weiter an Legitimation zu verlieren: Das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Repräsentation ist zerrüttet. Gleichzeitig zeigt sich ein wachsender Wunsch nach demokratischer Erneuerung in der palästinensischen Gesellschaft. Die Diskussionen insbesondere auf palästinensischer Seite um die mögliche Freilassung des wegen u.a. fünffachen Mordes, inhaftierten Fatah-Politikers, der in Israel an einem unbekannten Ort eine lebenslange Haftstrafe verbüßt, bringt neue Dynamik in die palästinensische Politik und gibt auch demokratischen Akteur\*innen auf palästinensischer Seite wieder neue Bewegung. Internationale Akteur\*innen, darunter auch die Vereinigten Staaten, prüfen daher, ob seine Freilassung notwendiger Teil eines Neustarts palästinensischer Selbstverwaltung sein könnte.

Feministische Perspektiven verdeutlichen zusätzlich die Tiefe dieses Konflikts: Frauen sind im aktuellen Krieg in Nahost besonders von Gewalt, Vertreibung und ökonomischer Unsicherheit betroffen. Viele von ihnen tragen in Familien, Krankenhäusern und Hilfsorganisationen die Hauptlast der Krise. Insbesondere die Lage der Frauen im Gazastreifen hat sich im Rahmen der israelischen Militäroffensive dramatisch verschlechtert. Die israelischen Angriffe auf Krankenhäuser und Geburtskliniken sowie Blockaden von überlebenswichtigen Hilfsgütern für Säuglinge und Kleinkinder stellen genderbezogene Gewalt dar und haben nicht nur für unermessliches Leid bei den Familien gesorgt, sondern die reproduktive Gesundheitsversorgung in Gaza zum Erliegen gebracht und somit ihr Recht auf Selbstbestimmung unterminiert. Überlebende sexualisierter Gewalt kämpfen bis heute um Anerkennung und Unterstützung.

Sexualisierte Gewalt wurde in diesem Krieg systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Dazu zählen sowohl die Überlebenden des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober, als auch die palästinensischen Betroffenen von Fällen sexualisierter Gewalt, die nach Angaben des UN-Menschenrechtskommissariats systematisch von IDF-Soldaten in Gaza begangen wurden.

gleichermaßen bedroht. Wir sprechen hier bewusst von Frauen, da die verfügbaren Daten ausschließlich binäre Geschlechterkategorien erfassen und somit keine Aussagen über die Situation von allen FINTA-Personen zulassen.

bedroht.

### III. Unsere Leitlinien

Unsere internationale Arbeit zum Nahost-Konflikt folgt klaren Prinzipien, die aus den Erfahrungen der letzten Jahre gewachsen sind (vgl. hierzu auch die Beschlüsse der Jahre 2024, 2023 und 2020). Diese Leitlinien bilden das Fundament unserer politischen Bildungsarbeit und unseres Engagements für Frieden und sollen hier zur Standpunktbestimmung kurz angerissen werden:

1. **Doppelte Solidarität** ist das oberste Prinzip unserer Arbeit zum Nahostkonflikt.

Das bedeutet, dass wir die Perspektiven progressiver Kräfte auf beiden Seiten des Konfliktes berücksichtigen und nehmen mit diesem dualistischen Ansatz eine diskursive Gegenposition zu Polarisierung und Lagerdenken auch in Deutschland ein.

2. **Trilateralität** ist die Praxis der doppelten Solidarität und meint den

trilateralen Dialog im Rahmen des Willy-Brandt-Centers. Dieser cross-border Ansatz ist einerseits Selbstzweck zur Förderung des Friedens vor Ort und bildet zudem die beste Grundlage unserer Positionsbildung im Hinblick auf Israel und Palästina.

3. **Third-Party** weist uns innerhalb des trilateralen Dialogs auf unsere

Standortbestimmung als nicht beteiligte Partei hin: Unsere politischen Fähigkeiten erlauben es uns nicht, den Konflikt selbst zu lösen, zumal wir nicht einmal Teil des Konfliktes sind. Dennoch hat unser Engagement Auswirkungen für unsere Partner\*innen.

4. **Do no harm** ist die durch uns selbst auferlegte Konsequenz, unser Handeln als

gesamter Verband mit den betroffenen Partner\*innen durch Konsultation zu koordinieren. Nur so können wir sicher gehen, dass unser berechtigtes Interesse, sich als politische Jugendorganisation zu einem der folgenreichsten internationalen Konflikte äußern zu können, keine negativen Auswirkungen auf unsere Partner\*innen hat.

## IV. Friedensordnung und legitime Sicherheitsbedürfnisse

Unsere jungsozialistische Friedenspolitik darf nicht bei Prinzipien stehen bleiben!

In der Westbank eskaliert die Gewalt: Die Vereinten Nationen berichten von einem Anstieg der gewaltsamen Zwischenfälle zwischen illegalen Siedler\*innen und

Palästinenser\*innen um 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nach Angaben der

israelischen Menschenrechtsorganisation Peace Now wurden seit 2023 über 15.000 neue

Wohneinheiten in besetzten Siedlungsgebieten genehmigt. Der fortgesetzte Ausbau der

israelischen Siedlungen in der Westbank muss als klare Bemühung der Regierung Netanjahus interpretiert werden, die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung durch Zersplitterung des palästinensischen Gebiets dauerhaft und endgültig zu sabotieren. Diese Bemühungen lassen sich auch an wiederholten Annexionsbeschlüssen der Knesset festmachen.

Als Reaktion auf die eskalierende Gewalt und wiederholten Vereinnahmungsbemühungen wollen wir Jusos unsere Visionen in konkrete Politik überführen und somit für Frieden und Sicherheit, für Gerechtigkeit und damit für die gleichen Rechte für alle Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan eintreten.

Grundlage für jegliche Friedensbestrebungen und Erfüllung beiderseitiger Sicherheitsbedürfnisse ist und bleibt für uns das Ziel der Zwei-Staaten-Lösung. Diese beruht nicht nur auf gegenseitig rechtlich bedingten Anerkennungen, sondern auch auf Berücksichtigungen der ebenfalls gegenseitig bedingten Sicherheitsinteressen. Eine Klärung der dazugehörigen Grenzfragen im Rahmen der jüngsten Annexionen der West-Bank durch die Regierung Netanjahu hingegen verspricht keine dauerhafte Lösung, sondern unterstreicht ganz akut die Notwendigkeit der palästinensischen Selbstbestimmung und Staatlichkeit, zur Erreichung einer nachhaltigen Friedenslösung. Daher verurteilen wir die völkerrechtswidrigen illegalen Besatzung und fortschreitende Annexion der Westbank, Ost-Jerusalems durch Israel aufs Schärfste und fordern ein sofortiges Ende der illegalen Siedlungspolitik. Der Status der Golanhöhen im Konflikt mit Syrien ist vom Hintergrund notwendiger Sicherheitsgarantie für Israel zu [klären](#). Außerdem fordern wir die Anerkennung des palästinensischen Staates unter Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) als ihr einzig legitimer Repräsentant. Eine solche Anerkennung muss zum Ziel haben, die Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und insbesondere die Fateh als ihre stärkste Kraft zu unterstützen, um somit einen politischen und gesellschaftlichen Gegenpol zur Terrororganisation Hamas zu fördern. Eine Anerkennung setzt selbstverständlich voraus, dass die Hamas von jeder Form der rechtlichen oder tatsächlichen Machtausübung ausgeschlossen ist. Dies muss mit Nachdruck gegenüber der PLO eingefordert werden, von welcher wir erwarten, dass sie ausschließlich mit anderen palästinensischen Akteur\*innen in Gaza zusammenarbeitet. Dafür ist es notwendig, dass Infrastruktur und weiteres nicht mehr in den Händen der Hamas liegt, damit die Bevölkerung in Gaza nicht von ihr abhängig ist. Der damit zwingend verbundene Auftrag an die PA würde entsprechend die Durchsetzung von Menschenrechten, die Garantie von freien demokratischen Wahlen und die Verurteilung und Bekämpfung jeglicher terroristischer Betätigung bedeuten. Die israelische Regierung trägt zudem eine entscheidende Mitverantwortung, auf die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung hinzuwirken. Die legitimen Sicherheitsinteressen Israels dürfen durch eine Anerkennung palästinensischer Staatlichkeit zugleich nicht unterminiert und das Recht auf die Selbstverteidigung Israels nicht in Frage gestellt werden.

Die Anerkennung eines palästinensischen Staates kann nur der Beginn eines gerechten Friedensprozesses sein und muss in eine international koordinierte Friedensstrategie eingebettet werden. Mit einer Staatsgründung ist weder der Terrorismus aus der Region verschwunden, noch automatisch für Selbstbestimmung gesorgt. Die Selbstbestimmungsinteressen der Palästinenser\*innen dürfen nicht auf Fragen der Repräsentanz reduziert werden. Es erfordert einen Souveränen Staat Palästina und

217 erfordert die Rückgabe völkerrechtswidrig annektierten Landes, auch im Rahmen  
218 gleichberechtigt verhandelter Land Swaps. Zugleich muss die Jurisdiktion der  
219 Palästinensischen Autonomiebehörde als Grundlage für funktionsfähige staatliche  
220 Strukturen anerkannt und schrittweise gestärkt werden. Die israelische Praxis der  
221 Administrativhaft ohne Anklage oder rechtsstaatliche Kontrolle widerspricht dem.  
222 Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimation sind  
223 unverzichtbar und notwendig für den Erfolg der Zwei-Staaten Lösung. Und jede  
224 Beteiligung der Hamas unterminiert den Weg zu einer Zwei-Staaten Lösung, ist die  
225 gesamte Praxis der Hamas doch die einer Terrororganisation. Von rechtsstaatlichen  
226 Akteur\*innen kann niemals die Rede sein, wenn es um die Hamas geht.

227 Friedensprozesse benötigen legitime politische Repräsentation. Die Freilassung  
228 politischer Gefangener, darunter ehemalige Aktive und Funktionär\*innen des Willy-  
229 Brandt-Centers, kann zur Wiederbelebung demokratischer Strukturen beitragen, wenn sie  
230 sich zu friedlichen und demokratischen Mitteln bekennen.

## 231 **V. Internationale Verantwortung**

232 Aus Haltung muss Handeln werden! Deutschland und Europa tragen Verantwortung für eine  
233 werte- und regelgeleitete Außenpolitik, die auf Völkerrecht, Menschenrechten und  
234 multilateraler Zusammenarbeit beruht. Eine glaubwürdige Friedenspolitik verlangt,  
235 zwischen legitimer Selbstverteidigung und völkerrechtswidrigen Handlungen klar zu  
236 unterscheiden. Menschenrechte dürfen weder relativiert noch selektiv angewandt  
237 werden.

## 238 **Deutsche Waffenexporte**

239 Waffenexporte in den Nahen Osten müssen streng kontrolliert werden. Lieferungen nach  
240 Israel dürfen ausschließlich dem aktiven Schutz der Bevölkerung vor Angriffen dienen.  
241 Das bedeutet, dass nur Systeme und Technologien geliefert werden dürfen, die allein  
242 zu defensiven Zwecken verwendet werden können - wie beispielsweise Komponenten für  
243 den Iron Dome sowie andere Technik zur Abwehr externer Angriffe, etwa durch Iran oder  
244 die Hisbollah. Diese Unterscheidung ist notwendig, um Israels legitimes  
245 Selbstverteidigungsrecht zu bewahren, ohne völker- oder menschenrechtswidrige  
246 Handlungen zu legitimieren oder mit deutschen Rüstungsgütern zu unterstützen. Alle  
247 anderen Exporte müssen wieder ausgesetzt werden, solange nicht sichergestellt ist,  
248 dass sie nicht für völker- oder menschenrechtswidrige Handlungen eingesetzt werden.

249 dienen, das heißt, dass ausschließlich defensive Systeme wie Komponenten für den Iron  
250 Dome sowie Technologien zur Abwehr externer Angriffe, etwa durch den Iran oder die  
251 Hisbollah geliefert werden sollen. Diese Differenzierung bewahrt Israels legitimes  
252 Selbstverteidigungsrecht, ohne menschenrechtswidrige Handlungen zu legitimieren.

253 Deutschland soll jährlich einen Rüstungsexportbericht zur Lage im Nahen Osten  
254 vorlegen, der transparent über Genehmigungen, Verwendungszwecke und Empfänger\*innen  
255 informiert. Die Europäische Union muss ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit  
256 Israel und Palästina konsequent an menschenrechtliche Kriterien binden.  
257 Sicherheitsinteressen dürfen niemals zur Rechtfertigung von Besatzung,  
258 Kollektivstrafen oder anderen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht missbraucht

259 werden. Gleiches gilt in Hinblick auf die Zusammenarbeit der UN mit Vertreter\*innen  
260 Palästinas.

## 261 **Humanitäre und soziale Wiederaufbauagenda**

262 Frieden entsteht nicht in Konferenzräumen, sondern in zerstörten Städten, Schulen und  
263 Krankenhäusern. Der Wiederaufbau in Gaza und der Westbank ist Voraussetzung für eine  
264 stabile Nachkriegsordnung. Nach Schätzungen des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP)  
265 werden rund 40 Milliarden US-Dollar für die grundlegende Wiederherstellung der  
266 Infrastruktur Zugang zu Hilfsgütern benötigt. Bisher wurde nur ein Bruchteil dieser  
267 Summe international zugesagt.

268 Deutschland und die Europäische Union müssen ihre humanitäre Hilfe und den  
269 Wiederaufbau deutlich verstärken und dabei soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellen.  
270 Ziel ist eine Erneuerung der Infrastruktur, die die lokale Wirtschaft stärkt,  
271 Beschäftigung schafft und demokratische Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört auch, dass  
272 Deutschland und die Europäische Union einen kategorischen Gegenpol zu Trumps  
273 Bemühungen, den Gazastreifen zum eigenen Vorteil wirtschaftlich aufzuwerten und durch  
274 private Investitionen eine Abhängigkeit von US-amerikanischen Konzernen herzustellen,  
275 bilden müssen. Für langfristigen Frieden in der Region braucht es zwei Staaten, die  
276 einander nicht nur anerkennen, sondern die vertrauensvoll zusammenarbeiten können.  
277 Dafür braucht es groß angelegte Programme, die innerhalb der Zivilgesellschaften  
278 Israels und Palästinas Vorurteile abbauen, Dialog ermöglichen und Vertrauen aufbauen.  
279 Diese Programme müssen von und mit Israelis und Palästinenser\*innen gestaltet werden  
280 und dürfen von Außenstehenden nur als Third Party mitbetreut werden.

281 Frauen, Kinder, queere Menschen und andere marginalisierte Gruppen müssen dabei  
282 gezielt unterstützt werden, da sie am stärksten von Armut, Gewalt und Vertreibung  
283 betroffen sind. Bildung, die gegenseitige Vorurteile abbaut und damit einen Beitrag  
284 zu langfristigem Frieden leistet, sind ebenso Gleichberechtigung und Teilhabe für  
285 alle, die Grundlage langfristiger Stabilität.

286 Friedenspolitik ist auch Sozialpolitik. Der Wiederaufbau darf nicht paternalistisch  
287 gestaltet werden, sondern muss lokale Akteur\*innen stärken und Mitsprache sichern.  
288 Politische Bedingungen für Hilfsleistungen, etwa zur "Kooperationsbereitschaft"  
289 palästinensischer Akteure müssen unterlassen werden. Internationale  
290 Hilfsorganisationen, darunter die UNRWA, müssen dringend reformiert werden, um  
291 Transparenz, Rechenschaft und die Beteiligung der demokratischen Zivilgesellschaft zu  
292 gewährleisten, ohne dabei die Augen vor antisemitischen Strukturen zu verschließen.  
293 Diese müssen in der UNRWA konsequent ausgeräumt werden. Der Wiederaufbau darf nicht  
294 an politischen Blockaden scheitern. Humanitäre Hilfe und die Wiederherstellung  
295 ziviler Lebensgrundlagen sind Ausdruck des Rechts auf Würde und Sicherheit für alle.

## 296 **Europa als Friedensmacht**

297 Europa muss wieder gestaltende Kraft in der Friedenspolitik werden, auch im Nahen  
298 Osten. Die Europäische Union verfügt über diplomatische, wirtschaftliche und  
299 rechtliche Mittel, nutzt sie jedoch zu selten strategisch. Europa wird Friedensmacht  
300 und Garant für Sicherheit, wenn es Diplomatie, Menschenrechte und soziale Teilhabe  
301 als gemeinsame Aufgabe begreift. Die Bundesregierung soll sich in der EU für einen

Friedensplan einsetzen, der die Anerkennung Palästinas, Diplomatie, Sicherheit, humanitärer Hilfe und Wiederaufbau miteinander verbindet. Dieser Plan muss eng mit den Vereinten Nationen, der Arabischen Liga sowie den Nachbarstaaten Ägypten und Jordanien, sowie Israel selbst, abgestimmt sein. Die Europäische Union muss dabei ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Israel und Palästina konsequent an menschenrechtliche Kriterien binden.

## **Internationale Gerichtsbarkeit und Kriegsverbrechen**

Das Völkerrecht ist die Grundlage einer globalen Friedensordnung. Deutschland und die Europäische Union tragen besondere Verantwortung, ihre Prinzipien universell anzuwenden. Die Unterscheidung zwischen legitimer Selbstverteidigung und völkerrechtswidrigen Handlungen darf niemals politisch relativiert werden. Der Internationale Gerichtshof befasst sich seit Anfang 2024 mit möglichen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht im Gazastreifen, einschließlich der Frage, ob die israelischen Militäroperationen den Tatbestand des Völkermords erfüllen könnten. Wir wollen, dass die Aufarbeitung von allen Kriegsverbrechen uneingeschränkt unterstützt wird. Die Bundesregierung soll den Internationalen Gerichtshof bei der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen im Gazastreifen und Israel, sowie den Internationalen Strafgerichtshof bei

der Verfolgung der dafür verantwortlichen Individuen uneingeschränkt unterstützen. Das gilt insbesondere für die internationalen Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Joav Galant. Auch die noch lebenden Führungsmitglieder der Hamas müssen für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Angriffe auf zivile Infrastruktur und humanitäre Organisationen müssen lückenlos aufgeklärt werden.

der Verfolgung der dafür verantwortlichen Individuen uneingeschränkt unterstützen. Historische Erfahrungen zeigen, dass die juristische Anerkennung von Völkermorden oft erst nach langen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erfolgt. Der Genozid an den Herero und Nama durch das Deutsche Kaiserreich steht beispielhaft für einen solchen Prozess der späten rechtlichen Einordnung. Dieses Beispiel dient ausschließlich dazu zu verdeutlichen, dass internationale Strafverfahren Zeit benötigen und erst durch unabhängige Gerichte abgeschlossen werden. Eine Übertragung dieses historischen Falls auf aktuelle Konflikte findet nicht statt und wäre fachlich falsch. Entscheidend ist für uns, dass die Bewertung möglicher Völkermordtatbestände immer Aufgabe internationaler Gerichte bleibt und dass juristische Verfahren niemals zur Relativierung des Leids von Zivilbevölkerungen führen dürfen.

Wir müssen aber nüchtern einräumen, dass auch internationale Gerichtsbarkeiten wie der Internationale Gerichtshof oder der Internationale Strafgerichtshof nicht im luftleeren Raum handeln. Sie operieren in einem Umfeld, das von politischen Interessen, geopolitischen Abhängigkeiten und strukturellen Verzerrungen geprägt ist. Kritik an diesen Institutionen verweist immer wieder auf ungleiche Ressourcenverteilung, unterschiedliche politische Verwundbarkeit der Staaten sowie auf tief verankerte globale Machtasymmetrien, die sich in der Praxis auf Entscheidungen auswirken können. Dazu gehört auch die Beobachtung, dass Rassismus oder historisch gewachsene Feindbilder, einschließlich antisemitischer Ressentiments, eine Rolle spielen können, selbst wenn Institutionen dies offiziell zurückweisen.



346 Deswegen müssen wir die völkerrechtlichen Einordnungen  
347 und Warnungen der wachsenden Anzahl an etablierten und unabhängigen  
348 Menschenrechtsorganisationen, UN-Organen und Forscher\*innenverbänden ernstnehmen. Den  
349 daraus entstehenden Debatten müssen wir uns innerverbandlich und im Rahmen unserer  
350 internationalen Arbeit stellen. Zur politischen Bewertung gehört schließlich, dass  
351 etwaige Unschärfen bezüglich Begrifflichkeiten nicht zur Relativierung von Verbrechen  
352 und menschlichem Leid führen dürfen. Zehntausende Tote, Vertreibungen und die  
353 Zerstörung ziviler Lebensgrundlagen stehen für eine bewusst von der israelischen  
354 Regierung und dem israelischen Militär herbeigeführte humanitäre Katastrophe, die  
355 politische wie juristische Verantwortung verlangt.

356 Diese Aufarbeitung wird eine große Aufgabe für die nächsten Jahre sein. Etwaige  
357 aktuelle Unschärfe bezüglich des konkreten Ausmaßes der Völkerrechtsverletzungen darf  
358 jedoch nicht zur Relativierung menschlichen Leids führen. Zehntausende Tote,  
359 Vertreibungen und die Zerstörung ziviler Lebensgrundlagen stehen für eine bewusst von  
360 der israelischen Regierung und dem israelischen Militär herbeigeführte humanitäre  
361 Katastrophe, die politische Verantwortung verlangt.

362 Der Schutz der Zivilbevölkerung ist universelle Verpflichtung. Israel hat das Recht  
363 auf Selbstverteidigung, dieses Recht ist jedoch an das Gebot der Verhältnismäßigkeit  
364 und den Schutz ziviler Personen gebunden. Beides wurde von der israelischen Regierung  
365 in diesem Krieg zunehmend bewusst missachtet. Ihr Vorgehen im Gazastreifen lässt sich  
366 schon seit viele Monaten nicht mehr mit dem Kampf gegen die Hamas rechtfertigen. Die  
367 permanenten Angriffe auf Zivilist\*innen, das systematische Zerstören von ziviler  
368 Infrastruktur sowie die von Teilen der israelischen Regierung bewusste und gewollte  
369 Auslösung einer humanitären Krise im Gazastreifen stellen offensichtliche  
370 Verletzungen des Völkerrechts dar. Auch die Hamas ist an das Völkerrecht

371 in diesem Krieg vielfach bewusst missachtet. Auch die Hamas ist an das Völkerrecht  
372 gebunden. Sie hat diese Prinzipien in vielfacher Weise verletzt, durch gezielte  
373 Angriffe auf Zivilist\*innen, die Ermordung und Geiselnahme unschuldiger Menschen am  
374 7. Oktober 2023, den wahllosen Raketenbeschuss israelischer Städte und die bewusste  
375 Instrumentalisierung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen als menschliche  
376 Schutzschilde. Diese Taten sind durch nichts zu rechtfertigen und stellen ebenfalls  
377 schwere Verstöße gegen das humanitäre

378 gebunden und hat es durch Angriffe und sexualisierte Gewalt gegen Zivilist\*innen,  
379 Geiselnahmen und die

380 Instrumentalisierung der Zivilbevölkerung verletzt. Die Hamas verfolgt eine Ideologie  
381 und Strategie, die diesen Prinzipien des Völkerrechts grundsätzlich widerspricht,  
382 durch gezielte Angriffe auf Zivilist\*innen, die Ermordung

383 Geiselnahme unschuldiger Menschen am 7. Oktober 2023, den wahllosen Raketenbeschuss  
384 israelischer Städte und die bewusste Instrumentalisierung der Zivilbevölkerung im  
385 Gazastreifen als menschliche Schutzschilde. Diese Taten sind durch nichts zu  
386 rechtfertigen und stellen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Der  
387 Schutz jedes menschlichen Lebens gilt universell, unabhängig davon, von wem die  
388 Gewalt ausgeht.

389 Abseits legalistischer Diskussionen ist es von enormer Relevanz für uns und unsere  
390 Partner\*innen im Willy-Brandt-Center für Werte einzutreten und für diese in der  
391 Region zu werben. Das umfasst Frieden, Unantastbarkeit menschlichen Lebens und  
392 Menschenrechte sowie die Anerkennung legitimer Sicherheitsinteressen- und -  
393 bedürfnisse. Dazu gehört auch unser politisches Engagement für die Reformierung und  
394 Stärkung internationaler humanitärer Institutionen.

## 395 **VI. Das WBC und unsere Verantwortung**

396 Unsere Theorie muss wieder praktisch werden! Das Willy-Brandt-Center (WBC) in  
397 Jerusalem ist eines der zentralen Projekte internationaler sozialdemokratischer  
398 Friedensarbeit. Seit fast dreißig Jahren verbindet es junge Menschen aus Israel,  
399 Palästina und Deutschland in gemeinsamer Bildungs- und Verständigungsarbeit. In einer  
400 Zeit der shrinking civic spaces, in der Räume für Dialog und Vertrauen zunehmend  
401 eingeschränkt werden, wird ihr Wiederaufbau zu einer zentralen demokratischen  
402 Aufgabe. Auch deshalb verurteilen wir Boykottkampagnen gegen Israel, insbesondere das  
403 gezielte Ausgrenzen und Ausladen zivilgesellschaftlicher und kultureller  
404 Akteur\*innen, da solche Praktiken dem offenen gesellschaftlichen Austausch  
405 widersprechen und die notwendigen Räume für Dialog weiter verengen

406 Insbesondere angesichts neuer Dynamiken im Konflikt ist es unser Ziel, Räume für  
407 Verständigung wieder zu stärken und mit Leben zu füllen. Dazu gehören insbesondere  
408 Gesprächsformate im Rahmen des politischen Projekts des WBC. Die Besonderheit des  
409 WBCs ergibt sich aus dem Grundsatz der Trilateralität, die auf Basis von Vertrauen,  
410 Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt beruht. Das WBC muss wieder der  
411 wichtigste Ort des Verbandes werden, um Vertrauen zwischen allen drei Parteien  
412 aufzubauen und in praktischer Arbeit die Grundsätze sozialdemokratischer  
413 Friedenspolitik zu leben.

414 Langfristig basiert die Arbeit im WBC darauf, dass es Partner\*innen der Young  
415 Democrats auf israelischer Seite und der Shabibeh Fatah auf palästinensischer Seite  
416 zusammenbringt. Die Zusammenarbeit mit der Shabibeh Fateh wurde zurecht ausgesetzt,  
417 dennoch sind wir daran interessiert, den Dialog über die Gründe, die zur Aussetzung  
418 der Zusammenarbeit geführt haben, zu führen. Für unsere Zusammenarbeit mit all  
419 unseren internationalen Partner\*innenschaften gilt: Wir kämpfen für eine Welt der  
420 Freien und Gleichen in der Menschenrechte universell und unteilbar gelten. Dies tun  
421 wir mit allen Genoss\*innen, die diese Werte teilen.

422 Jugendbegegnungen zur Friedensarbeit im WBC, zu Menschenrechten, Antisemitismus,  
423 Rassismus, Gleichstellung und Erinnerungskultur sind noch stärker durch den gesamten  
424 Verband auszubauen und konsequent in unsere internationale politische Bildungsarbeit  
425 einzubetten. Damit einher geht auch wieder die Thematisierung feministischer und  
426 queerer Perspektiven, um soziale Gerechtigkeit in allen Dimensionen sichtbar zu  
427 machen, denn Friedensarbeit ohne Geschlechtergerechtigkeit bleibt unvollständig.

428 Frieden entsteht nicht durch Worte, sondern durch Verantwortung. Wir Jusos sind  
429 bereit, diese Verantwortung zu übernehmen. Das heißt für uns doppelte Solidarität,  
430 die Bereitschaft zu realpolitischen Kompromissen und den Mut, auf ehemalige  
431 jungsozialistische Partner\*innen zuzugehen. Friedenspolitik braucht Geduld, Empathie  
432 und Konsequenz. Kooperationen setzen für uns die Anerkennung des Existenzrechts

433 Israels und die Verpflichtung auf das Völkerrecht voraus.

## 434 **VII Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus**

435 Das Recht der israelischen Bevölkerung auf Schutz vor Terror und antisemitischer  
436 Gewalt ist unantastbar. Doch das darf nicht bedeuten, dass wir zu massiven  
437 Menschenrechtsverletzungen in Gaza schweigen. Beides klar zu benennen, ohne das eine  
438 gegen das andere auszuspielen, ist Ausdruck politischer Reife und einer  
439 wertebasierten Außenpolitik.

440 Antisemitismus ist in Deutschland Realität und gefährdet jüdisches Leben jeden Tag.  
441 Er zeigt sich offen und subtil, im Netz und auf der Straße, im rechten und im  
442 verschwörungsideologischen Spektrum, aber auch als vermeintlich linke Israelkritik.  
443 Erinnerungskultur heißt, diese Formen ernst zu nehmen und klar zu benennen, ohne  
444 Kritik an staatlichem Handeln zu delegitimieren.

445 Gleichzeitig erleben viele Musliminnen und Muslime in Deutschland verstärkten Druck,  
446 sich für politische Entwicklungen, für die sie nicht verantwortlich sind,  
447 rechtfertigen oder distanzieren zu müssen. Antimuslimischer Rassismus äußert sich in  
448 alltäglicher Ausgrenzung, in pauschalen Verdächtigungen, in medialen Diskursen und  
449 auch in institutionellen Erfahrungen, etwa durch diskriminierendes Verhalten  
450 staatlicher Behörden oder polizeiliche Übergriffe. All dies verletzt, verunsichert  
451 und schafft Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen.

452 Der gesellschaftliche Druck, Position beziehen zu müssen, führt dazu, dass Menschen  
453 aufgrund ihrer Religion oder Herkunft gegeneinander ausgespielt werden. Jüdinnen  
454 erleben, dass ihre Sicherheit politisch relativiert oder instrumentalisiert wird.  
455 Musliminnen erleben, dass ihre Solidarität oder Trauer pauschal verdächtigt und  
456 delegitimiert wird. Auch innerhalb der jeweiligen Communities führen unterschiedliche  
457 Haltungen zum Konflikt zu Ausschlüssen, Erniedrigungen und Verletzungen. Das  
458 widerspricht jeder Form solidarischer Politik.

459 Wir Jusos stellen klar: Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus unterscheiden  
460 sich historisch und strukturell, aber beide bedrohen das demokratische Zusammenleben.  
461 Beide müssen bekämpft werden, ohne sie gleichzusetzen, und ohne das Leid der einen  
462 Gruppe gegen das der anderen auszuspielen.

463 Kritik an der israelischen Regierung ist nicht per se antisemitisch. Kritik an  
464 antimuslimischem Rassismus ist kein Angriff auf jüdisches Leben. Menschenrechte  
465 gelten für alle, Erinnerungskultur ist kein Wettbewerbsfeld und Solidarität kennt  
466 keine Ausnahmen.

467

468

## Antrag Ini01: Unsere Forderungen für einen gerechten Sozialstaat!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

### I. Einleitung

#### Sozialstaat und Demokratie

Die Einheit von Demokratie- und Sozialstaatsprinzip ist Ausdruck einer unlösbaren Einheit: Demokratie und Sozialstaat bilden gemeinsam die Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung. Das beschreibt das Grundgesetz in Artikel 20.

Eine Gesellschaft, in der die ökonomische Macht in den Händen weniger konzentriert ist, kann nicht dauerhaft demokratisch sein. Die Besitzenden verfügen in einem solchen Zustand über überlegene Mittel, um öffentliche Meinung, politische Entscheidungen und selbst die Gesetzgebung zu beeinflussen. Wo Reichtum strukturell über politische Macht verfügt, bleibt das formale Gleichheitsversprechen des Grundgesetzes nur noch ein Wunschdenken. Die ökonomisch Abhängigen sind in ihrer politischen Freiheit faktisch beschränkt – ihre Stimme zählt auf dem Papier, aber nicht in der materiellen Wirklichkeit. Eine Demokratie, die solche Ungleichheit hinnimmt, verkümmert zur Herrschaft der wenigen Überreichen über die Mehrheit der Gesellschaft, die von ihrer Arbeit und nicht ihrem geerbten Kapital lebt.

Das Sozialstaatsprinzip ist daher die verfassungsrechtliche Antwort auf diese Gefahr. Es verpflichtet den Staat, die ökonomischen Voraussetzungen der Freiheit zu sichern, also jenen sozialen Ausgleich herzustellen, ohne den die politische Gleichheit nicht verwirklicht werden kann. Der Staat muss aktiv eingreifen, wo soziale Ungleichheit politische Ohnmacht erzeugt. Sozialpolitik, öffentliche Daseinsvorsorge, Mitbestimmung in der Wirtschaft und Schutz der Arbeitskraft sind nicht Akte staatlicher Wohltätigkeit, sondern verfassungsmäßige Pflichten aus der demokratischen Ordnung selbst.

Damit gewinnt das Sozialstaatsprinzip eine doppelte Bedeutung: Es ist einerseits Ausdruck der historischen Errungenschaften der Arbeiter\*innenbewegung, die die demokratische Republik gegen die Macht des Kapitals erkämpft hat; andererseits ist es die Bedingung für das Fortbestehen dieser Republik. Der Sozialstaat ist die materielle Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates. Die Erhaltung der Demokratie erfordert die Begrenzung ökonomischer Macht – und damit eine stetige Weiterentwicklung der sozialen Rechte, die das Grundgesetz nicht als bloße Programmsätze, sondern als verbindliche Gestaltungsaufträge enthält.

In diesem Verständnis ist das Sozialstaatsprinzip kein statisches Ziel, sondern ein dynamisches Prinzip gesellschaftlicher Demokratisierung. Es richtet sich gegen jede Tendenz, politische Freiheit auf formale Verfahren zu reduzieren, und stellt fest, dass Demokratie nur dort lebendig ist, wo sie die Lebensverhältnisse der Menschen tatsächlich verändert. Wer das Sozialstaatsprinzip ernst nimmt, verteidigt nicht nur den Sozialstaat – er verteidigt die Demokratie selbst. Unser Verständnis eines Sozialstaats ist nicht das des Korrektivs, sondern eines der aktiven Rolle eines

Staates, Ungleichheiten frühzeitig vorzubeugen und sie in allen Ansätzen stets mitzudenken.

### **Demokratiegefährdende Ungleichheit in Deutschland**

Während der Sozialstaat von einem gefährlichen Block aus Neoliberalen, Konservativen und Rechtsextremen immer mehr unter Druck gerät, zeigt die tatsächliche Ausgangslage, dass die Ungleichheit in Deutschland ein zunehmend gefährliches Ausmaß annimmt, die im Gegenteil zur öffentlichen Debatte ein „Mehr“ und kein „Weniger“ an Sozialstaat erfordert.

Die oberen 10 % besitzen in Deutschland rund 60 % des Nettovermögens, die untere Hälfte knapp 3 %. Die Bundesrepublik ist bei der Ungleichverteilung von Vermögen mit Schweden europäischer Spitzenreiter. Trotz konjunktureller Schwankungen ist seit Jahrzehnten der Trend zu einer höheren Vermögenskonzentration ungebrochen. Trotz anhaltender Wirtschaftskrise steigt jährlich die Anzahl der Milliardär\*innen völlig entkoppelt von der realen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage.

Ökonomische Macht und Lobbyeinfluss, die die eigene Agenda unterstützen, führten zu einer strukturellen Begünstigung Vermögender in unserem System. Vermögen und Erbschaften werden kaum besteuert. Überreiche nutzen für sie geschaffene Schlupflöcher in der Gesetzgebung, um ihre Verantwortung für die Allgemeinheit zu umgehen, und schaffen auf Kosten der Vielen eine neue Klasse der überreichen Erben.

Statt Wohlstand für Alle und Teilhabe für jede\*n produzieren Wirtschaftssystem und fehlende staatliche Eingriffe Überreichtum für Wenige. Gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Selbstverwirklichung scheitern für eine zunehmende Anzahl an den ökonomischen Zwängen. Rechte und Konservative predigen die Leistungsgesellschaft, doch meinen damit eine Ausbeutungsgesellschaft, die die Privilegien der unverdient Reichen konserviert.

### **Der soziale Staat als Gegenentwurf**

Das Sozialstaatsprinzip verlangt aktives Eingreifen in diesen unerträglichen Status Quo. Wir stehen für einen sozialen Staat, der alle Menschen befähigt und befreit, statt sie den ökonomischen Verhältnissen schutzlos auszuliefern. Umverteilung und Selbstermächtigung, statt bloßer Armutsverwaltung: Starke öffentliche Daseinsvorsorge, die Marktmacht neutralisiert. Statt Kürzungsdebatten, müssen wir unseren Sozialstaat jetzt stärker machen. Statt ökonomisch Schwache zu sanktionieren und ihre Prekarisierung zu befördern, muss unser Sozialstaat sozialen Zusammenhalt und Solidarität mit Leben füllen und Armut beenden.

Diese Vision zeigt klar: ein funktionierender Sozialstaat umfasst weitaus mehr als die Ausstattung von Erwerbslosen mit finanziellen Mitteln. Ein funktionierender Sozialstaat ist nicht nur ein aktives Gegenmodell zu kapitalistischen und ausbeuterischen Logiken. Er schützt Demokratie nicht nur über die Überwindung von strukturellen Ungleichheiten, die sich aus ökonomischen Verteilungen speisen, sondern beschreibt für uns auch die grundsätzliche staatliche Verantwortung und Kernaufgabe, allen Marginalisierungsformen und -logiken entgegenzutreten.

Wir Jusos verschließen uns nicht vor gesellschaftlichen Debatten rund um den Sozialstaat. Für uns steht fest, dass die Verschiebung der Vermögensverteilung unweigerlich mit einer Verschiebung der Wahrnehmung des Sozialstaates einhergeht. Diese Analyse ist nicht neu. Es ist die ureigenste Aufgabe der Sozialdemokratie,

breite gesellschaftliche Mehrheiten für einen starken Sozialstaat zu schaffen. Hierzu muss die SPD wieder einen gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen und darf sich nicht an Spaltung beteiligen.

Wir als Jusos unterstützen das Mitgliederbegehren gegen die geplanten Reformen der Grundsicherung. Wir rufen unsere Mitglieder dazu auf, das Begehren zu unterzeichnen und für das Mitgliederbegehren zu werben.

Unser Sozialstaatsverständnis füllt das Gleichheits- und Freiheitsversprechen des Grundgesetzes erst mit Leben. Die Sozialdemokratie muss den Sozialstaat verteidigen, nicht als Instrument zur Milderung und Korrektur sozialer Härten, sondern als gesellschaftlichen Gegenentwurf zu einer Diktatur des Kapitals.

## **II. Armutsfeste Renten für unsere Generation!**

Die Zukunft des Rentensystems ist insbesondere für die junge Generation entscheidend. Im westeuropäischen Vergleich sind sowohl Rentenniveau als auch Beitragshöhe in Deutschland gering. Die durchschnittliche Rente liegt nur knapp 100€ oberhalb des Armutsniveaus. Wenn sichergestellt werden soll, dass auch junge Menschen später einmal von ihrer Rente leben können, ist klar: Das Rentenniveau darf auf keinen Fall sinken! Gleichzeitig müssen insbesondere kleinere Renten steigen, wenn wir Armut effektiv verhindern wollen. Generationengerechtigkeit heißt für uns auch, dass die Höhe der Rentenbeiträge in einem gerechten Verhältnis zur Höhe der zu erwartenden Renten stehen müssen. Mit Beginn der 2030er Jahre wird die Rentenversicherung für eine begrenzte Zeit einer starken Belastung unterzogen, weil mit der außergewöhnlich großen Babyboomer-Generation, die gleichzeitig selbst wenig Nachkommen hatte, die Rentenversicherung etwa zehn Jahre lang einer starken Belastungsprobe unterzogen wird. Dies legt systematische Schwächen der Rentenversicherung offen und muss Anlass sein, die gesetzliche Rente durch strukturell ohnehin erforderliche Reformen zu stärken und damit armutsfeste und Lebensstandard sichernde Renten sowohl für diejenigen sicherzustellen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, ebenso wie für die junge Generation.

**Wir fordern:** Die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Umsetzung notwendiger Reformen des jetzigen Rentensystems.

Nur wenn Menschen mit hohem Einkommen wie Menschen mit geringen und mittleren Einkommen Teil des gleichen Systems sind, kann auch innerhalb des Rentensystems effektiv umverteilt werden, sodass insbesondere kleine Renten gestärkt werden. Deswegen müssen alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rente einbezogen werden. Selbstständige, ebenso Abgeordnete und Beamt\*innen. Zudem gilt es, die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen. Durch den Einbezug aller Berufsgruppen in die Rente wird dauerhaft ein gerechteres System erreicht und einmalig ein signifikanter Anstieg der Beitragszahler\*innen, womit die höhere Belastung durch das Erreichen des Renteneintrittsalters der Boomer-Generation ausgeglichen werden kann. Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze führt zwar auch zu höheren Ansprüchen in der Zukunft, jedoch unterliegen Renten auch der Einkommensteuer. Über deren Progressivität werden exzessive Zahlungen beschränkt. Wir wollen das Rentenniveau absichern und in Zukunft

128 wieder auf ein Niveau von 53% anheben.

129 **Wir fordern:** Den Einbezug aller Berufsgruppen in die gesetzliche Rente und die  
130 Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Die perspektivische Erhöhung des  
131 Rentenniveaus für alle.

132 Wir bekennen uns zum System der umlagefinanzierten Rente. Diese hat in vergangenen  
133 Krisen eine Widerstandsfähigkeit gezeigt, welche verschiedene kapitalgedeckte Systeme  
134 nicht zu bieten hatten. In Finanzkrisen sind Renten, welche sich aus Kapitalerträgen  
135 speisen, anfällig zu niedrigeren Renten zu führen, da Rentner\*innen einen konstanten  
136 Zahlungsfluss benötigen und nicht ausharren können, bis sich die Kapitalwerte wieder  
137 erholt haben. Ein umlagefinanziertes System hingegen ist krisensicherer, da die  
138 Realwirtschaft zum einen weniger Volatilität als die Kapitalmärkte aufweist, zum  
139 anderen der Staat ein solches System in Krisenzeiten leichter bezuschussen kann. Wir  
140 setzen uns für höhere Löhne und die Ausweitung regulärer Beschäftigungsverhältnisse  
141 ein. Die umlagefinanzierte Rente ist stabiler, je höher die Lohnquote ist. Ein  
142 umlagefinanziertes System ist genauso wie ein kapitalgedecktes eine Wette auf eine  
143 werterhaltende und im besten Fall wachsende Wirtschaft. Zudem wollen wir ein  
144 Rentensystem, welches Menschen nicht in den Ruhestand zwingt, sondern es Menschen,  
145 welche nicht aus materieller Not heraus, sondern aus intrinsischem Nutzen ihrer  
146 Arbeit entscheiden weiterzuarbeiten, ermöglicht, auch nach Renteneintrittsalter  
147 arbeiten zu können. Eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters kommt hingegen einer  
148 Kürzung der Renten gleich. Das lehnen wir ab.

149 **Wir fordern:** Das klare Bekenntnis zur umlagefinanzierten Rente und Erleichterungen  
150 für diejenigen, die auch nach dem Renteneintrittsalter freiwillig weiterarbeiten  
151 wollen.

#### 152 **Keine Kapitaldeckung!**

153 Neoliberale und bürgerliche Kräfte argumentieren seit Jahren für die Umstellung des  
154 deutschen Rentensystems auf ein kapitalgedecktes System. Dabei argumentieren sie,  
155 dass kapitalgedeckte Rentensysteme langfristig höhere Erträge garantieren würden als  
156 ein Umlagesystem. Die Debatte um Kapitaldeckung oder Umlagesystem ist teilweise  
157 geprägt von fehlendem Verständnis für die grundsätzliche Funktionsweise des  
158 Rentensystems, teilweise werden Kapitalinteressen hinter „Allgemeinwohl“-  
159 Argumentationen versteckt. Es ist höchste Zeit, mit dem Mythos der Überlegenheit  
160 kapitalgedeckter Rentensysteme aufzuräumen.

161 Kapitaldeckung hilft nicht bei der Bewältigung der aktuellen demografischen Problemen  
162 des Rentensystems. Der Umstieg würde in frühestens 20 Jahren einen Beitrag zur  
163 Stabilisierung des Rentenniveaus leisten. Damit hilft eine Kapitaldeckung nicht, die  
164 kurz- und mittelfristigen Probleme zu adressieren, die eben genau in dieser  
165 Zeitspanne auftreten. Wenn Aktienkurse stärker wachsen als die Volkswirtschaft,  
166 spiegelt das nicht Wachstum, sondern eine Umverteilung von Arbeit zur Kapitaleseite  
167 wider. Die Zukunft der Altersvorsorge für Arbeitnehmer\*innen auf einem System  
168 aufzubauen, das dann erfolgreich ist, wenn die Löhne möglichst wenig wachsen, führt  
169 zu einem widersprüchlichen Anreizsystem. Das Interesse der Arbeitnehmer\*innen an  
170 einem stärkeren Lohnwachstum überwiegt nämlich in jedem Fall. Kapitalgedeckte Systeme  
171 verursachen zudem deutlich höhere Verwaltungskosten als das Umlagesystem.  
172 Kapitalgedeckte Systeme sind deutlich volatiler als Umlagesysteme. Ein

Kapitalgedecktes Rentensystem hätte beispielsweise im Jahr 2007/2008 bedeutet, dass Rentner\*innen auf einen Schlag einen Großteil ihrer Ansprüche verloren hätten. Die Umstellung auf ein kapitalgedecktes System würde mittelfristig zu enormen Kapitalabflüssen und dadurch zu Nachfrageeinbußen führen, die die derzeitige Rezession verstärken würden. Kapitalgedeckte Systeme führen anders als häufig dargestellt, nicht zu höheren, sondern niedrigeren Investitionen. Der Erwerb von Aktien an den Kapitalmärkten stellt volkswirtschaftlich betrachtet keine Investition, sondern lediglich eine Finanztransaktion dar.

Ein kapitalgedecktes Rentensystem würde damit vor allem denjenigen nutzen, die jetzt schon über große Vermögen verfügen und in Aktien investiert sind. Für die breite Allgemeinheit hingegen wäre eine Umstellung schädlich und mit Wohlstandseinbußen verbunden.

Kapitalgedeckte Rentenmodelle basieren nicht auf einer Solidarität, sondern beuten Arbeitnehmende und ihren erwirtschafteten Profit weiter aus. Spekulationen durch den Staat auf dem Rücken der Arbeitnehmenden, die so die Wirtschaft immer weiter zu einem unermesslichen Wachstum treiben müssten, um ihre Rente zu steigern, für die ihr Profit wieder und wieder ausgebeutet wird, entspricht nicht dem Verständnis eines sozialen Staates als Versuch eines Gegenpols zum Kapitalismus. Kapitalgedeckte Rentenideen sind somit weder zielführend, noch mit den Zielen des Sozialstaats vereinbar.

#### **Sondervermögen Kommunales und Zukunftsbond**

Es ist grundsätzlich sinnvoll, Menschen, die für das Alter sparen wollen, ein günstiges Anlageprodukt zu schaffen, bei dem sie als Arbeitnehmer\*innen nicht in ihre eigene Ausbeutung investieren und die negativen Effekte einer Kapitaldeckung verhindert werden. Insbesondere würde sich anbieten, Bürger\*innen stärker an den Zinszahlungen auf Staatsanleihen teilhaben zu lassen.

Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur werden im Rahmen des Sondervermögens über Staatskredite finanziert, die vor allem von Banken und institutionellen Investor\*innen erworben werden. Die staatlichen Zinszahlungen kommen damit in der Regel überreichen Individuen zugute, womit ein negativer Verteilungseffekt erzielt wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum von den Zinszahlungen nicht gezielt die breite Bevölkerung anstatt vor allen Dingen Superreiche profitieren sollten.

Bis 2012 wurden Bundesschatzbriefe ausgegeben, genau mit dem Ziel: Bürger\*innen von Zinszahlungen profitieren zu lassen, anstatt Banken und große Fonds. In modifizierter Form wollen wir dieses Instrument zu einem **Zukunftsbond** weiterentwickeln und damit ein einfaches Anlageprodukt schaffen, mit dem **Sozialkapital** für die Erneuerung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge generiert wird und Bürger\*innen sicher investieren können.

Die Zukunftsbonds sollen direkt von der Bundesfinanzagentur ausgegeben werden und einfach zu vergünstigten Konditionen auf allen gängigen Plattformen und bei Banken handelbar sein. Der Zinssatz soll garantiert 1,5% oberhalb des Leitzinses und mindestens 2 % p.a. betragen. Die Zinserträge werden automatisch reinvestiert (thesaurierend). Die Erträge aus dem Zukunftsbond sollen steuerlich privilegiert werden, indem Freibeträge an die Zinserträge aus dem Zukunftsbond angepasst werden.



Es soll Sparer\*innen ermöglicht werden, sowohl in Sparplanmodellen als auch mit Einmalbeträgen zu investieren. Das Produkt soll lediglich Privatpersonen, nicht institutionellen Investor\*innen offenstehen. Dabei soll die Investitionssumme auf 500 € monatlich bzw. 6.000 € jährlich gedeckelt werden. Wir wollen nicht vergünstigte Investitionsmodelle für Überreiche schaffen, sondern der breiten Bevölkerung einen Zugang zu staatlichen Anleihen verschaffen und sie unmittelbar von Zinszahlungen auf Anleihen profitieren lassen.

Die Anleihen sollen dafür genutzt werden, ein Sozialkapital aufzubauen, das gezielt in die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort investiert wird. Das Sondervermögen reicht nicht aus, die enormen Investitionsbedarfe zu decken, die insbesondere kommunal anfallen. Dieses Problem wird zusätzlich verschärft, dass viele Bundesländer die Mittel aus dem Sondervermögen nur unzureichend an die kommunale Ebene weiterleiten, weil sie stattdessen eigene Haushaltslöcher stopfen.

Insbesondere finanzschwache Kommunen sind durch Schuldenregeln der Bundesländer sehr stark eingeschränkt in ihrer Möglichkeit, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren oder sie erhalten schlechtere Konditionen als der Bund und die Länder.

Dadurch sind vor Ort selbst solche Investitionen nicht möglich, die profitabel sind. Kommunale Energieversorgung, kommunale Wohnungsunternehmen erwirtschaften regelmäßig Gewinne. Obwohl ein gesellschaftliches Bedürfnis danach besteht, die kommunale Investitionstätigkeit zu steigern, um etwa den Mangel an bezahlbarem Wohnbau, den Ausbau der kommunalen Energienetze und der lokalen, ökologischen Energieerzeugung voranzutreiben, fehlt es den kommunalen Trägern öffentlicher Unternehmen an Kapitalmitteln. Das Sozialkapital soll genutzt werden, um genau hier auszuhelfen, und für diese Investitionen entsprechende Mittel zu generieren. Die Bürger\*innen sollen in doppelter Hinsicht profitieren: Erstens von einer besseren Infrastruktur vor Ort und einer guten Daseinsvorsorge, zweitens weil die Zinszahlungen für die entsprechenden Kredite nicht irgendwelchen Banken, sondern ihnen unmittelbar zugute kommen und damit ein einfaches Sparinstrument geschaffen wird, das gleichzeitig dringend notwendigen gesellschaftlichen Investitionen steigert, indem den Kommunen notwendige Investitionsmittel verschafft werden, die ihnen aktuell fehlen.

**Wir fordern:** Die Einrichtung eines **Sozialkapitals** und die unmittelbare Beteiligung der Bürger\*innen an Staatsanleihen durch **ZukunftsBonds**.

### III. Gesundheit für Alle!

Gesundheit ist in Deutschland eine Klassenfrage. Menschen mit geringem Einkommen und schlechter Bildung leben bis zu zehn Jahre kürzer. Trotz hoher Kosten und steigender Beiträge bietet unser System keine gerechte Versorgung. Wir brauchen ein System, in dem jeder Euro den Patient\*innen zugutekommt – nicht den Gewinnen von Pharmaunternehmen oder privaten Kliniken.

Das Zwei-Klassensystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist ungerecht. Wer hohe Einkommen hat, entzieht sich der Solidargemeinschaft. Dadurch steigen die GKV-Beiträge, während Leistungen sinken. Deshalb sprechen wir uns für die Integration von GKV und PKV in ein gemeinsames System der Bürger\*innenversicherung aus, bei gleichzeitiger Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Hierdurch sind Beitragssenkungen von bis zu 3,8 Prozentpunkten möglich. In der Beitragsbemessung

262 sollen dabei alle Einkommensformen, nicht nur solche aus Lohnarbeit, berücksichtigt  
263 werden. Auch die Pflegeversicherung gilt es in eine allgemeine  
264 Bürger\*innenversicherung zu integrieren.

265 **Wir fordern:** Die Einführung einer Bürger\*innenversicherung und die Abschaffung der  
266 Beitragsbemessungsgrenze.

267 Der neoliberale Wettbewerbsfetisch hat 94 fast identische Krankenkassen  
268 hervorgebracht. Dieses System verschwendet Milliarden durch Parallelstrukturen. Wir  
269 wollen eine effiziente Kasse – digital, transparent, solidarisch.

270 **Wir fordern:** Eine Reduzierung der gesetzlichen Krankenkassen auf eine und eine  
271 Digitalisierungsoffensive für die verbleibende gesetzliche Krankenversicherung  
272 (Bürgerversicherung).

273 Prävention ist die beste Medizin. Über 100.000 Todesfälle jährlich wären vermeidbar.  
274 Unterlassene Prävention verursacht auch insgesamt hohe Kosten im Gesundheitssystem.  
275 Wir brauchen eine feste Verankerung des Vorsorgeprinzips, bessere Aufklärung über  
276 Ernährung, Bewegung, psychische Gesundheit und gezielte Prävention bei Adipositas,  
277 Diabetes, Sucht und mentalen Erkrankungen.

278 **Wir fordern:** Die Stärkung des Vorsorgeprinzips als Leitbild einer modernen  
279 Gesundheitsversorgung.

280 Gesundheit darf nicht vom Wohnort abhängen. Privatisierte Krankenhäuser stellen  
281 Profit über Patient\*inneninteressen. Wir setzen auf Rekommunalisierung und  
282 Verstaatlichung des Kliniksystems. Spezialisierung braucht Transparenz – ein  
283 umfassender Klinikatlas muss zeigen, wo gute Versorgung stattfindet. Gleichzeitig  
284 braucht es überall erreichbare Level-I-Kliniken und wohnortnahe Grundversorgung.  
285 Polikliniken und medizinische Versorgungszentren sichern flächendeckende,  
286 barrierearme Versorgung und ermöglichen Effizienzgewinne, weil dadurch Kliniken und  
287 Versorgungszentren mit diesem neuen Modell optimal und kostensparend Wirkung  
288 entfalten können.

289 **Wir fordern:** Wir fordern die Rekommunalisierung und Verstaatlichung des Kliniksystems  
290 und flächendeckend Polikliniken zur Entlastung der Kliniken.

291 Pflegekräfte und MFA's verdienen mehr Verantwortung, Weiterbildung und bessere  
292 Arbeitsbedingungen. Wir wollen in Krankenhäusern den Anteil der Pflegefachkräfte  
293 erhöhen und somit den Betreuungsschlüssel absenken. Pfleger\*innen sollten mehr  
294 Kompetenzen zugesprochen bekommen, um Tätigkeiten ausüben zu können, die aktuell  
295 häufig nur von Ärzt\*innen erledigt werden dürfen. Mit der Übernahme weiterer  
296 ärztlicher Tätigkeiten und der damit einhergehenden steigenden Verantwortung, muss  
297 auch die Vergütung angepasst werden, um die fachliche Leistung der Pflege angemessen  
298 zu honorieren und die Attraktivität des Berufs zu sichern.

299 Gleichzeitig muss die generalistische Pflegeausbildung praxisnäher, sowie die  
300 Vertiefungseinsätze während der Ausbildung besser strukturiert werden. Das Erlernen  
301 der verschiedenen Krankheitsbilder und der pflegefachliche Umgang damit, die  
302 Behandlungspflege und die Präventions- und Prophylaxethemen brauchen mehr  
303 Unterrichtsstunden. So wird der Fokus auf relevante Themen im Pflegealltag gesetzt  
304 und gleichzeitig Qualität gesichert und die Gesundheit der Patient\*innen  
305 sichergestellt. Fehlzeitenregelung und Vergütung sind an die Belastung anzupassen.

306 All das führt zur Attraktivitätssteigerung des Berufs und hilft bei der nachhaltigen  
307 und professionellen Pflege der Patient\*innen.

308 **Wir fordern:** Die Ausweitung der Kompetenzen von Pflegekräften, sowie Verbesserungen  
309 während der generalistischen Pflegeausbildung.

310 Psychische Erkrankungen sind Volkskrankheiten. Therapieplätze fehlen, Wartezeiten  
311 dauern Monate. Wir wollen mehr Kassensitze für Therapeut\*innen und niedrigschwellige  
312 Angebote.

313 Weiterhin muss die Prävention von psychischen Erkrankungen gefördert werden. Wir  
314 wollen psychologische Bildung als Lehrinhalte an Schulen, Berufsschulen und  
315 Hochschulen implementieren und auch Angebote für mehr mentale Gesundheit am  
316 Arbeitsplatz ausbauen, sodass langfristig weniger Menschen von psychischen  
317 Erkrankungen betroffen sind.

318 **Wir fordern:** Mehr Kassensitze und Therapieplätze sowie psychische Bildung auf allen  
319 Ebenen.

## 320 **IV. Wertschöpfungsabgabe zur Stärkung von Rente, Gesundheit und** 321 **Beschäftigung**

322 Nahezu die gesamten Kosten des Sozialstaats werden in Deutschland von Steuern und  
323 Abgaben getragen, die auf Arbeit anfallen. Dies ist in doppelter Hinsicht  
324 problematisch. Dadurch wird Ungleichheit verschärft, da die meisten Überreichen ihren  
325 Wohlstand nicht aus ihrem Arbeitseinkommen, sondern aus Kapitalerträgen schöpfen.

326 Zudem gerät unser Sozialsystem zunehmend in eine Schieflage, weil in den letzten  
327 Jahrzehnten eine zunehmende Verschiebung des Einkommens von Arbeit zur Kapitaleseite  
328 stattgefunden hat. Wir wollen die Finanzierungsgrundlage für die Sozialsysteme  
329 verbreitern, indem wir eine **Wertschöpfungsabgabe** einführen. Durch die  
330 Wertschöpfungsabgabe wollen wir die Gewinne von Unternehmen mit einer Abgabe  
331 belasten, die der Gesamtsozialabgabenquote auf den Faktor Arbeit entspricht. Damit  
332 wird sichergestellt, dass Arbeit und Kapital gleich behandelt werden. Die Erträge aus  
333 Wertschöpfungsabgabe werden zur Stabilisierung von Rentenversicherung, Kranken- und  
334 Pflegeversicherung (bzw. Bürger\*innenversicherung) und Arbeitslosenversicherung  
335 verwendet. Insbesondere kann dadurch auch eine Reduzierung des Bundeszuschusses zur  
336 Rentenversicherung erreicht werden.

337 Dabei ersetzt die Wertschöpfungsabgabe die Arbeitgeberbeiträge, was kleine  
338 Unternehmen weniger belasten würde.

339 **Wir fordern:** Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe.

## 340 **V. Entlastungsreflex**

341 Einkommen wird in Deutschland zu stark belastet. Mit der Einführung des  
342 Bürger\*innengeldes als eines der Elemente zur Stärkung des Sozialstaates, ist von  
343 konservativen und rechten Kräften eine gesellschaftliche Debatte durch falsche  
344 Behauptungen initiiert worden. Die populistische Behauptungen es sei zu teuer oder  
345 hielte Menschen vom Arbeiten ab, lenken bewusst die gesellschaftliche Debatte weg vom  
346 tatsächlichen Problem, der eklatanten Ungerechtigkeit in der Verteilung der Vermögen.

Die überwiegende Mehrheit der Bürger\*innengeld-Beziehenden sind Alleinerziehende, Personen mit erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen und in großer Zahl Kinder. Zudem verdient niemand mehr durch Bürger\*innengeld als durch Arbeit, etwa 20% der Empfänger\*innen sind Arbeiter\*innen, die ihr Einkommen mit dem Bürger\*innengeld aufstocken. Außerdem hat das Bürger\*innengeld Menschen in gute Arbeit gebracht: Im letzten Jahr meldeten sich monatlich durchschnittlich 5,64 Prozent der Arbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit ab, weil sie eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder eine Ausbildung aufgenommen hatten. Während Kapitalerträge pauschal mit 25% besteuert werden, beläuft sich die Gesamtbelastung bereits von mittlerem Einkommen durch Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge schnell auf mehr als 40%. Mit den oben genannten Maßnahmen wollen wir mit mittelfristigen Reformen die Belastungen für Arbeitnehmer\*innen senken, geringe und mittlere Einkommen entlasten und besonders hohe Vermögen und Einkommen stärker in die Pflicht nehmen. Deswegen setzen wir uns für einen **Entlastungsreflex** ein. Demnach sollen alle zusätzlichen Belastungen der Arbeitnehmer\*innen durch erhöhte Sozialversicherungsbeiträge spiegelbildlich durch entsprechende Senkungen der Einkommensteuer ausgeglichen werden. Die Besteuerung von Kapitalerträgen im Sinne der Progression der Einkommensteuer, um die Mehrwertsteuer zu senken, damit wir besonders niedrige Einkommen entlasten.

**Wir fordern:** Die Einführung eines **Entlastungsreflexes** zur automatischen Entlastung von Erwerbseinkommen über die Einkommensteuer bei steigenden Sozialversicherungsbeiträgen und die progressive Erhöhung der Besteuerung von Kapitalerträgen zur Finanzierung einer gesenkten Mehrwertsteuer.

## VI.Arbeitsversicherung statt Schikane

Unser Sozialstaatsverständnis setzt auf Kooperation statt auf Schikane. Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung. Weil Arbeit für uns mehr als Broterwerb, sondern im Idealbild die umfassende Teilhabe an der Gesellschaft, treibende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts und zentrales Element der individuellen Selbstverwirklichung ist, unterstreichen wir das Recht auf Arbeit für jeden Einzelnen. Gleichzeitig wissen wir, dass Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe häufig nicht den Realitäten entsprechen, die Beschäftigte auf unserem kapitalistischen und entfremdeten Arbeitsmarkt vorfinden. Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit versichern, sondern mit einer umfassenden Arbeitsversicherung einen Beitrag dazu leisten, die Verhandlungsposition von Arbeitnehmer\*innen zu stärken und sie in Beschäftigungen zu vermitteln, die ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechen. Eine stabile Grundsicherung ist auch deshalb wichtig, weil sie Leute davor bewahrt, schlechte Jobs anzunehmen und dem Druck von Arbeitgeber\*innen nachzugeben. Sanktionen und Vermittlungsvorrang schaden nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sie erhöhen auch langfristig die gesellschaftlichen Kosten, weil sie Langzeitarbeitslosigkeit verfestigen und eine Entfremdung von Erwerbslosen und Sozialsystem betreiben. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum ist nicht sanktionierbar. Die Kürzungen von Sozialleistungen und insbesondere die Totalsanktionierung führt zu Wohnungslosigkeit und Verelendung. Sie widerspricht unserer Vorstellung eines menschlichen und solidarischen Sozialstaats, der Teilhabe

392 für alle ermöglicht und den Werten unseres Zusammenlebens, die uns das Grundgesetz  
393 zusichert.

394 **Wir lehnen eine Sanktionierung von Menschen im Arbeitslosengeldbezug ab. Wir setzen**  
395 **auf Kooperationsvereinbarungen und Qualifizierung anstatt auf Schikane von**  
396 **Erwerbslosen. Wir setzen uns für den Erhalt von Karenzzeiten und Regelungen zum**  
397 **Schonvermögen ein.**

398 Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf gut ausgebildete Fachkräfte. Dies gilt umso  
399 mehr, wenn sich der technische Fortschritt weiter beschleunigt. Je besser und  
400 umfassender die Ausbildung, desto leichter fällt es Arbeitnehmer\*innen sich auf  
401 verändernde Rahmenumstände anzupassen und desto weniger sind sie von Arbeitslosigkeit  
402 entlang ihrer Erwerbsbiografie bedroht. Umgekehrt sind fehlende Berufsabschlüsse oder  
403 sogar fehlende Schulabschlüsse der größte Risikofaktor für Armut und Arbeitslosigkeit  
404 entlang der Erwerbsbiografie. Deswegen setzen wir uns für die gesetzliche Verankerung  
405 eines **Ausbildungsvorrangs** ein. Erwerbslose unter 35 sollen in Zusammenarbeit von Job-  
406 Centern und Bildungsträgern gezielt in schulische oder berufliche Ausbildungen  
407 vermittelt werden. Schulabschlüsse sollen ggf. zuvor nachgeholt werden. Dafür soll  
408 gemeinsam mit den Betroffenen eine Ausbildungsvereinbarung getroffen werden, die auf  
409 die Lebenssituation der Betroffenen individuell eingeht und sicherstellt.

410 **Wir fordern:** Die Einführung eines **Ausbildungsvorrangs** für unter 35-Jährige  
411 Erwerbslose. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer echten  
412 **Ausbildungsplatzgarantie.**

413 Junge Menschen müssen zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr eine wegweisende  
414 Entscheidung treffen. Um jungen Menschen wirklich zur Seite stehen zu können, braucht  
415 es eine Orientierungshilfe, die über einen einzelnen Termin hinaus geht. Junge  
416 Menschen müssen in ihren letzten Schuljahren begleitet und beraten werden. Dabei  
417 sollen die persönliche Entwicklung und die daraus resultierenden Wünsche an die  
418 eigene Zukunft im Vordergrund stehen.

419 **Wir fordern:** Einheitliche, flächendeckende und qualitativ hochwertige  
420 Orientierungshilfen für junge Menschen und eine Stärkung der Jugendberufsagenturen  
421 Die anhaltende wirtschaftliche Schwäche führt zu einem zunehmenden Missverhältnis  
422 zwischen Erwerbslosen und offenen Stellen. 2,9 Millionen erwerbsfähige Arbeitslose  
423 stehen 630.000 offenen Stellen gegenüber. Dabei gilt es zu beachten, dass ein großer  
424 Teil der offenen Stellen Berufsqualifikationen voraussetzt, über die viele  
425 Erwerbslose nicht verfügen. Deswegen setzen wir insbesondere bei Unqualifizierten und  
426 Erwerbslosen, deren Ausbildung nicht mehr den derzeitigen Bedarfen des Arbeitsmarkts  
427 oder ihrer Lebensrealität entspricht, auf Weiterbildung und Qualifikation. Dabei gilt  
428 es gezielt mit der Arbeitsagentur Qualifikationsprogramme für Mangelberufe  
429 aufzusetzen, um Erwerbslose für Jobs zu qualifizieren, in denen aktuell ein Mangel  
430 besteht und die ihren individuellen Präferenzen bestmöglich entsprechen. Um  
431 Arbeitslosigkeit schon zu verhindern, bevor sie entsteht, braucht es zudem schon  
432 während der Berufstätigkeit das Recht sich für einen Beruf, welcher  
433 Zukunftsperspektiven bietet, zu qualifizieren.

434 **Wir fordern:** Einen **Weiterbildungs- und Qualifizierungsvorrang** für Erwerbslose, sowie  
435 einen Rechtsanspruch auf berufsbegleitende Umschulung und Weiterbildung.

436 Vor allem nach langer Arbeitslosigkeit fällt es einigen Menschen schwer, sich in den  
437 herkömmlichen Arbeitsrhythmus mit acht Stunden Arbeitszeit einzufinden. Für manche  
438 Menschen gehörte eine solche Struktur noch nie zu ihrem persönlichen Alltag. Es muss  
439 Aufgabe unseres Sozialstaates sein, Menschen auf allen Ebenen für ihre  
440 Erwerbstätigkeit zu befähigen. Um hierbei zu unterstützen, braucht es neben  
441 psychosozialer Betreuung, Schuldner\*innenberatung, Beratungs- und Hilfsangebote bei  
442 (psychischen) Erkrankungen auch ganz grundlegende Unterstützung, neue Strukturen und  
443 Abläufe in den Alltag zu integrieren. Das setzt zu Beginn ein hohes Maß an  
444 individueller Betreuung voraus, führt aber letztlich zu einer langfristigen  
445 Perspektive für Menschen. Denn nur mit einer solchen Unterstützung kann eine neue  
446 Erwerbstätigkeit auch langfristig ausgeübt werden.

447 **Wir fordern:** Unterstützungsangebote für Langzeiterwerbslose, in den ersten  
448 Berufsjahren zur erfolgreichen Integration ins Erwerbsleben

449 Für Kinder und Jugendliche, deren Eltern Sozialhilfe empfangen, stehen Leistungen aus  
450 dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung. Dieses Budget soll ihnen soziale  
451 Teilhabe ermöglichen. Allerdings werden diese Leistungen durch eine gesellschaftliche  
452 Stigmatisierung und komplizierte Bewilligungsverfahren zu wenig abgerufen.  
453 Jugendliche, die auf diese Leistungen angewiesen sind, können nur für BuT anerkannte  
454 Freizeitgestaltung fördern lassen, die nicht flächendeckend angeboten werden. Der  
455 Staat entscheidet hier, wie Jugendliche ihre Freizeit zu gestalten haben, statt ein  
456 Aufwachsen zu ermöglichen, in dem sie sich ausprobieren und ihre Interessen  
457 selbstständig erproben können. Und das nur aufgrund einer Situation, für die  
458 Jugendliche und Kinder nichts können. Daher sollten Kinder und Jugendliche  
459 langfristig aus dem Konzept der Bedarfsgemeinschaft ausgenommen werden und ihre  
460 Leistungen in eine Kindergrundsicherung überführt werden.

461 **Wir fordern:** Ein pauschales Teilhabebudget für Kinder und Jugendliche, das sie  
462 selbstbestimmt einsetzen können. Das Budget sollte sich an den tatsächlichen Bedarfen  
463 orientieren und nicht Bildung gegen Freizeit ausspielen. Jugendliche brauchen die  
464 Erfahrung von echter Autonomie statt einem paternalistischen Sozialstaat.

465

## Antrag K01: Wir im Kampf gegen Rechts

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

1 Bei der Bundestagswahl 2025 kam es zu einer deutlichen Verschiebung im politischen  
2 Kräfteverhältnis. Die Union wurde mit rund 28,5 Prozent der Stimmen zwar stärkste  
3 Kraft, aber konnte nicht das gewünschte Ergebnis erzielen. Währenddessen gelang der  
4 AfD der Aufstieg zur zweitstärksten Kraft auf Bundesebene mit 20,8 Prozent, ihrem  
5 bislang besten Ergebnis. Die SPD stürzte mit 16,4 Prozent auf ihr historisch  
6 schlechtestes Resultat ab, die Grünen fielen auf 11,6 Prozent. Lediglich die Linke  
7 konnte sich mit 8,8 Prozent behaupten. Die FDP scheiterte mit 4,3 Prozent am Einzug  
8 in den Bundestag ebenso wie das Bündnis Sahra Wagenknecht, das knapp unter der Fünf-  
9 Prozent-Hürde blieb. Die Bundestagswahl hat abermals verdeutlicht, dass die AfD keine  
10 Randerscheinung mit Hochburgen in Ostdeutschland ist, sondern auch im Westen  
11 zunehmend Wähler\*innen anzieht und sich vielerorts etabliert. Die AfD, als  
12 parlamentarischer Arm der radikalen Rechten, ist mittlerweile fest im Parteiensystem  
13 verankert und droht, bei kommenden Landes- und Bundestagswahlen  
14 Regierungsverantwortung zu erhalten. Symptomatisch spricht dafür, dass die kleine  
15 „Große Koalition“ selbst mit den Grünen keine Zweidrittelmehrheit zustande bekommt.

16 Ein zentrales Thema des Wahlkampfs war die Migrationspolitik. Die von der AfD  
17 maßgeblich angestoßene und den demokratischen Parteien inklusive der SPD mit  
18 angeführte Migrationsdebatte verschob das politische Klima deutlich nach rechts.  
19 Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Debatte nach Enthüllungen über ein Treffen in  
20 Potsdam, bei dem AfD-Vertreter\*innen, rechtsradikale und konservative Netzwerke über  
21 „Remigrations-Pläne“ diskutiert haben. Das Schlagwort „Remigration“ wurde schließlich  
22 prominent im AfD-Parteiprogramm verankert und auch öffentlich von Parteichefin Alice  
23 Weidel als Kernforderung bestätigt. Unter diesem Begriff werden massenhafte  
24 Rückführungen, Abschiebungen oder gar Ausweisungen von Menschen mit  
25 Migrationshintergrund und Migrationsgeschichte gefordert – teils selbst von solchen,  
26 die deutsche Staatsbürger\*innen sind.

27 Das Politische Fenster hat sich verschoben: Begriffe und Narrative, die einst als  
28 extrem galten, prägen nun die gesamtgesellschaftliche Diskussion. Gleichzeitig lässt  
29 sich beobachten, dass rechte Narrative zunehmend in demokratische Parteien einziehen.  
30 Die Union trieb mit ihrem „Fünf-Punkte-Plan“ zur Migrationspolitik selbst Forderungen  
31 voran, die ohne die Zustimmung der AfD im Bundestag nicht durchsetzbar gewesen wären.  
32 Auch die SPD brachte migrationspolitische Verschärfungen voran, zum Beispiel im  
33 Rahmen des sogenannten Sicherheitspakets und des Rückführungsverbesserungsgesetzes.  
34 Außerdem griff die SPD Aspekte der Debatte auf, mit der Argumentation, nicht noch  
35 mehr Wähler\*innen an die AfD zu verlieren. So verengt sich der politische Spielraum,  
36 da die demokratischen Parteien aus Angst vor weiteren Verlusten rechte Diskurse  
37 übernehmen, anstatt ihnen konsequent eigene Narrative entgegenzusetzen.

38 Es ist wichtig festzuhalten, dass diese Diskursverschiebung nach Playbook durch die  
39 Rechte organisiert wird. Sie ist kein Zufall, sondern strategisch gewollt, geplant  
40 und umgesetzt. Bis heute haben weite Teile der demokratischen Parteien und auch der

SPD ihre eigene Rolle in diesem Playbook nicht reflektiert und die strategische Dimension nicht erkannt. Das ist aber die Grundlage für eine Umkehr.

Eine zentrale Rolle in dieser Verschiebung spielt die digitale Präsenz der AfD. Die Partei setzt gezielt auf Provokationen, virale Kampagnen und symbolträchtige Aktionen, um Migration und nationale Identität als Dauerbrenner im öffentlichen Diskurs zu verankern. Im Netz gelingt es ihr, Reichweiten aufzubauen, junge Zielgruppen zu erreichen und die Schlagworte „Remigration“ oder „Grenzsicherung“ in den Mittelpunkt zu rücken. Damit prägt sie nicht nur ihre eigene Anhänger\*innenschaft, sondern beeinflusst auch die Themenagenda der Gesamtgesellschaft.

Die Reaktion auf diese Entwicklungen blieb jedoch nicht aus. Anfang 2024 kam es zu einer Welle von Demonstrationen gegen Rechtsradikalismus und die AfD. Hunderttausende Menschen gingen bundesweit auf die Straße, um gegen rechtsradikale Pläne und Narrative zu protestieren. Auch später im Jahr kam es immer wieder zu Massenprotesten, etwa in Berlin mit über 30.000 Teilnehmenden. Diese Mobilisierung gegen Rechts stärkte nicht nur die Sichtbarkeit der Zivilgesellschaft, sondern verlieh auch Parteien links der Mitte, insbesondere der Linken, zusätzlichen Rückenwind.

Hinzu kommt, dass es nur Die Linke in ihrem Bundestagswahlkampf geschafft hat, diesen rechten Narrativen in den digitalen Medien etwas entgegenzusetzen und junge Menschen zu erreichen. Neben dem gezielten Setzen von sozialpolitischen Themen und klaren linken Botschaften war auch das ein Teil ihres Wahlerfolgs bei der Bundestagswahl 2025.

Deutschland befindet sich damit an einem politisch angespannten Punkt: Die demokratischen Parteien verlieren an Zugkraft, rechte Narrative bestimmen zunehmend den öffentlichen Diskurs, und die AfD hat es geschafft, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland Fuß zu fassen. Gleichzeitig zeigen Massenproteste und antifaschistische Bündnisse vor Ort, dass es eine Gegenbewegung gibt, die den Rechtsruck nicht widerstandslos hinnimmt.

Die SPD hat zunehmend die Arbeiter\*innen verloren. Multiple Krisen unserer Zeit, steigende Lebenskosten und Zukunftsängste machen immer mehr Menschen anfällig für den Populismus der radikalen Rechten. Die Sozialdemokratie muss sich daher nicht nur Gedanken machen, wie sie die Symptome, sondern vor allem die Ursachen von Rechtsradikalismus bekämpfen kann.

Die kommenden Jahre werden davon geprägt sein, ob es der SPD gelingt, eigene überzeugende Antworten auf die Zukunftsängste und den gesellschaftlichen Wandel zu formulieren – oder ob sie sich weiterhin von der Dynamik der AfD treiben lässt.

#### **Antifeminismus – Scharnier zur radikalen Rechten**

Antifeminismus ist kein Randphänomen, sondern ein zentrales Ideologie- und Vernetzungselement rechtsradikaler Bewegungen. Er verbindet verschiedene Strömungen der Rechten – von vermeintlich konservativen Kräften bis hin zu offen neonazistischen Gruppen – und schafft so gefährliche Anschlussfähigkeit. Über die Ablehnung von Gleichstellungspolitik, reproduktiven Rechten oder queeren Lebensrealitäten wird ein gemeinsamer ideologischer Nenner geschaffen, der das Fundament für breite rechte Mobilisierung bildet.



86 Dabei ist Antifeminismus klar von Sexismus oder Misogynie abzugrenzen. Während  
87 Sexismus auf diskriminierenden Geschlechterstereotypen beruht und Misogynie die  
88 Abwertung des Weiblichen meint, zeichnet sich Antifeminismus durch seinen politisch-  
89 strategischen Charakter aus. Er ist eine Ideologie und eine politische Strategie, die  
90 sich pauschal, aktiv und auch organisiert gegen feministische Anliegen und Positionen  
91 richtet und dabei darauf abzielt, gesellschaftspolitische Liberalisierungen  
92 zurückzudrängen und heteronormative Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren.

93 Die Schlagkraft der antifeministischen Bewegung resultiert maßgeblich aus ihrer  
94 globalen Vernetzung und strategischen Koordination, die weit über nationale Grenzen  
95 hinausreicht. Strömungen aus der US-amerikanischen Alt-Right finden ebenso Anschluss  
96 an osteuropäische „Anti-Gender“-Kampagnen wie an deutsche neurechte Strukturen. Diese  
97 transnationale Vernetzung verleiht den antifeministischen

98 Bewegungen strategische Schlagkraft – etwa durch koordinierte Kampagnen gegen  
99 reproduktive Rechte, gegen die Gleichstellungspolitik der EU oder durch die gezielte  
100 Verbreitung von Hass auf die sogenannte „Gender-Ideologie“. Zudem ermöglicht diese  
101 Koordination die Anwendung eines standardisierten Drehbuchs mit global wirksamen  
102 Angriffszielen.

103 Oft wirkt Antifeminismus dabei als Einstiegsportal in weitergehende rechte  
104 Radikalisierung. Er schafft ideologische Brücken in rechtsradikale Milieus,  
105 legitimiert Gewalt gegen Frauen, queere Menschen und progressive Bewegungen und trägt  
106 zur Normalisierung rechter Denk- und Sprachmuster in der gesellschaftlichen Mitte  
107 bei. Angriffe – sei es durch Drohungen, Hate Speech, Sachbeschädigung oder physische  
108 Gewalt – folgen einer Strategie der Einschüchterung. Betroffene sollen aus  
109 öffentlichen Räumen verdrängt werden („Silencing“), wodurch demokratische und  
110 emanzipatorische Stimmen systematisch geschwächt werden.

111 Die wachsende Akzeptanz antifeministischer Rhetorik ist damit auch ein Gradmesser für  
112 die Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts. Laut der 2022 erschienenen  
113 Leipziger Autoritarismusstudie hat bereits jeder vierte Mann und jede zehnte Frau in  
114 Deutschland ein geschlossen antifeministisches Weltbild. Parallel sind die Zahlen  
115 polizeilich registrierter häuslicher Gewalt in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent  
116 gestiegen. Dabei handelt es sich jedoch nur um die bei der Polizei angezeigten und  
117 bekannten Fälle. Das Dunkelfeld ist um ein Vielfaches höher.

118 Deshalb fordern wir: Antifeminismus muss explizit als Teil rechtsradikalen Ideologie  
119 in Verfassungsschutzberichte und Sicherheitsstrategien aufgenommen werden. Strukturen  
120 zur Beobachtung rechter Netzwerke sollten ihn als eigenständiges Analysefeld  
121 berücksichtigen. Gleichzeitig braucht es eine stärkere Vernetzung der  
122 Demokratieförderung mit feministischen und queeren Organisationen – denn der Schutz  
123 von Demokratie und Gleichberechtigung lässt sich nur gemeinsam verteidigen.

124 **Es ist allerhöchste Zeit - AfD jetzt verbieten!**

125 Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Rechtsradikalismus. Er ist keine  
126 politische Meinung, sondern eine Kampfansage an die Grundlagen eines freiheitlich-  
127 demokratischen Zusammenlebens. Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts zur  
128 politisch motivierten Kriminalität belegen erneut die weiter wachsende Bedrohung: Im  
129 Jahr 2024 wurden bundesweit 42.788 rechtsmotivierte Straftaten registriert – ein  
130 Anstieg von fast 50 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit machen sie mit Abstand den

größten Anteil aller politisch motivierten Straftaten aus. Besonders besorgniserregend ist auch der Anstieg rechtsradikal motivierter Gewalttaten um 13 Prozent. Rechtsradikale Jugendgruppen sind für einen immer größer werdenden Teil dieser Gewalttaten verantwortlich. Regelmäßig bilden sich in ganz Deutschland neue, lokal organisierte und lose überregional vernetzte Gruppen von gewaltbereiten und oft minderjährigen Neonazis. Sie sprühen verfassungsfeindliche Graffiti, verfolgen demokratische Lokalpolitiker\*innen und Aktivist\*innen, greifen alternative Jugendzentren an und sorgen dafür, dass sich Communities, die nicht in ihr Weltbild passen, immer unsicherer fühlen. Die Gruppen forcieren sich zudem in diverse Subkulturen wie Fußball-Fanszenen, (Kampf-)Sportvereine oder Jugendtreffen. Dort rekrutieren sie, neben ihrer starken Präsenz in den Sozialen Medien, neue Mitglieder und machen diese Freizeiträume für andere unsicher. Doch nicht nur Jugendgruppen sind für diese Verschiebung nach Rechts verantwortlich. Insgesamt ist die Gesamtzahl der rechtsradikalen Straf- und Gewalttaten im Jahr 2023 um 47,4 % auf 37.853 Delikte gestiegen. Diese Erkenntnisse lassen nur einen Schluss zu: Die Gefahr geht klar von rechtsradikalen Motiven aus. Das Narrativ, dass linke Gewalttaten ebenso problematisch sind, lehnen wir folglich ab.

Diese Entwicklung ist nicht nur eine gesellschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderung – sie hat verfassungsrechtliche Relevanz. Denn wenn rechtsradikale Ideologien nicht nur auf der Straße, sondern auch in Parteien und Parlamenten Fuß fassen, wird politische Pluralität nicht gelebt, sondern gezielt missbraucht und geschädigt – von Kräften, die sich außerhalb unserer Verfassungsordnung stellen und mit einer aktiv kämpferischen, aggressiven Haltung gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung darauf hinarbeiten, diese abzuschaffen.

Um Rechtsradikalisierung besonders bei jungen Menschen zu unterbinden, braucht es eine Politik, die junge Interessen ernst nimmt. Es ist außerdem zwingend notwendig, Projekte zur Prävention in den Schulen auszubauen. Dabei spielen auch die jugendkulturellen Möglichkeiten eine Rolle und die offene Kinder- und Jugendarbeit. Ehrenamtliches Engagement oder Freizeitangebote müssen konsequent demokratischen Zielen unterstehen und finanzielle Förderung daran geknüpft sein.

Gradmesser dieser zunehmenden Relevanz ist die Einstufung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“. Mit ihrer seit Jahren betriebenen Strategie der gezielten Verschiebung der gesellschaftlichen Debatte nach Rechts, macht die AfD Rassismus und völkisch-nationales Denken wieder salonfähig – und trägt aktiv zur Verrohung des öffentlichen Diskurses bei. Wo Worte entgrenzen, folgen Taten: Die Schwelle zur Gewalt sinkt, wenn die Menschenwürde anderer bewusst infrage gestellt wird.

Über die vergangenen Jahre wurde deutlich, dass der offiziell aufgelöste, rechtsradikale, völkische Flügel in Wirklichkeit immer mehr Macht erlangt und mittlerweile die AfD dominiert.

Beispiele dafür gibt es genug. Unter anderem lässt sich in öffentlichen Aussagen vom wohl prominentesten Vertreter des völkischen Flügels, Björn Höcke, klar die völkische Ideologie der AfD nachweisen; dass eine führende Figur innerhalb dieser Partei rechtmäßig als Faschist bezeichnet werden darf, lässt im Übrigen tief blicken. Längst ist klar: Die AfD missbraucht die demokratischen Regeln, um die Demokratie von innen heraus zu zerstören. Wir sehen es daher als Pflicht aller demokratischer Akteur\*innen

177 an, alle demokratischen Mittel des Rechtsstaates zu nutzen - also die wehrhafte  
178 Demokratie ernst zu nehmen - um die AfD zu bekämpfen. Daher fordern wir die  
179 Einleitung eines Verfahrens auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD nach  
180 Artikel 21 Absatz 2 GG mit der Folge eines Parteiverbots (§ 46 Absatz 3 BVerfGG), und  
181 das so schnell wie möglich. Wir erwarten, insbesondere von den verantwortlichen SPD-  
182 Landes- und Bundespolitiker\*innen, alle notwendigen Schritte unverzüglich  
183 einzuleiten.

184 Uns ist bewusst, dass das allein nicht ausreicht, um faschistische Ideologien und  
185 Bewegungen zu bekämpfen. Es ist notwendig, die Narrative der AfD zu durchbrechen und  
186 eigene Narrative aufzubauen, anstatt denen der AfD hinterherzulaufen. Zeitgleich  
187 braucht es ein echtes, auf die sozialen Probleme der Menschen eingehendes,  
188 politisches Angebot, welches eint und nicht spaltet und die Probleme benennt, statt  
189 sie auf dem Rücken marginalisierter Gruppen auszutragen.

190 Die AfD stellt eine unmittelbare Gefahr für unsere Demokratie dar, weshalb ein  
191 Verfahren nach Artikel 21 Absatz 2 GG mit der Folge eines Parteiverbots ultimativ die  
192 richtige Schlussfolgerung ist.

193 Faschistische Strukturen müssen davon ausgeschlossen sein, öffentliche Gelder zu  
194 erhalten, so muss beispielsweise auch eine AfD-nahe Stiftung weiterhin von  
195 öffentlichen Zuwendungen ausgeschlossen bleiben. Dieser Grundsatz muss auch für  
196 andere nahestehende Organisationen gelten, um sicherzustellen, dass der  
197 Staatshaushalt nicht den Demokratieabbau mitbefördert.

198 Die Jugendorganisation der AfD, welche das Bundesamt für Verfassungsschutz seit April  
199 2023 als "gesichert rechtsextremistisch" einstuft (diese Einstufung wurde vom  
200 Verwaltungsgericht Köln im Februar 2024 bestätigt), hat sich als Verein zwar  
201 aufgelöst, aber plant jetzt November 2025 eine Neugründung. Mit dabei: Die gleichen  
202 Gesichter und die gleichen antidemokratischen und rechtsradikalen Ansichten. So hält  
203 der vermutlich neue Vorsitzende der Jugendorganisation beispielweise nachweislich  
204 enge Kontakte zu rechtsradikalen Vorfeldorganisationen. Auch wenn mit der Neugründung  
205 das Image einer „gemäßigteren“ Jugendorganisation vermittelt werden soll, ist uns  
206 vollkommen klar, dass das nicht stimmt. Im Kampf gegen die AfD werden wir genauso  
207 laut gegen ihre rechtsradikale Jugendorganisation eintreten.

#### 208 **Faschismus und Kapitalismus gehen Hand in Hand!**

209 Als sozialistischer Jugendverband muss im Mittelpunkt unserer Analyse stehen, dass  
210 der Kapitalismus stets bereit ist, dem Faschismus billigend den Weg zu bereiten. Die  
211 Antwort auf den Rechtsruck muss also eine systemische sein und die kapitalistische  
212 Organisation unserer Gesellschaft überwinden. Der Kapitalismus fördert die  
213 ökonomische Ungleichheit in der Gesellschaft und ist damit eine Grundlage für die  
214 Ausgrenzung und Abwertung marginalisierter Menschengruppen. In Krisenzeiten, die dem  
215 Kapitalismus immanent sind, verschärft sich diese Dynamik: Die Angst vor sozialem  
216 Abstieg wird zur Grundlage für rechte Hetze, die einfache Sündenböcke für komplexe  
217 Probleme anbietet. So wird die Arbeiterklasse gegeneinander ausgespielt - sei es  
218 durch Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen gruppenbezogener  
219 Menschenfeindlichkeit - sodass der Kampf gegen ihren eigentlichen Gegner, das  
220 Kapital, unmöglich wird.

Die Überwindung des Kapitalismus führt zwar nicht automatisch zur Aufhaltung des Rechtsrucks - aber wer den Rechtsruck verhindern will, muss die durch den Kapitalismus verursachten ökonomischen Ungleichheiten als Kernursache zentral in den Blick nehmen. Diese Erkenntnis ist entscheidend für unser politisches Handeln: Solange eine Gesellschaftsordnung fortbesteht, die auf Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung basiert, wird sie immer wieder den Nährboden bereiten, auf dem rechte und faschistische Bewegungen gedeihen können. Ohne die materiellen Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutung zu beseitigen, bleiben antifaschistische Kämpfe unvollständig. Deshalb gehören Antikapitalismus und Antifaschismus untrennbar zusammen - nicht als identische Kämpfe, aber als notwendig verbundene Perspektiven einer sozialistischen Politik.

### **Die global vernetzte Rechte konsequent bekämpfen**

Während des letzten Bundestagswahlkampfes haben auch Tech-Oligarchen vermehrt Einfluss auf den Diskurs genommen. Das prominenteste Beispiel ist Elon Musk, der bei einer Wahlkampfveranstaltung der AfD ein Grußwort hielt und die AfD in einem Beitrag im Spiegel als "den letzten Funken Hoffnung" für Deutschland bezeichnete.

Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch international sind rechte Kräfte auf dem Vormarsch. Dabei sind sie untereinander gut vernetzt: Beispielsweise hatte der „Warschauer Gipfel“ im Jahr 2021 das Ziel, eine gemeinsame europäische und internationale Rechtsallianz zu schmieden. Es nahmen unter anderem die AfD, die polnische PiS, die ungarische Fidesz und die spanische Vox teil. Auch transatlantisch vernetzen sich Rechte: Zur CPAC (Conservative Political Action Conference) um die trump'sche MAGA-Bewegung und die Bewegung um Peter Thiel, werden regelmäßig europäische Akteur\*innen eingeladen.

Außerdem wird rechter Content stark auf Plattformen wie TikTok durch den Algorithmus gefördert. Eine Studie der Nonprofit-Organisationen „AI Forensics“ und „Interface“ zeigt, dass bei Suchen nach Politiker\*innen anderer Parteien überproportional oft Inhalte der AfD empfohlen werden. Hinter dieser Einflussnahme und Bevorzugung rechten Gedankengutes stehen reine Kapitalinteressen der Superreichen. Die Förderung der AfD geschieht auf Grund ihres Profils als Partei, die Kapitalinteressen höher priorisiert als Menschenrechte und deswegen zu faschistischen Methoden greift, um diese zu stützen. Damit wird erneut klar: Faschismus entsteht nicht im Widerspruch zum Kapitalismus, sondern dort, wo kapitalistische Machtverhältnisse sich mit autoritären Ideologien verbünden, um ihre eigene Ordnung zu sichern.

Als sozialistischer und antikapitalistischer Verband bekämpfen wir die politische Einflussnahme Superreicher sowohl in Deutschland als auch international.

Bei der globalen Vernetzung der Rechten werden ideologische Trennlinien bewusst außen vor gelassen und verbindende Elemente hervorgehoben. Die verschwörungstheoretischen, antisemitischen und rassistischen Narrative um das „Great Replacement“ - den „Bevölkerungsaustausch“ - werden in Europa, den USA und darüber hinaus von rechten Kräften propagiert. Anti-Migration, der Kampf gegen queere Rechte und die Selbstbestimmung von Frauen sind dabei ebenfalls Bausteine. Mit der Identitären Bewegung wurde der Versuch unternommen, eine internationale Jugend- und Vorfeldorganisation zu gründen, die in vielen Ländern Ableger hat und über die europäischen Grenzen hinaus vernetzt ist. Wir verstehen unseren Antifaschismus auch

266 als internationalen Kampf gegen rechtes Gedankengut. Daher stellen wir uns konsequent  
267 gegen Organisationen wie die Grauen Wölfe und erwarten das auch von der SPD.

268 Zu einem der größten internationalen Unterstützer der AfD in Deutschland gilt  
269 Russland unter Wladimir Putin, welches dabei ganz eigene geostrategische Interessen  
270 verfolgt. Zusammen mit der AfD und anderen rechtsradikalen Parteien verfolgt Putin  
271 das Ziel der Spaltung Europas und das Ausschalten der Europäischen Union als  
272 international agierender Akteur. In den sozialen Medien steuert Russland Bot- und  
273 Trollarmeen, um politische Diskurse in seinem Sinne zu manipulieren. Deshalb ist  
274 besonders relevant, dass sich die SPD konsequent von Putins Russland abgrenzt.

275 **Alle zusammen gegen den Faschismus - Bündnisarbeit als unsere Doppelstrategie**

276 Für uns Jusos ist die Arbeit in zivilgesellschaftlichen Bündnissen ein zentrales  
277 Instrument im Kampf gegen Rechts. Wir verstehen darunter nicht nur punktuelle  
278 Absprachen, sondern die kontinuierliche Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen  
279 Akteur\*innen in Form von gemeinsamen Demonstrationen, Veranstaltungsformaten,  
280 Aufklärungskampagnen und abgestimmten Wordings in politischen Debatten. Diese  
281 kollektive Sichtbarkeit schafft gesellschaftlichen Druck, stärkt demokratisch-linke  
282 Ideen und zeigt, dass wir rechte Ideologien nicht unwidersprochen stehen lassen.  
283 Gerade in Zeiten, in denen rechte und konservative Kräfte immer offener  
284 Menschenrechte in Frage stellen und gezielt gegen Minderheiten hetzen, ist es  
285 notwendig, in der Breite solidarische Allianzen zu organisieren.

286 Große Demonstrationen gegen Rechts, wie die bereits erwähnten Anfang 2024,  
287 verdeutlichen immer wieder die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit  
288 antifaschistischer Positionen. Anspruch dieser Demos ist jedoch keine langfristige  
289 politische Organisationsarbeit. Hier liegt unsere Aufgabe als sozialistischer  
290 Jugendverband. Wir müssen spontanes Engagement in langfristige politische  
291 Organisation umwandeln. Nur langfristig angelegte sozialistisch-politische  
292 Organisation schafft eine dauerhafte Verankerung antifaschistischer Einstellungen in  
293 der Gesellschaft.

294 Für uns ist auch klar, dass Antifaschismus überall im Alltag gelebt werden muss. In  
295 vielen ländlichen Regionen sind die Jusos mit den Gewerkschaftsjugenden die einzigen  
296 linken Verbände. Es liegt also genau an uns, linken Positionen Raum zu verschaffen  
297 und einen Gegendiskurs zu etablieren. Unser Antifaschismus baut darauf auf, dass er  
298 sozialistisch ist. Wir müssen unsere Positionen wieder im Sportverein, am Stammtisch  
299 und im Bierzelt vertreten. Dort sind die Menschen, für die wir Politik machen. Nur  
300 dort können wir unsere Positionen wieder mehrheitsfähig machen und dafür sorgen, dass  
301 sozialistische Politik populär wird. Daher wollen wir wieder überall aktiver Teil des  
302 antifaschistischen Aktivismus und einer breiten, linken Bewegung werden sowie an  
303 Orten vertreten sein, an denen Menschen unsere Position noch nicht teilen.

304 Immer öfter sehen wir uns damit konfrontiert, dass wir Jusos für die Politik der  
305 Mutterpartei verantwortlich gemacht werden. Die SPD wird durch ihre Rolle in  
306 Koalitionen mit konservativen Kräften nicht immer als natürliche Partnerin für linke  
307 zivilgesellschaftliche Akteur\*innen wahrgenommen. Für uns Jusos bedeutet das eine  
308 doppelte Aufgabe: Einerseits gilt es, die progressive Stimme innerhalb unserer Partei  
309 zu stärken und klar gegen Anpassungsdruck zu positionieren, andererseits müssen wir  
310 in der Bündnisarbeit aktiv Vertrauen aufbauen und Vorbehalte abbauen. Nur wenn wir  
311 glaubwürdig zeigen, dass wir nicht für einen verwässerten Minimalkonsens stehen,

sondern für eine klare, solidarische Haltung gegen Rechts, können wir als Teil linker Bündnisse ernsthaft akzeptiert und wirksam werden.

Ziel unserer Bündnisarbeit muss dabei immer sein, unseren Wirkungskreis und allgemein den Wirkungskreis linker und demokratischer Akteur\*innen zu erhöhen. Wir geben uns nicht mit moralischer Selbstvergewisserung zufrieden, dass wir auf Demos und damit auf der richtigen Seite der Geschichte standen. Unser Anspruch ist es nicht nur Recht zu haben, sondern auch andere zu überzeugen. Wir legen unseren Fokus darauf, nicht nur gegen Rechts zu sein sondern auch für Solidarität, für Gerechtigkeit und für eine Zukunft in die wir hoffnungsvoll blicken.

Gleichzeitig müssen wir innerhalb linker Bündnisarbeit immer wieder erleben, dass Antisemitismus in Teilen der demokratisch-linken Zivilgesellschaft zunimmt. Dies stellt eine ernsthafte Hürde dar: Antisemitismus untergräbt die Glaubwürdigkeit unserer gemeinsamen Arbeit, erschwert den Schulterschluss und schwächt den Widerstand gegen Rechts. Noch schwerwiegender: Er bedroht direkt das jüdische Leben in Deutschland und trägt dazu bei, dass rechte Kräfte aufwind erhalten. Deshalb treten wir Jusos dafür ein, dass jede Form von Bündnisarbeit immer auch mit einer klaren Haltung gegen Antisemitismus verbunden ist. Für uns gilt: Solidarität ist unteilbar. Nur wenn wir gemeinsam gegen Rechts und gegen Antisemitismus vorgehen, können wir glaubwürdig für eine offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft eintreten.

Ebenso sehen wir Jusos unsere Verantwortung darin, alle Formen von Rassismus entschieden zu benennen und zu bekämpfen. Dazu gehören explizit antimuslimischer Rassismus, anti-schwarzer Rassismus, anti-asiatischer Rassismus und Antiziganismus, die tief in den gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt sind und von rechten Kräften gezielt instrumentalisiert werden. Diese Ideologien führen zu Diskriminierung, Ausgrenzung und alltäglicher Gewalt, die das Leben von Millionen Menschen in Deutschland massiv beeinträchtigen. So sind die Fälle von antimuslimischem Rassismus um 60 % und Fälle von Antiziganismus um 36 % im Vergleich zu 2023 gestiegen. Für uns ist klar: Eine glaubwürdige Bündnisarbeit kann nur gelingen, wenn wir diese spezifischen Formen von Rassismus sichtbar machen, die Perspektiven der betroffenen Communities stärken und ihre Kämpfe solidarisch unterstützen. Deshalb gilt es für uns, aktiv Bündnisse mit Initiativen, Projekten und Organisationen einzugehen, die sich vor Ort und bundesweit gegen diese Formen von Rassismus einsetzen. Indem wir ihre Arbeit politisch und organisatorisch unterstützen, tragen wir dazu bei, dass ihre Stimmen mehr Gehör finden und rechte Ideologien in all ihren Facetten zurückgedrängt werden. Nur durch eine klare, intersektionale Haltung schaffen wir es, für eine Gesellschaft einzutreten, die Vielfalt schützt und gleiche Rechte für alle Menschen garantiert.

#### **Bekämpfung rechter Gewalt gegen Ehrenamtliche**

Ehrenamtlich Engagierte leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft – ob im Sportverein, in sozialen Initiativen, in der freiwilligen Feuerwehr oder in kommunalen Gremien. Gerade Menschen, die sich in der Politik auf kommunaler Ebene einbringen, sind in den letzten Jahren verstärkt Ziel von Bedrohungen, Beleidigungen und tätlichen Angriffen geworden. Diese Angriffe bedrohen das Fundament unserer Demokratie: das freiwillige Engagement und die Bereitschaft, Verantwortung vor Ort zu übernehmen. Der vom Bundesrat eingebrachte Gesetzentwurf „Strafrechtlicher Schutz gemeinnütziger Tätigkeit“ greift diese Problematik auf und sieht vor, § 46 Abs. 2

StGB um den Gesichtspunkt zu ergänzen, dass bei der Strafzumessung auch die Eignung der Tat, gemeinnütziges Engagement erheblich zu beeinträchtigen, berücksichtigt werden soll. Eine konkrete Umsetzung der Gesetzesinitiative steht noch aus. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass der Gesetzentwurf zügig umgesetzt wird, sodass auch ehrenamtliche Mandatsträger\*innen unter diesen besonderen Schutz fallen. Wer sich für das Gemeinwohl engagiert, verdient nicht Einschüchterung, sondern Solidarität und eine rechtliche Absicherung.

#### **Demokratie und Zivilgesellschaft fördern - Demokratiefördergesetz jetzt!**

Seit Jahren wird versucht, mit einem Demokratiefördergesetz endlich eine dauerhafte finanzielle Absicherung für wichtige demokratiefördernde Vereine und Organisationen zu schaffen. Immer wieder scheiterten Gesetzesinitiativen aus der überspitzten Kritik, dass ein Demokratiefördergesetz vermeintliche Linksextremist\*innen fördern würde. Insbesondere die Union bespielt dieses Argument, zuletzt mit einer umfassenden Kleinen Anfrage von 551 Fragen, welche die politische Neutralität von unter anderem den "Omas gegen Rechts" und "BUND" hinterfragte. Für uns ist der Einsatz für die Demokratie keine politische Meinung, sondern Pflicht. Statt mit Scheindebatten die Arbeit von wichtigen Vereinen und Organisationen zu diskreditieren, muss die Bundesregierung endlich liefern. Wir fordern ein echtes Demokratiefördergesetz!

#### **Erinnerungskultur neu denken**

In den vergangenen Jahren wurde die deutsche Erinnerungskultur vielfach kritisiert - zurecht. Insbesondere die deutsche Kolonialzeit und Rassismuserfahrungen von Migrant\*innen in beiden deutschen Gesellschaften der Nachkriegszeit - aber auch die sog. „Baseballschlägerjahre“ der Nachwendezeit - liegen bis heute im toten Winkel der Erinnerung. Fakt ist, wir brauchen eine inklusive, solidarische Kultur der Erinnerung und Verantwortung, welche von Museen, Erinnerungsorten, Hochschulen, Schulen und vielen anderen Akteur\*innen getragen wird und in der dekoloniales Denken eine zentrale Rolle spielt. Auch bisherige Gedenkstätten und Erinnerungsorte, sowie Lehrpläne müssen um rechtsterroristische Anschläge der letzten Jahre und Jahrzehnte erweitert werden, da diese Anschläge eine kontinuierliche Fortsetzung der NS-Ideologie darstellen. Hierbei ist es von Bedeutung, eng mit Aktivist\*innen und Überlebenden rechter Anschläge zusammenzuarbeiten. Des Weiteren müssen vielfältige Ansätze genutzt werden, um die Erinnerungen an die Opfer des NS-Terrors wachzuhalten. Es muss sichergestellt werden, dass Erinnerungsorte und Gedenkstätten durch genügend Fördermittel ausgestattet sind.

Gerade in den letzten Jahren ist es vermehrt zu Angriffen, insbesondere auf Gedenkstätten gekommen. Im April 2024 hat eine neue Jugendstudie einen enormen Rechtsruck unter jungen Menschen festgestellt. Die alte Annahme, dass junge Menschen automatisch links seien, gilt nicht mehr. Insbesondere in Schulen sehen wir deshalb einen wichtigen Ort der Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur und der Auseinandersetzung mit rechten Übergriffen. Aber auch Dokumentar-, Kino- und Fernsehfilme, Gedenkstätten und Mahnmale, sowie Begegnungen mit (Zweit-)Zeug\*innen und Überlebenden sind wichtig für die Aufarbeitung und Erinnerung. Gerade im Umgang mit jungen Menschen muss dabei eine angemessene pädagogische Begleitung gewährleistet werden.

Insbesondere die Perspektiven marginalisierter Gruppen wie Jüdinnen\*Juden, Rom\*nja,

Sinti\*zze und BIPOC müssen in unsere Erinnerungs- und Gedenkkultur einfließen. Lehrpläne müssen erweitert werden, um kritisch auf jene historischen Persönlichkeiten zu blicken, die Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus aktiv vorangetrieben oder ideologisch untermauert haben. Dazu zählt unter anderem Immanuel Kant. Ihre widersprüchliche Wirkung – einerseits prägend für politische und philosophische Traditionen, andererseits Mitgestalter und Profiteure rassistischer Strukturen – darf nicht länger verschwiegen werden. Eine zeitgemäße Erinnerungskultur verlangt, dass diese Ambivalenzen sichtbar gemacht werden, um jungen Menschen eine kritische Auseinandersetzung mit historischen Kontinuitäten von Rassismus und Kolonialismus zu ermöglichen.

#### **Wehrhafte digitale Demokratie - Antifaschismus im Netz**

Der Kampf gegen Rechtsradikalismus und Faschismus wird nicht nur auf der Straße und in den Parlamenten geführt, sondern ist längst ein zentrales Anliegen im digitalen Raum geworden. Die „gesichert rechtsextreme“ AfD, andere rechte und faschistische Initiativen, Medienportale sowie Einzelpersonen bzw. Influencer\*innen greifen durch organisierte Hetze demokratische Grundfeste an: Die gezielte Desinformationskampagne gegen Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf im Vorfeld der Wahl der Richter\*innen für das Bundesverfassungsgericht ist nur eines von unzähligen Beispielen. Auch menschenverachtende, KI-generierte Inhalte, wie z.B. Deepfakes und ähnliche Manipulationsversuche, sind mittlerweile auf den Profilen und For-You-Pages Sozialer Plattformen traurige Normalität. Trends wie die sogenannten „Trad-Wives“ und „Stay-at-home-Girlfriends“, die patriarchale Rollenbilder romantisieren und verfestigen, gewinnen an Reichweite. In Online-Foren tummeln sich Incels, die misogynie und teils bis zur Gewalt eskalierende Narrative teilen.

Die Verbreitung solch menschenfeindlicher Ideologien, Desinformation und Hassreden vergiften den gesellschaftlichen Diskurs und werden zunehmend zur Gefahr für Personen, die sich dem in den Sozialen Netzwerken entgegenstellen. Insbesondere FINTA und andere marginalisierte Gruppen sind davon betroffen.

Digitale Räume bieten viele Chancen für kritischen und demokratischen Austausch, sind essentiell für die Verbreitung und damit auch Zugänglichkeit von Informationen - doch sie müssen faschismussicher gestaltet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Big Tech mit seinen polarisierenden Geschäftsmodellen die Art der Meinungsbildung dominiert und die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei digitalpolitischen Entscheidungen außen vor bleibt.

Als Jusos kämpfen wir für eine resiliente digitale Demokratie. Dazu gehören klare Maßnahmen zur Regulierung und Prävention: Wir fordern schnellere Löschpflichten für rassistische Inhalte und rechte Hetze, inklusive der konsequenten Umsetzung des EU Digital Services Act, sowie Transparenzpflichten für Algorithmen, um zu verhindern, dass rechte Hetze dadurch verstärkt wird. Bei der Regulierung sozialer Netzwerke soll die Meinungsfreiheit stets gewahrt bleiben. Eingriffe müssen transparent, und überprüfbar erfolgen. Unabhängige Aufsichtsstrukturen müssen sicherstellen, dass Social-Media-Konzerne bei unzureichendem Vorgehen gegen menschenfeindliche und illegale Inhalte mit Sanktionen belegt werden. Gleichzeitig ist der Schutz der Betroffenen zentral: Digitale Hasskriminalität muss schnell und zielgerichtet verfolgt werden; Meldestellen für Betroffene von digitaler Diskriminierung sollen Unterstützung bieten und das Stellen von Anzeigen erleichtern. Dafür müssen diese



449 Meldestellen auch weiter gestärkt und gefördert werden. Außerdem fordern wir die  
450 finanzielle Stärkung der Landesmedienanstalten, welche bereits jetzt dafür arbeiten,  
451 Hass im Netz zu bekämpfen.

452 Digitale Medienkompetenz muss gefördert werden, damit generationenübergreifend  
453 Falschinformationen und rechte Narrative besser erkannt werden können. Des Weiteren  
454 fordern wir die Finanzierung von Kampagnen gegen z.B. Rassismus in sozialen  
455 Netzwerken, ähnlich wie Anti-Rauch-Kampagnen, durch Bund und Länder.

456 Es gilt außerdem, zivilgesellschaftliche Projekte zu fördern, die aktiv gegen rechte  
457 Hetze in sozialen Medien vorgehen und alternative, positive Narrative stärken, um  
458 eine demokratische und inklusive digitale Öffentlichkeit zu sichern.

459 Wir müssen linke Perspektiven mit größerem Nachdruck im digitalen Raum sichtbar  
460 machen. Dafür braucht es Inhalte, die auf die Funktionsweise von Plattformen und  
461 Algorithmen abgestimmt sind und Menschen auch außerhalb der eigenen Blase erreichen.  
462 Unsere Kommunikation soll dabei nicht auf rechte Narrative reagieren, sondern eigene  
463 Themen in den Mittelpunkt stellen – etwa soziale Ungerechtigkeit, Umverteilung und  
464 den Kampf gegen Ungleichheit. Wichtig ist, dass wir zugänglich und ansprechend  
465 kommunizieren, ohne in populistische Vereinfachungen zu verfallen.

466 **Grundrechte schützen und Hassrede verhindern**

467 Gesetzliche Instrumente wie der Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union  
468 müssen konsequent durchgesetzt werden. Dabei sind die nationalen Digital Services  
469 Coordinators (DSCs; in der Bundesrepublik bspw. die Bundesnetzagentur), welche  
470 überwachen, dass Online-Dienste die Vorgaben des DSA einhalten, mit den nötigen  
471 Ressourcen auszustatten. Der Diskurs um Trusted Flagger im Sinne des DSA, also  
472 Organisationen mit besonderer Sachkenntnis und Erfahrung bei der Identifizierung und  
473 Meldung von rechtswidrigen Inhalten, muss kritisch und im Sinne der Zivilgesellschaft  
474 geführt werden.

475 Der DSA führt eine lange Liste von möglichen Maßnahmen auf, um “systemische Risiken”  
476 wie negative Auswirkungen auf die Ausübung von Grundrechten und die Bedrohung für  
477 Wahlen einzudämmen.

478 Zum Beispiel eine entsprechende Anpassung des Designs, der Plattform-Features, der  
479 Benutzer\*innenoberfläche oder der Funktionsweise ihrer Dienste - dass diese  
480 identifiziert, gemindert und verhindert werden sollen, ist positiv. Allerdings klärt  
481 der DSA nicht darüber auf, wie Very Large Online Platforms and Very Large Online  
482 Search Engines ihre Risikobewertungen durchführen sollen und was in dieser Hinsicht  
483 rechtlich von ihnen verlangt wird. Dies muss konkretisiert und für Nutzer\*innen sowie  
484 die gesamte Öffentlichkeit nachvollziehbar gestaltet werden. Jene großen Plattformen  
485 werden durch den DSA zumeist erst ab einer Nutzer\*innenzahl von 45 Millionen im Monat  
486 reguliert. Wir fordern, auf europäischer Ebene zu prüfen, ob und wie kleinere  
487 Plattformen mit wachsender Bedeutung im öffentlichen Diskurs ebenfalls präventiv  
488 reguliert werden können.

489 Fact Checking ist wohl keine ausdrückliche Verpflichtung unter dem DSA, erst  
490 gerichtliche Auseinandersetzungen werden dies in der Zukunft zeigen: Wir empfinden  
491 die Anbringung entsprechender Warnhinweise an Falschinformationen jedoch als wichtig.  
492 Staatliche Instanzen dürfen unserer Überzeugung nach in diesem vor dem Hintergrund  
493 der Meinungsfreiheit sensiblen Bereich keinen starken Einfluss bekommen. Deshalb

494 sollen von Big Tech sowie Staat unabhängige und für die Tätigkeit ausgebildete  
495 Faktenchecker\*innen zum Einsatz kommen.

496 Darüber hinaus sprechen wir uns für ein generelles Verbot der Generierung und  
497 Weiterverbreitung KI-generierter Deepfakes echter Menschen ohne deren Einwilligung  
498 aus. Generell müssen KI-Inhalte als solche gekennzeichnet werden. Wir fordern die  
499 durchgängige und strenge Evaluierung von Systemen im Netz, die auf generativer KI  
500 beruhen und Grundrechte beeinträchtigen können. Um Betroffene dabei zu unterstützen,  
501 ihre Rechte auch vor Gericht durchsetzen zu können, fordern wir darüber hinaus die  
502 zügige Umsetzung der vorliegenden Gesetzesentwürfe zur Stärkung der privaten  
503 Rechtsverfolgung im Internet sowie der Umsetzung des Gesetzes zum strafrechtlichen  
504 Schutz von Persönlichkeitsrechten vor Deepfakes.

505 **Menschen befähigen und digitale Teilhabe ermöglichen**

506 Digitale Bildung muss Kinder, Jugendliche und Erwachsene fördern. Die nachhaltige  
507 Integration von "AI Literacy" und Medienkompetenz in die Bildungspolitik ist  
508 notwendig, um Bürger\*innen besser auf die Herausforderungen des digitalen Zeitalters  
509 - vor allem im Umgang mit Desinformationen und Hassrede - vorzubereiten. Hierzu  
510 gehören auch zielgruppenspezifische Programme am Arbeitsplatz und in der  
511 Erwachsenenbildung. Weiterhin sind Bildungspläne diesbezüglich zu evaluieren und  
512 stetig fortzuentwickeln. Die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung  
513 wollen wir einbeziehen und deren Ausfinanzierung sichern.

514 Wir möchten digitale Partizipation erleichtern bzw. ermöglichen und die Vielfalt  
515 sowie das (digitale) Ehrenamt fördern. Dies beinhaltet auch die Stärkung von  
516 Forschungs- und zivilgesellschaftlichen Projekten, Initiativen und Verbänden, die  
517 Vorbildliches in der digitalen Medienbildung sowie in der Bekämpfung von Hate Speech  
518 leisten.

519 **Alerta, alerta, antifascista!**

520 Als Jusos kämpfen wir weiter gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck, die  
521 Normalisierung rechter Narrative im Netz und auf der Straße und gegen die AfD als  
522 parlamentarischer Arm der Neuen Rechten. Gemeinsam mit unseren Bündnispartner\*innen  
523 stellen wir uns jedweder Form von Menschenfeindlichkeit entgegen und setzen uns  
524 gegenüber unserer Mutterpartei nicht nur für eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD,  
525 sondern auch für linke und progressive politische Gegenentwürfe ein. Nur eine linke  
526 SPD kann im Schulterschluss mit Bündnispartner\*innen den Kampf gegen Rechts wieder  
527 glaubhaft aufnehmen. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Mit diesem Antrag und mit  
528 unserem Kampf auf der Straße und im Netz. Alle zusammen gegen den Faschismus, denn  
529 Antifa bleibt für uns Handarbeit!

## Antrag K02: Es rettet uns kein höheres Wesen - das schöne Leben gemeinsam erkämpfen!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt (Gliederung), Jusos Mecklenburg-Vorpommern (Gliederung), Jusos Berlin (Gliederung), Jusos Brandenburg (Gliederung), Jusos Sachsen (Gliederung), Jusos Thüringen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

- 1 Unsere Demokratie steht schon jetzt Tag für Tag unter konkreter Bedrohung von Rechts.  
2 Rechtsextreme verschieben Grenzen des Sag- und Machbaren und die AfD arbeitet daran,  
3 diese Verschiebung an den Wahlurnen zu verfestigen. Immer mehr rechte Gewalt wird  
4 verübt, immer neue rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden werden aufgedeckt. 2025  
5 feierte die AfD ihren bislang größten Triumph: Sie wurde in allen ostdeutschen  
6 Flächenländern stärkste Kraft und gewann fast jeden Wahlkreis. Die AfD ist dabei,  
7 sich eine regionale Hegemonie aufzubauen, die jenseits von Wahlergebnissen eine  
8 zivilgesellschaftliche Dominanz und Diskurshegemonie beinhaltet. Aktuell visiert sie mit  
9 dem Umfragehoch in einigen Bundesländern die absolute Mehrheit an. Die Gefahr durch  
10 die AfD war noch nie so groß wie jetzt.
- 11 Für uns als antifaschistischer Jugendverband ist klar. Wir müssen uns diesen  
12 Entwicklungen entschieden entgegenstellen! Die vergangenen Wahlen auf kommunaler  
13 Ebene zeigen: Die Mehrheit im Osten wählt noch immer demokratisch. Wir müssen ihre  
14 Stimme sein, gerade jetzt.
- 15 Nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wird 2026 im Osten ein neuer  
16 politischer Härtefall anstehen. In Sachsen-Anhalt wird am 6. September gewählt.  
17 Mecklenburg-Vorpommern und Berlin folgen beide am 20. September.
- 18 Die Ausgangslage ist ernst. In Sachsen-Anhalt hat die AfD in den neuesten Umfragen  
19 die 40%-Marke bereits überschritten - ein beunruhigendes Signal für unser  
20 demokratisches System, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die CDU als  
21 zweitstärkste Partei immer weniger Hemmungen zeigt und zunehmend nach rechts rückt.  
22 Parallel dazu muss die SPD vor Ort darum kämpfen, die 5%-Hürde überhaupt zu  
23 überschreiten. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die politische Landschaft in  
24 diesem Bundesland massiv unter Druck steht und die Grundlagen unserer Demokratie  
25 spürbar herausgefordert werden.
- 26 Doch auch in Mecklenburg-Vorpommern steht die AfD bei neuesten Umfragen bei fast 40%.  
27 Hier ist die SPD die einzige demokratische Kraft, die verhindern kann, dass die AfD  
28 stärkste Kraft wird. Die vergangenen Landratswahlen haben gezeigt: Die Mehrheit der  
29 Menschen in MV wollen keine AfD an entscheidenden Stellen, sie wollen keine AfD an  
30 der Regierung. Diese große Mehrheit zu mobilisieren wird die zentrale Aufgabe der SPD  
31 und der Jusos 2026. Und in Berlin haben die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025  
32 gezeigt, dass gerade in den Ostbezirken die Auseinandersetzung um bezahlbares Wohnen,  
33 soziale Sicherheit, Migration und Teilhabe über demokratische Mehrheiten entscheidet.  
34 Berlinweit wurde die SPD nur noch fünftstärkste Kraft, während insbesondere in  
35 Ostberlin die AfD ihre Hochburgen verzeichnet, in einigen Wahlbezirken auf über 40%  
36 kommt und in Marzahn-Hellersdorf sogar direkt gewonnen hat. Grundsätzlich müssen wir

zur Kenntnis nehmen, dass es derzeit stellenweise in verschiedenen Teilen Deutschlands breite, überparteiliche und lagerübergreifende Mehrheiten braucht, um Kandidierende der AfD zu schlagen.

Anstatt wie die SPD rechten Narrativen hinterherzulaufen und rechte Politik, wie den sogenannten Asylkompromiss, durchzusetzen, müssen wir linke, solidarische Strategien gegen den Rechtsruck entwickeln. Es geht nicht darum, bloße Abwehrkämpfe gegen die AfD und andere Faschist\*innen zu führen, sondern darum, unsere Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Fokus zu rücken. Wir Jusos stellen uns der rechten Verschiebung geschlossen entgegen. Mit einem Angebot, das Zukunft vor Ort schafft: sichere Arbeit, starke Daseinsvorsorge, bezahlbares Wohnen, gute Mobilität und Respekt für alle, die hier leben. Dort entscheiden engagierte Bündnisse, ob demokratische Politik weiterhin handlungsfähig bleibt und ob Rechtsextreme draußen bleiben. Wir wollen das gute Leben erkämpfen - dafür braucht es uns!

Wir stützen die ostdeutschen Landesverbände konkret: durch Perspektiven für junge Menschen und Ausbildungsplätzen statt Abstiegsangst, durch verlässliche Kommunalfinanzen statt Kürzungsbündnissen mit Rechtsaußen, durch den Schutz der Zivilgesellschaft bis zur sprichwörtlichen letzten Bushaltestelle. Denn es gibt kein ruhiges Hinterland. 2026 ist die Chance, die demokratische Mehrheit zu erneuern - in Magdeburg, Schwerin und im Roten Rathaus.

#### **Unsere Kampagne gegen Rechts - unser Kampf um die Demokratie**

Die Kampagne "Es gibt kein ruhiges Hinterland" 2023 war ein Erfolg. Mit Unterstützung des Bundesverbandes und vieler Landesverbände konnte den Landesverbänden bei der Mobilisierung junger Menschen geholfen werden. Die Horrorszenarien vor diesen Wahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen sind nicht eingetroffen. Daran müssen wir anschließen und mit demselben Einsatz und den gleichen Mitteln die Kampagnen in Sachsen-Anhalt, MV und Berlin unterstützen.

#### **Kampagnenmaterial**

Dabei wollen wir ein klares Zeichen setzen: Wir werden den Kampf für die Demokratie nie aufgeben. Gerade und vor allem in den Regionen, die besonders mit echten Strukturen und einer nach rechts rückenden Gesellschaft zu kämpfen haben, wollen wir antifaschistische Bildungsarbeit leisten. Hierzu wird das Bundesbüro in Zusammenarbeit mit den wählenden Landesverbänden gezieltes Material entwickeln, das auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt ist.

Unser Wahlkampf steht unter dem Zeichen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verantwortung und einer solidarischen Zukunft. Wir setzen uns ein für eine gerechte Bildungspolitik, eine nachhaltige Mobilitätswende sowie die öffentliche Daseinsvorsorge.

Im Zentrum stehen bezahlbares Wohnen und der Kampf gegen Wohnraummangel. Für lebenswerte Kommunen wollen wir öffentliche Infrastruktur, Kultur, Jugendclubs und Vereine stärken sowie die Kommunen finanziell wieder handlungsfähig ausstatten. Gute Arbeit, faire Löhne und ein gerechtes Steuersystem gehören für uns ebenso dazu wie eine konsequente Umverteilung von Reichtum. Wir stehen an der Seite von Gewerkschaften und fordern Maßnahmen gegen soziale Spaltung.

Wir machen uns stark für mehr Mitbestimmung und Demokratie. Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand wegzieht, um ein gutes Leben zu finden.

82 **Vor Ort**

83 In den nächsten Monaten wird es darum gehen, besonders im Osten präsent zu sein. Wir  
84 werden, wie auch im Jahr 2024, mehr Bundesveranstaltungen in Sachsen-Anhalt,  
85 Mecklenburg-Vorpommern und Ostberlin stattfinden lassen. Außerdem werden wir ein  
86 Angebot für insbesondere junge Menschen schaffen, uns Jusos kennenzulernen und mit  
87 uns über Positionen und Ideen zu streiten. Wir setzen hier insbesondere auf Formen  
88 des Community Organizing. Der Kampf gegen Rechts geht uns alle an. Dafür braucht es  
89 Veranstaltungsformate, die genau diesen Anknüpfungspunkt bieten und ein Interesse an  
90 demokratischen Inhalten schaffen.

91 **Online**

92 Insbesondere die extreme Rechte ist unglaublich stark in den sozialen Medien und  
93 erreicht dort vor allem auch ein junges Publikum, dem müssen wir etwas  
94 entgegensetzen. Dafür braucht es unter anderem Möglichkeiten, einfach und effizient  
95 Content zu produzieren. Hier kann der Bundesverband unterstützen, sodass jeder  
96 Kreisverband in die Lage versetzt wird, Content zu produzieren und Menschen mit  
97 diesem zu erreichen. Eingebettet werden soll das in eine gemeinsame  
98 Kommunikationstrategie, sodass der rote Faden erkennbar bleibt und Erfolge  
99 gegenseitig genutzt werden können. Hierfür setzen wir auf eine bundesweite gemeinsame  
100 Kampagnenarbeit, denn die Verteidigung der Demokratie betrifft uns alle.

101 **Sicherheit im Wahlkampf**

102 Sichtbar für die SPD und die Jusos, ob im Wahlkampf oder darüber hinaus, zu sein,  
103 bedeutet auch immer ein erhöhtes Gefährdungspotenzial. Dabei handelt es sich nicht  
104 nur um ein Gefühl, sondern wird durch Angriffe auf demokratische Wahlkämpfer\*innen  
105 oder (Kommunal-)Politiker\*innen auch immer wieder konkret. Besonders betroffen sind  
106 davon marginalisierte Gruppen. Wir wollen für diese Situation nicht nur  
107 sensibilisieren, sondern auch gemeinsam in Wahlkampfschulungen für alle, die vor Ort  
108 unterstützen, auf Gefährdungspotenziale und vor allem Maßnahmen dagegen eingehen. Hier  
109 wollen wir insbesondere auf die Erfahrungen von Genoss\*innen aus den vergangenen  
110 Kampagnen zurückgreifen.

111 **Gelebte Solidarität**

112 Da die Landesverbände und Verbandsteile in Ostdeutschland aufgrund historischer und  
113 demografischer Faktoren strukturell schwächer, insbesondere im Anteil an der  
114 Bevölkerung, aber dennoch in großen Flächen präsent sein müssen, ist die Solidarität  
115 des gesamten Bundesverbandes gefragt. Alle Mitglieder sollten daher motiviert und  
116 ermutigt werden, um die Jusos vor Ort zu unterstützen. Dafür wird der Juso  
117 Bundesverband beim Matching zwischen Unterstützer\*innen und Gliederungen supporten um  
118 bei der Organisation zu helfen und etwa Bettenbörsen zu vereinfachen. Außerdem  
119 braucht es Unterstützung des Bundesverbands, um die Mobilität und Unterbringung  
120 innerhalb des Bundeslands zu gewährleisten.

121 Um all dies zu finanzieren, ist jeder Euro wichtig. Daher möchten wir Möglichkeiten  
122 bieten, um auch finanziell Solidarität zu zeigen. Neben der Nutzung eigener Mittel  
123 des Bundesverbandes im Umfang der Bundeskampa 2023 in Sachsen, Thüringen und  
124 Brandenburg, werden wir beispielsweise einen Soli-Spendenauf Ruf an unsere  
125 Mandatsträger:innen auf EU-, Bundes- und Landesebene richten sowie weitere  
126 Fundraising-Aktionen planen.

127 Bei allen Planungen werden die betreffenden Landesverbände mit einbezogen.

## Antrag M03: Kein Zurücklassen: Aufnahme afghanischer Frauen, queerer und kranker Menschen sichern

Antragsteller*in:	Jusos Bremen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 hat sich die humanitäre Lage im  
2 gesamten Land verschärft und viele Menschen sind von Hunger bedroht. Insbesondere für  
3 Frauen, queere Menschen, Kinder und Minderheiten ist die Situation unerträglich  
4 geworden. Ihre Rechte wurden mit beispielloser Konsequenz beschnitten: Erwerbsarbeit  
5 ist fast vollständig verboten, Bildung bleibt Mädchen und Frauen über die Grundschule  
6 hinaus verwehrt, öffentliche Räume wie Parks sind ihnen untersagt, und schon das  
7 Verlassen des Hauses ist von Strafen bedroht. Aktivistinnen, die dagegen aufbegehren,  
8 werden verhaftet, verschleppt oder ermordet.

9 Die ehemalige afghanische Ministerin Seema Ghani beschreibt die Situation so: „Frauen  
10 und Mädchen in Afghanistan leben tagtäglich in Angst. Schon das Verlassen des Hauses  
11 ist für sie eine Tortur.“ Der Europäische Gerichtshof stellte bereits am 4. Oktober  
12 2021 klar, dass bei afghanischen Frauen keine individuelle Prüfung der Fluchtgründe  
13 mehr notwendig ist, da die allgemeine Lage eine geschlechtsspezifische Verfolgung  
14 darstellt.

### 15 **Kinder und Jugendliche**

16 In Afghanistan beschreibt das Sprichwort „Frauen werden zur Geburt von Kindern  
17 gehalten, und Jungen zum Vergnügen“ die brutale Realität patriarchaler Strukturen.  
18 Ein Beispiel dafür ist das sogenannte Bacha Bazi - eine Praxis, bei der Jungen  
19 sexuell von älteren Männern ausgebeutet und zum Tanzen und für sexuelle Handlungen  
20 gezwungen werden. Sie zeigt, dass patriarchale Gewalt nicht nur Frauen trifft,  
21 sondern auch Jungen und junge Männer. Diese Formen der Gewalt entstehen aus denselben  
22 Machtverhältnissen, die Frauen entrechten, Kinder missbrauchen und ganze Generationen  
23 traumatisieren.

24

### 25 **Deutschlands Verantwortung**

26 Deutschland trägt für Afghanistan eine besondere Verantwortung. Als Gastgeber der  
27 Petersberg-Konferenz 2001 und durch zwei Jahrzehnte intensives Engagement im Aufbau  
28 von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Frauenrechten hat die Bundesrepublik  
29 Hoffnungen geweckt, die nun von den Taliban zunichte gemacht werden. Deutschland hat  
30 sich ferner dem Völkerrecht und der Frauenrechtskonvention verpflichtet. Es liegt  
31 daher in unserer Pflicht, bedrohten Frauen, Akademikerinnen, Studierenden, queeren  
32 und kranken Menschen Schutz zu gewähren. Statt entschlossen zu handeln, blockieren  
33 führende Unionspolitiker wie Alexander Dobrindt (CSU) Hilfen für afghanische Frauen.  
34 Er warnte davor, „neue Wege für massenhafte Einwanderung“ zu eröffnen. Diese Rhetorik  
35 verkennt die Realität: Es geht nicht um sogenannte Massenmigration, sondern um  
36 gezielte, humanitäre Schutzmaßnahmen für akut bedrohte Menschen. Dobrindts Haltung  
37 ist nicht nur zynisch, sondern widerspricht auch den humanitären Verpflichtungen  
38 Deutschlands und unseren Grundwerten von Freiheit und Gleichberechtigung.

Die Verantwortung Deutschlands sowie der internationalen Staatengemeinschaft muss sich auch gezielt für eine Beendigung des Taliban-Regimes und einen langfristigen Frieden sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit widmen. Dies geht nur unter Einbeziehung und Zusammenarbeit mit Akteuren die vor Ort für einen demokratischen Rechtsstaat eintreten.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten gezielt Gespräche und Absprachen mit Vertretern aus Kabul geführt, um Abschiebungen nach Afghanistan zu erleichtern und perspektivisch in größerem Umfang aufzunehmen. Innenminister Dobrindt hat dies offen als Ziel benannt. Gleichzeitig haben die Taliban inzwischen faktisch die Kontrolle über sämtliche afghanischen Auslandsvertretungen in Deutschland übernommen. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder gar eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Taliban wäre ein moralischer und politischer Rückschritt. Solange das Taliban-Regime Frauen, queere und kranke Menschen systematisch entrechtet und verfolgt, darf es keinerlei Annäherung geben. Stattdessen muss der Fokus darauf liegen, diejenigen zu schützen und aufzunehmen, die unter diesem Terrorregime am stärksten leiden. Das bestehende Bundesaufnahmeprogramm erfüllt seine Zusagen bislang nur unzureichend: Viele Schutzsuchende warten seit Monaten in Pakistan vergeblich auf eine Entscheidung und müssen sich nun erneut langwierigen Überprüfungen unterziehen.

**Wir Jutos fordern deswegen die Anpassung und bessere Koordinierung der Aufnahmeverfahren für Menschen aus Afghanistan - unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, aber auch queeren und kranken Menschen.**

1. Stopp diplomatischer Beziehungen zum Taliban und keine Anerkennung des Taliban Regimes als Regierung. Ausweitung der deutschen Auslandsvertretungen, aus denen Visa Anträge gestellt werden können, u.a. Türkei und Vereinigte Arabische Emirate.
2. Wiederaufnahme, Ausweitung und Beschleunigung des Bundesaufnahmeprogramms und die Genehmigung von Aufnahmeprogrammen auf Ebene der Bundesländer. Es bedarf mehr Transparenz bei der Umsetzung dieser Aufnahmeprogramme. Aufnahmezusagen, die bereits erteilt wurden, müssen eingehalten werden. Die erneute Überprüfung stellt die Betroffenen unter einen Pauschalverdacht, obwohl sie bereits eine Aufnahmezusage erhalten haben. Daneben muss Deutschland Pakistan signalisieren, dass die sich in Pakistan aufhaltenden Personen aus dem Aufnahmeprogramm zeitnah nach Deutschland einreisen können und eine Abschiebung nach Afghanistan nicht erfolgen darf.
3. Gezielte Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsplätze in Verbindung mit einer systematische Sprachförderung für das Einstiegsniveau A2, sowie weitere (Grund)Bildungs- und Alphabetisierungsprogramme, die langfristig Selbstbestimmung und Teilhabe sichern. Zudem muss das Anerkennungsverfahren von Abschlüssen beschleunigt und ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden.
4. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die lokalen Ortskräfte, welche in Afghanistan die Bundeswehr unterstützt haben, unverzüglich aufzunehmen und sichere Fluchtrouten zu schaffen. Diese Menschen wurden nach dem Rückzug der Bundeswehr durch die deutsche Regierung im Stich gelassen. Versuche des Innenministers Aufnahme Versprechen gegen eine einmalige Geldzahlung



84 einzutauschen lehnen wir strikt ab.

- 85 5. Enge Zusammenarbeit mit deutsch-afghanischen Verbänden und  
86 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die über langjährige Erfahrung und  
87 umfassende Expertise in der Unterstützung afghanischer Gemeinschaften verfügen.  
88 Diese Kooperation soll genutzt werden, um Aufnahme-, Integrations- und  
89 Bildungsmaßnahmen bedarfsgerecht zu gestalten und ihre Wirksamkeit nachhaltig zu  
90 erhöhen.

### 91 **1. Sicherung von Zugang zu diskriminierungsfreier Bildung**

92 Der frühzeitige Zugang zu Kitas und Schulen für Kinder muss in Deutschland  
93 sichergestellt sein. Dafür müssen Barrieren abgebaut und pädagogische Fachkräfte  
94 sensibilisiert werden, um den Kindern faire Chancen auf eine gleichberechtigte  
95 Zukunft zu eröffnen. Afghanische Akademiker\*innen und Student\*innen wurden durch das  
96 Taliban-Regime brutal aus ihrem Bildungsweg gedrängt. Sie dürfen nicht um ihre  
97 Zukunft betrogen werden. Ihnen muss ermöglicht werden, ihr Studium fortzuführen und  
98 abzuschließen bzw. ihre berufliche Laufbahn fortzusetzen. Die an einigen Hochschulen  
99 bereits bestehenden Förder- und Stipendienprogramme müssen ausgeweitet und um  
100 gezielte Mentoringprogramme ergänzt werden. Unbürokratischer Zugang zu Visa, eine  
101 umfassende Sprach- und Studienvorbereitung sowie eine finanzielle Absicherung des  
102 Studiums müssen sichergestellt werden.

### 103 **2. Hilfe für Queere Menschen**

104 Queere Menschen sind in Afghanistan einer systematischen Verfolgung bis hin zur  
105 Todesstrafe ausgesetzt. Viele leben versteckt und in permanenter Angst. Ihnen muss  
106 eine sichere und schnelle Ausreise ermöglicht, sowie die Einreise und eine  
107 Bleibeperspektive in Deutschland garantiert werden. Bisherige Wege über  
108 Aufnahmeprogramme oder Visaanträge in Nachbarstaaten bergen für Queere Menschen  
109 besondere Gefahren, da nach einem Outing keine Garantie auf Ausreise, auch aus einem  
110 Nachbarstaat, und Einreise in Deutschland besteht, sollte eine Ausreise erfolgen, ist  
111 mit monatelangen Wartezeiten zu rechnen.

### 112 **3. Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung sichern**

113 Viele Geflüchtete aus dem Taliban-Regime leiden unter Angstzuständen, Traumata oder  
114 körperlichen Erkrankungen. Deshalb braucht es in Deutschland einen kostenlosen,  
115 niedrigschwelligen und diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer und  
116 psychologischer Versorgung.

117 Wegen dem Zusammenbruchs des Gesundheitssystems sind gerade FINTA\* und vulnerable  
118 Gruppen mit akuten oder chronischen Erkrankungen Afghanistan besonderen  
119 gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Für sie braucht es einen schnellen Zugang zur  
120 medizinischen Versorgung in Deutschland – nach Vorbild der UNHCR-Resettlement-  
121 Programme. Neben der Akutversorgung müssen psychologische Hilfen bereitgestellt  
122 werden, um Traumata aufzuarbeiten und ihnen eine echte Perspektive zu eröffnen.

### 123 **4. Schutz gefährdeter Menschen insbesondere von FINTA\*, Kindern und queeren Menschen**

124 Es dürfen keine Abschiebungen nach Afghanistan stattfinden oder in Drittstaaten  
125 erfolgen. Wir lehnen Abschiebungen zu jedem Zeitpunkt ab und fordern die  
126 Bundesregierung dazu auf, keine Menschen nach Afghanistan abzuschicken – kein Mensch

127 ist illegal!

128 **5. Kranke Menschen**

129 Frauen und vulnerable Gruppen mit akuten oder chronischen Erkrankungen haben in  
130 Afghanistan kaum Überlebenschancen, da das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist.  
131 Für sie braucht es einen schnellen Zugang zur medizinischen Versorgung in Deutschland  
132 – nach Vorbild der UNHCR-Resettlement-Programme. Neben der Akutversorgung müssen  
133 psychologische Hilfen bereitgestellt werden, um Traumata aufzuarbeiten und ihnen eine  
134 echte Perspektive zu eröffnen.

## Antrag M01: Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich! Für ein freies, gerechtes Syrien!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Titel Änderung: Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich! Für ein freies, gerechtes  
2 Syrien!

3 Der 8. Dezember 2024 markiert einen historischen Wendepunkt: Das autoritäre  
4 Assad-Regime wurde gestürzt – ein Ereignis, das für Millionen Syrer\*innen  
5 weltweit ein Symbol der Hoffnung und des Aufbruchs ist. In zahlreichen deutschen  
6 Städten wehten die grün-weiß-schwarzen Fahnen mit den drei roten Sternen – ein  
7 Zeichen für die syrische Revolution und eines neuen, freien Syriens. Nach Jahren  
8 systematischer Gewalt, Bombardierungen, Folter und Unterdrückung feierte das  
9 syrische Volk seinen ersten Tag ohne Diktatur.

10 Doch während die syrische Diaspora diesen Moment der Befreiung feierte, erklärte  
11 die deutsche Politik Syrien bereits am nächsten Tag pauschal für sicher. Erste  
12 Stimmen forderten Rückführungen, und bereits in den Sondierungsgesprächen  
13 zwischen SPD und CDU wurde die Absicht deutlich, Abschiebungen nach Syrien  
14 künftig wieder zu ermöglichen. Unmittelbar wurden diplomatische Beziehungen  
15 aufgenommen und Sanktionen fallen gelassen, trotz der Bekanntheit über den  
16 islamistisch-terroristischen Hintergrund des jetzigen Machthabers Ahmed Al-Sharaa,  
17 auch mit seinem aus der Al Qaida stammenden Kampfnamen „Al-Jolani“ bekannt.  
18 Wir sagen deutlich: Wir lehnen Abschiebungen generell und immer ab – so auch nach  
19 Syrien. Eine solche Politik ist ein folgenschwerer Irrweg. Denn die  
20 Lage in Syrien ist nach wie vor instabil und gefährlich.

21 1. Der Umgang mit Minderheiten und Frauen ist ungeklärt.

22 Syrien ist ein Land der Vielfalt – ethnisch, religiös, kulturell. Doch seit dem 8.  
23 Dezember 2024 kam es zu zahlreichen Angriffen auf Minderheiten wie Kurd\*innen,  
24 Christ\*innen, Drus\*innen oder Alawit\*innen. Das Massaker vom 8. März 2025, bei dem  
25 mehr als 1.000 Zivilpersonen brutal ermordet wurden sowie die Juli-Ereignisse von As-  
26 Suwayda, bei denen Hunderte Drus\*innen ermordet, und entführt wurden, stellen einen  
27 tragischen Höhepunkt dar.

28 Die gezielten Angriffe auf drusische Städte und Dörfer im Gouvernement as-Suwayda  
29 sind Ausdruck einer systematischen Politik der Einschüchterung, Vertreibung und  
30 Vernichtung religiöser Minderheiten. Häuser wurden geplündert und verbrannt,  
31 Zivilistinnen gefoltert, verschleppt oder vor den Augen ihrer Familien ermordet. Die  
32 Täter agieren im Umfeld al-Scharaas und seiner Verbündeten, oftmals unter dem  
33 Deckmantel religiöser Parolen. Die Drusinnen verteidigen sich seit Jahren mit zivilen  
34 Protesten und lokalen Schutzstrukturen gegen Regime, Dschihadisten und kriminelle  
35 Milizen – und zahlen dafür einen hohen Preis. Wer heute von Stabilität in Syrien  
36 spricht, ohne diese Massaker zu benennen, verharmlost die reale Gefahr für  
37 Minderheiten.

38 Während sich die syrische Übergangsregierung öffentlich von diesen Massakern

distanzierte, stammen die mutmaßlichen Täter aus regierungsnahen Milizen wie der HTS und der SNA. Bei der Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) handelt es sich um eine religiös extremistische Gruppierung, die aus der al-Nusra-Front und damit direkt aus dem Al-Qaida-Netzwerk hervorgegangen ist. Al-Scharaa war jahrelang führender Kopf der HTS – als ehemaliger Kommandeur mitverantwortlich für Repression, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in den von der Organisation kontrollierten Gebieten. Unter anderem war er selbst Al-Qaida-Mitglied. Bei der SNA (Syrische Nationale Armee) handelt es sich um eine antikurdische, von der Türkei unterstützte Miliz. Der Interimspräsident al-Scharaa führte die HTS am 8. Dezember 2024 beim Sturz der Assad-Regierung an. Sein heutiges Auftreten ist nichts weiter als eine inszenierte Neuverpackung eines Ex-Terroristen. Deshalb ist auch die demokratische Ausrichtung der Übergangsregierung höchst zweifelhaft. Die Sicherheit und Gleichberechtigung von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten sowie Frauen in Syrien ist damit nicht gewährleistet.

Abschiebungen dürfen unter keinen Umständen in Betracht gezogen werden.

## 2. Die fragile außenpolitische Situation Syriens

Die internationale Sicherheitslage in Syrien bleibt komplex. Schon unter dem Assad-Regimes war Syrien Gegenstand umfangreicher ausländischer Einflussnahme und Spielball politischer Interessen der Region. Als einer der wichtigsten Verbündeten Irans, der über Jahre Assad und das syrische Regime gestützt und stabilisiert hat, war Syrien Teil des Nahost-Konflikts und der Unterstützung von Hamas und Hisbollah. Und auch der dauerhaft fragile Waffenstillstand auf den Golanhöhen und die Militäraktionen Israels im Süden des Landes waren prägend für die Sicherheitslage vor Ort. Auch nach dem Machtwechsel in Damaskus bleibt es weiterhin ungewiss. Der iranische Kampf um den Erhalt des Einflusses, die stärkere Einmischung der Türkei, der USA und Russlands und die Aufkündigung des Waffenstillstandes durch

Israel und darauf folgende Militäraktionen sowie die Forderung nach der Demilitarisierung des Südens schafft eine schwer vorherzusagende Dynamik und könnten das Land außen- und innenpolitisch weiter destabilisieren. Diese Entwicklung muss genau beobachtet werden. Das Risiko eskalierender und neuer Konflikte bleiben groß.

Auch Deutschland muss sich seiner Rolle bewusst werden. Die Stabilisierung der Lebensverhältnisse in Syrien ist dringend nötig - doch sie darf nicht über Deals mit einem Übergangsregime erkaufte werden, das auf einem religiös-extremistischen Gewaltapparat basiert. Jede Form von Kooperation muss sich an Menschenrechten, Minderheitenschutz und der Stärkung demokratischer Kräfte orientieren. Für uns bleibt der Interimspräsident Ahmed al-Scharaa eine Bedrohung für ein freies und demokratisches Syrien. Daraus folgen klare Konsequenzen für die deutsche Außen-, Asyl- und Menschenrechtspolitik.

## 3. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist dramatisch.

Syrien steht heute vor den Trümmern von fünf Jahrzehnten autoritärer Herrschaft und mehr als einem Jahrzehnt verheerender Bürgerkriege. Das Bildungssystem ist weitgehend zusammengebrochen, für viele Kinder ist der reguläre Schulunterricht

bis heute keine Realität. Hunderttausende Menschen gelten nach wie vor als verschwunden – insbesondere aus Gefängnissen wie Saydnaya, deren Gräueltaten international dokumentiert sind. Die betroffenen Familien leben in ständiger Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Mehr als 90 Prozent der syrischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Es fehlt an grundlegender Infrastruktur, medizinischer Versorgung, sicheren Unterkünften und öffentlichen Dienstleistungen.

Eine Rückkehr nach Syrien ist weder unter humanitären noch unter politischen oder rechtlichen Gesichtspunkten zumutbar oder verantwortbar. Es ist nicht nur fahrlässig, sondern menschenverachtend, gezwungenermaßen zurückkehren zu müssen.

Die Wahlen am 05. Oktober 2025 in Syrien waren keineswegs freie und faire demokratische Wahlen. Die breite Bevölkerung war von der Abstimmung faktisch ausgeschlossen; lediglich etwa 6.000 vom Regime ernannte Wahlleute entschieden über die Zusammensetzung des Parlaments. Regionen mit besonders hoher Konzentration von Minderheiten, etwa as-Suwayda, Raqqa oder al-Hasakah, konnten nicht einmal mitwählen. Übergangspräsident al-Scharaa hatte erheblichen Einfluss auf den Ausgang der Wahl: 70 der insgesamt 210 Parlamentssitze konnte er persönlich vergeben, während nur zwei Drittel durch die Wahlgremien bestimmt wurden. Minderheiten sind dementsprechend kaum im Parlament vertreten. Darüber hinaus verfügt das Parlament über kaum nennenswerte Befugnisse, da es Entscheidungen des Präsidenten nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit aufheben kann. Die Wahlen sind daher weniger ein Zeichen der Demokratie, sondern dienen vor allem der Kontrolle und Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse.

#### 4. Die syrische Diaspora gehört zu Deutschland!

Hunderttausende Syrer\*innen haben in Deutschland nicht nur Schutz gefunden – sie haben sich hier ein neues Leben aufgebaut. Sie haben unsere Sprache gelernt, Freundschaften geschlossen, Schul- und Berufsabschlüsse erworben, Familien gegründet, studiert, gearbeitet und unsere Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Viele Syrer\*innen, insbesondere Angehörige von Minderheiten, haben sich durch ihre Einbürgerung und ihr gesellschaftliches Engagement klar gegen autoritäre Herrschaft und religiösen Extremismus positioniert. Ihre Flucht war zugleich eine klare Absage an das Assad-Regime – eine Entscheidung, die sie in Syrien mit dem Leben hätten bezahlen müssen.

Eine Abschiebung wäre nicht nur ein Bruch dieses Lebensweges - es wäre ein doppelter Verrat. Ein Verrat an Menschen, die bereits alles verloren haben und sich dennoch für ein friedliches, demokratisches Leben entschieden haben.

Gleichzeitig sind syrische Minderheiten auch in Deutschland nicht vollständig sicher. Drus\*innen, Kurd\*innen, Christ\*innen, Alawit\*innen, Jezid\*innen und queer lebende Menschen berichten von Bedrohungen, Hetzkampagnen und Einschüchterungsversuchen durch Anhänger des Assad-Regimes, durch al-Scharaa-nahe Strukturen und andere extremistische Netzwerke. Angriffe auf Demonstrationen, Online-Hass, Drohungen an Familien in Syrien und direkte Einschüchterungen in Wohnvierteln, Gebetshäusern oder am Arbeitsplatz sind Angriffe auf unsere demokratische Öffentlichkeit. Der Schutz dieser Menschen ist Aufgabe des Rechtsstaats.

Die syrischen Menschen verdienen nicht nur Sicherheit – sie verdienen eine

129 Perspektive und unsere Unterstützung.

130 Unsere Forderung:

- 131 • Wir fordern einen sofortigen Stopp von Abschiebungen - so auch nach Syrien. Die  
132 sicherheitspolitische, humanitäre und infrastrukturelle Lage in Syrien lässt  
133 Abschiebungen ohnehin nicht zu. Das Land ist weder sicher noch institutionell in  
134 der Lage, Rückkehrer\*innen aufzunehmen und zu schützen. Abschiebungen sind  
135 rechtlich und moralisch unverantwortlich.
- 136 • Angehörige syrischer Minderheiten, insbesondere Drus\*innen, Kurd\*innen,  
137 Christ\*innen, Jezid\*innen, Alawit\*innen sowie FINTA\*-Personen, sind in Syrien  
138 einer erhöhten Gefahr von Gewalt, Vertreibung und Verfolgung ausgesetzt. Wir  
139 fordern, dass das BAMF diese Gruppen als besonders schutzbedürftig anerkennt.  
140 Minderheitenzugehörigkeit muss als starker Hinweis auf einen Asylgrund gewertet  
141 werden. Widerrufsverfahren und Rückkehrprüfungen für diese Gruppen sind  
142 auszusetzen. Sie brauchen verlässliche, langfristige Bleibeperspektiven statt  
143 politisch motivierter Abschiebe-Debatten.
- 144 • Bund und Länder müssen Minderheitenangehörige aus Syrien in Deutschland wirksam  
145 vor Bedrohungen, Angriffen und Einschüchterung schützen, egal ob diese von  
146 Regimeanhänger\*innen, al-Scharaa-nahen Strukturen oder anderen extremistischen  
147 Netzwerken ausgehen. Wir fordern u.a. eine konsequente Verfolgung von  
148 Hasskriminalität, besseren Schutz für Versammlungen und Gebetshäuser,  
149 Ansprechstellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften sowie Programme politischer  
150 Bildung gegen antidrusischen, antikurdischen, antichristlichen und anderen  
151 rassistischen Hass.
- 152 • Weder direkt noch indirekt darf die Bundesregierung einem autoritären Ex-  
153 Terroristen politische Legitimität verschaffen. Diplomatische Kontakte dürfen  
154 nicht zur Normalisierung des Regimes führen. Kooperationen müssen klar begrenzt  
155 und an menschenrechtliche Bedingungen geknüpft sein und insbesondere dem Schutz  
156 von Minderheiten, der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Vorbereitung  
157 tatsächlich demokratischer Wahlen dienen.
- 158 • Die deutsche Syrien-Politik muss sich an Menschenrechten und am Schutz vor  
159 Verfolgung orientieren, nicht an der Illusion, über Deals mit autoritären  
160 Regimen Menschen auf der Flucht stoppen zu können.
- 161 • Deutschland muss sich konsequent für jene einsetzen, die unter al-Scharaa  
162 besonders gefährdet sind: Alawit\*innen, Kurd\*innen, FINTA\*-Personen, Drus\*innen  
163 und andere marginalisierte Gruppen brauchen international hörbare Solidarität,  
164 Aufnahmeprogramme, Resettlement und Schutz, nicht neue Bedrohung durch  
165 Abschiebung oder politische Instrumentalisierung.
- 166 • Wir fordern finanzielle und logistische Unterstützung für den Wiederaufbau  
167 Syriens in den Bereichen Krankenhäuser, Wasser- und Energieversorgung sowie  
168 soziale Wohnprojekte. Diese Unterstützung muss sich gezielt an Kommunen,  
169 zivilgesellschaftliche Organisationen und UN-Strukturen richten und darf  
170 autoritäre oder diskriminierende Strukturen der Übergangsregierung nicht  
171 stabilisieren.
- 172 • Wir setzen uns für ein entwicklungspolitisches Sonderprogramm ein, das gezielt  
173 Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Förderung von Bildung und Aufbau von

Arbeitsplätzen umfasst, mit klarem Fokus auf Menschenrechte, Gleichberechtigung und Minderheitenschutz.

- Wir fordern Programme, die es syrischen Geflüchteten ermöglichen, vor einer möglichen freiwilligen Rückkehr eine zeitlich befristete Erkundungsreise nach Syrien anzutreten, etwa um den Zustand ihrer Häuser oder Familienangelegenheiten zu klären, ohne dass sich dies negativ auf ihren Aufenthaltsstatus oder Sozialleistungsanspruch in Deutschland auswirkt. Solche Programme müssen rechtssicher, freiwillig und rückkehrtoffen gestaltet werden. Rückkehrer\*innen müssen das Recht behalten, nach Deutschland zurückzukehren, wenn eine dauerhafte Rückkehr sich als nicht möglich oder unzumutbar herausstellt.
- Wir fordern den Einlass unabhängiger internationaler Journalist\*innen nach Syrien, um Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechte, insbesondere gegen Minderheiten, zu dokumentieren.
- Wir fordern, die nationale, europäische und internationale Wiederaufnahme beziehungsweise Ausweitung von Sanktionen gegen die syrische Übergangsregierung zeitnah zu prüfen, solange al-Scharaa und mit ihm verbundene extremistische Strukturen an der Macht sind.
- Wir fordern Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs zur Involvierung der syrischen Übergangsregierung und ihr nahestehender Milizen in Massaker, Vertreibungen, Folter und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere an Minderheiten wie den Drus\*innen in as-Suwayda. Die Bundesregierung soll diese Ermittlungen politisch und materiell unterstützen.
- Wir fordern, dass die Bundesregierung klar anerkennt: Die Zugehörigkeit zu einer syrischen Minderheit ist ein eigenständiger Flucht- und damit Asylgrund. Dies muss sich in der Praxis der Asylbehörden, der Verwaltungsgerichte und in allen politischen Stellungnahmen widerspiegeln.

## Antrag M02: Das Recht auf Leben – klimabedingte Migration solidarisch gestalten

Antragsteller*in:	Jusos Mecklenburg-Vorpommern (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Die katastrophalen Folgen der Klimakrise führen bereits jetzt zu massiven  
2 Fluchtbewegungen, besonders im sogenannten Globalen Süden, nicht nur durch den  
3 Wegfall von Lebensraum, sondern auch durch die lebensbedrohliche, klimabedingte  
4 Nahrungsmittelknappheit und Wasserarmut.  
5 Dabei kann zwischen zwei Arten von Migration unterschieden werden: der  
6 intraregionalen (Binnenmigration) innerhalb eines Landes und der interregionalen  
7 (grenzüberschreitenden) Migration zwischen verschiedenen Ländern. Schon im Jahr 2022  
8 wurden weltweit rund 30 Millionen Menschen aufgrund von Wetterereignissen als  
9 Binnenvertriebene angesehen, während es bei den Zahlen zur grenzüberschreitenden  
10 Migration überhaupt noch erhebliche Datenlücken gibt.

11 Klimabedingte Migration geht mit einer Vielzahl von Problemen einher. Eine Studie aus  
12 dem Jahr 2020 zeigt, dass das Risiko für bewaffnete Konflikte nach einer  
13 Naturkatastrophe steigt, insbesondere in bevölkerungsreichen und ärmeren Ländern und  
14 in Verbindung mit der Ausgrenzung ethnischer Gruppen. Außerdem sind Klimageflüchtete  
15 oft auf unregulierte Migrationswege angewiesen, auf denen sie  
16 Menschenrechtsverletzungen, Gewalt, Ausbeutung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

17 Fest steht: Menschen verlieren schon heute ihr Zuhause durch Überschwemmungen,  
18 Dürren, den Anstieg des Meeresspiegels und andere klimabedingte Extremereignisse.  
19 Diese Verluste sind nicht abstrakt. Sie bedeuten: Vertreibung, Armut, Rechtlosigkeit  
20 und in vielen Fällen auch den Tod. Laut Weltbank könnte dies bis 2050 über 216  
21 Millionen Menschen betreffen.

22 Einmal mehr zeigt sich hier: **Wer am wenigsten zur Klimakrise beigetragen hat, leidet**  
23 **am meisten unter ihren Folgen.** 75 % der weltweit Geflüchteten stammen aus besonders  
24 klimavulnerablen Ländern wie Afghanistan, Syrien oder dem Jemen. Trotzdem gibt es bis  
25 heute **keinen rechtlich bindenden Schutzstatus** für Menschen, die aufgrund der  
26 Klimakrise zur Flucht gezwungen sind.

27 **Die Bundesregierung muss ihrer globalen Verantwortung für die Folgen der**  
28 **Klimakatastrophe endlich gerecht werden.** Deutschland und andere europäische  
29 Kolonialstaaten haben über Jahrhunderte, durch Ausbeutung von Land und Mensch, ihren  
30 Reichtum auf dem Rücken des sogenannten Globalen Südens aufgebaut. Folgen davon sind  
31 die strukturelle Armut, Ausbeutung des Bodens und der Menschen, von dem der  
32 sogenannte Globale Norden bis heute profitiert.“Deutschland nimmt, basierend auf den  
33 kumulativen CO2-Emissionen, den vierten Platz unter den Emittenten weltweit ein –  
34 hinter den USA, China und Russland, die allesamt deutlich mehr Menschen beherbergen.  
35 Nicht nur deshalb ist ein echtes Bekenntnis zur Unterstützung von Klimageflüchteten  
36 längst überfällig.

37 Insgesamt bleibt die Weltklimapolitik weit hinter den realen Bedarfen zurück: Die  
38 aktuell international bereitgestellten Mittel zur Klimaanpassung betragen nur 15 %



des tatsächlichen Bedarfs. Der „Loss and Damage Fund“ ist mit 760 Millionen USD dramatisch unterfinanziert, eigentlich wären 400 bis 900 Milliarden USD jährlich nötig.

**Wir Jusos fordern deshalb:**

1. **Das Menschenrecht auf Leben, Wohnen und Migration muss auch im Kontext der Klimakrise anerkannt werden.** Dazu gehört die Anerkennung der Klimakrise als offiziellen Fluchtgrund im deutschen Recht sowie der Einsatz der Bundesregierung zur Verankerung im internationalen Recht..”
2. Die Bundesregierung soll sich auf internationaler Ebene für die Einführung eines „Nansen-Klimapasses“ einsetzen, wie vom WBGU vorgeschlagen. Dieser Pass soll Menschen aus unbewohnbar gewordenen Regionen staatsbürgergleiche Rechte in sicheren Staaten ermöglichen.
3. Die Bundesregierung soll sich für eine verbindliche und faire Finanzierung des **Loss and Damage Fund** einsetzen. Deutschland muss seinen Beitrag deutlich erhöhen.
4. Humanitäre Hilfe und Globale Partnerschaften dürfen nicht länger gekürzt oder durch migrationspolitische Interessen konditioniert werden. Wir fordern eine Rücknahme der Kürzungen und eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit. Diese muss antikolonial, antirassistisch und feministisch sein.
5. Die Bundesregierung soll eine **ressortübergreifende, kohärente Strategie zur klimabedingten Mobilität** entwickeln, die einen menschenrechtsbasierten Ansatz verfolgt. Dazu gehört auch der Ausbau sicherer Migrationswege.
6. Deutschland und die EU müssen ihre Klimaschutzmaßnahmen national und international deutlich verstärken.

Klimabedingte Migration ist kein Zukunftsszenario, sondern Realität für Millionen von Menschen. Die internationale und nationale Politik hinkt dieser Realität Jahre hinterher. Wir Jusos stellen uns solidarisch an die Seite derjenigen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind.

Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, das Recht zu bleiben ebenso zu schützen wie die Freiheit zu gehen. Der sogenannte globale Norden muss seiner Verantwortung gerecht werden und alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit Menschen in Sicherheit leben können.

## Antrag M05: Seenotrettung als Pflicht - Weil Menschenrechte nicht verhandelbar sind!

Antragsteller*in:	Jusos Schleswig-Holstein (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

- 1 Das Sterben tausender Menschen im Mittelmeer ist kein "tragisches, aber  
2 unvermeidbares Schicksal", sondern eine direkte Folge europäischer  
3 Abschottungspolitik und politischer Fehlentscheidungen. Die aktuelle europäische  
4 Migrationspolitik hebt Abschottungsinteressen über Menschenrechte.
- 5 Im ersten Halbjahr 2014, als die Operation Mare Nostrum der italienischen Marine und  
6 Küstenwache noch in Betrieb war, starben 17 Menschen bei der Überquerung des  
7 Mittelmeers. Im gleichen Zeitraum des darauffolgenden Jahres, nachdem das Programm  
8 eingestellt wurde, lag die Zahl der Todesopfer bei mindestens 900. Dieses Programm  
9 wurde von Italien mit Kosten von rund 9 Millionen Euro pro Monat finanziert und  
10 betrieben, und wurde eingestellt, weil sich kein anderes EU-Land bereit erklärte,  
11 einen finanziellen Beitrag zu leisten oder gerettete Menschen aufzunehmen. Die  
12 Operation Mare Nostrum führte laut Daten der italienischen Marine in nur zehn Monaten  
13 – vom 1. Januar bis zum 31. Oktober 2014 – 439 Such- und Rettungseinsätze (SAR) durch  
14 und rettete mehr als 156.000 Menschen in Seenot. Dieses Beispiel zeigt, dass ein  
15 Rettungsprogramm möglich ist und zu vertretbaren Kosten umgesetzt werden kann.
- 16 Seit dem Ende des italienischen Seenotrettungsprogramms Mare Nostrum im Oktober 2014  
17 haben laut Sea-Watch und der Internationalen Organisation für Migration über 20.750  
18 Menschen im zentralen Mittelmeer ihr Leben verloren – das sind mehr als 2.000 pro  
19 Jahr.
- 20 Diese Zahlen stehen nicht für Einzelfälle, sondern für ein politisches System des  
21 Wegschauens. Ein System, in dem sich Frontex an Pushbacks beteiligt. Frontex  
22 dokumentiert nicht nur, sondern beteiligt sich aktiv an völkerrechtswidrigen  
23 Pushbacks und Rückführungen, die Menschen in Folter, Haft oder den Tod  
24 zurückschicken. Gleichzeitig kürzt die Bundesregierung die Förderung ziviler  
25 Seenotrettungsorganisationen - von jährlich 2 Millionen Euro auf null. Seenotrettung  
26 darf nicht länger als „humanitäres Zusatzprojekt“ betrachtet werden, sondern muss auf  
27 staatlicher Ebene mit höchster Priorität verfolgt werden. Sie ist kein Akt der  
28 Wohltätigkeit, sondern die konkrete Umsetzung des Völkerrechts und Ausdruck einer  
29 Politik, die Menschenrechte über Grenzschutz stellt.
- 30 Seit dem Jahr 2015 haben die Schiffe von "Ärzte ohne Grenzen" und anderen zivilen  
31 Organisationen über 94.000 Menschen aus Seenot gerettet. Laut dem Europäischen  
32 Parlament sind allein im Jahr 2023 über 3.700 Menschen im Mittelmeer gestorben oder  
33 werden vermisst. Damit war es das tödlichste Jahr seit 2017 mit einem Anstieg von  
34 fast 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wobei zu bedenken ist das die Dunkelziffer  
35 sehr wahrscheinlich deutlich höher ist. Diese Zahlen zeigen: Die EU verfügt über alle  
36 rechtlichen und operativen Mittel, um Leben zu retten.
- 37 Die Organisation Sea-Eye dokumentiert regelmäßig Fälle, in denen Boote tagelang ohne  
38 Hilfe bleiben, weil EU-Mitgliedstaaten ihre Verantwortung abwälzen oder koordinierte

39 Rettungsmaßnahmen verweigern.

40 Der Programmentwurf Mare Solidale (2024) von SeaWatch belegt, dass ein staatlich  
41 koordiniertes, europäisches Rettungsprogramm mit einem Jahresbudget von nur 240  
42 Millionen Euro möglich wäre – das entspricht gerade einmal 0,13 % des EU-Haushalts  
43 2023 und weniger als ein Drittel des Frontex-Budgets. Zum Vergleich: Das staatliche  
44 Programm Mare Nostrum kostete Italien etwa 9 Millionen Euro pro Monat – und rettete  
45 innerhalb eines Jahres über 150.000 Menschenleben.

46 Deshalb fordern wir von der SPD-Bundestagsfraktion, dem SPD-Parteivorstand, der  
47 Bundesregierung und Lars Klingbeil als Vizekanzler, Finanzminister und  
48 Parteivorsitzenden ein radikales Umdenken in der Migrations- und Fluchtpolitik. Er  
49 und Bärbel Bas tragen gemeinsam die Verantwortung, diesen Politikwechsel in der SPD  
50 herbeizuführen. Die SPD muss für eine Politik stehen, die Leben schützt, statt  
51 Grenzen und die Solidarität zur europäischen Leitlinie zu machen.

52 **Wir fordern konkret:**

53 **Sicherheitspolitische Priorität für Seenotrettung:**

54 Seenotrettung ist keine freiwillige Geste der Humanität, sondern eine  
55 völkerrechtliche Verpflichtung. Dieser Verpflichtung kommt die Europäische Union  
56 nicht nur nicht nach, sondern sie erschwert und verhindert darüber hinaus aktiv  
57 zivile Seenotrettung. Die Politiker\*innen in den Institutionen der EU und der  
58 Mitgliedsländer tragen die Verantwortung für zehntausende Tote im Mittelmeer und  
59 unsägliches Leid durch Pushbacks, Folter und Vertreibung. Das müssen wir  
60 schnellstmöglich ändern. Das Rückführungsverbesserungsgesetz muss abgeschafft werden.  
61 Seenotretter\*innen müssen sich sicher sein können, dass ihre Arbeit nicht  
62 kriminalisiert wird.

63 Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie Seenotrettung zur  
64 sicherheitspolitischen Priorität erhebt. Menschenleben zu retten darf nicht vom  
65 Zufall, von Spenden oder vom Mut einzelner NGO-Crews abhängen. Es ist unsere Pflicht,  
66 dafür zu sorgen, dass kein Mensch an Europas Grenzen ertrinkt. Deutschland muss sich  
67 deshalb auf internationaler und europäischer Ebene mit Nachdruck dafür einsetzen,  
68 dass insbesondere die Mittelmeeraanrainerstaaten ihren völkerrechtlichen  
69 Verpflichtungen zur Seenotrettung nachkommen. Diese Staaten dürfen in dieser Aufgabe  
70 nicht allein gelassen werden – vor allem dort, wo ihre Kapazitäten durch fehlende  
71 Ausstattung oder politische Blockaden eingeschränkt sind.

72 Deutschland soll außerdem gezielt finanziell schwache Staaten dabei unterstützen,  
73 eine leistungsfähige staatliche Seenotrettungsstruktur aufzubauen und dauerhaft zu  
74 betreiben. Dazu gehören sowohl die Bereitstellung von Rettungsschiffen und  
75 technischer Ausrüstung als auch die Ausbildung von Rettungspersonal,  
76 Koordinierungsstellen und Funknetzwerken. Ziel ist eine gemeinsame europäische  
77 Verantwortungsgemeinschaft, die Leben rettet, statt Grenzen zu verschließen.

78 Seenotrettung muss Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur werden – nicht als  
79 militärische Aufgabe, sondern als humanitäre Verpflichtung. Sicherheit bedeutet nicht  
80 die Absicherung von Grenzen, sondern die Sicherheit von Menschenleben.

81 **Finanzielle Absicherung auf Bundesebene:**

82 Während Milliarden in Rüstung, Grenzsicherung und Frontex fließen, heißt es

regelmäßig, dass für Rettungsmissionen „kein Geld da“ sei. Das offenbart, dass das Problem nicht fehlende Haushaltsmittel sind, sondern politischer Unwille zur verlässlichen Finanzierung. Diese politische Prioritätensetzung muss sich ändern.

Die Ampelregierung hat erstmals die humanitäre Arbeit ziviler Seenotrettungsorganisationen mit jährlich zwei Millionen Euro gefördert. Diese Unterstützung ermöglichte es Organisationen wie „Sea-Eye“, zusätzliche Missionen durchzuführen und damit ganz konkret Menschenleben zu retten. Die nun gestrichenen Mittel haben unmittelbare Folgen: weniger Rettungseinsätze und geringere Überlebenschancen für Menschen in Seenot.

Wir fordern daher die Einrichtung eines gesetzlich verankerten Sonderfonds für Seenotrettung auf Bundesebene, gespeist aus dem Bundeshaushalt. Dieser Fonds soll gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Der Bundesfinanzminister muss dessen Finanzierung transparent, langfristig und unabhängig von jährlichen Haushaltszyklen sicherstellen.

- Finanzielle Unterstützung und Absicherung ziviler Rettungsorganisationen, die weiterhin unverzichtbar bleiben. Denn zivile Strukturen müssen erhalten bleiben, damit Seenotrettung auch besteht, wenn die Regierung diese nicht mehr als staatliche Aufgabe begreift.
- Ausstattung, Umrüstung und Wartung staatlicher Schiffe und Einheiten, die in der Seenotrettung eingesetzt werden.
- Finanzierung von Aufnahme-, Unterbringungs- und Integrationsprogrammen für Geflüchtete in Deutschland.

Die genaue Summe des Fonds kann später durch Expert\*innen, das Bundesfinanzministerium sowie NGO-Verbände konkretisiert werden. Entscheidend ist jedoch die politische Aussage: Seenotrettung muss haushaltsrechtlich denselben Stellenwert haben wie jede andere staatliche Pflicht. Wir fordern Lars Klingbeil als Finanzminister auf, den Bundeshaushalt so umzuschichten, dass die Mittel für Seenotrettung und Integration gesichert sind - verlässlich und langfristig. Außerdem müssen auch auf europäischer Ebene Wege geschaffen werden, um die Finanzierung der Seenotrettung sicherzustellen. Deutschland soll dabei als Vorreiter agieren und die Bedeutung sowie die Finanzierung der Seenotrettung aktiv vorantreiben. Aus dem bestehenden EU-Fond für integriertes Grenzmanagement (BMVI/IBMF), welcher aktuell stark auf Grenzschutz ausgelegt ist, soll Geld in die „humanitäre Unterstützung“ fließen und Seenotrettungsoperationen als Teil eines „integrierten Sicherheitsansatzes“ beinhalten. Auch hier sollen Expert\*innen und NGO-Verbände befragt werden, um die genaue Summe zu konkretisieren.

Es geht hier nicht um symbolische Gesten, sondern um echte finanzielle Verantwortung. Wenn der Staat bereit ist, Milliarden für Drohnen, Panzer und Überwachungssysteme bereitzustellen, muss er erst recht bereit sein, Menschen zu retten, die an unseren europäischen Grenzen um ihr Leben kämpfen.

#### **Europäische Humanität statt Frontex-Abschottung:**

Die Europäische Union hat sich in den letzten Jahren zur Hochsicherheitszone entwickelt – mit Frontex als Symbol dieser Abschottungspolitik. Statt Leben zu retten, beteiligt sich die EU-Grenzagentur an Pushbacks, also an völkerrechtswidrigen Zurückweisungen von Schutzsuchenden, oft mit tödlichen Folgen. Das ist eine Schande

für ein Europa, das sich als Wertegemeinschaft versteht.

Deutschland muss innerhalb der EU entschieden darauf drängen, diese Praxis zu beenden. Die Bundesregierung muss sich für eine grundlegende institutionelle Reform einsetzen: Frontex die Grenzsicherung auf Kosten flüchtender Menschen betreibt, muss abgeschafft werden. Es braucht eine neue Struktur – eine europäische Koordinierungsstelle für Seenotrettung, die die nationalen Küstenwachen unterstützt, Rettungseinsätze koordiniert und Standards für Menschenrechte und Transparenz sichert. Sie muss in der Lage sein, Rettungseinsätze zu koordinieren, ohne dabei politischen Blockaden einzelner Mitgliedstaaten ausgesetzt zu sein.

Diese europäische Behörde soll keine Abschottungsmaschinerie sein, sondern ein Werkzeug zur Durchsetzung der elementarsten Menschenpflicht: Menschenleben zu retten. Die EU hat jahrzehntelang Strukturen geschaffen, die Migration verhindern sollten. Jetzt ist es Zeit, Strukturen zu schaffen, die Leben ermöglichen.

Ebenso dringend wie eine Abschaffung von Frontex ist das Ende der europäischen Unterstützung für die sogenannte „libysche Küstenwache“. Seit Jahren finanziert und rüstet die Europäische Union diese Milizstrukturen aus – unter dem Vorwand, „illegale Migration zu verhindern“ und „Menschenleben zu retten“. In Wahrheit werden damit Menschenrechtsverbrechen systematisch mit europäischen Geldern ermöglicht. Zahlreiche internationale Organisationen, darunter die UN und Amnesty International, dokumentieren regelmäßig Folter, Vergewaltigungen, willkürliche Inhaftierungen und Versklavung in den libyschen Lagern, in die Schutzsuchende von der „Küstenwache“ zurückgebracht werden. Außerdem häufen sich Vorfälle, in denen die „Küstenwache“ auf Seenotrettungsschiffe wie z.B. die SeaWatch 5 schießt.

Wer in Libyen in die Hände dieser Kräfte fällt, verschwindet oft in einem System aus Gewalt, Erpressung und Ausbeutung. Menschen werden dort nicht geschützt, sondern misshandelt, verkauft oder getötet. Diese Zustände sind keine bedauerlichen Einzelfälle, sondern das direkte Ergebnis einer europäischen Abschottungspolitik, die Verantwortung auslagert, um sich selbst aus der moralischen Schusslinie zu bringen.

Deutschland und die EU dürfen diese Politik der schmutzigen Deals nicht länger mittragen. Wir fordern, dass sämtliche EU-Mittel an Drittstaaten im Bereich der Migrationskontrolle an klare menschenrechtliche, rechtsstaatliche und demokratische Bedingungen geknüpft werden. Verstöße gegen diese Prinzipien müssen zu einem sofortigen und konsequent durchgesetzten Förderstopp führen. Gleichzeitig fordern wir vollständige Transparenz über die Verwendung dieser Gelder sowie eine parlamentarische Kontrolle auf EU- und nationaler Ebene. Europäische Mittel dürfen weder zur Finanzierung von Grenzgewalt noch zur Unterstützung repressiver Sicherheitsapparate beitragen. Die Finanzierung und Kooperation mit der sogenannten „libyschen Küstenwache“ muss umgehend beendet werden. Stattdessen braucht es legale und sichere Fluchtwege, eine staatlich koordinierte zivile Seenotrettung und klare menschenrechtliche Standards, die nicht verhandelbar sind.

Wenn Europa seiner eigenen Werteordnung treu bleiben will, darf es nicht länger diejenigen unterstützen, die im Mittelmeer Gewalt ausüben, sondern muss diejenigen stärken, die dort Leben retten. Humanität endet nicht an den europäischen Außengrenzen – sie beginnt dort.

**Kommunale Aufnahme und globale Solidarität:**

173 Die Humanität eines Staates zeigt sich dort, wo Menschen ankommen. In Deutschland  
174 haben sich über 300 Städte und Gemeinden als „Sichere Häfen“ erklärt. Sie wollen mehr  
175 Geflüchtete aufnehmen, als der Bund ihnen zuteilt. Doch sie werden bislang durch  
176 rechtliche und finanzielle Hürden daran gehindert. Das ist nicht nur unverständlich,  
177 sondern widerspricht der kommunalen Selbstbestimmung und dem Willen der  
178 Zivilgesellschaft.

179 Wir fordern daher, dass Kommunen, die sich als sichere Häfen deklarieren, sofortigen  
180 Zugang zu Bundesmitteln erhalten. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Geflüchtete  
181 aufzunehmen, zu versorgen und in lokale Gemeinschaften zu integrieren –  
182 unbürokratisch und planbar. Der Bund darf dieses Engagement nicht länger blockieren,  
183 sondern muss es aktiv fördern.

184 Sie sollen sich bereit erklären dürfen, mehr Geflüchtete aufzunehmen als bundesweit  
185 vorgeschrieben. Damit können sie zeigen, dass wenn der politische Wille da ist, ist  
186 auch die Aufnahmefähigkeit da.

187 Deutschland darf sich nicht länger darauf verlassen, dass andere Länder an den  
188 Außengrenzen die Hauptlast tragen. Solidarität beginnt vor Ort – in unseren Kommunen,  
189 Schulen, Vereinen und Nachbarschaften.

190 Migration darf nicht länger als Bedrohung, sondern muss als Teil menschlicher  
191 Zivilisationsgeschichte begriffen werden. Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht,  
192 kein Verbrechen. Niemandem in Deutschland oder der EU geht es besser, wenn wir  
193 Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen. Migration ist nicht der Grund für  
194 Wohnraummangel, ist nicht der Grund für Altersarmut, ist nicht der Grund für ein  
195 desolates Gesundheitssystem oder für sonstige soziale Probleme, die ihr zugeschrieben  
196 werden. Die Ursachen dafür liegen im Versagen der Politik – in falschen  
197 Entscheidungen und in falschen Prioritäten. Aber sie haben nichts mit Geflüchteten zu  
198 tun. Die aktuelle Migrationsdebatte ist in weiten Teilen eine Nebelkerze, die  
199 ablenken soll von der eigentlichen Wurzel dieser Krisen: der sozialen Ungleichheit.

200 Menschen sind zurecht wütend über die ungerechte Verteilung von Ressourcen, doch  
201 diese Wut wird immer wieder über rassistische Stereotype auf Migration gelenkt.  
202 Migration wird als Problem konstruiert, um vom eigentlichen Problem abzulenken. Und  
203 um dieses von rechts getriebene Scheinproblem zu „lösen“, übernehmen demokratische  
204 Kräfte immer wieder Scheinlösungen. Doch weil ein Scheinproblem nichts mit den  
205 tatsächlichen sozialen Ursachen zu tun hat, lösen Scheinlösungen auch nichts.  
206 Stattdessen wächst die Wut, die Spaltung nimmt zu – und echte Lösungen für die realen  
207 sozialen Probleme geraten in immer weiter in die Ferne. So rückt die Gesellschaft  
208 nach rechts.

209 Wir fordern einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Weg von der Abwehr, hin zur  
210 Gestaltung. Flucht und Migration sind Teil menschlicher Zivilisationsgeschichte, kein  
211 Problem. Sie hört nicht auf, weil wir uns abschotten. Und so sind unser Sozialstaat  
212 und die Seenotrettung auch keine sogenannten "Pull-Faktoren".

213 Die aktuelle europäische Fluchtpolitik beruht auf einem falschen Grundgedanken: dem  
214 Glauben, dass Migration eine Krise sei, die es zu bekämpfen gilt. Doch Migration ist  
215 kein Ausnahmezustand – sie ist ein fester Bestandteil menschlicher Geschichte.  
216 Menschen werden immer aufbrechen: aus Hoffnung, aus Not, aus Mut.

217 Das bedeutet konkret: Das Asylrecht darf nicht durch Drittstaatenabkommen oder

218 bürokratische Hürden ausgehöhlt werden. Europa muss legale und sichere Zugangswege  
219 schaffen – durch humanitäre Visa, Resettlement-Programme und faire Verfahren.  
220 Gleichzeitig muss die EU endlich Verantwortung für die globalen  
221 Ursachen von Flucht übernehmen: für Kriege, Armut, Ungleichheit und die Klimakrise,  
222 die in weiten Teilen durch westliche Politik mitverursacht werden.

223 Seenotrettung darf nicht nur symbolisch unterstützt werden. Wir brauchen einen  
224 radikalen Finanz-Shift: Wenn Geld für Aufrüstung da ist, muss es erst recht für das  
225 Retten von Menschen da sein. Wir wollen die EU nicht nur kritisieren, sondern  
226 grundlegend verändern: weg von Frontex-Abschottung, hin zu einer humanitären Union,  
227 die Bewegungsfreiheit als Recht versteht.

228 Wir fordern die linke Vision einer europäischen Migrationspolitik, die nicht die  
229 Logik von Grenzen reproduziert, sondern konsequent auf Solidarität, Humanität und  
230 globale Gerechtigkeit setzt. Denn eine sozialdemokratische Antwort auf Migration kann  
231 nur heißen: Schutz statt Zurückweisung, Rechte statt Repression, Solidarität statt  
232 Zynismus. Eine mögliche Grundlage hierzu könnte das Konzept Mare Solidale von  
233 SeaWatch und weiteren Hilfsorganisationen sein.

234 Die Europäische Union muss sofort aufhören, Grenzen zu verschließen, und anfangen,  
235 Leben zu retten. Eine solidarische Antwort auf Flucht und Migration muss immer  
236 lauten: Schutz statt Abwehr, Kooperation statt Abschottung. Wir brauchen eine  
237 staatlich koordinierte, europäische Seenotrettungsmission unter ziviler Leitung, die  
238 Menschenleben schützt, anstatt Fluchtrouten zu kriminalisieren. Die Unterstützung und  
239 Entkriminalisierung zivilgesellschaftlicher Rettungsorganisationen ist dafür  
240 unabdingbar. Eine glaubwürdige Migrationspolitik darf nicht auf Abschottung und  
241 Abschreckung setzen, sondern muss auf Solidarität, Verantwortungsteilung und legalen  
242 Zugangswegen aufbauen. Europa beweist seine Stärke nicht durch Grenzzäune, sondern  
243 durch Menschlichkeit.

244

245

## **Begründung**

erfolgt mündlich.

## Antrag N08: Schluss mit Deepfake-Gewalt – her mit zeitgemäßem Opferschutz!

Antragsteller*in:	Jusos Thüringen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

1 Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren die Art und Weise, wie wir  
2 Bilder, Stimmen und Bewegungen erzeugen und wahrnehmen, grundlegend verändert. Eine  
3 der folgenreichsten Entwicklungen ist dabei die Entstehung sogenannter Deepfakes,  
4 also durch KI generierte oder manipulierte Bild-, Ton- oder Videoinhalte, die  
5 täuschend echt wirken. Dabei werden Gesichter, Körper oder Stimmen realer Menschen  
6 mit digitalen Mitteln in Szenen eingesetzt, die so nie stattgefunden haben. Diese  
7 Technologie kann harmlos eingesetzt werden, etwa in der Filmproduktion, für  
8 satirische Inhalte oder kreative Kunstprojekte. Doch sie birgt auch erhebliche  
9 Risiken: Deepfakes können gezielt zur Täuschung, zur Manipulation und zur gezielten  
10 Rufschädigung missbraucht werden. Schon in Wahlkämpfen tauchten manipulierte Videos  
11 auf, in denen Politiker\*innen mit Aussagen dargestellt wurden, die sie nie getroffen  
12 haben. Nach internationalen Auswertungen bestehen bis zu 93 Prozent aller im Internet  
13 kursierenden Deepfakes aus sexualisierendem missbräulichem Material. Solche  
14 Inhalte gefährden das Vertrauen in demokratische Prozesse, erschüttern die  
15 Glaubwürdigkeit von Personen des öffentlichen Lebens und untergraben den  
16 gesellschaftlichen und demokratischen Diskurs.

17 Während also unbedenkliche Deepfakes als Form digitaler Kreativität oder Satire  
18 anerkannt werden können, entstehen enorme Probleme spätestens dort, wo sie bewusst  
19 schädigend eingesetzt werden. Schädigende Deepfakes verletzen die Rechte und Würde  
20 realer Personen, sei es durch gezielte Desinformation, politische Diffamierung oder,  
21 in besonders gravierender Weise, durch sexualisierte und gewaltverherrlichende  
22 Darstellungen. Diese Formen der digitalen Gewalt sind längst kein Randphänomen mehr.  
23 Fast ausschließlich sind FINTA und mehrfach marginalisierte Personen betroffen,  
24 insbesondere Journalist\*innen, Politiker\*innen, Aktivist\*innen, Künstler\*innen. Hier  
25 geht es nicht um harmlose Fiktionen, sondern um schwerwiegende Angriffe auf die  
26 sexuelle Selbstbestimmung, die Privatsphäre und die Menschenwürde. Die Betroffenen  
27 werden in ihrer persönlichen Integrität verletzt, vielfach retraumatisiert und sozial  
28 oder beruflich ausgegrenzt. Viele kämpfen jahrelang darum, die manipulierten Inhalte  
29 aus dem Internet entfernen zu lassen, oft ohne Erfolg, da es keine klaren  
30 Rechtsansprüche und keine ausreichenden Löschmechanismen gibt.

31 Diese Entwicklung zeigt: Technologie ist nie neutral. Sie entsteht in  
32 gesellschaftlichen Machtverhältnissen und wird von ihnen geprägt. Wer hier von  
33 Neutralität spricht, verschleiert die politischen und sozialen Folgen technologischer  
34 Entscheidungen. Es liegt in der Verantwortung der Politik, klare Regeln zu schaffen,  
35 die verhindern, dass technischer Fortschritt zur Waffe wird.

36 Die juristische Bewertung solcher Deepfakes ist komplex, da sich mehrere Grundrechte  
37 gegenüberstehen. Auf der einen Seite schützt Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes die  
38 Kunstfreiheit, und damit auch neue Formen künstlerischer oder satirischer  
39 Ausdrucksweisen, die sich digitaler Technologien bedienen. Auf der anderen Seite



40 stehen die Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) sowie das Recht auf informationelle  
41 Selbstbestimmung und sexuelle Integrität (Art. 2 Abs. 1 GG). Diese Rechte dürfen  
42 nicht gegeneinander ausgespielt werden, doch sie müssen in einer zeitgemäßen Weise  
43 austariert werden. Die Kunstfreiheit endet dort, wo gezielte Täuschung, Erniedrigung  
44 oder sexualisierte Gewalt beginnen. Während das Kunsturhebergesetz (§§ 22, 23 KUG)  
45 und das Strafgesetzbuch (§§ 184, 201a, 185 ff. StGB) bisher Schutz vor der nicht-  
46 einvernehmlichen Veröffentlichung realer Bildaufnahmen bieten, erfassen sie Deepfakes  
47 oft nicht, da diese häufig vollständig ohne reales Ausgangsmaterial entstehen. Das  
48 führt dazu, dass Täter\*innen rechtlich kaum belangt werden können, obwohl der Schaden  
49 für die Betroffenen gravierend ist. Auch der zivilrechtliche Weg über Unterlassung  
50 und Schadensersatz bietet keinen effektiven Schutz, da solche Verfahren langwierig  
51 und teuer sind, während die Verbreitung im Netz binnen Stunden Millionen Reichweiten  
52 erzielt.

53 Auf europäischer Ebene existieren bereits Ansätze, um Missbrauch digitaler  
54 Technologien zu regulieren. Der Digital Services Act (DSA) verpflichtet große  
55 Plattformen dazu, illegale Inhalte „unverzüglich“ zu entfernen, sobald sie davon  
56 Kenntnis erlangen. Diese Pflicht muss aber um konkrete Fristen und eine explizite  
57 Einbeziehung manipulierter Deepfake-Inhalte ergänzt werden, um wirksam zu sein. Der  
58 im August 2024 in Kraft getretene Artificial Intelligence Act (AI Act) definiert  
59 Deepfakes in Artikel 3 Nummer 60 als durch „KI-generierte oder manipulierte Bild-,  
60 Audio- oder Videoinhalte, die existierenden Personen, Objekten, Orten, Einrichtungen  
61 oder Ereignissen ähneln und einer Person fälschlicherweise als authentisch oder  
62 wahrheitsgemäß erscheinen würden“. Nach Artikel 50 Absatz 1 verpflichtet der AI Act  
63 Anbieter dazu, die KI-Erzeugung solcher Inhalte offenzulegen. Zwar erlaubt Absatz 4  
64 Satz 3 Ausnahmen für „offensichtlich künstlerische, kreative, satirische oder  
65 fiktionale Werke“, doch diese Transparenzpflichten dürfen nicht so weit abgeschwächt  
66 werden, dass gezielt schädigende Inhalte unmarkiert bleiben. Die Einordnung von  
67 Deepfakes als Systeme „mit begrenztem Risiko“ im Sinne des AI Acts unterschätzt die  
68 gesellschaftlichen und individuellen Gefahren, insbesondere bei sexualisierter  
69 digitaler Gewalt.

70 Zusätzlich verpflichtet die EU-Richtlinie (EU) 2024/1385 „zur Bekämpfung von Gewalt  
71 gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ die Mitgliedstaaten ausdrücklich dazu, die nicht-  
72 einvernehmliche Weitergabe von intimen oder manipulierten Materialien unter Strafe zu  
73 stellen. In Artikel 5 Absatz 1 heißt es konkret: Mitgliedstaaten stellen sicher, dass  
74 die Zugänglichmachung für die Öffentlichkeit von Bildern, Videos oder vergleichbarem  
75 Material mittels Informations- und Kommunikationstechnologien, das sexuelle  
76 Handlungen oder intime Körperteile einer Person darstellt, ohne deren Einverständnis  
77 - sofern diese Handlung wahrscheinlich schweren Schaden verursachen kann - strafbar  
78 ist; ebenso die Herstellung, Manipulation oder Veränderung solcher Materialien, wenn  
79 sie später ohne Zustimmung verbreitet werden. Deutschland ist verpflichtet, diese  
80 Vorgaben bis zum 14. Juni 2027 vollständig umzusetzen. Damit ist klar: Der  
81 europäische Rechtsrahmen fordert ausdrücklich, Deepfake-Missbrauch in Formen wie  
82 nicht-einvernehmlicher und manipulierter Inhalte strafrechtlich zu erfassen, doch die  
83 nationale Gesetzgebung hat bisher keine ausreichende Umsetzung geschaffen.

84 Das Problem liegt damit auf der Hand: Es gibt keine klare, umfassende Regelung, die  
85 gezielt schädigende Deepfakes verbietet und Betroffene effektiv schützt. Die

bestehenden Vorschriften sind auf analoge Fälle zugeschnitten und werden der neuen Realität digitaler Manipulation nicht gerecht. Es braucht eine gesetzliche Antwort, die sowohl den Missbrauch sanktioniert als auch Rechtssicherheit für zulässige Anwendungen schafft. Diese Regulierung muss den Schutz der Persönlichkeitsrechte, die Verantwortung von Plattformen und KI-Anbietern sowie die Unterstützung der Betroffenen zusammendenken.

Deepfakes sind Ausdruck einer neuen technologischen Realität und werden sogleich systemisch für Diskriminierungen genutzt. Sie eröffnen kreative Potenziale, bergen aber zugleich gravierende Gefahren für Selbstbestimmung, Demokratie und Menschenwürde. Eine progressive Gesellschaft darf nicht zusehen, wie technologische Möglichkeiten zur Waffe gegen Menschen werden. Es ist Aufgabe des Rechtsstaats, digitale Freiheit und Verantwortung in Einklang zu bringen, durch klare Gesetze, wirksame Schutzmechanismen und einen konsequenten Schutz vor digitaler Gewalt.

Kunstfreiheit endet dort, wo sie zur Demütigung anderer führt. Der Schutz der Menschenwürde darf auch im digitalen Zeitalter keine Lücke kennen. Es braucht endlich zeitgemäßen Opferschutz!

Wir fordern daher:

**1. Einführung eines eigenständigen Straftatbestands, der die Herstellung,**

**Verbreitung und Veröffentlichung von gezielt schädigende Deepfakes ohne Zustimmung der dargestellten Person unter Strafe stellt.**

Dieser Straftatbestand muss gezielt schädigende, zum Beispiel sexualisierte, diffamierende oder gewaltverherrlichende, Inhalte umfassen, unabhängig davon, ob sie auf realem Material basieren. So wird eine eindeutige Rechtsgrundlage geschaffen, die Strafverfolgung erleichtert und Schutzlücken schließt. Damit der Straftatbestand auch reale Konsequenzen haben kann, müssen Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Internetkriminalität flächendeckend geschaffen und bestehende Schwerpunktstaatsanwaltschaften personell wie materiell gestärkt werden.

**2. Verbindliche Melde- und Löschpflichten für Plattformbetreibende bei rechtswidrigen Deepfakes.**

Plattformen müssen verpflichtet werden, nach Meldung eines rechtswidrigen Deepfakes binnen 24 Stunden zu reagieren, den Inhalt zu löschen und Betroffene über getroffene Maßnahmen zu informieren. Die Entscheidung darüber, welche Inhalte rechtswidrig sind und welche nicht, ist dabei durch Gerichte und nicht durch kapitalistische Unternehmen, wie Social-Media-Plattformen zu treffen. Um diese Entscheidungen zu beschleunigen, fordern wir neben den Schwerpunktstaatsanwaltschaften niedrigschwellige Meldestellen für Online-Delikte bei den LKAs. Das beugt einer weiteren Verbreitung vor und stärkt die Rechte der Nutzer\*innen. Das besondere Spannungsverhältnis mit der Kunstfreiheit (gemäß Art. 5 Abs. 3 GG) muss dabei beachtet werden.

**3. Verpflichtung von KI-Anbieter\*innen zur technischen Kennzeichnung generierter Inhalte.**

KI-Anbieter\*innen werden verpflichtet, den C2PA-Standard für Content Credentials zu implementieren, der Informationen über Erstellungszeitpunkt, verwendete Software und Bearbeitungshistorie in Metadaten speichert. Plattformen müssen

diese Metadaten auslesen und bei fehlendem oder manipuliertem Credential die Nutzer\*innen darauf hinweisen. Plattformen müssen diese Information, ob Inhalte KI-generiert sind, bei der Darstellung der Inhalte auf eine für Nutzende verständliche Art und Weise präsentieren. Diese Kennzeichnungspflicht schützt Transparenz, ermöglicht Nachverfolgbarkeit und stärkt das Vertrauen in digitale Inhalte, ohne die Kunstfreiheit unverhältnismäßig einzuschränken.

**4. Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten für Betroffene von Deepfake-Missbrauch.**

Betroffene brauchen niedrigschwellige, kostenfreie Unterstützung in Form psychosozialer Beratung, rechtlicher Hilfe und technischer Assistenz bei der Beweissicherung und Löschung. Staatlich geförderte Kooperationen mit spezialisierten Organisationen sollen diesen Schutz gewährleisten.

## **Begründung**

erfolgt mündlich.

## Antrag O01: Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unser Feminismus nicht! Für eine gerechte und inklusive Stadtentwicklung

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

### 1 Kommunen als Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse

2 Städte und Gemeinden sind keine neutralen Orte – sie sind Ausdruck gesellschaftlicher  
3 Machtverhältnisse. Wer sich sicher fühlt, wer Wohnraum findet, wessen Bedürfnisse in  
4 Planung, Verwaltung und Politik berücksichtigt werden – all das ist Ergebnis  
5 politischer Entscheidungen. Feministische Stadtentwicklung erkennt: Der öffentliche  
6 Raum entsteht nicht zufällig, er wird gemacht. Und er wird zu oft an den  
7 Lebensrealitäten vorbeigeplant – meist nach dem Bild eines Menschen, der mobil,  
8 männlich und ohne Sorgeverantwortung ist.

9 Feministische Stadtentwicklung setzt genau hier an. Sie fragt, wer in unseren Städten  
10 sichtbar ist – und wer unsichtbar bleibt. Sie fordert, dass Räume, Wege, Beleuchtung,  
11 Wohnformen und Entscheidungsprozesse die Vielfalt realer Lebenswelten widerspiegeln:  
12 von FINTA, queeren Menschen, Menschen mit Behinderung, Älteren, Jugendlichen, BIPOC  
13 und all jenen, die Care-Arbeit leisten.

14 Feminismus hört nicht an Stadtgrenzen auf - Feministische Stadtplanung darf sich  
15 deshalb nicht nur auf urbane Räume beschränken, sondern muss gerade auch im  
16 ländlichen Raum neue Antworten geben. Hier sind die Herausforderungen besonders groß:  
17 weite Wege, kleine Dörfer mit oft fehlender Infrastruktur und eine sinkende und  
18 alternde Bevölkerung erschweren den Zugang zu Daseinsvorsorge, Mobilität und  
19 gesellschaftlicher Teilhabe. Aus diesem Grund denken wir die ländliche Perspektive im  
20 Sinne einer feministischen Stadtplanung bei allen nun folgenden Forderungen mit.

21 Unser Ziel ist eine Kommune, in der Zugang, Teilhabe und Sicherheit keine  
22 Privilegien, sondern Grundrechte sind. In der Planung nicht nur für, sondern mit  
23 Menschen geschieht. Feministische Stadtentwicklung bedeutet, soziale, ökologische und  
24 räumliche Gerechtigkeit zusammenzudenken – und sie praktisch umzusetzen: in der  
25 Verwaltung, in der Bauleitplanung, in der Quartiersgestaltung und im öffentlichen  
26 Raum.

27 Denn wer Städte und Gemeinden gerechter gestaltet, verändert Gesellschaft als Ganzes.  
28 Eine feministische Stadtentwicklung ist deshalb kein Nischenthema, sondern  
29 Voraussetzung für echte Gleichstellung.

### 30 Drei Prinzipien für eine Kommune, die niemanden zurücklässt

31 Feministische Stadtentwicklung beginnt mit einem klaren Anspruch: Unsere Kommunen  
32 sollen allen gehören – nicht nur denen, die sie sich leisten können oder deren  
33 Lebensrealitäten seit Jahrzehnten Maßstab der Planung sind.

34 Drei Prinzipien leiten uns dabei:

35 1. Zugänglichkeit: Öffentliche Räume, Mobilität, Bildung, digitale Infrastruktur

und Verwaltung müssen für alle Menschen offen, sicher und barrierefrei nutzbar sein – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Einkommen oder körperlichen Voraussetzungen. Eine Stadt, die Angst macht oder ausschließt, ist keine gerechte Stadt.

2. Bezahlbarkeit: Wohnen, Energie, Mobilität und digitale Teilhabe sind Grundvoraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Sie dürfen kein Luxus sein, sondern müssen für alle Menschen erschwinglich bleiben. Stadtentwicklung darf keine soziale Spaltung zementieren – sie muss Lebensqualität für alle schaffen, nicht nur für einige wenige.

3. Demokratische Beteiligung: Stadtentwicklung darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg passieren. Planung ist keine Technokratie, sondern gelebte Demokratie. Entscheidungen über Räume müssen gemeinsam, transparent und inklusiv getroffen werden – mit echter Mitsprache statt Scheinbeteiligung. Hierbei müssten Minderheitsrechte besonders berücksichtigt werden.

Feministische Stadtentwicklung macht Ungleichheiten sichtbar – und baut sie aktiv ab. Sie schafft Städte und Gemeinden, in denen Sorgearbeit anerkannt, Umweltgerechtigkeit gesichert und digitale Teilhabe selbstverständlich ist. Mit diesem Antrag setzen wir die Vision einer fair geteilten, solidarischen Kommune in konkrete politische Maßnahmen um – für eine Kommune, die wirklich allen gehört.

## **Zugang ist ein Recht, keine Nettigkeit**

Eine feministische Kommune ist eine zugängliche Kommune. Sie eröffnet Räume, in denen sich alle Menschen frei, sicher und selbstbestimmt bewegen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Einkommen, körperlicher Verfassung oder Lebenssituation. Städte müssen Orte sein, in denen niemand durch enge Wege, fehlende Beleuchtung oder mangelnde Barrierefreiheit ausgeschlossen wird.

Dazu braucht es gute Beleuchtung, klare Sichtachsen, vielfältige Nutzungen und belebte öffentliche Räume. Sicherheit darf nicht über Kontrolle definiert werden, sondern über Prävention, soziale Infrastruktur und Mitgestaltung. Barrierefreiheit ist keine Ergänzung, sondern Grundvoraussetzung für Gerechtigkeit. Alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel, Gehwege und digitalen Angebote müssen konsequent barrierefrei gestaltet werden. Sorgearbeit und Care-Infrastruktur – von Kitas über Pflege bis zu sicheren Wegen – gehören fest in Stadtplanung und Mobilitätskonzepte.

Zugänglichkeit heißt auch, dass öffentliche Räume die Vielfalt des kommunalen Lebens widerspiegeln: Orte der Begegnung, Erholung, Kultur und politischen Auseinandersetzung. Mehr nicht-kommerzielle Räume wie Stadtteilzentren, Bibliotheken und selbstorganisierte Freiflächen müssen geschaffen und langfristig gesichert werden.

Deshalb fordern wir, dass Barrierefreiheit und Zugänglichkeit verbindliche Kriterien in allen kommunalen Planungs- und Förderverfahren werden und Kommunen gezielt in soziale Infrastruktur und nicht-kommerzielle Räume investieren.

## **Sicherheit im öffentlichen Raum**

Sicherheit ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für Freiheit. Und sie darf nicht

bedeuten, dass Menschen sich anpassen müssen, um sicher zu sein. Eine feministische Stadtentwicklung schafft Räume, in denen sich alle Menschen, insbesondere FINTA, frei, sichtbar und angstfrei bewegen können.

Ein zentrales Element urbaner Sicherheit ist die Beleuchtung. Zu viel grelles Licht blendet, schafft harte Schatten und verlagert Angsträume, statt sie aufzulösen. Zu wenig Licht lässt ganze Wege verschwinden. Es geht also nicht nur um mehr Licht, sondern um kluge Beleuchtung: Systeme, die Orientierung geben, Sicherheit fördern und Energie sparen. Projekte wie die Berliner „Night Caps“, bei denen das Licht gezielt auf Straßen und Wege gelenkt wird, zeigen, wie Sicherheit und Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden können. Intelligente, energieeffiziente Anlagen reagieren auf Bewegung und Umgebungshelligkeit – sie leuchten dort, wo Menschen sie brauchen, und bleiben aus, wo sie niemandem dienen.

Doch Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung oder Kontrolle, sondern durch Bewusstsein, Solidarität und Struktur. Deshalb setzen wir auf Sensibilisierung und Awareness statt auf reine Repression. Beschäftigte von Polizei und Ordnungsbehörden sollen regelmäßig zu Prävention sexualisierter Gewalt, diskriminierungsfreiem Handeln und dem Umgang mit Betroffenen geschult werden. Divers besetzte Awarenessteams bestehend aus z.B. Sozialarbeiter\*innen oder Psycholog\*innen, besonders an stark frequentierten Orten und im öffentlichen Nahverkehr, bieten Ansprechpersonen, die Betroffenen Schutz und Unterstützung ermöglichen. Sicherheit heißt auch, dass Menschen wissen, wohin sie sich wenden können. Ebenso stärkt ein starkes Gemeinschaftsgefühl innerhalb von Quartieren das Sicherheitsgefühl vor Ort. Wir wollen Nachbarschaft und Zusammenhalt fördern, etwa durch Quartiers- oder Bürger\*innenhaushalte, die Beteiligung und Verantwortung im direkten Umfeld ermöglichen.

Prävention darf nicht an den Ortsgrenzen enden. Auch Schulen, Kitas, Vereine und Ehrenamtsstrukturen müssen aktiv in Schutz- und Aufklärungsarbeit einbezogen werden. Kommunen sollen hierfür Schulungen, Fachkräfte und Förderung bereitstellen – in enger Zusammenarbeit mit feministischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Echte Sicherheit entsteht, wenn Angst kein Alltagsgefühl mehr ist. Nicht durch Kameras, sondern durch Vertrauen, Begegnung und Verantwortung füreinander.

**Deshalb fordern wir**, dass Kommunen Sicherheitskonzepte unter feministischer Perspektive erarbeiten, Awareness-Strukturen aufbauen und Präventionsarbeit dauerhaft finanzieren.

## **Abbau von Angsträumen**

Eine gerechte Gemeinde ist eine Gemeinde, in der niemand Angst haben muss, sich zu bewegen, zu verweilen oder sichtbar zu sein. Doch viele Orte erzählen eine andere Geschichte. Dunkle Unterführungen, schlecht einsehbare Parks, leergefegte Plätze oder verlassene Haltestellen werden zu Räumen der Unsicherheit. Besonders FINTA, queere Menschen, Jugendliche und Menschen mit Rassismuserfahrungen erleben diese Orte als Bedrohung. Diese Räume entstehen nicht zufällig, sie sind das Ergebnis von Entscheidungen, Prioritäten und Vernachlässigung.

Feministische Stadtentwicklung bedeutet, solche Angsträume nicht hinzunehmen, sondern gezielt abzubauen. Das beginnt bereits bei der Planung. Sicherheit und Wohlbefinden

müssen von Anfang an als feste Kriterien in jede Bauleitplanung, Verkehrsplanung und Quartiersentwicklung aufgenommen werden. Dafür braucht es eine konsequente Gender- und Diversity-Perspektive in allen städtebaulichen Prozessen.

Der Abbau von Angsträumen ist mehr als eine Frage der Beleuchtung. Es geht darum, Räume zu beleben, statt sie zu überwachen. Angsträume entstehen dort, wo Dunkelheit, Monotonie oder soziale Isolation vorherrschen. Sie verschwinden, wenn Begegnung, Kultur, Sport und soziale Nutzung Platz finden. Offene Flächen, Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten, Grünanlagen und gute Sichtbeziehungen sind zentrale Elemente einer feministischen Sicherheitsarchitektur.

Auch Sprache und Kommunikation prägen das Sicherheitsempfinden. Informationen über Notrufe, Busverbindungen oder Hilfsangebote müssen barrierefrei, mehrsprachig und leicht verständlich zugänglich sein. Stadtentwicklung kann Unsicherheit nur abbauen, wenn sie Menschen in ihrer Vielfalt anspricht und ihnen konkrete Handlungsoptionen gibt.

Sicherheit entsteht dort, wo Vertrauen wächst, wo Menschen sich begegnen, Verantwortung füreinander übernehmen und Stadt als gemeinsamer Raum erlebbar wird.

**Deshalb fordern wir**, dass Kommunen systematisch Angsträume erfassen und gemeinsam mit Anwohner\*innen, feministischen Initiativen und Expert\*innen konkrete Maßnahmen zu deren Abbau erarbeiten. Stadtplanung, Verkehrsmanagement und Sicherheitskonzepte sollen dabei verpflichtend unter feministischer Perspektive geprüft und umgesetzt werden. Dazu müssen insbesondere kleine Kommunen finanziell und personell ermächtigt werden

#### **Kommune der kurzen Wege, Kommune der Fürsorge**

Eine feministische, care-orientierte Stadtentwicklung setzt auf lebenswerte Quartiere, in denen Wohnen, Versorgung, Betreuung, Arbeit und Freizeit eng miteinander verbunden sind. Sie folgt dem Leitbild der 15-Minuten-Versorgung: Alle wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens sollen innerhalb von 15 Minuten erreichbar sein, zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr. Dieses Leitbild entlastet Sorgearbeitende, reduziert Wegezeiten und stärkt Nachbarschaften. Es ist damit nicht nur eine Frage der Stadtplanung, sondern eine der sozialen Gerechtigkeit.

Mit dem Leitbild der 15-Minuten-Versorgung grenzen wir uns bewusst von der 15-Minuten-Stadt ab, denn gerade in ländlichen Räumen ist die wohnortnahe Versorgung nur durch mehrere Gebietskörperschaften zu leisten. Während das Prinzip der 15-Minuten-Stadt den motorisierten Individualverkehr bewusst nicht in den Fokus nimmt, um diesen zu verringern, möchten wir auch die Gegebenheiten in nicht urbanen Strukturen berücksichtigen. Wir setzen hier neben dem ÖPNV auf Radverkehr und Car-Sharing, erkennen aber Lebensrealitäten an und nehmen deshalb hier den Individualverkehr auch in den Fokus.

Eine Stadt, die Care-Arbeit ernst nimmt, erkennt die alltägliche Realität vieler Menschen an. Wer Kinder bringt, Angehörige pflegt, Einkäufe erledigt oder Freizeit organisiert, braucht sichere Wege, wohnortnahe Infrastruktur und eine Planung, die Zeit als politische Ressource versteht. Öffentliche Infrastrukturen wie barrierefreie Toiletten, Wickel- und Stillräume, Begegnungsorte, ausreichend Sitzmöglichkeiten,

166 Schatten und Trinkbrunnen sind keine Details, sondern zentrale Voraussetzungen für  
167 gleichberechtigte Teilhabe.

168 Mobilität muss aus einer Care-Perspektive gedacht werden. Viele kurze Wege, häufige  
169 Wechsel zwischen Verkehrsmitteln und das Tragen von Lasten erfordern einen  
170 verlässlichen, barrierefreien und eng getakteten ÖPNV. Sichere Fuß- und Radwege,  
171 Heimwegtelefone, Nachtbusse, Ruftaxis und digitale Tools zur Markierung von  
172 Unsicherheitsorten sind unverzichtbare Bestandteile einer feministischen  
173 Mobilitätsplanung. Die Instandhaltung von Geh- und Radwegen muss mindestens dieselbe  
174 Priorität haben wie die von Straßen für Autos. Zusammenhängende Radwegenetze und  
175 sichere, kostenlose Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sind auszubauen. Der  
176 öffentliche Nahverkehr wird flächendeckend ausgebaut, mit besonderem Fokus auf  
177 Querverbindungen zwischen Stadtteilen und ländlichen Gemeinden. Ziel ist ein  
178 ticketloser ÖPNV, der Mobilität als öffentliches Gut versteht. Carsharing-Angebote an  
179 Stadträndern und in ländlichen Regionen helfen, den Platzbedarf parkender Autos zu  
180 reduzieren.

181 Wohnen und Sorgearbeit gehören zusammen. Gemeinschaftsorientierte Wohnformen mit  
182 geteilten Betreuungsräumen und kollektiven Care-Flächen erleichtern die Vereinbarkeit  
183 von Erwerbsarbeit, Freizeit und Sorgearbeit. Flexible Grundrisse und  
184 gemeinschaftliche Infrastrukturen fördern gegenseitige Unterstützung und stärken  
185 soziale Netze. Kooperationen mit Schutz- und Beratungsstellen, insbesondere für  
186 FINTA, müssen fester Bestandteil kommunaler Projekte sein.

187 Gesundheit und Resilienz stehen im Zentrum feministischer Stadtentwicklung.  
188 Wohnortnahe Pflege- und Gesundheitsangebote, Apotheken, Praxen und frei zugängliche  
189 Grün- und Bewegungsflächen sind essenziell für ein gesundes und selbstbestimmtes  
190 Leben.

191 Neue Quartiere müssen von Beginn an Kitas, Schulen und medizinische Einrichtungen  
192 mitplanen. Jede Siedlung braucht wohnortnahe Grünflächen, Sportanlagen und  
193 Spielplätze. Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, sanitäre Anlagen, konsumfreie  
194 Aufenthaltsräume, Bibliotheken, Jugend- und Kulturangebote gehören zur  
195 Grundausstattung lebenswerter Quartiere. Auch in ländlichen Regionen braucht es  
196 wohnortnahe Versorgung durch mobile Angebote, Abholboxen, Wochenmärkte oder fahrende  
197 Bibliotheken.

198 Die räumliche Trennung von Wohnen und Arbeit hat patriarchale Rollenbilder  
199 verfestigt. Feministische Stadtentwicklung stellt diese Trennung in Frage. Gewerbe,  
200 Schulen, Kitas und Nahversorgung sollen fußläufig erreichbar sein, um Erwerbs- und  
201 Carearbeit gerechter zu verteilen. Kommunen fördern gezielt Teilzeitmodelle für  
202 Männer und wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Der Ausbau von  
203 Homeoffice-Möglichkeiten, digitaler Infrastruktur und Gründer\*innenförderung stärkt  
204 Selbstständigkeit und reduziert Pendelzeiten. Dieser Homeoffice-Ausbau ist eine  
205 Erweiterung zu den bestehenden Büroangeboten durch Arbeitgeber und ersetzt diese  
206 nicht.

207 Care-orientierte Stadtentwicklung bedeutet auch, patriarchale und ausschließende  
208 Strukturen aktiv zurückzubauen. Dunkle Unterführungen, Hochstraßen, abweisende  
209 Gebäudefronten oder fehlende Geh- und Radwege müssen umgestaltet werden. Sanierungs-  
210 und Förderprogramme dürfen nicht geschlechtsneutral wirken, sondern müssen  
211 feministische Prinzipien verbindlich umsetzen. Innenstädte dürfen nicht länger primär



212 autogerecht geplant sein, sondern müssen auf die Nutzbarkeit und Sicherheit aller  
213 Menschen ausgerichtet werden. Wohnraum im Zentrum muss bezahlbar bleiben, um soziale  
214 Mischung und Sicherheit – insbesondere für FINTA – zu gewährleisten.

215 Eine lebendige Innenstadt braucht mindestens einen Mittelpunkt für ein gemeinsames  
216 Miteinander. Diese sollen konsumfreie Orte, frei zugängliche Grün- und Wasserflächen,  
217 Spielplätze, Begegnungsräume und kulturelle Angebote für alle bieten können.  
218 Bibliotheken, Foyers öffentlicher Gebäude oder Verwaltungsräume sollen als  
219 wetterunabhängige Aufenthaltsorte dienen und von geschultem Personal betreut werden.  
220 Das Nachtleben muss für FINTA sicher und zugänglich gestaltet sein – durch Awareness-  
221 Arbeit, Rückzugsräume und Kooperation mit Betreiber\*innen.

222 Soziale Durchmischung ist in Innenstädten notwendig - die Lage des Stadtviertels darf  
223 kein Mittel zur Ausgrenzung bleiben. Stadtteile, an denen die finanziellen Mittel der  
224 Bewohner\*innen sichtbar sind, sind eine Gefahr für eine lebenswerte und gerechte  
225 Stadt. "Reichenviertel" im Zentrum, die in Stand gehalten und deren Infrastruktur  
226 ausgebaut wird und auf der anderen Seite Wohngegenden am Stadtrand für  
227 Arbeiter\*innen, die von der Kommune als reine Wohnviertel vernachlässigt werden.  
228 Feministische Quartiersplanung bedeutet auch, dass Stadtviertel sozial durchmischt  
229 werden und Mobilität gefördert wird.

230 **Deshalb fordern wir**, dass Kommunen care-orientierte Stadtentwicklung als  
231 verbindliches Leitprinzip verankern und die 15-Minuten-Versorgung zu einem Maßstab  
232 kommunaler Planung machen. Öffentliche Daseinsvorsorge, Nahversorgung und Mobilität  
233 müssen als zusammenhängendes System gedacht werden. Förderprogramme des Bundes und  
234 der Länder sollen entsprechend angepasst und auf die Bedürfnisse von Care-  
235 Arbeitenden, FINTA und marginalisierten Gruppen ausgerichtet werden.

236 **Feminismus gehört in den Bebauungsplan**

237 Feministische Stadtplanung darf kein wohlklingendes Leitbild bleiben – sie muss sich  
238 in Verwaltung, Gesetzen und konkreten Verfahren widerspiegeln. Denn ob Kommunen  
239 gerecht, zugänglich und sicher sind, entscheidet sich nicht in Reden, sondern in  
240 Bebauungsplänen, Sitzungsvorlagen und Förderbescheiden.

241 Deshalb braucht es eine verbindliche Verankerung feministischer Perspektiven im  
242 Bauplanungsrecht und auf Verwaltungsebene. Wir fordern, dass in jeder kommunalen  
243 Bauverwaltung eine feste Stabsstelle „Feministische Stadtplanung“ eingerichtet und  
244 immer durch ausreichend finanzielle Bundesmittel ausgestattet ist. Es soll die  
245 freiwillige Möglichkeit bestehen, die jeweilige obere Planungsbehörde einzubeziehen.  
246 Diese muss mit klarer Querschnittszuständigkeit ausgestattet sein und als  
247 Schnittstelle zwischen Bauverwaltung, Sozialamt, Verkehrsbehörde,  
248 Gleichstellungsstelle, Integrations- und Queerbeauftragten fungieren. So wird  
249 gewährleistet, dass feministische Perspektiven in allen Phasen der Planung – von der  
250 Konzeption bis zur Umsetzung – berücksichtigt werden.

251 Kein Bebauungsplan darf künftig ohne die Anhörung der Gleichstellungsstelle in den  
252 zuständigen Ausschuss gelangen. Gleichstellungsbeauftragte müssen frühzeitig und  
253 regelmäßig in Planungsrunden eingebunden werden. Die Gleichstellungsstellen sind  
254 entsprechend personell auszustatten. Gemeinsam mit Politik und Verwaltung sollen sie  
255 Indikatoren festlegen, die den Fortschritt feministischer Stadtentwicklung messbar

256 machen. Dabei sollen sowohl objektive als auch subjektive Indikatoren  
257 Berücksichtigung finden: etwa die Nutzung des ÖPNV in den Abendstunden, das  
258 Sicherheitsempfinden in Parks und auf Straßen, die Zahl konsumfreier Aufenthaltsräume  
259 oder die Zufriedenheit mit öffentlicher Infrastruktur.

260 Auch in der internen Verwaltungskultur muss sich feministische Stadtplanung  
261 widerspiegeln. Beschlussvorlagen, Gutachten und interne Dokumente sind konsequent in  
262 geschlechtersensibler Sprache zu verfassen. Visualisierungen, Karten und Broschüren  
263 müssen Vielfalt zeigen. Planungs- und Projektteams sollen divers besetzt sein; ein  
264 verpflichtender Gender-Balance-Check stellt sicher, dass FINTA Personen mit  
265 gleichstellungsfachlicher Kompetenz Teil jedes Teams sind. Beteiligungsverfahren  
266 dürfen keine reine Formalie bleiben – sie müssen als echte Gestaltungsprozesse  
267 verstanden werden, deren Ergebnisse transparent zurückgespielt werden.

268 Um den Anforderungen einer modernen, gerechten und inklusiven Stadtentwicklung  
269 gerecht zu werden, müssen feministische Inhalte und Methoden systematisch und  
270 verpflichtend in alle mit Stadtplanung und Verwaltungsrecht befassten Studiengänge  
271 und Ausbildungsberufe integriert werden. Ziel ist es, künftige Fachkräfte für die  
272 vielfältigen Lebensrealitäten und Bedürfnisse aller gesellschaftlichen Gruppen zu  
273 sensibilisieren und ihnen die Werkzeuge an die Hand zu geben, feministische  
274 Stadtplanung aktiv und reflektiert umzusetzen. Mieter\*innen müssen geschützt werden.  
275 Besonders FINTA leiden unter dem Druck auf dem Wohnungsmarkt und können prekäre  
276 Wohnsituationen oft nicht zeitnah verlassen, weil sie keine bezahlbare neue Wohnung  
277 finden, ohn mit einem größeren Umzug ihr Umfeld aufzugeben. Es braucht deshalb mehr  
278 Beratungs- und Unterstützungsangebote für FINTA durch die Kommunen.

279 Auch für bereits tätige Fachkräfte in Verwaltung und Stadtplanung sollen regelmäßige  
280 Fort- und Weiterbildungsangebote zu feministischer Stadtplanung verpflichtend  
281 eingeführt werden, um bestehendes Wissen zu vertiefen und neue Perspektiven  
282 kontinuierlich in die Praxis zu integrieren. Bei der inhaltlichen-organisatorischen  
283 Umsetzung soll dabei die Freiheit der Lehre gewahrt bleiben, worunter wir verstehen,  
284 dass Lehrende weiterhin Gestaltungsspielraum für eigene Akzente und  
285 Schwerpunktsetzungen in ihren Veranstaltungen behalten.

286 Um die Wirksamkeit sicherzustellen, braucht es klare Kontroll- und  
287 Steuerungsmechanismen. Ein Gender-Controlling mit jährlichem Bericht an den  
288 Gemeinderat soll erfassen, in welchem Umfang Gleichstellungsaspekte in Plänen  
289 berücksichtigt wurden. Diese Ergebnisse sind öffentlich zu machen und mit  
290 Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen zu diskutieren.

291 Feministische Stadtplanung bedeutet auch, profitorientierte Strukturen zu  
292 hinterfragen. In vielen Städten werden Grundstücke an Investor\*innen verkauft, die  
293 dort Luxuswohnungen oder renditeorientierte Projekte errichten. Diese Vorhaben  
294 verdrängen bestehende Bewohner\*innen und schaffen exklusive Räume, die nichts zur  
295 Daseinsvorsorge beitragen. Sie stehen damit im Widerspruch zu feministischen  
296 Prinzipien, die auf Sicherheit, Teilhabe und Gemeinwohl zielen.

297 **Deshalb fordern wir** dass bei Bauvorhaben nach § 34 und 35 BauGB eine verpflichtende  
298 Kurzprüfung eingeführt wird, die mögliche Auswirkungen auf Gleichstellung, soziale  
299 Teilhabe und Sicherheit berücksichtigt. Diese Prüfung soll im Rahmen bestehender  
300 Verfahren erfolgen und keine zusätzlichen Fristen verursachen. Werden negative

Effekte festgestellt - etwa durch Verdrängung oder den Abbau sozialer Infrastruktur - soll Kommunen ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Solange noch kein Vorkaufsrecht besteht, soll in diesen Fällen ein verbindlicher Bebauungsplan erlassen werden.

In allen Aufstellungsverfahren zum Erlass von Bebauungsplänen soll künftig ein verpflichtender Gender-Check durchgeführt werden. Dafür ist §1 Absatz 6 BauGB zu erweitern. Dieser Gender-Check – analog zum Umweltbericht – macht Gleichstellung prüfbar und abwägungsrelevant. Er muss mindestens die Erreichbarkeit von Gemeinbedarfseinrichtungen, die Aufenthaltsqualität im Wohnumfeld, Sicherheitsaspekte, Nutzungsvielfalt in Grün- und Spielbereichen sowie die aktive Reduzierung von Angsträumen erfassen.

Auch Beteiligung muss feministisch gedacht werden. Gleichstellungsbeauftragte, Queer- und Migrationsgremien sind verpflichtend als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Sitzungszeiten sollen zur besseren Planbarkeit beschränkt werden. Beteiligungsformate müssen barrierefrei, digital zugänglich und mehrsprachig gestaltet sein. Nur wenn alle Perspektiven gehört werden, entsteht eine Stadt, die allen gehört.

**Deshalb fordern wir**, dass feministische Stadtplanung als verbindliches Planungsprinzip im Baugesetzbuch verankert und vom Bund ausreichend finanziert wird. Gleichstellungsstellen und Gender-Checks müssen gesetzlich vorgeschrieben sein, kommunale Verwaltungen müssen divers aufgestellt und regelmäßig geschult werden. Hierzu zählt die Integration von feministischer Stadtplanung in die damit befassten Studiengänge und Ausbildungsberufe. Bauleitplanung darf kein neutrales Verwaltungsverfahren bleiben, sondern muss ein Werkzeug für Gleichstellung, Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe werden. Der dadurch entstehende personelle Mehrbedarf der Gleichstellungsbüros ist durch den Bund gegenzufinanzieren.

Die Perspektive ländlicher Räume stellt eine besondere Herausforderung dar. Kleine Kommunen sind finanziell und personell schlecht bis in Teilen gar nicht aufgestellt. Deshalb ist es ihnen nicht möglich, die Aufgaben, die sich aus einer feministischen Kommunalentwicklung ergeben, alleine zu erfüllen. Der Bund bestellt - bezahlt aber mind. Mäßig bis zu gar nicht. Im ländliche Raum werden diese finanziellen Belastungen über die Landkreise nach unten durchgereicht. Mit dem Ergebnis, dass kleine Kommunen keine Handlungsspielräume für ihre eigenen Aufgaben haben. Deshalb sind die Landkreise und der Bund in der Verantwortung, finanzielle Unterstützung zu bieten die auch in den kleinen Kommunen im ländlichen Raum ankommen.

Deshalb fordern wir:

-Strukturelle finanzielle Entlastung für kleine Kommunen im ländlichen Raum

-Konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips

### **Gerechtigkeit gibt's nicht zum Nulltarif**

Feministische Stadtentwicklung braucht mehr als gute Ideen – sie braucht Geld, Personal und politische Priorität. Die strukturelle Unterfinanzierung vieler Kommunen ist ein zentrales Hindernis auf dem Weg zu gleichberechtigten Städten. Wenn Budgets knapp sind, wird ausgerechnet bei jenen Projekten gespart, die Räume öffnen, Sicherheit schaffen oder Care-Infrastruktur stärken. Feministische Stadtpolitik darf

345 aber keine „freiwillige Leistung“ sein, die im Haushalt als Erstes gestrichen wird.  
346 Sie ist Daseinsvorsorge – und damit Pflichtaufgabe.

347 Wir fordern, dass feministische Kommunalentwicklung nicht nur ideell, sondern  
348 finanziell abgesichert wird. Dafür braucht es zwei Dinge: gezielte Förderprogramme  
349 und verbindliche Verankerung in bestehenden Strukturen. Im Mittelpunkt steht das  
350 Städtebauförderungsprogramm des Bundes. Künftig muss bei jeder Beantragung  
351 nachgewiesen werden, inwiefern eine Maßnahme feministische Prinzipien erfüllt oder  
352 bestehende Strukturen in Richtung Gleichstellung verbessert. Diese Prüfung darf keine  
353 Symbolik bleiben – sie muss Fördervoraussetzung werden.

354 Auch andere Programme, etwa zur Mobilitäts- oder Quartiersentwicklung, müssen  
355 verpflichtende Gender-Checks enthalten. So wird verhindert, dass Fördermittel  
356 Projekte stützen, die Diskriminierung fortschreiben oder Teilhabe behindern.  
357 Stattdessen sollen Gelder gezielt dort ankommen, wo sie Diversität, Inklusion und  
358 Sicherheit fördern.

359 Kommunen müssen zudem die Möglichkeit erhalten, eigene Stellen für feministische  
360 Stadtplanung zu schaffen – dauerhaft, nicht befristet. Wir fordern ein  
361 Bundesprogramm, das die Finanzierung dieser Stellen gewährleistet und ihre  
362 Ausstattung mit klaren Kompetenzen sichert. Nur so können Städte und Gemeinden  
363 tatsächlich handeln, statt auf den nächsten Haushaltspuffer zu warten.

364 Feministische Stadtentwicklung ist keine Zusatzaufgabe, sie verändert die Logik  
365 kommunaler Ausgaben insgesamt. Es geht darum, Mittel gerecht zu verteilen – nach  
366 Bedürfnissen, nicht nach Machtverhältnissen. Das heißt auch: Ressourcen für  
367 Awarenessarbeit, Prävention, Barrierefreiheit oder Care-Infrastruktur dürfen nicht in  
368 Konkurrenz zu Straßenbau und Gewerbeansiedlung stehen. Gleichstellung kostet Geld,  
369 aber Ungleichheit kostet Gesellschaft.

370 **Deshalb fordern wir**, dass feministische Stadt- und Kommunalentwicklung als  
371 verbindliches Förderkriterium in allen Programmen von Bund und Ländern verankert  
372 wird. Kommunen sollen einen Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung für  
373 entsprechende Stellen und Projekte erhalten. Fördergelder müssen gerecht verteilt,  
374 Gender-Checks verpflichtend und Gleichstellung als Haushaltsziel festgeschrieben  
375 werden.

## 376 **Nur wer zahlt, darf leben? – Bezahlbarkeit als Voraussetzung für** 377 **Teilhabe**

378 Städte erzählen immer auch Geschichten von Macht und Ausschluss. Wer sich ein Zuhause  
379 leisten kann, wer verdrängt wird, wer in den Zentren lebt und wer an den Rand  
380 gedrängt wird, ist Ausdruck sozialer Realität und politischer Verantwortung. Wenn  
381 Wohnen zur Ware wird, verliert die Stadt ihr Versprechen auf Gemeinschaft.

382 Feministische Stadtentwicklung stellt sich dieser Entwicklung entgegen und kämpft für  
383 eine Stadt, in der alle Menschen wohnen, bleiben und leben können – unabhängig von  
384 Einkommen, Herkunft oder Lebensform.

385 Wohnen ist kein Konsumgut, sondern ein Menschenrecht. Trotzdem werden Mieten  
386 vielerorts zur existenziellen Bedrohung. Steigende Bodenpreise, Spekulation,  
387 Ferienwohnungen und renditegetriebene Umwandlungen entziehen sich jeder sozialen

388 Logik. Sie verschärfen Ungleichheit und treffen besonders jene, die ohnehin weniger  
389 verdienen oder Care-Arbeit leisten. Wer pflegt, erzieht, betreut oder ehrenamtlich  
390 tätig ist, kann sich oft genau dort keine Wohnung leisten, wo diese Arbeit gebraucht  
391 wird. Eine feministische Wohnungspolitik muss das ändern.

392 Wir brauchen eine Boden- und Wohnungspolitik, die soziale und geschlechtergerechte  
393 Kriterien in den Mittelpunkt stellt. Das beginnt mit dem Boden selbst. Grundstücke  
394 dürfen nicht länger verkauft, sondern müssen in Erbpacht vergeben oder  
395 gemeinwohlorientiert verwaltet werden. Kommunen brauchen ein umfassendes  
396 Vorkaufsrecht für Grundstücke und Immobilien, um sozial gemischte Quartiere zu  
397 sichern und Spekulation zu verhindern. Wohnraum darf nicht dem Markt überlassen  
398 werden, sondern muss als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge verstanden werden.

399 Sozialer Wohnungsbau muss massiv ausgeweitet werden und dauerhaft Bestand haben.  
400 Wohnungen dürfen nach Ablauf der Bindung nicht wieder in den freien Markt übergehen.  
401 Stattdessen braucht es kommunale und genossenschaftliche Träger, die langfristig  
402 bezahlbaren Wohnraum sichern. Förderprogramme müssen feministische Kriterien  
403 berücksichtigen, etwa familiengerechte Grundrisse, barrierefreie Zugänge, Schutzräume  
404 für FINTA, gemeinschaftliche Flächen und Räume für Care-Arbeit. Kommunen müssen beim  
405 Neubau von Wohnungen architektonische und soziale Aspekte berücksichtigen, um das  
406 Risiko häuslicher Gewalt zu verringern oder Betroffenen den Schutz zu erleichtern.

407 Die Förderung von selbst bewohntem Wohneigentum kommt denen zugute, die nicht  
408 Immobilien oder Vermögen erben. Immobilienbesitz ist in Deutschland meist in  
409 männlichen, westdeutschen und weißen Händen - einige wenige profitieren ein Leben  
410 lang, während die allermeisten einen großen Teil des Einkommens für die Miete  
411 ausgeben. Förderprogramme müssen sicherstellen, dass die Eigentumsquote erhöht wird  
412 und davon besonders marginalisierte Gruppen profitieren.

413 Eine feministische Wohnungspolitik denkt auch an jene, die auf den ersten Blick  
414 unsichtbar bleiben. Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende, Menschen mit  
415 Behinderung, Pflegekräfte oder Saisonarbeiter\*innen brauchen gezielte Unterstützung.  
416 Notunterkünfte, Frauenhäuser, queere Schutzräume und niedrigschwellige  
417 Übergangswohnungen müssen Teil einer umfassenden städtischen Wohnstrategie sein und  
418 dürfen kein Randthema bleiben.

419 In größeren Kommunen bieten Studi- und Azubi-Wohnheime Möglichkeiten direkt Wohnraum  
420 für junge Menschen zu schaffen und durch sozialpädagogische Begleitung ein sicheres  
421 Umfeld für die Bewohner\*innen zu schaffen. Kommunen müssen diese Möglichkeiten mehr  
422 nutzen und darin finanziell durch Förderprogramme unterstützt werden. In kleineren  
423 Kommunen fehlt es in vielen Fällen an Wohnraum für Azubis und Studierende, die von  
424 zuhause ausziehen wollen. Es braucht daher mehr Single-Wohnungen und Wohnraum für  
425 junge Menschen im ländlichen Raum.

426 Bezahlbarkeit bedeutet auch Energie- und Nebenkosten-Gerechtigkeit. Feministische  
427 Stadtentwicklung fordert eine sozial-ökologische Wende in der Gebäudeförderung.  
428 Förderungen dürfen nicht allein zur Wertsteigerung der Eigentumsobjekte genutzt  
429 werden, sondern müssen den Menschen zugute kommen, die in den Wohnungen leben.

430 Gleichzeitig müssen Kommunen sicherstellen, dass auch Innenstädte bezahlbar bleiben.  
431 Wenn Stadtzentren nur noch Orte für Konsum und Kapital sind, verlieren sie ihre  
432 demokratische und soziale Funktion. Eine lebendige Innenstadt braucht Wohnraum für

433 alle: für Studierende, Rentner\*innen, Alleinerziehende und Auszubildende genauso wie  
434 für Familien und Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

435 Feministische Stadtplanung bedeutet auch proaktiv die Menschen zu unterstützen und in  
436 den Fokus zu nehmen, die generell in der Stadtentwicklung außen vor bleiben.

437 Obdachlose Menschen werden aus den Innenstädten und Ortskernen verdrängt und  
438 Schlafplätze durch defensive Architektur vernichtet oder die Personen von der Polizei  
439 vertrieben. Das löst kein Problem, sondern verdrängt Obdachlosigkeit nur an andere  
440 Orte der Kommunen. Besonders FINTA sind in den uneinsehbaren Ecken oder  
441 Notbehauungen von gewalt betroffen. Es braucht mehr nach dem Ansatz "housing first"  
442 gedachte Hilfsangebote und niedrighschwellige Unterkünfte besonders für wohnungslose  
443 FINTA\*. Defensive Architektur darf nicht Teil der Strategie gegen Obdachlosigkeit  
444 sein.

445 **Deshalb fordern wir**, dass Wohnen als Menschenrecht gesetzlich verankert und die  
446 Bodenpolitik konsequent am Gemeinwohl ausgerichtet wird. Kommunen sollen ein  
447 Vorkaufsrecht bei spekulativen Verkäufen erhalten, die öffentliche Hand muss  
448 dauerhaft in sozialen und feministischen Wohnungsbau investieren. Mietpreisbremsen,  
449 Milieuschutz und Belegungsrechte sind auszuweiten, um Verdrängung zu verhindern.  
450 Wohnraum ist die Grundlage für Teilhabe und darf niemals ein Luxus sein.

#### 451 **Ohne Moos kein Bus? Nicht mit uns!**

452 Mobilität ist mehr als Fortbewegung. Sie bedeutet Freiheit, Zugang, Selbstbestimmung  
453 und gesellschaftliche Teilhabe. Doch für viele Menschen ist genau diese Freiheit  
454 längst zur Kostenfrage geworden. Wer sich Tickets nicht leisten kann, bleibt zurück.  
455 Wer auf ein Auto verzichten muss, wird vom Alltag abgeschnitten. Wer auf Barrieren  
456 stößt, bleibt außen vor. Eine feministische Stadt stellt sich gegen diese  
457 Ungleichheit, weil sie weiß: Bewegung darf kein Privileg sein.

458 In der Realität sieht das anders aus. Öffentliche Verkehrsmittel werden teurer,  
459 Strecken im ländlichen Raum werden ausgedünnt, Nachtverbindungen gestrichen. Das  
460 trifft besonders Menschen mit geringem Einkommen, FINTA, Jugendliche, Senior\*innen  
461 und Menschen mit Behinderung. Während in Innenstädten Parkhäuser wachsen, warten  
462 viele Stadtteile auf eine verlässliche Buslinie. Wer in Schichtarbeit tätig ist, wer  
463 Care-Arbeit leistet oder spät abends nach Hause fährt, hat oft keine sichere und  
464 bezahlbare Option. Diese Mobilitätsarmut ist kein Zufall, sondern das Ergebnis  
465 politischer Entscheidungen.

466 Feministische Mobilitätspolitik denkt Alltagsrealitäten mit. Sie schafft Strukturen,  
467 die Sorgearbeit, Familie, Freizeit und Beruf zusammenbringen. Das heißt: kurze Wege,  
468 dichte Takte, sichere Haltestellen und echte Alternativen zum Auto. Wenn Mobilität  
469 gerecht organisiert ist, spart sie Zeit, Nerven und Geld. Sie entlastet Menschen, die  
470 ohnehin viel tragen – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn.

471 Dazu gehört auch, dass Mobilität barrierefrei gedacht wird. Menschen mit Rollstuhl,  
472 Kinderwagen, Rollator oder Gepäck dürfen nicht länger auf Rampen, Aufzüge oder  
473 funktionierende Automaten hoffen müssen. Barrierefreiheit ist keine Sonderleistung,  
474 sondern eine Grundvoraussetzung für Gleichberechtigung im öffentlichen Raum.

475 Der öffentliche Nahverkehr muss so organisiert sein, dass er für alle funktioniert –  
476 verlässlich, sicher und bezahlbar. Unser Ziel ist ein bundesweites,

477 sozialgestaffeltes Ticket, das niemanden ausschließt. Langfristig ist das Ziel ein  
478 ticketloser ÖPNV, der solidarisch finanziert wird. Bis dahin brauchen Kommunen  
479 Mittel, um ihre Verkehrsbetriebe zu stärken, Personal fair zu bezahlen und Angebote  
480 auszubauen. Auch Rad- und Fußverkehr müssen systematisch gefördert werden, damit alle  
481 Menschen mobil sein können, ohne auf das Auto angewiesen zu sein.

482 Feministische Mobilität bedeutet auch Sicherheit. Wer nachts unterwegs ist, soll sich  
483 sicher fühlen können – unabhängig von Geschlecht, Uhrzeit oder Wohnort. Dafür braucht  
484 es gute Beleuchtung, Awareness-Teams, Nachtbusse und verlässliche Heimwegangebote.  
485 Öffentlicher Raum endet nicht an der Haltestelle, er beginnt dort.

486 Gerade im ländlichen Raum sind mehr Buslinien oder engere Taktung nicht immer eine  
487 umsetzbare Lösung. Angebote wie FINTA-Nachttaxen und ein verlässliches Ruftaxisystem  
488 oder andere individuelle Konzepte müssen stärker mitgedacht und gefördert werden.

489 Auf dem Land wird der ÖPNV den Individualverkehr nicht komplett ersetzen können.  
490 Nachhaltige Lösungen müssen weiterentwickelt werden, bezahlbar sein und Förderungen  
491 ausgebaut werden

492 Bewegung darf kein Luxusgut sein. Eine gerechte Mobilitätspolitik ist eine  
493 Investition in Freiheit, Klima und Demokratie. Sie sorgt dafür, dass niemand auf der  
494 Strecke bleibt – im übertragenen wie im echten Sinn.

495 **Deshalb fordern wir**, dass Mobilität als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge verstanden  
496 und solidarisch finanziert wird. Der ÖPNV muss flächendeckend, barrierefrei, sicher  
497 und dauerhaft bezahlbar sein. Fördermittel sind nach sozialen Kriterien zu vergeben,  
498 der Autoverkehr darf nicht länger das Maß aller Dinge sein. Nur so entsteht eine  
499 Kommune, die in Bewegung bleibt, weil alle mitkommen.

## 500 **Gemeinwohl statt Geschäft – Infrastruktur gehört uns allen**

501 Eine Kommune, die gerecht sein will, muss funktionieren - und zwar für alle. Wasser,  
502 Energie, Abfallentsorgung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur und digitale  
503 Teilhabe sind keine Luxusgüter, sondern Grundrechte. Wenn öffentliche Infrastruktur  
504 privatisiert, vernachlässigt oder zu teuer wird, zerbricht das Versprechen der  
505 sozialen Stadt. Bezahlbare Infrastruktur ist die Grundlage für Teilhabe,  
506 Selbstbestimmung und ein gutes Leben im Alltag.

507 Feministische Stadtentwicklung begreift Infrastruktur als soziales Netz, das alle  
508 Lebensbereiche miteinander verbindet. Sie stellt die Bedürfnisse der Menschen über  
509 Profitinteressen und setzt auf Gemeinwohl statt Rendite. Eine feministische Kommune  
510 fragt nicht, wie viel Gewinn ein Projekt abwirft, sondern wem es nützt und wer Zugang  
511 dazu hat. Ob Stromversorgung, Nahverkehr, Kitas, Pflege oder Bibliotheken – überall  
512 gilt: Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.

513 In vielen Städten und Gemeinden werden jedoch zentrale Dienstleistungen zunehmend  
514 ausgelagert, privatisiert oder digitalisiert, ohne soziale Folgen abzuschätzen. Die  
515 Folge ist ein Zwei-Klassen-System, in dem sich Wohlhabende Qualität leisten können,  
516 während andere mit Kürzungen, Wartezeiten und schlechterer Versorgung leben müssen.  
517 Diese Entwicklung trifft besonders FINTA, Familien, Alleinerziehende und Menschen mit  
518 geringem Einkommen. Sie sind auf verlässliche, wohnortnahe Angebote angewiesen – von  
519 der Kita bis zur Arztpraxis, vom Schwimmbad bis zur Energieversorgung.

520 Eine gerechte Infrastrukturpolitik muss diese Schieflage korrigieren. Öffentliche

521 Dienstleistungen dürfen nicht länger von Marktlogiken bestimmt werden, sondern müssen  
522 sich an Bedürfnissen orientieren. Energie- und Wasserversorgung gehören in kommunale  
523 Verantwortung, ihre Preise müssen sozial gestaltet und transparent kontrolliert  
524 werden. Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren und Pflegeangebote müssen  
525 wohnortnah, barrierefrei und bezahlbar sein. Gerade in Zeiten steigender  
526 Lebenshaltungskosten brauchen Kommunen finanzielle Spielräume, um soziale  
527 Infrastruktur auszubauen, nicht abzubauen.

528 Feministische Stadtentwicklung fordert, dass Care-Arbeit und Daseinsvorsorge in der  
529 kommunalen Haushaltsplanung denselben Stellenwert erhalten wie Straßen,  
530 Gewerbeflächen oder Neubauten. Wo investiert wird, darf nicht nur Beton wachsen,  
531 sondern soziale Gerechtigkeit. Kommunale Energie- und Verkehrsbetriebe, Stadtwerke  
532 und öffentliche Einrichtungen sind die Orte, an denen demokratische Kontrolle,  
533 Nachhaltigkeit und Gleichstellung konkret werden.

534 Öffentliche Dienstleistungen sind auch Orte des Miteinanders. Sie schaffen Begegnung,  
535 Nähe und Vertrauen. Wenn das Hallenbad schließt, die Bibliothek verkleinert oder das  
536 Jugendzentrum gestrichen wird, verschwinden nicht nur Angebote, sondern auch soziale  
537 Räume. Eine feministische Kommune versteht diese Orte als Rückgrat gesellschaftlicher  
538 Solidarität.

539 Öffentliche Veranstaltungen ermöglichen kulturelle Teilhabe durch Begegnung und  
540 Austausch. Sie müssen inklusiv gestaltet sein und unterschiedliche Lebensrealitäten  
541 berücksichtigen. Öffentliche Räume dürfen keine Angsträume sein, Sicherheit und  
542 Wohlbefinden sind Voraussetzung für Teilhabe. Städtische Veranstaltungen enthalten  
543 verbindliche Awareness-Konzepte, die Diskriminierung und Übergriffe präventiv  
544 verhindern. Auch kommerzielle Veranstaltungen mit städtischer Förderung sind daran  
545 gebunden. An- und Abreisewege werden in der Planung berücksichtigt.

546 Kostenfreie Veranstaltungen fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt, unabhängig vom  
547 Einkommen. Kommunen tragen Verantwortung und sollen solche Veranstaltungen fördern  
548 und selbst organisieren. Eintrittspreise werden sozial gerecht gestaltet, öffentliche  
549 Mittel subventionieren Tickets gezielt. Programme wie Kulturtickets oder Sozialpässe  
550 werden flächendeckend ausgebaut.

551 **Deshalb fordern wir**, dass Bund und Länder die Kommunen finanziell so ausstatten, dass  
552 sie öffentliche Dienstleistungen in eigener Verantwortung sichern und ausbauen  
553 können. Daseinsvorsorge muss öffentlich, bezahlbar und geschlechtergerecht  
554 organisiert werden. Privatisierungen öffentlicher Infrastruktur sind zu stoppen und  
555 dort, wo sie soziale Ungleichheit verschärfen, rückgängig zu machen. Bezahlbare  
556 Infrastruktur ist kein Kostenfaktor, sondern die Grundlage für Freiheit, Würde und  
557 Gerechtigkeit.

## 558 **Demokratie hört nicht am Rathaus auf**

559 Feministische Stadtentwicklung bedeutet, Menschen nicht nur als Bewohner\*innen zu  
560 sehen, sondern als Mitgestalter\*innen ihres Lebensumfelds. Wer von Entscheidungen  
561 betroffen ist, muss an ihnen beteiligt sein. Doch oft ist genau das Gegenteil der  
562 Fall: Beteiligung findet zu spät, zu kompliziert oder gar nicht statt. Beteiligung  
563 muss zugänglich und inklusiv gestaltet werden und darf nicht hinter den gesetzlichen  
564 Mindestanforderungen zurückbleiben. Pläne werden vorgestellt, wenn sie längst



565 beschlossen sind, und Mitsprache wird zum Feigenblatt. Eine gerechte Stadt entsteht  
566 aber nicht im Hinterzimmer, sondern im Dialog.

567 Mitbestimmung ist kein Extra, sie ist demokratische Pflicht. Stadtplanung darf nicht  
568 über Menschen hinweg entscheiden, sondern muss gemeinsam mit ihnen gestaltet werden.  
569 Dabei geht es nicht um symbolische Beteiligung, sondern um echte  
570 Einflussmöglichkeiten. Bürger\*innenbeiräte mit bestimmten Aufgaben (Kinder- und  
571 Jugendbeiräte, FINTA\*-Beiräte, etc.) und digitale Plattformen können Räume schaffen,  
572 in denen Menschen tatsächlich mitentscheiden. Diese sind mit entsprechenden  
573 finanziellen Mitteln auszustatten.

574 Besonders wichtig ist, dass Beteiligung inklusiv gedacht wird. FINTA, Kinder,  
575 Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Migrant\*innen, queere Communities und Senior\*  
576 innen werden in klassischen Beteiligungsformaten oft übersehen. Ihre Perspektiven müssen  
systematisch einbezogen werden – von Anfang an, nicht erst zur Legitimation. Dazu braucht es  
barrierefreie Formate, flexible Zeiten, Kinderbetreuung  
577 und mehrsprachige Informationen. Beteiligung darf keine Frage von Zeit, Bildung oder  
578 Zugang sein.

579 Feministische Stadtentwicklung versteht Mitbestimmung als kollektiven Lernprozess.  
580 Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft müssen neue Formen der Zusammenarbeit  
581 erproben. Das heißt auch: Macht teilen, Fehler aushalten und Vertrauen schaffen. Wer  
582 die Kommune mitgestaltet, fühlt sich verantwortlich für sie – und stärkt so die  
583 demokratische Kultur vor Ort.

584 Echte Mitgestaltung braucht Transparenz. Planungsprozesse müssen nachvollziehbar,  
585 Daten offen und Entscheidungen begründet sein. Nur wenn Menschen wissen, warum etwas  
586 geschieht, können sie sich konstruktiv einbringen. Eine feministische Kommune setzt  
587 auf klare Kommunikation, offene Verfahren und verbindliche Rückmeldungen. Beteiligung  
588 darf keine Einbahnstraße sein.

589 **Deshalb fordern wir**, dass Kommunen Beteiligung als festen Bestandteil jeder Planungs-  
590 und Entscheidungsstruktur verankern. Beteiligungshaushalte sollen gesetzlich  
591 ermöglicht werden. Überall wo es Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürger\*innenräte oder  
592 Stadtteilforen gibt, sollen diese finanzielle Unterstützung erfahren. Alle  
593 Planungsverfahren müssen verbindlich barrierefrei, mehrsprachig und  
594 geschlechtergerecht gestaltet werden. Mitbestimmung heißt Mitgestaltung – und nur  
595 eine Kommune, die alle hört, kann allen gehören.

## 596 **Kommune ist Machtfrage – Feminismus ist unsere Antwort**

597 Wer feministische Stadtpolitik denkt, denkt Machtverhältnisse neu. Feministische  
598 Stadtentwicklung ist keine Randnotiz, sondern Kern jungsozialistischer Politik. Sie  
599 vereint, was uns als Jusos ausmacht: den Kampf für Gleichstellung, soziale  
600 Gerechtigkeit und echte Demokratie – konkret, spürbar und vor Ort. Sie verbindet  
601 große politische Ideen mit dem Alltag der Menschen, mit dem Bus, der fährt, dem  
602 Platz, auf dem man sich sicher fühlt, und der Wohnung, die man sich leisten kann.

603 Für uns Jusos ist das nicht bloß Planung, sondern Umverteilung von Ressourcen,  
604 Aufmerksamkeit und Macht. Wir kämpfen für Kommunen, die nicht Profit, sondern  
605 Menschen dienen, für Kommunen, in denen Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit  
606 Leitprinzipien sind. Feministische Stadtentwicklung bedeutet auch, dass ökologische

607 Transformation und soziale Gleichstellung zusammen gedacht werden. Eine klimagerechte  
608 Kommune ist immer auch eine feministische Kommune.  
609 Als Jungsozialist\*innen wollen wir Kommunalpolitik aus dem Kern der Gesellschaft  
610 denken, mit Beteiligung statt Bevormundung, mit offenen Räumen statt geschlossenen  
611 Türen, mit Vertrauen in die Menschen, die dort leben. Wir wissen, dass die gerechte  
612 Kommune nicht durch Investoren entsteht, sondern durch Gemeinwohl, Mut und politische  
613 Haltung.  
614 **Deshalb fordern wir**, feministische Stadt- und Kommunalentwicklung als  
615 Querschnittsaufgabe jungsozialistischer Politik zu verankern, in der Programmatik, in  
616 der Bildungsarbeit und in den kommunalen Strukturen. Sie ist kein Spezialthema,  
617 sondern Ausdruck unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Solidarität.  
618 Eine feministische Kommune ist kein Traum. Sie ist der Ort, an dem unsere Ideen  
619 Wirklichkeit werden.

620

## Antrag P01: Unser Sozialleistungskonzept - einmal hin, alles drin

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Die deutschen Sozialversicherungen stehen vor großen Herausforderungen:  
2 Demografischer Wandel, veränderte Arbeitsformen, zunehmende Prekarisierung, wachsende  
3 Ungleichheit und eine fragile Finanzierung bedrohen die Stabilität unserer sozialen  
4 Sicherungssysteme. Als Jusos fordern wir eine grundlegende Reform, die das Prinzip  
5 der Solidarität stärkt und allen Menschen in Deutschland ein würdevolles Leben  
6 ermöglicht. Wir stellen uns politischen Angriffen auf Sozialleistungen entgegen und  
7 fordern auch von der SPD ein klares Bekenntnis zu einem starken Sozialstaat.

8 Für uns ist der Sozialstaat ein Instrument, um gesellschaftliche Macht neu zu ordnen:  
9 Er schützt nicht nur vor Armut, sondern gibt Menschen die Freiheit, ihr Leben  
10 selbstbestimmt zu gestalten. Unser Verständnis von Sozialleistungen leitet sich aus  
11 einem sozialistischen Grundgedanken ab: Der Reichtum, den wir gemeinsam  
12 erwirtschaften, muss allen zugutekommen. Deshalb wollen wir Sozialleistungen so  
13 gestalten, dass er nicht nur absichert, sondern neue Spielräume für ein gutes Leben  
14 eröffnet.

15 Unsere Vorstellung der Sozialleistungen sollen das sozioökonomische und  
16 soziokulturelle Minimum garantieren und darüber hinaus ein würdevolles Leben für alle  
17 Menschen sicherstellen. Der Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben ist nicht nur für  
18 uns unverhandelbar, sondern ist fest in unserem Grundgesetz verankert und muss  
19 verteidigt werden. Solidarität und ein Bewusstsein für die gesellschaftliche  
20 (Mit)verantwortung muss im Zentrum staatlicher Absicherung stehen.

21 Wir lehnen das bedingungslose Grundeinkommen wie schon in unserer bisherigen  
22 Beschlusslage ab, weil es nicht nach Bedürftigkeit unterscheidet und dadurch  
23 gesellschaftliche Ungleichheiten eher zementiert als abgebaut werden.

24 Dieses Konzept beruht auf der Annahme, dass in unserer Utopie Arbeit der Schlüssel zu  
25 gesellschaftlicher Teilhabe und gesellschaftlichem Fortschritt ist. Arbeit soll  
26 identitätsstiftend sein und ist zentraler Bestandteil des Lebens. Es ist weiterhin  
27 unser Ziel, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, da wir dies als Mittel der  
28 Ermöglichung zur Selbstverwirklichung jeder einzelnen Person verstehen. Jene dazu  
29 angewandte Maßnahmen dürfen jedoch nie als Mittel des Zwangs zweckentfremdet werden.

30 Stattdessen soll ein sicheres Netz aus Sozialleistungen Menschen dazu befähigen,  
31 selbstbestimmter in der Wahl ihrer Arbeit und Arbeitsbedingungen zu sein, um das  
32 Ideal der Selbstverwirklichung durch Arbeit zu erreichen.

33 Im Folgenden soll keine umfassende Analyse der Probleme des Sozialstaats  
34 durchgeführt, sondern unsere Visionen der Sozialleistungen skizziert werden.

### 35 I. Grundprinzipien unserer Sozialleistungen

36 Unser sozialstaatliches Ideal basiert einerseits auf Transferleistungen, welche einen  
37 Mindeststandard des Lebens sicherstellen. Andererseits setzen wir auf eine  
38 Sozialversicherung für Menschen, welche begründet keiner Arbeit nachgehen können. Die  
39 Gründe, warum Menschen nicht (mehr) in der Lage sind, einer Arbeit nachzugehen, sind

vielfältig. Dazu gehören die unfreiwillige Erwerbsarbeitslosigkeit, die Pflege und Erziehung von Kindern, der Fall von Krankheit und Pflege, Einschränkungen durch Behinderung oder Unfall sowie das Älterwerden. Die Sozialversicherung soll diese Lebenssituationen abfedern und den Lebensstandard sichern. Bei Wegfall einer dieser Begründungen ist es das Ziel, dass die betroffenen Menschen wieder Erwerbsarbeit aufnehmen können.

Eines der zentralen Probleme unseres derzeitigen Systems ist, dass Personen, die eigentlich durch eine Sozialversicherung gefördert werden könnten, Bürgergeld beziehen müssen. Unser Anspruch ist, dass ein Aufstocken durch Transferleistungen nicht notwendig ist.

Gleichzeitig ist es unsere Überzeugung, dass alle Menschen einen Anspruch auf einen Mindestlebensstandard haben, ganz gleich ob sie eine Begründung der Arbeitsunfähigkeit nachweisen können oder nicht. Dieser Mindeststandard muss sicherstellen, dass ein Mensch nicht nur überlebt, sondern am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann und darf durch keinerlei Sanktionen angegriffen werden.

## **1.2 Zur Finanzierung der neuen Sozialversicherung und der Mindestsicherung**

Unser neues Konzept soll aus zwei zentralen Säulen bestehen.

Die erste Säule, die Transferleistungen zur Sicherung des sozioökonomischen und soziokulturellen Minimums, soll vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. Transferleistungen sind keine Ansprüche, die man durch vorherige Arbeit rechtfertigt, sondern ein garantierter sozialer Mindeststandard.

Die zweite Säule ist die neue, einheitliche Sozialversicherung. Um sie zu finanzieren, stützen wir uns darauf, dass in Zukunft alle Berufstätigen in die Sozialversicherung einzahlen, sowie eine vollständige Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Die bisherigen Arbeitgeber\*innenbeiträge sollen reformiert und von einer, dem Bruttolohn anteiligen, Zahlung hin zu einer Bruttowertschöpfungsabgabe entwickelt werden. Eine Bruttowertschöpfungsabgabe macht den Arbeitgeber\*innenbeitrag an der gesamten Wertschöpfung des Unternehmens fest. Bisher haben Unternehmen mit einem hohen Kapitalanteil an der Wertschöpfung einen Vorteil gegenüber Unternehmen mit einem hohen Anteil an Arbeit, da für Maschinen keine Sozialbeiträge gezahlt werden. Eine Bruttowertschöpfungsabgabe führt also, zusätzlich zu potenziellen Mehreinnahmen für die Sozialkasse, zu einem fairen Spielfeld für Unternehmen mit geringerer Automatisierung. Im öffentlichen Dienst muss die Bruttowertschöpfung entsprechend geschätzt werden. In Situationen, in welchen die Stabilität der Sozialversicherung über Beiträge nicht gewährleistet werden kann, wird durch Haushaltsmittel aufgestockt. Diese Anpassung der Finanzierung unserer Sozialversicherung trägt darüber hinaus der zunehmenden Automatisierung in der Wirtschaft Rechnung, die längst nicht mehr nur das produzierende Gewerbe betrifft. Die Beitragsfinanzierung gewährleistet die rechtliche Absicherung der individuellen Ansprüche gegenüber der Sozialversicherung.

## **II. Transferleistungen**

### **2.1 Mindestsicherung**

Wir sind der Überzeugung, dass jeder Mensch ein Recht auf einen gesicherten Mindeststandard hat. Menschen, die keinen Anspruch auf eine Zahlung aus der

84 Sozialversicherung haben, soll eine sanktionsfreie Mindestsicherung ausbezahlt  
85 werden. Wir wollen, dass die Mindestsicherung sich bedarfsgerecht am tatsächlichen  
86 lokalen soziokulturellen Minimum und persönlichen Mehrbedarfen (z.B. bei Krankheit,  
87 Behinderung, Schwangerschaft oder Alleinerziehen) orientiert, was heißt, dass ein  
88 Zugang zum öffentlichen Leben sichergestellt wird.

89 Bei der Auszahlung der Mindestsicherung fordern wir zunächst eine Karenzzeit von zwei  
90 Jahren, in welcher keine Vermögensprüfung stattfindet. Danach soll ein angemessenes  
91 Schonvermögen bestehen. Zur Regelung des Besitzes von Wohneigentum während des Bezugs  
92 der Mindestsicherung sehen wir vor, dass selbstgenutztes Wohneigentum nicht als  
93 Vermögen angesehen wird. Ausgenommen davon ist selbst genutztes Wohneigentum, das  
94 deutlich mehr Fläche umfasst als die darin lebenden Menschen benötigen. In diesem  
95 Fall soll geprüft werden, ob Teile des Wohneigentums zur Untervermietung zur  
96 Verfügung stehen könnten.

97 Viele Menschen in der Mindestsicherung kämpfen mit unbehandelten gesundheitlichen  
98 Problemen. Der Sozialstaat darf sie damit nicht allein lassen, sondern muss ihnen mit  
99 solidarischer Unterstützung den Weg in ein selbstbestimmtes Leben öffnen.

100 Wir setzen uns außerdem für das Angebot eines deutlich spürbaren Weiterbildungsgeldes  
101 ein. Die beschriebenen Maßnahmen sollen in ihrer Höhe so aufeinander abgestimmt sein,  
102 dass für alle Einkommensgruppen ein Anreiz besteht, Erwerbsarbeit aufzunehmen.

## 103 **2.2 Weitere Transferleistungen**

104 Neben der Mindestsicherung existieren weitere staatliche Transferleistungen.  
105 Erwerbseinbußen von Eltern und Pflegenden, welche durch die Pflege von  
106 anderen/nahestehenden Personen bedingt wird, wollen wir abfedern. Wir fordern, dass  
107 das Elterngeld armutsfest angehoben und auf 18 Monate verlängert wird, aber nur dann  
108 abgerufen werden darf, wenn es gerecht zwischen den Partner\*innen aufgeteilt wird.  
109 Alleinerziehende sollen Anrecht auf das volle Elterngeld haben.

110 Auch bei der Pflege brauchen wir eine Transferleistung, damit pflegende Angehörige  
111 keine Lohneinbußen hinnehmen müssen, wenn sie ihre Angehörigen pflegen. Wir fordern  
112 daher ein Angehörigenpflegegeld, das so lange bezogen werden kann, wie Bedarf besteht  
113 und für bis zu vier Wochen über das Ende des Pflegebedarfs hinaus weitergezahlt wird,  
114 um pflegenden Angehörigen eine angemessene Trauer- und Erholungszeit zu ermöglichen.  
115 Dabei kann das Angehörigenpflegegeld auch in geteilten Zeitabschnitten genommen  
116 werden. Während dieser Zeit haben die Pflegenden Anspruch auf Freistellung und  
117 Anrecht auf eine Transferleistung in Höhe von 80 Prozent des letzten Nettogehalts.  
118 Unsere Vision ist, dass die Pflege vollständig professionalisiert wird.

119 Während der Eltern- und Pflegezeit werden weiterhin, entsprechend dem Betrag, der in  
120 der Zeit verdient worden wäre, Rentenpunkte gesammelt. In die Logik der  
121 Mindestsicherung sind Forderungen des elternunabhängigen BAföG als Vollzuschuss und  
122 der Kindergrundsicherung integrierbar. Diese stellen auch eine bedarfsgerechte, nicht  
123 sanktionierbare Transferleistung dar, um nicht nur das bloße Überleben, sondern auch  
124 die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

## 125 **III. Leistungen der Sozialversicherung**

126 Im Folgenden wird abgeleitet, wann, für wen welche Leistungen aus der  
127 Sozialversicherung entstehen. Leistungen, die über mehrere Jahre hinweg ausgezahlt  
128 werden und sich auf einen Festbetrag (meistens den letzten Nettolohn) beziehen,

sollen jährlich an die Inflationsentwicklung angepasst werden.

### **3.1 Erwerbsarbeitslosengeld**

Bei Eintreten einer Erwerbsarbeitslosigkeit soll für die Dauer von zwei Jahren ein Erwerbsarbeitslosengeld in Höhe von 80 Prozent des letzten Nettolohns gezahlt werden. Gleichzeitig sollen Menschen in dieser Zeit aktiv unterstützt werden, um eine neue, den individuellen Lebensumständen angemessene Erwerbsarbeit zu finden.

### **3.2 Absicherung gegen langfristige, gesundheitsbedingte Einschränkung der Fähigkeit zur Erwerbsarbeit**

Die derzeitige gesetzliche Unfallversicherung wird, zusammen mit dem Krankengeld, zu einer umfassenden Absicherung gegen Berufsunfähigkeit weiterentwickelt, welche Unfälle, Krankheit, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit umfasst. Diese soll nicht nur Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten abdecken, sondern alle Formen der Berufsunfähigkeit unabhängig von ihrer physischen oder psychischen Ursache und ob ein Unfall im privaten oder beruflichen Kontext passiert ist. Wenn durch eine durchgeführte ärztliche Untersuchung festgestellt wird, dass die vorherige Beschäftigung oder eine dieser ähnelnden Beschäftigung, nicht ausgeübt werden kann, sollen für die ganze Zeit der Berufsunfähigkeit 80 Prozent des letzten Nettolohns ausgezahlt werden. Gleichzeitig sollen die Menschen ermutigt und unterstützt werden, sich neu zu orientieren, zu qualifizieren und eine neue, ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung zu finden.

### **3.3 Absicherung für den Fall von Krankheit und Pflege**

Wir sind überzeugt, dass die Zwei-Klassen-Medizin ungerecht ist. Deswegen fordern wir mit unserer Sozialversicherung eine Krankenkasse für Angestellte, Selbstständige und Beamt\*innen. Wir wollen eine einheitliche, alle einschließende Kranken- und Pflegeversicherung, welche alle medizinisch empfohlenen Leistungen in hoher Qualität vollumfänglich abdeckt. Dabei sind präventive Maßnahmen ausdrücklich eingeschlossen. Die Absicherung erfolgt unabhängig davon, ob vorher in die Sozialversicherung eingezahlt wurde. Zusatzversicherungen und freiwillige Leistungen wollen wir nicht verbieten. Sie müssen jedoch dort ihre Grenze finden, wo sie die Qualität der allgemeinen Versorgung einschränken oder den gleichberechtigten Zugang aller gefährden würden. Unser Ziel ist ein System, in dem private Absicherung überflüssig wird, weil die allgemeine Versorgung bereits so hochwertig ist, dass niemand auf sie angewiesen ist.

### **3.4 Erwerbstätigenrente für alle**

Wir halten weiterhin an einem festgelegten Renteneintrittsalter fest, mit dessen Erreichen alle Menschen ohne Abschläge in Rente gehen können. Gleichzeitig etablieren wir ein System, das Menschen aus besonders belastenden Berufen einen früheren Renteneintritt ermöglicht. Die Dauer der vorgezogenen Rente orientiert sich dabei anteilig an der Zeit, die in belastenden Tätigkeiten verbracht wurde. Kriterien für unter anderem belastende Tätigkeiten sind dabei schwere körperliche Belastung, Arbeiten mit Gesundheitsrisiken, Schichtarbeit und Nachtarbeit sowie hohe psychische Belastung. Diese Regelung erkennt an, dass nicht alle Menschen gleich lange arbeiten können und schafft gerechte Übergänge in die Rente.

Wir bekennen uns klar zur umlagefinanzierten Rente, welche sich über Jahrzehnte durch

verschiedene Krisen hindurch bewährt hat. Das System des Erwerbs von Rentenpunkten wollen wir beibehalten, das Rentenniveau auf perspektivisch 53 Prozent des Durchschnittseinkommens anheben, dabei muss die generationsgerechte Gegenfinanzierung sichergestellt sein. Im Falle von unverschuldeter Erwerbsarbeitslosigkeit erfolgt die Berechnung der Rentenpunkte anteilig auf das ausgezahlte Erwerbsarbeitslosengeld in Höhe von 80 Prozent. Die Mindestrente soll außerdem über der im vorherigen Kapitel beschriebenen Mindestsicherung liegen.

Die Finanzierung der gesetzlichen Rente ist heute durch den demografischen Wandel gefährdet wie nie. Gleichzeitig ist sie deutlich schlechter gestellt als die Pension für Beamt\*innen oder die Renten der Berufsgenossenschaften. Wir fordern eine Rente für alle, in die Beschäftigte, Selbstständige und Beamt\*innen einzahlen.

Wir erkennen an, dass viele Menschen auch im hohen Alter weiterhin einer identitätsstiftenden Tätigkeit nachgehen wollen, ihnen aber derzeit verschiedene gesetzliche Hindernisse im Weg stehen. Ältere Menschen sollen ermutigt werden, auch nach Renteneintrittsalter aktiver Teil des gesellschaftlichen Lebens zu sein und können sich durch Erwerbsarbeit oder ehrenamtliche Arbeit weiterhin selbst verwirklichen. Diese Weiterarbeit soll aber nicht aus materieller Notwendigkeit erfolgen.

#### **IV. Fazit**

Die vorgeschlagene Reform der deutschen Sozialversicherungen und Transferleistungen ist ambitioniert und soll unser langfristiges Ziel beschreiben, aus welchem heraus wir konkrete Forderungen der Tagespolitik ableiten. Sie macht unser soziales Sicherungssystem gerecht, solidarisch und zukunftsfähig. Alle Menschen profitieren von dieser Reform, während die Finanzierung auf breitere und gerechtere Schultern gestellt wird.

Wir fordern die SPD auf, diese Forderungen umzusetzen und in der politischen Auseinandersetzung für ihre Umsetzung zu kämpfen. Die Zeit für halbherzige Reformen ist vorbei.

## Antrag P02: Den Sozialstaat abbauen? - Nicht mit uns!

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 In den vergangenen Wochen und Monaten hören wir immer wieder vom sogenannten „Herbst  
2 der Reformen“. Richtig wäre es aber, vom Herbst der sozialen Kälte, vom Herbst des  
3 sozialen Rückschritts oder von dem Herbst zu sprechen, in dem die SPD ihre Werte  
4 vollends über Bord geworfen hat.

5 Schon seit langem verbreitet die Union evidenzlose Narrative, die eine Schwächung des  
6 Sozialstaats legitimieren. Merz Aussage, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar,  
7 obwohl die Kosten prozentual gemessen am Bruttoinlandsprodukt vergleichbar sind mit  
8 denen von vor einem Jahrzehnt, ist nur ein Beispiel des sozialpolitisch verschärften  
9 Kurses der Unionsfraktion und ihrer Regierungsmitglieder. Sie will die kriselnde  
10 Wirtschaft neben Steuergeschenken an Superreiche und Unternehmen, insbesondere durch  
11 erhöhten Druck auf bedürftige Menschen und weite Teile der Arbeitnehmerschaft, die  
12 als zu faul oder zu wenig leistungsbereit dargestellt werden, beleben. Auch unsere  
13 Mutterpartei folgt wieder wie in Zeiten der rot-grünen Bundesregierung diesem Weg der  
14 sozialen Kälte und ist bereit, erkämpfte Verbesserungen, wie das Bürgergeld und die  
15 damit versuchte Überwindung von Hartz4, aufzugeben. Die SPD macht sich damit das  
16 Einsparungsrezept der Union zu eigen: Keine gezielten Steuererhöhungen, stattdessen  
17 Einsparungen bei den Sozialleistungen.

18 Konkret hat der Koalitionsausschuss der Bundesregierung aus SPD und Union  
19 beschlossen, dass mit härteren Sanktionen belegt werden soll, wer gegen die Regeln  
20 der Jobcenter verstößt, etwa bei Terminen oder der Arbeitsaufnahme. Wer als Empfänger  
21 von Grundsicherung einen ersten Termin im Jobcenter versäumt, soll sofort zu einem  
22 zweiten Termin eingeladen werden. Wer diesen Termin ebenfalls nicht wahrnimmt, dem  
23 soll die monatliche Überweisung um 30 Prozent gekürzt werden. Bleibt auch ein dritter  
24 Termin ungenutzt, sollen die Geldleistungen komplett eingestellt werden. Alle  
25 Leistungen inklusive der Unterstützung zur Unterkunft sollen für diejenigen  
26 gestrichen werden, die auch im Monat darauf nicht erscheinen. Die Sozialstaatspolitik  
27 konservativer und rechter Kräfte basiert auf der Annahme, dass sich Arbeit gegenüber  
28 dem Bezug von Sozialleistungen nicht mehr lohnen würde. Diese Annahme ist faktisch  
29 falsch und wird von den Jusos entschieden abgelehnt. Die daraus abgeleitete Forderung  
30 nach härteren Sanktionen, um Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen, verliert somit  
31 ihren Sinn.

32 Die Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit ist nicht, ob Menschen entweder Bürgergeld  
33 beziehen oder in einem prekären Beschäftigungsverhältnis, in welches sie aus Angst  
34 vor Kürzungen ihrer Bezüge getrieben wurden, arbeiten. Wenn wir über Gerechtigkeit  
35 sprechen, müssen wir über Umverteilung sprechen. In kaum einem anderen Land ist das  
36 Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Während das reichste Prozent der  
37 Bevölkerung fast 30% des gesamten deutschen Vermögens besitzt, gehören der ärmeren  
38 Hälfte nur 3% daran. Aus der ungleichen Vermögensverteilung resultiert auch eine hohe  
39 Einkommenskonzentration in Deutschland: 0,1% der Bevölkerung erhält jährlich 7% des  
40 Nationaleinkommens. Diese Ungleichheit ist keinesfalls neu. Sie bleibt seit vielen



41 Jahren stabil und verschärft sich in der Tendenz noch.

42 Für uns ist es deshalb völlig unbegreiflich, dass unsere Mutterpartei diesen Kurs der  
43 sozialen Kälte mitträgt und in der aktuellen Bundesregierung vielmehr aktiv  
44 vorantreibt. Denn was als Maßnahme zur Eigenverantwortung verkauft wird, ist in  
45 Wahrheit ein gefährlicher sozialpolitischer Dammbruch. Hier werden ganz existenzielle  
46 Güter, wie das Dach über dem Kopf und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges  
47 Existenzminimum, zum Druckmittel gegenüber den Menschen in unserer Gesellschaft, die  
48 den Schutz und die Unterstützung des Staates brauchen. Zudem verschärft die SPD als  
49 vermeintliche Partei der Arbeitnehmer\*innen ganz massiv die Situation der  
50 Arbeitnehmenden. Zum einen sorgt der Kompromiss der Koalition dafür, dass Menschen  
51 viel häufiger in prekäre Arbeitsverhältnisse eintreten müssen, um den harten Folgen  
52 des Sanktionsregimes zu entgehen. Zugleich werden Beschäftigte viel häufiger in  
53 Arbeitsverhältnissen mit schlechten Bedingungen verbleiben, weil eine Grundsicherung,  
54 die mit massiven Sanktionen droht, die Verunsicherungen, die bei einer Kündigung  
55 erwartbar sind, weiter verschärft.

56 Dieser Weg ist dabei nicht nur unsozial, er täuscht auch über die wirklichen Probleme  
57 hinweg: Fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten, mangelnde Jobperspektiven für  
58 Geringqualifizierte und eine Arbeitsmarktintegration, die Geflüchtete wie auch  
59 Langzeitarbeitslose im Stich lässt. Diese Probleme müssen, frei von Stigmatisierung  
60 und mit den betroffenen Personen im Blick, angegangen werden.

61 Seit der Einführung des Bürger\*innengeldes kursieren jedoch zahlreiche falsche  
62 Behauptungen. Entgegen der populistischen Töne ist das Bürger\*innengeld weder zu  
63 teuer noch hält es Menschen vom Arbeiten ab. Die überwiegende Mehrheit der  
64 Bürger\*innengeld-Beziehenden sind Alleinerziehende, Personen mit erheblichen  
65 gesundheitlichen Einschränkungen und in großer Zahl Kinder. Zudem verdient niemand  
66 mehr durch Bürger\*innengeld als durch Arbeit, etwa 20% der Empfänger\*innen sind  
67 Arbeiter\*innen, die ihr Einkommen mit dem Bürger\*innengeld aufstocken. Zudem hat das  
68 Bürger\*innengeld Menschen in gute Arbeit gebracht: Im letzten Jahr meldeten sich  
69 monatlich durchschnittlich 5,64 Prozent der Arbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit ab,  
70 weil sie eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder eine Ausbildung  
71 aufgenommen hatten.

72 Dass eine grundlose Vollsanktionierung nicht tragbar ist, hat das  
73 Bundesverfassungsgericht bereits 2019 klargestellt: Sanktionen von mehr als 30%  
74 wurden als verfassungswidrig erklärt, außer Personen lehnten "zumutbare Arbeit"  
75 grundlos ab. Die geplanten Kürzungen der Bundesregierung - Leistungen schon nach drei  
76 verpassten Terminen um bis zu 100% zu streichen und sogar Mietzahlungen einzustellen  
77 - bedeuten, dass Menschen bewusst in Wohnungs- und Mittellosigkeit getrieben werden.  
78 Sanktionen führen dazu, dass Betroffene sich aus dem Arbeitsmarkt und dem  
79 Leistungsbezug zurückziehen, Familien zusätzlich belastet werden und der Weg in  
80 ungeschützte Schwarzarbeit sowie prekäre Beschäftigung vorgezeichnet ist. Sie treffen  
81 die Schwächsten in unserer Gesellschaft, insbesondere jene mit wenig Bildungschancen  
82 und Barrieren im Umgang mit Behörden. Zudem schwächen Leistungskürzungen  
83 Beschäftigte, deren Verhandlungsmacht gegenüber ihren Arbeitgeber\*innen angesichts  
84 eines nicht verlässlichen Sozialstaats weiter sinkt. Eine stabile Grundsicherung ist  
85 auch deshalb wichtig, weil sie Leute davor bewahrt, schlechte Jobs anzunehmen und dem  
86 Druck von Arbeitgeber\*innen nachzugeben.

87 Deshalb fordern wir:

- 88 • Dass die Ministerinnen und Minister der SPD in der Bundesregierung keinen  
89 Kürzungen an unserem Sozialstaat, die Menschen, die auf die Unterstützung des  
90 Staates angewiesen sind, in prekäre Arbeitsverhältnisse und im schlimmsten Fall  
91 bis in die Wohnungslosigkeit treiben, zustimmen und solche Vorhaben aktiv  
92 bekämpfen.
- 93 • Dass die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sich aktiv gegen die Vorschläge  
94 der Bundesregierung stellen, die auf Stigmatisierung beruhen, gesellschaftliche  
95 Ungleichheiten zementieren und soziale Kälte schüren. Jede\*r Abgeordnete ist in  
96 erster Linie ihrem und seinem Gewissen verpflichtet. Es sollte Konsens in der  
97 Sozialdemokratie sein, dass soziale Standards nicht aus politischem  
98 Opportunismus verwässert werden. Zu oft trägt die SPD „Kompromisse“ mit, die  
99 keine sind. Dass kein Untersuchungsausschuss gegen Jens Spahn eingesetzt wird,  
100 ist nur ein Beispiel von vielen. Stattdessen erwarten wir von unseren  
101 Genoss\*innen im Deutschen Bundestag, dass sie im parlamentarischen Verfahren  
102 einen sozialen Gegenentwurf entwickeln, der nicht nach unten tritt, sondern die  
103 Vermögensungleichheit in den Fokus nimmt und aufbricht.
- 104 • Dass die Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist, sich im Rahmen der  
105 durch den Bundesrat gegebenen Möglichkeiten zur Mitwirkung am  
106 Gesetzgebungsverfahren gegen den Kompromiss der Koalition stellen und sich aktiv  
107 für Verbesserungen, die den unsozialen Charakter der aktuell diskutierten  
108 Vorschläge verändern, im parlamentarischen Prozess einsetzen.
- 109 • Dass die SPD im Rahmen des anstehenden Grundsatzprogrammprozesses die extreme  
110 Vermögensungleichheit in Deutschland in den Fokus rückt und klare Antworten  
111 darauf formuliert, wie diese aufgebrochen werden kann. Es braucht dieses klare  
112 Bekenntnis unserer Mutterpartei, keine Partei der sozialen Kälte, sondern der  
113 gesamtgesellschaftlich relevanten Reformen zu sein.

## Begründung

Mit unserem Antrag wollen wir kein neues Konzept für einen funktionierenden Sozialstaat vorlegen. Wir wollen auch die guten Beschlusslagen, die wir in den vergangenen Jahren auf Bundeskongressen und an vielen anderen Stellen immer wieder diskutiert und beschlossen haben, nicht ersetzen. Denn wir sind überzeugt, dass wir als Jusos, auf Basis unserer Grundwerte und Beschlüsse, die richtigen Antworten auf die Fragen nach der Zukunft unseres Sozialstaates und nach der richtigen Ausgestaltung eines Sicherungssystems für Menschen, die den Schutz des Staates brauchen, geben können.

Wir wollen die SPD vielmehr an ihre Rolle als Partei erinnern, die links der Mitte stehen müsste. Sie erinnern daran, dass soziale Politik und das Streichen aller Leistungen, inklusive der Unterstützung zur Bezahlung der Unterkunft, sich gegenseitig ausschließen. Das harte Sanktionen in einer neuen Grundsicherung nicht den Arbeitssuchenden nützen oder Menschen schützen, die auf den Staat angewiesen sind, sondern lediglich den Arbeitgeber\*innen in die Karten spielen. Dass die Narrative von konservativen und rechtsextremen Kräften niemals zu unseren Narrativen werden dürfen. Und zugleich klar und deutlich sagen: Euren Kurs der sozialen Kälte tragen wir nicht mit. Der Weg, den ihr geht, ist ein Weg ohne uns.

Kompromisse können nochmal aufgemacht werden. Kompromisse wie der im Koalitionsausschuss zum Bürgergeld gefundene müssen nochmal aufgemacht werden. Unsere Forderung an die Mutterpartei ist klar

und aus unserer Sicht alternativlos. Wir erwarten, dass die SPD endlich über die ungleiche Verteilung von Vermögen spricht und wirksame Lösungen vorschlägt, statt mit den Konservativen in der Bundesregierung immer weiter nach unten zu treten. Für diese Kurskorrektur ist es nicht zu spät und sie ist bitter nötig.

## Antrag P03neu: Psychische Gesundheit ist kein Luxus – Versorgungslücken für Geflüchtete schließen, Teilhabe sichern!

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg (Gliederung)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Psychologische Perspektiven müssen in der Geflüchtetenpolitik deutlich stärker berücksichtigt werden. Eine bedarfsgerechte psychische Versorgung ist unerlässlich, um den gesundheitlichen Herausforderungen nach der Flucht wirksam zu begegnen

Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für globale Fluchtursachen. Als Waffenexporteur, Industrieland und Umweltverschmutzer ist die Bundesrepublik an internationalen Konflikten und Klimafolgen beteiligt, die weltweit Lebensgrundlagen zerstören und Menschen indirekt zur Flucht zwingen. Daraus erwächst eine politische und moralische Pflicht, diese Mitverantwortung anzuerkennen und konsequent zu handeln.

Insbesondere aufgrund der teils traumatisierenden Erfahrungen, die Geflüchtete auch durch europäische und deutsche Behörden machen, trifft den Staat eine besondere Schutzpflicht gegenüber geflüchteten Menschen. Fluchtursachen, Fluchterfahrungen und die häufig belastende Behandlung von Geflüchteten in Deutschland führen regelmäßig zu psychischen Erkrankungen. Studien zeigen, dass rund 30 Prozent der Geflüchteten an psychischen Erkrankungen wie Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen leiden. Gleichzeitig ist der Zugang zu therapeutischer Unterstützung für Geflüchtete stark eingeschränkt. In der Praxis werden psychotherapeutische Behandlungen für volljährige Geflüchtete nur in Ausnahmefällen bewilligt. Ohne frühzeitige Unterstützung können sich psychische Probleme weiter verschlechtern und sich damit negativ auf die Integration auswirken. Dies erhöht das Risiko sozialer Isolation sowie weiterer gesundheitlicher Folgeerkrankungen.

Mit einer gezielten psychologischen Betreuung und frühzeitigen Interventionen können psychische Krisen verhindert und die Integration nachhaltig gefördert werden. Langfristig leistet dies einen wichtigen Beitrag zu einer gesunden und stabilen Gesellschaft.

Obwohl das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) abgeschafft werden muss, um für Geflüchtete ernsthafte und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, stellen wir fest, dass unter § 4 Abs. 1 ein klarer Rechtsanspruch auf die Versorgung geflüchteter Menschen im akuten Krankheitsfall besteht. Dennoch scheitert die psychische Gesundheitsversorgung in der Praxis häufig an strukturellen Defiziten.

Daher fordern wir:

- Ein niedrigschwelliger Zugang, insbesondere für geflüchtete Menschen, in das Gesundheitssystem. Geflüchtete müssen über ihren Rechtsanspruch [in eigener Sprache] aufgeklärt und für Themen der psychischen Gesundheit mehrsprachig informiert und sensibilisiert werden.
- Dass es ein verpflichtendes Angebot für eine psychologische Erstuntersuchung geben muss für Geflüchtete, welches sie freiwillig in Anspruch nehmen können.

- 39 • Im § 4 Abs. 1 AsylbLG muss die Inanspruchnahme aller gesundheitsbezogener  
40 Leistungen auch außerhalb akuter Krankheitsfälle ermöglicht werden, sodass auch  
41 psychische Erkrankungen miteingeschlossen sind.
- 42 • Nach Ankunft in Deutschland sollen somit allen psychisch belasteten und  
43 erkrankten Geflüchteten akute Psychotherapien ermöglicht werden, um  
44 traumatisierende Erfahrungen adäquat verarbeiten zu können.
- 45 • Bereits bestehende Einrichtungen zur gesundheitsbezogenen Versorgung  
46 geflüchteter Menschen müssen auskömmlich und langfristig finanziert werden.
- 47 • Um sprachliche Barrieren im Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung  
48 abzubauen, sollen Geflüchteten Sprachmittler\*innen zur Seite gestellt werden,  
49 die speziell für die Kommunikation im Bereich der psychischen Gesundheit  
50 ausgebildet sind. Die Beantragung solcher Sprachmittler\*innen muss deutlich  
51 vereinfacht und ihre Arbeit fair vergütet werden.
- 52 • Wir fordern den Ausbau psychosozialer Zentren, deren Kapazitäten den Bedarf an  
53 der Versorgung aktuell nicht decken können und eine verbesserte finanzielle  
54 Förderung durch den Bund, um Länder und Kommunen zu entlasten. Denn  
55 psychosoziale Zentren bieten asylrechtliche Beratung, Hilfe bei der  
56 Wohnungssuche und auch Psychotherapie für Geflüchtete an.

## Begründung

Fluchtursachen, Fluchterfahrungen und die häufig belastende Behandlung von Geflüchteten in Deutschland führen regelmäßig zu psychischen Erkrankungen. So zeigen Studien, dass rund 30 Prozent der Geflüchteten an psychischen Erkrankungen wie Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen leiden.

Gleichzeitig ist der Zugang zu therapeutischer Unterstützung für Geflüchtete stark eingeschränkt. In der Praxis werden psychotherapeutische Behandlungen für volljährige Geflüchtete nur in Ausnahmefällen bewilligt.

Ohne frühzeitige Unterstützung können sich psychische Probleme jedoch noch weiter verschlechtern und sich damit negativ auf die Integration von Geflüchteten auswirken und das Risiko von sozialer Isolation sowie weiteren gesundheitlichen Folgeerkrankungen erhöhen.

Mit einer gezielten psychologischen Betreuung und frühzeitigen Interventionen können psychische Krisen verhindert und die Integration nachhaltig gefördert werden. Langfristig leistet dies einen wichtigen Beitrag zu einer gesunden und stabilen Gesellschaft.

Daher sind Maßnahmen wie eine erste psychologische Einschätzung unmittelbar nach der Ankunft sowie Sensibilisierungskampagnen von großer Bedeutung. Sie unterstützen die psychische Gesundheit Geflüchteter und erleichtern den Zugang zu bestehenden Hilfsangeboten.

## Antrag R01: Inklusive Jugendhilfe - Hilfen aus einer Hand für junge Menschen mit und ohne Behinderung

Antragsteller*in:	Jusos Bayern (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

1 Seit 2021 wurde der lang ersehnte Reformprozess des Kinder- und Jugendhilfegesetzes  
2 angestoßen (durch das „Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz“). Dieses sieht neben  
3 der Verbesserung des Kinderschutzes, der Stärkung junger Menschen in stationären  
4 Wohnformen und Pflegefamilien, dem Ausbau von Präventionsangeboten und einer höheren  
5 Beteiligung der jungen Menschen und ihrer Familien vor allem auch bis 2028 Hilfen  
6 „aus einer Hand“ für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung vor.

7 Bisher unterscheidet sich die Zuständigkeit je nach Behinderungsart: Für die  
8 Versorgung junger Menschen mit seelischer Behinderung sind ab dem Schuleintritt und  
9 bis zum 21. Lebensjahr derzeit die Jugendämter (Landkreise/kreisfreie Städte)  
10 zuständig. Dies ist in § 35a SGB VIII und §69 SGB VIII geregelt. Die Zuständigkeit  
11 für junge Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung sowie für  
12 Kinder mit seelischer Behinderung im Vorschulalter oder über 21 Jahre wird hingegen  
13 im SGB IX geregelt. Die zuständigen Behörden für Leistungen nach dem SGB IX  
14 unterscheiden sich je nach Bundesland: In Bayern sind beispielsweise die Bezirke und  
15 in Baden-Württemberg die Sozialämter der Kommunen zuständig. Damit ist die  
16 Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche mit bestimmten Behinderungen getrennt von  
17 vielen anderen Leistungen für junge Menschen und deren Familien, die bei den  
18 Jugendämtern liegen. Dadurch fehlen zum Beispiel Schnittstellen zum Kinderschutz.  
19 Durch die Reform des SGB VIII hin zu einer inklusiven Jugendhilfe sollen alle Hilfen  
20 für junge Menschen künftig durch einen öffentlichen Träger gewährt werden.

21 Das Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz sieht vor, durch weitere Gesetzesreformen  
22 alle Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen auf die örtlichen Träger  
23 der Jugendhilfe (Jugendämter) zu verschieben, das heißt aus dem SGB IX in das SGB  
24 VIII. Ein Projekt, das in den letzten Jahren maßgeblich und bis zu einem konkreten  
25 Gesetzesentwurf durch die Ampel-Regierung vorangetrieben wurde, wird nun trotz des  
26 großen Zeitdrucks ignoriert. Zwar wird die Reform im Koalitionsvertrag 2025 zwischen  
27 SPD und CDU erwähnt, jedoch gibt es derzeit weder aus der SPD noch aus den  
28 zuständigen Ministerien (BMAS, BMFSFJ) eine klare Positionierung, wie es konkret  
29 weitergehen soll.

30

31

32 Die aktuell bestehende strukturelle Trennung von Leistungen der Kinder- und  
33 Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe ist problematisch, weil die Versorgung und  
34 Teilhabe junger Menschen mit Behinderung darunter leidet. Es fehlen geeignete  
35 Strukturen, die einen inklusiven Kinderschutz sicherstellen und vermeiden, dass  
36 Kindeswohlgefährdungen bei besonders vulnerablen Gruppen durch strukturelle  
37 Missstände übersehen werden. Des Weiteren unterscheidet sich das Selbstverständnis  
38 der Träger von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe erheblich und kann schlechter

ineinandergreifen, wenn unterschiedliche Stellen zuständig sind. So verfolgt die Jugendhilfe einen sozialraumorientierten und generalistischen Ansatz durch die „Allzuständigkeit“ der Allgemeinen Sozialen Dienste. Gleichzeitig bündeln die öffentlichen Träger der Eingliederungshilfe das Fachwissen zum Thema Behinderung. Beide Ansätze haben ihre Berechtigung und müssen bei der Reform des SGB VIII zu einem inklusiven Kinder- und Jugendhilfegesetz berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz wird die Versorgung und Teilhabe junger Menschen mit Behinderung durch bürokratische Hürden wie aufwendige Antragsverfahren und vor allem Zuständigkeitsübergänge erschwert. Durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten je nach Behinderungsart kann mit einem neuen Gutachten schnell eine andere Behörde zuständig sein - wo dann der ganze Fall neu geprüft wird, als hätte man ihn noch nie gesehen. Gerade bei jungen Menschen passiert das in manchen Fällen alle paar Jahre, und kostet Zeit und Energie. Weil so nicht alle jungen Menschen die gleichen Rechte haben, widerspricht die deutsche Gesetzgebung in ihrer jetzigen Form weiterhin der UN-Behindertenrechtskonvention – trotz ihrer Ratifizierung durch Deutschland im Jahr 2009.

Als Jusos unterstützen wir eine Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche mit (drohender) Behinderung im Rahmen einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII. Als Jusos fordern wir jedoch eine Reform, die nicht nur die im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vorgesehene Zusammenführung im Gesetz und als Verwaltungsreform umsetzt, sondern auch einen grundlegenden Wandel hin zu einer wirklich inklusiven und auf Teilhabe ausgerichteten Kinder- und Jugendhilfe schafft. Dazu gehören für uns insbesondere: gesellschaftliche Teilhabe als Leitbild neben Erziehung und Entwicklung im SGB VIII zu verankern, die Beseitigung bürokratischer Hürden, das immer wieder kritische Hinterfragen der Kategorien von „Behinderung“, die selbst als Exklusionsmechanismus wirken, eine Stärkung der Selbstvertretung von jungen Menschen mit Behinderung sowie eine feministische Perspektive auf die Fürsorgearbeit von und für Menschen mit Behinderung.

Deshalb fordern wir:

- die Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche mit (drohender) Behinderung im SGB VIII. Diese Zusammenführung darf nicht nur im Gesetz passieren, sondern muss letztendlich auch dazu führen, dass in der Verwaltung vor Ort aus Perspektive der Nutzenden eine einzelne Stelle verantwortlich ist oder zumindest alle beteiligten Stellen gut zusammenarbeiten. Zuständigkeitsübergänge müssen reibungslos funktionieren und keine zeitliche Verzögerung oder zusätzliche Aufwände für die Leistungsberechtigten mit sich bringen. Dabei darf es in den Leistungsansprüchen und der Betreuung vor Ort keine Verschlechterung zum Status quo geben.
- eine SGB-VIII-Reform, die „vom Menschen her“ gedacht ist. Dafür werden Angebote vor Ort benötigt, um das Prinzip „ambulant vor stationär“ auch in einer inklusiven Jugendhilfe umsetzen zu können. Um eine inklusive Jugendhilfe „vom Menschen her“ zu gestalten, fordern wir die Förderung flexibler und individueller Angebotsstrukturen, die in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern erarbeitet werden sollen.
- eine Weiterentwicklung der Angebote von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe, die geeignete und spezifische Schutzräume bieten, jedoch anhand des individuellen

Bedarfs sektorenübergreifend durchlässiger ist – insbesondere im Hinblick auf Selbstbestimmung und Partizipation junger Menschen mit Behinderung.

- Einen Schwerpunkt Prävention im Interesse der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen, und niedrigschwelligen Hilfen, um eine selbstbestimmte Entwicklung zu unterstützen und spätere Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verringern.
- die Abschaffung von langen, komplizierten Anträgen. Alle Formulare und Informationen müssen in leichter Sprache vorliegen. Auch muss die Option bestehen, diese in weiteren Sprachen zu erhalten. Leistungen der Eingliederungshilfe müssen formlos beantragt werden können, um jungen Menschen mit Behinderung mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen und zugleich Eltern und andere Fürsorgepersonen zu entlasten. Die Entlastung von Personen, die Fürsorgearbeit leisten, hat dabei auch eine feministische Dimension.
- die konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und der Behindertenrechtskonvention

Das Leitbild aller dieser Reformen muss Inklusion und volle Teilhabe in allen Lebensbereichen nach der UN-Behindertenrechtskonvention und zugleich die Erfüllung von Kinderrechten nach der UN-Kinderrechtskonvention sein. Dazu gehört auch, bei den gesetzlich und festgelegten Behinderungsarten immer wieder kritisch zu prüfen, ob sie tatsächlich zu einer besseren Förderung und mehr Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und der Rechtfertigung von wichtigen Leistungsansprüchen beitragen, oder ob sie stattdessen vielmehr zu strukturellen Nachteilen und Diskriminierung, bürokratischen Hürden und willkürlichen Trennlinien gerade im Bildungsbereich führen. .

Zur Bündelung von Ressourcen und um gleiche Teilhabe unabhängig vom Wohnort zu schaffen, soll im Rahmen der Reform eine bundesweite wissenschaftliche Evaluation und Standardisierung grundlegender Abläufe erfolgen. Dabei sind auch die Unterschiede zwischen den Bundesländern in der Versorgung junger Menschen mit und ohne Behinderung zu überprüfen. Die praktische Erfahrung der Verfahrenslots\*innen in den Kommunen muss genutzt werden, um bestehende Hürden zu beseitigen. Die Reform muss unter Einbeziehung der Expertise der Fachkräfte und Fachverbände der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe, genauso aber mit Beteiligung von Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung stattfinden.

Die Kommunen dürfen mit dem Umbau nicht allein gelassen werden. Angesichts der bereits jetzt extrem angespannten finanziellen und personellen Situation vieler Jugendämter und kommunaler Träger müssen Bund und Länder verbindlich sicherstellen, dass der Reformprozess mit ausreichenden Mitteln und zusätzlichem qualifiziertem Personal unterlegt wird. Für den Umbau der Verwaltungsstrukturen sowie für die Schaffung neuer inklusiver Angebote sind dauerhafte Finanzierungszusagen erforderlich.

Entsprechend dem Konnexitätsprinzip gilt weiterhin: Wer Aufgaben überträgt, muss auch für deren vollständige Finanzierung sorgen.

Darüber hinaus fordern wir unverändert eine strukturelle Verbesserung der kommunalen



- 129 Finanzausstattung, damit die Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe nicht am
- 130 Haushaltsdruck scheitert.

## Antrag R02: Kinderschutz ist Pflicht – für starke Strukturen, verbindliche Rechte und echte Prävention

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

- 1 *Triggerwarnung: körperliche, psychische & sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen*
- 2 Kinderschutz ist Kern staatlicher Glaubwürdigkeit - wer Kinder und Jugendliche nicht  
3 schützt, verliert sein moralisches Fundament. Kinder und Jugendliche verdienen  
4 Schutz, Sicherheit und Teilhabe. Doch noch immer erleben zu viele von ihnen in  
5 Deutschland Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung – oft, weil staatliche Strukturen  
6 überlastet, unterfinanziert oder unklar geregelt sind. Ein wirksamer Kinderschutz  
7 darf jedoch nicht vom Zufall, vom Wohnort oder von den verfügbaren finanziellen  
8 Ressourcen abhängen. Wir Jusos fordern deshalb, Kinderschutz als gesamtstaatliche  
9 Kernaufgabe zu begreifen und die Kinder- und Jugendhilfe so auszustatten, dass sie  
10 ihrem Auftrag gerecht werden kann. **Dazu bekräftigen wir die Forderung, Kinderrechte**  
11 **explizit im Grundgesetz zu verankern.** Die SPD wird aufgefordert, hierzu einen  
12 rechtssicheren, wirksamen Formulierungsvorschlag einzubringen und parlamentarische  
13 Mehrheiten zu organisieren.
- 14 **Stärkung der Jugendämter und einheitliche Strukturen**
- 15 Die Jugendämter sollen das Rückgrat des Kinderschutzes sein. Sie brauchen bundesweit  
16 einheitliche Rahmenbedingungen, klare Verfahren und moderne Strukturen, um jedes  
17 gefährdete Kind wirksam zu schützen. Damit Schutz überall gleich wirksam ist, braucht  
18 es gemeinsame Standards. **Dafür soll der Bund mit Ländern, Kommunen und Fachpraxis**  
19 **einheitliche, verbindliche Leitlinien für Risikoabschätzung (nach §8a SGB VIII) und**  
20 **Eingriffe schaffen, um kommunale Ungleichheiten zu reduzieren. Es muss ein bundesweit**  
21 **kompatibles, sicheres digitales Fallmanagement etabliert werden, damit Informationen**  
22 **zwischen Behörden rechtssicher, unkompliziert und zeitnah verfügbar sind.** Jede  
23 Meldung zu einer möglichen Kindeswohlgefährdung muss bundesweit binnen 24 Stunden,  
24 wie beispielsweise in Bremen, einer qualifizierten Erstprüfung unterzogen werden und  
25 Priorisierungen sollten ausschließlich nach fachlichen Gefährdungskriterien erfolgen,  
26 nicht aufgrund von Ressourcenknappheit. Wichtig ist auch die Früherkennung, denn sie  
27 rettet Leben – aber nur, wenn Signale nicht verloren gehen und die entsprechenden  
28 Akteur\*innen effektiv und verlässlich zusammenarbeiten. **Frühwarnsysteme und**  
29 **Meldeketten aus Kita, Schule, Gesundheitswesen, Polizei etc. müssen bundesweit**  
30 **standardisiert werden.** Verbindliche Informationspflichten und einheitliche  
31 Dokumentationsstandards für alle beteiligten Stellen sind dabei entscheidend. **Die**  
32 **Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) soll bundesweit**  
33 **vereinheitlicht angewendet werden; § 8a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) soll als**  
34 **Muss-Aufgabe eindeutig verstanden und ausgestaltet werden.** Damit ist sicherzustellen,  
35 dass Verfahren zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung überall nach denselben  
36 fachlichen Kriterien erfolgen.
- 37 Zudem müssen ausreichend qualifizierte Inobhutnahmestellen bundesweit sichergestellt

werden. Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt soll verpflichtet werden, auf Basis nachvollziehbarer Bedarfsberechnungen genügend Plätze vorzuhalten und diese bedarfsgerecht auszubauen.

**Zudem müssen Bund und Länder verbindliche Qualitätsstandards und regelmäßige Evaluationen etablieren, um die Einhaltung dieser Vorgaben zu gewährleisten.**

**Ergänzend sollen bundesweit einheitliche § 8a-Meldebögen zur Orientierung bei der Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung eingeführt werden.** Einheitliche Vorgehensweisen und eine festgelegte methodische Grundlage sind notwendig, um Fachkräften eine klare und vergleichbare Handlungsorientierung zu geben.

#### **Personal, Qualifikation und Arbeitsbedingungen**

Außerdem braucht guter Kinderschutz ausreichend Personal, Zeit und Qualifikation. Überlastete Fachkräfte können Kinder und Jugendliche nicht sicher schützen – das ist eine Frage der politischen Priorität. **Wir brauchen also mehr Personal in den Jugendämtern, um so, langfristig die Fallzahlen pro Fachkraft deutlich abzusenken.** Um die Fallzahlen pro Fachkraft langfristig deutlich zu senken, braucht es mehr Fachkräfte in den Jugendämtern. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst (BAG ASD) empfiehlt maximal 35 Fälle pro Vollzeitkraft; wir fordern eine maximale Obergrenze von 30 Fällen pro Fachkraft. Bei einer deutlichen Überschreitung (über 40 Fälle) soll eine automatische Gefährdungsanzeige gestellt werden. Damit einhergehend muss eine neue Stellenbewertung stattfinden, um den ASD so gut wie möglich zu stärken. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf präventive Arbeit. Fachkräfte müssen die Zeit haben, sich Familien langfristig und präventiv zu widmen, damit Kinderschutz schon vor der akuten Gefährdung beginnen kann. **Zusätzlich müssen Fachkräfte kontinuierlich fortgebildet sowie infolge der psychischen Belastung besser unterstützt werden.** Verbindliche Fortbildungspflichten (zum Beispiel in Bereichen wie Kinderschutzrecht, Trauma, Gesprächsführung, interkulturelle Kompetenz) und regelmäßige Supervision sollen bundesweit verankert und finanziert werden. **Darüber hinaus braucht es multiprofessionelle Teams aus Sozialpädagogik, Psychologie, Medizin und Rechtswissenschaft, damit komplexe Fälle aus verschiedenen Perspektiven gemeinsam bewertet werden können.**

**Auch der frühkindliche Bereich muss systematisch in den Kinderschutz einbezogen werden.** Dazu gehören eine flächendeckende Stärkung der frühen Hilfen, verbindliche Kinderschutz-Fortbildungen für medizinisches Personal und eine enge Verzahnung zwischen Gesundheitswesen, Jugendhilfe und Familienhilfe. Besonders Kinderärzt\*innen, Hebamm\*innen und Fachkräfte der Geburtshilfe müssen klar definierte Meldewege und Ansprechstellen kennen.

Daneben müssen auch die Kapazitäten in der mobilen sowie offenen Kinder- und Jugendarbeit drastisch ausgebaut werden. Dazu gehören die Schaffung weiterer Stellen und Einrichtungen, insbesondere in der mobilen Jugendarbeit und der Streetwork aber auch in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Einrichtungen, in denen nur ein\*e Sozialarbeiter\*in beschäftigt ist, können ihrem pädagogischen Auftrag nicht nachkommen - so sind sie nur Kinderverwahrnstanalten. An den Mehrkosten der Kommunen müssen sich Länder und Kommunen beteiligen.

#### **Datenschutz und Informationssicherheit im Kinderschutz**

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz, Sicherheit und die Wahrung ihrer Privatsphäre. Datenschutz ist dabei keine bürokratische Last, sondern eine Voraussetzung für wirksamen Kinderschutz. Nach Artikel 8 der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) und § 12 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) müssen Kinder bei der Verarbeitung ihrer Daten besonders geschützt werden. In der Praxis bestehen jedoch häufig Unsicherheiten, wann und in welchem Umfang Daten zwischen Fachkräften, Institutionen und Behörden ausgetauscht werden dürfen. Diese Unklarheiten führen nicht selten zu Verzögerungen oder zu einer Unterlassung notwendiger Schutzmaßnahmen. Um das zu verhindern, braucht es bundeseinheitliche und praxisnahe Leitlinien, die Datenschutz und Kinderschutz gleichermaßen gewährleisten.

Wir JUSOS fordern daher:

- **Bundeseinheitliche Regelungen und klare Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch bei Kindeswohlgefährdung** – insbesondere im Rahmen des § 8a SGB VIII und § 4 der Kirchlichen Datenschutzordnung (KDO).
- **Verbindliche Schulungen und Fortbildungen** für alle Fachkräfte im Kinderschutz (Jugendhilfe, Schule, Polizei, Gesundheitssystem etc.) zu Datenschutz, Schweigepflichtentbindung und Informationspflichten. Datenschutz darf nicht zur Hemmschwelle werden, weil Handlungssicherheit fehlt.
- **Ein sicheres, standardisiertes, digitales Fallmanagementsystem** in allen Jugendämtern, das datenschutzkonform, interoperabel und länderübergreifend kompatibel ist. So wird gewährleistet, dass relevante Informationen rechtssicher, verschlüsselt und schnell zwischen den beteiligten Stellen fließen. Dabei muss gewährleistet werden, dass ein Datenaustausch nur bei akuter Kindeswohlgefährdung oder mit Zustimmung der Personensorgeberechtigten erfolgt.
- **Kindgerechte Datensparsamkeit und Zweckbindung:** Daten von Kindern und Jugendlichen dürfen nur in dem Umfang verarbeitet werden, der für Schutz, Hilfeplanung und Betreuung zwingend erforderlich ist. Jede Nutzung muss sich am Kindeswohl orientieren.
- **Verbindliche Datenschutzkonzepte und Informationssicherheitsrichtlinien** für alle Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten - von Kitas und Schulen über kirchliche Einrichtungen bis hin zu freien Trägern. Datenschutz muss Teil der institutionellen Kinderschutzkonzepte sein.
- **Einheitliche Aufsicht und Beratung:** Die Datenschutzaufsichtsbehörden sollen in enger Kooperation mit Jugend- und Familienministerin verbindliche Auslegungshilfen und Beratungskonzepte entwickeln, damit Fachkräfte rechtssicher handeln können.
- **Recht auf digitale Sicherheit für Kinder:** Der Staat muss gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche auch in digitalen Räumen geschützt werden – durch klare Altersgrenzen, transparente Einwilligungs-Regelungen und verpflichtende kindgerechte Datenschutzerklärungen gemäß Art. 8 DSGVO.
- **Möglichkeit der Weitergabe bekannt gewordenem Fehlverhalten von Trainer\*innen in Sportvereinen und -verbänden:** In den letzten Monaten und Jahren werden immer mehr Missbrauchsvorfälle bzw. -verdachtsfälle von sexualisierter und psychischer Gewalt sowie von Machtmissbrauch in verschiedenen Strukturen des Breiten- und

Spitzensports vieler Sportarten bekannt. Betroffen sind zumeist Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Trainer\*innen (und anderen sportlichen Betreuungspersonen) sind ihre Schutzbefohlenen. Es besteht ein Machtgefälle, welches von Einzelpersonen ausgenutzt wird. Nach schwerwiegenden oder sich häufenden Vorwürfen von Athlet\*innen gegenüber ihren Trainer\*innen, werden diese als Reaktion des Vereins oder Verbands häufig entlassen, wenn sie Kenntnis davon erhalten. Die Trainer\*innen suchen sich oft einen neuen Verein oder Verband in einem anderen Bundesland. Hier werden sie aufgrund ihrer Arbeitserfahrung eingestellt, ohne dass die neuen Arbeitgeber\*innen vom Fehlverhalten erfahren. Bisher enthält das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis nur bereits strafrechtlich relevantes und verurteiltes Fehlverhalten (Sexualdelikte etc.). Andere Formen des grenzüberschreitenden Verhaltens (psychische Gewalt, Demütigungen, nicht-strafrechtlich relevante Grenzverletzungen) oder laufende Verfahren werden nicht aufgeführt. Der Abschluss von Verfahren erfolgt häufig erst nach einer Neueinstellung. Anderes Fehlverhalten, welches keinen Straftatbestand erfüllt oder von den Betroffenen nicht angezeigt wird, wird den neuen Arbeitgeber\*innen nicht bekannt. Investigativrecherchen belegen, dass auffällig gewordene Trainer\*innen regelmäßig auch in neuen Arbeitsverhältnissen grenzüberschreitendes Verhalten ihren häufig minderjährigen Athlet\*innen gegenüber zeigen. Die neuen Sportvereine und -verbände benötigen Hinweise im Vorfeld der Neuanstellung, um ein besonderes Augenmerk auf die betreuten Athlet\*innen zu haben und bei Bedarf frühzeitig einschreiten zu können. Daher fordern wir ein bundesweites Trainer\*innenregister, indem nicht-strafrechtlich relevantes Fehlverhalten in Bezug auf (Macht-) Missbrauchsvorwürfe weitergegeben werden können, ohne gegen die DS-GVO zu verstoßen.

Datenschutz im Kinderschutz braucht Klarheit, Mut und Vertrauen in die Fachpraxis. Nur wenn Fachkräfte rechtssicher handeln können, gelingt es, Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen und ihre Rechte auf Privatsphäre und Sicherheit gleichermaßen zu wahren.

#### **Schutz vor sexualisierter und psychischer Gewalt**

Gerade sexualisierte und psychische Gewalt an Kindern und Jugendlichen sind schwerwiegende und folgenreiche Formen von Missbrauch, doch zu oft fallen sie durch das Raster. Der Staat muss dafür sorgen, dass Schutz, Prävention und Aufarbeitung dauerhaft gesichert sind. **Das Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (UBSKM-Gesetz) muss also schnell und unkompliziert umgesetzt werden:** Die\*der Unabhängige Bundesbeauftragte (UBSKM) erhält ausreichende Mittel und einen klaren Koordinationsauftrag gegenüber Ressorts, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft, inkl. regelmäßiger Berichte an den Bundestag. Es muss zudem geprüft werden, ob die Kompetenzen ausgebaut werden sollten. Um Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen zu schützen, reicht es nicht, nur in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe anzusetzen. Damit auch andere Organisationen wie Vereine, gemeinnützige und kirchliche Anbieter Schutzstandards gewährleisten und diese verbessern können, sollen Ehrenamtliche verpflichtend eine Juleica oder eine vergleichbare Schulung ablegen müssen. Für Betroffene muss Hilfe zudem verlässlich bleiben. Übergangslücken sind untragbar und widersprechen der

171 Realität. **Der Fonds Sexueller Missbrauch (FSM) muss daher fortgeführt, gesetzlich**  
172 **verankert und finanziell aufgestockt werden.**

173 **Aufklärung und gesellschaftliche Sensibilisierung**

174 Wir halten es für unverzichtbar, mehr Öffentlichkeit und Aufklärung zum Thema  
175 Kinderschutz und Kindeswohlgefährdung zu schaffen, da es leider noch immer stark  
176 tabuisiert wird.

177 Betroffenen muss zugehört werden, sie müssen sich ernst genommen fühlen und ihnen  
178 muss Schutz und Solidarität ermöglicht werden.

179 **Daher fordern wir:**

- 180 • **Bundesweit koordinierte Aufklärungskampagnen** unter Federführung des  
181 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in  
182 Kooperation mit dem Deutschen Kinderschutzbund, des Bundesinstituts für  
183 Öffentliche Gesundheit (BiÖG) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der  
184 Landesjugendämter. Diese Kampagnen sollen zielgruppenorientiert (Kinder,  
185 Jugendliche, Eltern, Fachkräfte) über Anzeichen von Kindeswohlgefährdung,  
186 Hilfestrukturen und Präventionsangebote informieren.
- 187 • **Dauerhafte Bundesfinanzierung dieser Programme**, verankert im Haushaltstitel  
188 „Kinderschutz“, um verlässliche und langfristige Öffentlichkeitsarbeit  
189 sicherzustellen. Kampagnen dürfen nicht von Projektmitteln abhängen, sondern  
190 müssen Teil einer gesamtstaatlichen Präventionsstrategie sein.
- 191 • **Ein Förderprogramm „Kommunale Prävention Kinderschutz“**, mit dem der Bund Länder  
192 und Kommunen beim Aufbau lokaler Präventionsnetzwerke und Öffentlichkeitsarbeit  
193 unterstützt. So wird gewährleistet, dass Kinderschutz-Kampagnen nicht nur  
194 bundesweit sichtbar, sondern auch regional verankert sind.
- 195 • **Gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Vertrauens in Jugendämter:** Das  
196 Jugendamt muss als Partner und Schutzinstanz gelten - nicht als reine  
197 Kontrollbehörde, sondern als unterstützende Hilfe für Kinder, Jugendliche und  
198 Familien. Dabei muss auch aktiv auf die Leistungen der Jugendhilfe hingewiesen  
199 und über die Unterstützungsmöglichkeiten aufgeklärt werden.

200 **Darüber hinaus braucht es neben bereits existierenden technischen Schutzmaßnahmen**  
201 **umfassende Programme zur Stärkung der digitalen Medienkompetenz und der digitalen**  
202 **Resilienz – also der Fähigkeit von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften,**  
203 **sich sicher, kritisch und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen.**

204 **Digitale Aufklärung ist Teil moderner Prävention gegen Gewalt, Missbrauch und**  
205 **Manipulation im Netz.**

206 **Hierfür soll der Bund in Kooperation mit Initiativen wie „Gutes Aufwachsen mit**  
207 **Medien“, dem Bundesjugendkuratorium, den Landesmedienanstalten und Fachverbänden wie**  
208 **z.B. der Nummer gegen Kummer e.V. oder [Jugendschutz.net](https://www.jugendschutz.net), zielgerichtete**  
209 **Förderprogramme auflegen und dauerhaft finanzieren.**

210 Diese Programme sollen Schulen, Jugendämter und Träger der Jugendhilfe und  
211 außerschulische Bildungsträger dabei unterstützen, digitale Resilienz zu vermitteln  
212 und Kinder wie Eltern im sicheren Umgang mit digitalen Medien zu stärken.  
213 Gleichzeitig müssen sie niedrigschwellige Beratungs- und Meldewege für Kinder und

214 Jugendliche schaffen, um Hilfe bei digitalen Übergriffen oder Missbrauch schnell und  
215 unkompliziert zu ermöglichen. Ebenso sollen Fortbildungen für Fachkräfte angeboten  
216 werden, um die Erkennung und Prävention digitaler Gewalt zu verbessern. Ergänzend  
217 dazu ist eine bundesweite, verlässliche Kommunikationsplattform einzurichten, auf der  
218 Kinder, Jugendliche und Eltern verständliche Informationen, Unterstützung und  
219 Hilfsangebote finden können.

220 Digitale Aufklärung und gesellschaftliche Sensibilisierung sind Kernbestandteile  
221 eines wirksamen Kinderschutzes im 21. Jahrhundert – und sie müssen als solche  
222 dauerhaft durch den Bund finanziert und koordiniert werden.

### 223 **Finanzierung und politische Verantwortung**

224 Abschließend bleibt festzuhalten, dass ein Staat, der Kinder und Jugendliche nicht  
225 schützt, seine moralische Glaubwürdigkeit verliert. Kinderschutz braucht Geld. Er  
226 muss ein Versprechen des Rechtsstaats sein – dauerhaft, verbindlich und unabhängig  
227 von Haushaltslagen. Nur mit verlässlicher Finanzierung kann der Schutz von Kindern  
228 und Jugendlichen gelingen. **Der Bund muss dafür dauerhaft die Mittel für Kinderschutz,**  
229 **Prävention von Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung, Krisenunterbringung, Personal**  
230 **und Therapien erhöhen.** Außerdem gilt: Nur wenn alle Ebenen Verantwortung tragen, kann  
231 Schutz überall gelingen. **Es muss eine verbindliche, mitwachsende Bundesbeteiligung an**  
232 **Kernleistungen der Kinder- und Jugendhilfe geschaffen werden; der Bund soll Länder**  
233 **und Kommunen bei der Finanzierung und strukturellen Umsetzung des Kinderschutzes**  
234 **entlasten, um insb. finanzschwache Kommunen zu unterstützen und gleichwertige**  
235 **Lebensverhältnisse zu sichern.**

236 **Zudem fordern wir ein dauerhaftes Bundesförderprogramm „Kommunale Prävention**  
237 **Kinderschutz“, mit dem der Bund Länder und Kommunen beim Aufbau lokaler**  
238 **Präventionsnetzwerke, bei Öffentlichkeitsarbeit und beim Ausbau von Schutzkonzepten**  
239 **unterstützt.** So wird gewährleistet, dass Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen nicht  
240 nur bundesweit sichtbar, sondern auch in den Regionen fest verankert sind.

241 Projektförderungen, die dem Kinderschutz und der Aufklärung und Prävention dienen,  
242 sollen (wo sinnvoll) in die Regelfinanzierung überführt werden. Um Maßnahmen des  
243 Kinderschutzes – insbesondere Präventionsprogramme, Schutzkonzepte,  
244 Fachkräftequalifizierung und Hilfsangebote – langfristig wirksam zu gestalten,  
245 braucht es eine systematische wissenschaftliche Begleitung. **Der Bund soll daher ein**  
246 **nationales Forschungs- und Evaluationsprogramm zum Kinderschutz auflegen, das**  
247 **Datenlücken schließt, Handlungsempfehlungen entwickelt und den Wissenstransfer in die**  
248 **Praxis sicherstellt.**

249 **Darüber hinaus setzen wir uns auch in Zukunft für eine echte Kindergrundsicherung**  
250 **ein, wie sie bereits in der Beschlusslage der Jusos zu finden ist.** Wir halten daran  
251 fest, dass diese deutliche finanzielle Verbesserungen bringen muss, etwa mit einem  
252 Grundbetrag sowie einem Zusatzbetrag für finanziell schwächere Familien.

## **Begründung**

Kinderschutz ist eine gesamtstaatliche Daueraufgabe. Die polizeilich registrierten Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche lagen 2024 laut Bundeskriminalamt (BKA) weiter auf hohem Niveau.

Das Bundeslagebild „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche 2024“ (BKA, 2024) zeigt zugleich die Notwendigkeit effektiver Prävention, schneller Ermittlungen und verlässlicher Hilfen für Betroffene.

Bis heute fehlt eine explizite Verankerung kindeswohlzentrierter Prinzipien. Zivilgesellschaft und Fachwelt fordern dies seit Jahren; die aktuelle Koalition sieht das nicht vor. Angesichts wachsender Belastungen durch Gewalt, Armut und Krisen braucht es klare Verfassungsnormen, die den Staat in die Pflicht nehmen.

Mit dem UBSKM- Gesetz hat der Bund 2025 wichtige Grundlagen geschaffen: Die\*der Beauftragte informiert, koordiniert und identifiziert Gesetzes- und Forschungsbedarfe und berichtet an den Bundestag. Damit diese Rolle wirksam wird, braucht es auskömmliche Finanzierung, klare Kooperationsbeziehungen in den föderalen Raum und eine systematische Verankerung von Schutzkonzepten in allen kinder- und jugendrelevanten Angeboten. Gerade Jugendreisen, Musikschulen, Sport- und Freizeitangebote sind relevante Kontaktpunkte und müssen Mindeststandards, wie Prävention, Meldewege, Ansprechpersonen, Schulungen und Beschwerdestrukturen verbindlich umsetzen.

Die rechtlichen Leitplanken für den operativen Kinderschutz sind vorhanden und müssen überall greifen. Einheitliche, praxistaugliche Standards und standardisierte Meldekette würden dafür sorgen, dass Signale nicht untergehen und Fälle zeitnah bearbeitet werden. Gleichzeitig kämpfen viele Jugendämter – insbesondere im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) – mit Fachkräftemangel und hoher Fluktuation. Untersuchungen und Studien belegen Unterbesetzungen und dadurch erzwungene Schwerpunktsetzungen zu Lasten präventiver Arbeit. Deshalb braucht es gezielte Personalprogramme, attraktive Rahmenbedingungen und verbindliche Zielgrößen beim Betreuungsschlüssel. Als Orientierung werden seit Jahren Obergrenzen im Bereich von ca. 35 Fällen je Vollzeitkraft genannt; eine ambitionierte Zielgröße von etwa 30 Fällen ist fachlich begründbar, wenn gleichzeitig Supervision, Fortbildung und Multiprofessionalität gesichert werden. Datenschutz muss dabei als Schutzrecht verstanden werden, nicht als Hemmnis.

Außerdem wird Kinderschutz vor allem kommunal umgesetzt, aber gesamtgesellschaftlich verantwortet. Es ist wichtig, dass Lücken in der Kommunikation zwischen Bund, Ländern und Kommunen geschlossen werden und die rechtlichen Rahmenbedingungen einheitlich geregelt sind. Die Kommunen melden seit Jahren hohe Defizite und stark steigende Ausgaben, tragen aber den größten Teil der Kosten beim Thema Kinderschutz. Ohne mitwachsende Bundesbeteiligung und Regelfinanzierung anstelle kleinteiliger Projektförderung droht die Qualität zu erodieren und der Zugang ungleicher zu werden. Kinderschutz muss Kernauftrag bleiben – mit verlässlichen Mitteln für Prävention, Krisenintervention, Unterbringung, Personal und Therapie.

Wir sind überzeugt: Kinderschutz ist kein Randthema, keine Nische und kein Fachgespräch unter Expert\*innen. Jedes Kind, das Gewalt erfährt oder ohne Hilfe bleibt, ist ein Versagen des Staates und der Gesellschaft. Wir dürfen nicht länger akzeptieren, dass Hilferufe überlasteter Jugendämter verhallen, dass Prävention und Schutz am Geld scheitern oder dass Kinderrechte immer wieder dem politischen Alltagsgeschäft geopfert werden. Wer von sozialer Gerechtigkeit spricht, darf die Jüngsten nicht übersehen. Wir brauchen deshalb eine Politik, die Kinder wirklich in den Blick nimmt – mit klaren Rechten, starken Strukturen und verbindlichem Handeln.

Kinderschutz ist eine Frage der Menschlichkeit und politischen Haltung.

Ein Land, das seine Kinder nicht schützt, verliert seine moralische Glaubwürdigkeit.

Kinderschutz ist keine Option – er ist Pflicht.



## Antrag U01: Für eine entschlossene internationale Klimapolitik - globale Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen in 1850. Erstmals  
2 lag die globale Durchschnittstemperatur 1,6 Grad über dem vorindustriellen Niveau -  
3 und übertraf damit das anvisierte 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Auch wenn  
4 einzelne Jahre mit höheren Temperaturen nicht automatisch bedeuten, dass das Ziel  
5 dauerhaft verfehlt ist, zeigt dieser historische Wert eines ganz deutlich: Ohne  
6 höchste politische Anstrengungen drohen immer mehr kritische Klimakipppunkte und  
7 planetare Grenzen, also irreversible Veränderungen im Klimasystem der Erde,  
8 überschritten zu werden. Dies zu verhindern erfordert internationale Zusammenarbeit,  
9 globale Solidarität und handlungsfähige Bündnisse. Gesundheit, Lebensraum und  
10 Zukunftsperspektiven von Millionen Menschen weltweit sind bereits heute bedroht -  
11 besonders im globalen Süden, wo die Folgen der Klimakrise längst brutale Realität  
12 sind.

13 Gleichzeitig ist das Vertrauen in multilaterale Klimaprozesse angeschlagen.  
14 Rückschritte wie der erneute Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen belasten  
15 die Klimadiplomatie im Allgemeinen. Als Jusos sind wir überzeugt von der Wichtigkeit  
16 internationaler Verständigung und wollen vor dem Hintergrund der rasant  
17 voranschreitenden Erderhitzung auch bilaterale sowie plurilaterale Bündnisse stärken,  
18 um schnellere klimapolitische Fortschritte zu ermöglichen.

19 Wir Jusos tragen Verantwortung, solche Bündnisse auf zivilgesellschaftlicher Ebene  
20 mitzugestalten, Betroffene von Klimaschäden in politische Prozesse einzubinden und  
21 sozialdemokratische Antworten auf globale Krisen zu entwickeln. Ein zentrales Element  
22 dabei war eine Delegationsreise von Mitgliedern des Juso-Bundesvorstands nach  
23 Brasilien im Frühjahr 2025, bei der wir uns mit progressiven Kräften und befreundeten  
24 Organisationen vor Ort austauschen konnten.

25 Die Erkenntnisse und Impulse dieser Reise fließen direkt in diesen Antrag ein. Unser  
26 Ziel: Internationale Klimapolitik als gelebte Solidarität begreifen - und als  
27 jungsozialistisches Versprechen für eine gerechte Zukunft.

### 28 **Der Amazonas kippt nicht! Naturschutz als Fundament der Klimapolitik**

29 Natur- und Klimaschutz sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne den Erhalt und die  
30 Wiederherstellung intakter Ökosysteme kann keine wirksame Klimapolitik gelingen.  
31 Wälder, Moore, Mangroven und Savannen sind zentrale Kohlenstoffspeicher, Lebensräume  
32 und Wasserquellen. Sie zu schützen bedeutet, Leben zu schützen - lokal wie global.

33 Deutschland muss die EU-Renaturierungsverordnung konsequent umsetzen und sich darüber  
34 hinaus für eine globale Strategie zur Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme  
35 einsetzen. Doch Renaturierung darf nicht an nationalen Grenzen enden: Insbesondere  
36 die Bedingungen im Amazonasgebiet als "Lunge der Erde" müssen daher globale  
37 Aufmerksamkeit erhalten. Ihn als wichtige Biosphäre und als Lebensraum für  
38 insbesondere indigene Bevölkerung zu erhalten, ist eine globale gemeinschaftliche

Aufgabe! Der Erhalt des Amazonas ist untrennbar mit den Rechten der indigenen Bevölkerung verbunden. Indigene Völker sind nicht nur Bewohner\*innen des Amazonas, sondern gleichzeitig seine aktivsten Beschützer\*innen, ihnen steht der Amazonas rechtlich, kulturell und historisch zu. Durch ihren jahrhundertelangen Einsatz sowie den Kampf gegen Kolonialisierung und Ausbeutung haben sie in vielen Regionen Gerichtsentscheidungen erwirkt, die ihre traditionellen Territorien rechtlich absichern - ein zentraler Schritt im Schutz vor Abholzung, Landraub und ausbeuterischen Wirtschaftsformen. Studien zeigen ganz klar: Dort, wo indigene Gebiete anerkannt, respektiert und geschützt werden, bleiben Wälder intakt, Biodiversität geschützt und ökologische Kreisläufe stabil. Indigene Selbstbestimmung und territoriale Rechte sind daher keine symbolischen Forderungen, sondern die Voraussetzung für ein gesundes Ökosystem im Amazonasraum - und damit für globalen Klima- und Artenschutz. Auch der Schutz der Regenwälder in Zentralafrika und Südostasien erfordert eine besondere globale Aufmerksamkeit.

Trotz politischer Bekenntnisse geht die Zerstörung des Amazonas weiter. Der Ausbau von Straßen, Energieinfrastruktur und Bergbauprojekten treibt Entwaldung und Zersiedelung massiv voran. Diese "Entwicklung" ist keine Lösung, sondern eine neue Form ökologischer Gewalt. Deutschland und die EU dürfen solche Projekte weder direkt noch indirekt durch öffentliche Entwicklungsbanken oder Investitionsgarantien unterstützen.

Stattdessen muss Deutschland gezielt Projekte fördern, die Renaturierung, Waldschutz und soziale Teilhabe miteinander verbinden. Dazu gehören direkte Finanzierungen für indigene und lokale Gemeinschaften, die den Regenwald schützen, sowie die Unterstützung von Projekten, die auf traditionelle, nachhaltige Bewirtschaftungsformen setzen.

Besonders besorgniserregend waren hierbei die Vorbereitungen zur COP 30, die im November in Belém mitten im Amazonas stattgefunden hat. Ein Ort, der für seine Symbolträchtigkeit ausgewählt wurde, wird nun zur Falle; denn zur Durchführung der Konferenz wurden in der Vorbereitung massive Infrastrukturprojekte mit schädlichen Auswirkungen auf den Regenwald in der Region umgesetzt. Derartig sinnlose Symbolpolitik muss kritisiert und zukünftig verhindert werden.

Renaturierung und Naturerhalt brauchen Gerechtigkeit: Länder, die durch den Schutz von Wäldern, Mooren oder anderen Ökosystemen einen messbaren Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten, müssen dafür entschädigt werden. Wir fordern die Schaffung eines internationalen "Ökosystem-Dienstleistungsfonds", der Zahlungen an Staaten und Gemeinschaften im globalen Süden leistet, die ihre natürlichen Lebensräume bewahren und wiederherstellen. Die Finanzierung dieses Fonds erfolgt über die Abgaben von großen Unternehmen mit hohen CO<sub>2</sub> Emissionen, zum Beispiel durch Mechanismen wie den Europäischen Emissionshandel (ETS).

Wissenschaftliche Kooperationen, insbesondere mit Brasilien, sollen gestärkt werden. Forschung zu CO<sub>2</sub>-Flüssen, Waldgesundheit und Biodiversität im Amazonasgebiet muss international koordiniert und offen zugänglich gemacht werden. Nur so kann die Zivilgesellschaft wirksam kontrollieren, ob Staaten ihre Klimaversprechen einhalten.

Renaturierung und Naturerhalt sind kein "Add-on" der Klimapolitik - sie sind ihr Fundament. Ohne gesunde Ökosysteme gibt es keine Zukunft. Deutschland muss diese Wahrheit zur Leitlinie seiner nationalen und internationalen Umweltpolitik machen.

**Die historische Schuld begleichen! Anti-koloniale Klimagerechtigkeit**

Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische, sondern in besonderem Maße auch eine soziale und internationale Gerechtigkeitsfrage. Ihre Ursachen und ihre Auswirkungen sind global höchst ungleich verteilt: Während der globale Norden durch Industrialisierung und jahrhundertelange Ausbeutung enormen Wohlstand erwirtschaftet hat, tragen die Länder des globalen Südens die schwersten Lasten - sowohl ökonomisch als auch ökologisch.

Dieser Wohlstand des Nordens gründet auf kolonialer Unterdrückung, gewaltsamer Aneignung und unstillbarer Ressourcenausbeutung, deren historische Verantwortung in europäischen Staaten, auch in Deutschland, bis heute kaum aufgearbeitet wurde. Reparationen oder umfassende Formen der Entschuldigung sind weitgehend ausgeblieben. Stattdessen verschärft sich die Ungerechtigkeit: Jene Staaten, die bereits unter den Folgen kolonialer Ausbeutung leiden, sind nun am stärksten von den Auswirkungen der menschengemachten Klimakrise betroffen - einer Krise, die vor allem durch den globalen Norden verursacht wurde und den Preis seiner Industrialisierung darstellt.

Der rote Faden von Rassismus, Kolonialismus und der ungleichen Verteilung der Folgen der Klimakrise zieht sich klar durch die Weltgeschichte. Dies anzuerkennen bedeutet auch, Verantwortung klar zu benennen: Der globale Norden trägt demnach historisch und aktuell die Hauptverantwortung. Für die Bekämpfung und Bewältigung der Klimakrise denken wir hingegen global und ziehen alle Staaten in die Pflicht, insbesondere die Hauptverursacher\*innen, der Klimakrise entgegenzutreten. Es ist daher unsere Aufgabe, die spezifischen Auswirkungen im globalen Süden sichtbar zu machen und konsequent in den Mittelpunkt der politischen Diskussion und des Handelns zu stellen.

**Verursacher\*innen zahlen! Klimafinanzierung als Gerechtigkeitsfrage**

Da der globale Norden -und damit auch Deutschland- den maßgeblichen Anteil an den historischen und aktuellen Emissionen hat, ist es unsere Aufgabe, die ökonomischen Lasten der Krisenbewältigung zu übernehmen. Klimafinanzierung ist dabei nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern eine Frage von historischer Gerechtigkeit und globaler Verantwortung.

Während unbestritten ist, dass die Staaten des globalen Südens unverhältnismäßig stark unter den Folgen der Klimakrise leiden, muss zugleich festgehalten werden: Auch innerhalb dieser Länder sind die Lasten ungleich verteilt. Besonders FINTA-Personen, Kinder sowie indigene Bevölkerungsgruppen sind in hohem Maße gefährdet. Sie erfahren die Klimakrise nicht nur als ökologische Katastrophe, sondern als existenzielle Bedrohung für ihre Lebensgrundlagen, ihre kulturelle Identität und ihre Zukunft. Diese Perspektiven müssen in der Klimafinanzierung sichtbar gemacht und in den Mittelpunkt gestellt werden.

Für uns folgt daraus, dass Deutschland seine Verantwortung nicht länger halbherzig wahrnehmen darf. Es braucht eine klare Strategie, die über bisherige, oftmals unzureichende Zusagen hinausgeht und die Finanzierung von Klimagerechtigkeit verbindlich absichert.

Deutschland muss sich deshalb verbindlich an der Finanzierung des internationalen "Loss and Damage"-Fonds beteiligen, der auf UN-Ebene beschlossen wurde, um klimabedingte Schäden und Verluste im globalen Süden auszugleichen. Dabei reicht es nicht, sich auf symbolische Einzahlungen zu beschränken: Es braucht eine langfristige

und substanzielle Finanzierung, die der historischen Verantwortung gerecht wird.

Daher fordern wir, dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass alle UN-

Mitgliedsstaaten sich verbindlich an der Finanzierung beteiligen.

Darüber hinaus ist eine deutliche Aufstockung der deutschen Beiträge zur

internationalen Klimafinanzierung dringend erforderlich. Die bisher zugesagten sechs

Milliarden Euro jährlich sind bei Weitem nicht ausreichend. Entscheidend ist dabei,

dass diese Mittel zusätzlich zu bestehenden Geldern für globale Partnerschaften

bereitgestellt werden und nicht zu Lasten anderer wichtiger Projekte gehen. Allgemein

müssen die Gelder für Projekte der globalen Partnerschaft steigen. Um diese

Finanzierung dauerhaft sicherzustellen, braucht es eine gerechte Verteilungsbasis.

Hierzu gehört eine stärkere Heranziehung derjenigen, die am meisten von fossilem

Reichtum profitiert haben und immer noch profitieren - etwa durch Abgaben auf

besonders klimaschädliche Unternehmen oder auf Vermögen der Superreichen.

Klimafinanzierung muss außerdem die wirtschaftlichen Strukturen im globalen Süden

entlasten. Deshalb ist es notwendig, Schuldenerlasse und Schuldumwandlungen für jene

Staaten zu unterstützen, die besonders unter den Folgen der Klimakrise leiden. Nur so

können diese Länder die dringend notwendigen Investitionen in Anpassung, Klimaschutz

und nachhaltige Transformation tätigen, ohne in eine neue Spirale aus Abhängigkeit

und Verschuldung zu geraten.

Besonders wichtig ist auch, dass die Finanzierung nicht nur Staaten und Institutionen

erreicht, sondern gezielt denjenigen zugutekommt, die in den betroffenen

Gesellschaften am stärksten betroffen sind. FINTA-Personen, Kinder und indigene

Bevölkerungen sind in vielen Regionen den Folgen der Klimakrise in

unverhältnismäßigem Maß ausgesetzt - sei es durch den Verlust von Lebensgrundlagen,

durch höhere Verwundbarkeit in Katastrophensituationen oder durch die Zerstörung

kultureller Räume. Klimafinanzierung muss daher so ausgestaltet sein, dass sie diesen

Gruppen direkte Unterstützung und Handlungsspielräume eröffnet.

Nur durch eine solche umfassende und gerechte Gestaltung der Klimafinanzierung kann

Deutschland seiner besonderen Verantwortung gerecht werden. Es geht nicht um Almosen

oder symbolische Gesten, sondern um konkrete Schritte, die koloniale Kontinuitäten

durchbrechen und internationale Solidarität in praktische Politik übersetzen.

#### **Klimaneutraler Strom für alle! Ausbau erneuerbarer Energien und Energiesysteme**

Der Zugang zu Energie ist nicht nur eine technische, wirtschaftliche und

klimapolitische Frage, sondern entscheidet über Teilhabe, Gesundheit, Bildung,

Mobilität und Produktion - und ist damit nicht weniger als ein Menschenrecht. Im Jahr

2023 lebten etwa 675 Millionen Menschen weltweit, vor allem in ländlichen Regionen

des globalen Südens, noch immer ohne gesicherten Zugang zu elektrischem Strom.

Energiearmut vertieft bestehende soziale Ungleichheiten und erschwert die Überwindung

extremer Armut.

Wir setzen deshalb auf dezentral organisierte, auf erneuerbaren Quellen basierende

Energiesysteme, die verlässlich klimaneutralen und bezahlbaren Strom liefern.

Internationale Energiepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und Ländern des

globalen Südens wollen wir ausweiten. Diese Partnerschaften dürfen sich nicht auf

Technologieexporte oder Investitionsoffensiven beschränken. Sie müssen gerecht,

kooperativ und partizipativ gestaltet werden: Planung, Finanzierung und Betrieb von

Infrastrukturprojekten müssen in enger Abstimmung mit regionalen Akteur\*innen erfolgen. Unser Anspruch lautet, dass Energiepartnerschaften Klimaneutralität, Versorgungssicherheit, demokratische Kontrolle und lokale Wertschöpfung gleichermaßen schaffen und garantieren. Zugleich fordern wir das sofortige Ende jeglicher öffentlicher Exportkredit- oder Investitions Garantien der Bundesregierung und der EU für neue fossile Infrastruktur weltweit und die konsequente Ausrichtung der vorhandenen Instrumente am 1,5-Grad-Ziel.

Beispielhaft zeigt sich in Brasilien: Ein bisher funktionierendes, stark wasserbasiertes Energiesystem gerät durch Klimawandelfolgen zunehmend unter Druck. Dürreperioden zwingen zur Nutzung fossiler Energien und erhöhen die Preise - ein deutliches Signal, wie verletzlich Energiesysteme durch die Klimakrise sind. Gleichzeitig bietet das Land enormes Potenzial für Solar- und Windkraft, wenn Investitionen, Netzinfrastruktur und Regulierung sozial und klimafreundlich gestaltet werden.

Die globale Energiewende ist eine Schlüsselbedingung für Klimagerechtigkeit. Sie muss ambitioniert, solidarisch und verbindlich gestaltet werden. Dafür braucht es politische Steuerung und klare Verpflichtungen. Wir fordern daher, dass Deutschland und die EU die internationale Zusammenarbeit zur Energiewende strategisch ausbauen und verstetigen, gezielt in Übertragungs- und Verteilnetze, Speichertechnologie und dezentrale Mikronetze investieren. Zudem fordern wir die Finanzierung von Energieprojekten an soziale und ökologische Standards zu binden, Technologietransfer und Know-How-Aufbau zu fördern, anstatt fossile Abhängigkeiten zu reproduzieren. Außerdem müssen multilaterale Foren wie die Internationale Energieagentur und Partnerschaften wie die Global Gateway Initiative aktiv genutzt werden, um faire Allianzen zu schaffen und verbindliche Beteiligungsrechte für lokale Gemeinschaften sind zu sichern, damit Energiewende nicht über ihre Köpfe hinweg geschieht. Dazu müssen auch globale Partnerschaften so (um)gestaltet werden, dass sie gegenseitigen Wissenstransfer berücksichtigen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt dafür sind Initiativen wie die G7-Just Energy Transition Partnerships (JETPs), die den gemeinsamen Ausstieg aus fossilen Energien und den Aufbau erneuerbarer Energiesysteme mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Erste Partnerschaften bestehen mit Südafrika, Indonesien, Vietnam und Senegal. Diese Ansätze gilt es entschlossen auszuweiten und zu vertiefen.

Eine internationale Energiewende, die diesen Namen verdient, darf keine bloße Verlängerung wirtschaftlicher Interessen des globalen Nordens sein. Sie muss Machtasymmetrien abbauen, technologische Souveränität im globalen Süden stärken und gesellschaftliche Teilhabe fördern.

### **Die Industriewende anpacken! Dekarbonisierung als Grundlage wirtschaftlicher Beziehungen**

Die Klimakrise ist das unmittelbare Ergebnis eines internationalen Wirtschaftssystems, das auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basiert. Als Jusos stellen wir klar: Gerechte Klimapolitik muss die Grundlage aller Wirtschafts- und Investitionsbeziehungen sein.

Die internationale Klimapolitik muss konsequent eine Industriewende im Sinne der globalen Gerechtigkeit einbeziehen. Kooperationen dürfen nicht in einer bloßen

Abhängigkeit vom globalen Norden münden, sondern müssen die lokale Wertschöpfung und technologische Souveränität im sogenannten globalen Süden fördern. Grüner Wasserstoff spielt dabei eine strategisch wichtige Rolle: Wir erkennen an, dass Grüner Wasserstoff in bestimmten Sektoren, die nicht direkt elektrifizierbar sind, unverzichtbar ist. Länder wie Brasilien verfügen aufgrund ihrer Ressourcen wie Flächen für Photovoltaikanlagen über das Potenzial, große Mengen an klimaneutralen Energieträgern zu produzieren und Wasserstoff zu exportieren. Die Bundesrepublik und die Europäische Union müssen diese Partnerschaften jedoch so ausgestalten, dass die Infrastrukturprojekte zur Wasserstoffproduktion die Energiesouveränität der Partnerländer stärken und der globale Süden nicht lediglich zum Rohstofflieferanten für die europäische Industrieländer degradiert wird.

Dies schließt die Dekarbonisierung von Industriezweigen wie dem Automobilsektor ein: Gezielte Investitionen in klimaneutrale Technologien und die Ausweitung von industrieller Zusammenarbeit, etwa im Rahmen des brasilianischen "Mover"-Programms für die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in der dortigen Fahrzeugproduktion, bilden hierfür die Grundlage. Wir wollen gemeinsame Förderideen für bezahlbare Elektroautos, die der Rolle Brasiliens als bedeutender Autoproduzent gerecht werden, vorantreiben. Dazu gehört die Implementierung eines Social-Leasing-Programms, das Leasingverträge staatlich bezuschusst und Elektromobilität für breite Bevölkerungsschichten zugänglich macht. Die Bundesregierung möchte in Deutschland ein Förderprogramm für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zum Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge umsetzen - wir fordern, das Konzept weiterzuentwickeln und in globalen Partnerschaften aufgehen zu lassen.

Um die Industrieländer international zu beschleunigen und Planungssicherheit zu schaffen, müssen innovative Finanzinstrumente wie Carbon Contracts for Difference (CCfDs) konsequent in die internationale Klimapolitik einbezogen werden. CCfDs stellen sicher, dass Unternehmen, die in klimaneutrale Produktionsverfahren investieren, gegen die Preisrisiken fossiler Alternativen abgesichert werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Instrument nicht nur national anzuwenden, sondern es als Teil gerechter Industriepartnerschaften zu etablieren. Dabei muss sichergestellt werden, dass CCfDs den Technologietransfer fördern, die lokale Wertschöpfung stärken und keine versteckten Subventionen für europäische Unternehmen darstellen.

#### **Systemwandel statt Klimawandel! Verantwortung für die junge und kommende Generationen**

Die Klimakrise wartet nicht auf Kompromisse - wir müssen alle Spielräume internationaler Klimapolitik nutzen, um überhaupt noch in die Nähe der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziel zu kommen. Unsere historische Verantwortung verlangt einen Systemwandel, der koloniale Kontinuitäten durchbricht, Klimaschäden-Verursacher\*innen zur Kasse bittet und die globale Energie- sowie Industrieländer vorantreibt. Als Jüngere kämpfen wir für eine nachhaltige Zukunft für unsere eigene und alle kommenden Generationen.

## Antrag V01: Fliegen? Eine Frage der K(l)asse

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Die Jusos fordern:

1. Die uneingeschränkte Aufnahme von Privatflugzeugen in den EU-Emissionshandel sowie die Streichung nicht zeitgemäßer Ausnahmen. Dafür sind insbesondere folgende Änderungen im Abschnitt Luftverkehr des **Anhang I** der EU-Richtlinie **2003/87/EG** notwendig: Ferner sollen auch die anderen Ausnahmen von Luftfahrzeugen vom EU-Emissionshandel auf ihren Nutzen und ihre Auswirkung auf das Klima überprüft werden.

a. Streichung der Ausnahme für "Flüge, die ausschließlich zur Beförderung von in offizieller Mission befindlichen regierenden Monarchen und ihren unmittelbaren Familienangehörigen sowie Staatschefs, Regierungschefs und von zur Regierung gehörenden Ministern eines Nichtmitgliedstaats durchgeführt werden", **Buchstabe a**

b. Streichung der Ausnahme von Flügen, „*bei denen das Luftfahrzeug ohne Zwischenlandung wieder zum Ausgangsflugplatz zurückkehrt*“ vom Emissionshandel, **Buchstabe e)**

c. Streichung der Ausnahme von Flügen „*von Luftfahrzeugen mit einer höchstzulässigen Startmasse von weniger als 5 700 kg*“ vom Emissionshandel, **Buchstabe h)**

d. Streichung der Ausnahme von Flügen gewerblicher Betreiber, die entweder „*weniger als 243 Flüge in jedem von drei aufeinander folgenden Viermonatszeiträumen*“ durchführen oder bei denen „*die jährlichen Gesamtemissionen der Flüge dieses Betreibers weniger als 10 000 Tonnen betragen*“ vom Emissionshandel, **Buchstabe j)**

e. Streichung der Ausnahme von Flügen, die „*von einem nichtgewerblichen Luftfahrzeugbetreiber durchgeführt werden, dessen Flüge jährliche Gesamtemissionen von weniger als 1 000 Tonnen aufweisen*“ vom Emissionshandel, **Buchstabe k)**

2. Eine **Luftverkehrsabgabe** auch für Privatflüge durch die Aufnahme von nichtgewerblichen Flügen in den Anwendungsbereich des Luftverkehrsteuergesetzes (LuftVStG). Hiervon sollen Flüge zu Ausbildungs- und Schulungszwecken, medizinischer Versorgung und wissenschaftlicher Nutzung ausgenommen werden. Die Einbeziehung von Luftfahrzeugen, die komplett oder zeitweise ohne Motorleistung fliegen, sollte gesondert überprüft werden.

3. Wir fordern ein Verbot der Nutzung von Privatflugzeugen auf jeglichen Flugzeugstart- und Landebahnen. Ausgenommen von diesem Verbot sollen lediglich Flüge sein, die medizinischen oder wissenschaftlichen Zwecken dienen, der Ausbildung von Flugpersonal oder dem Transport besonders schutzbedürftiger Personen. Langfristig muss unser Ziel sein, den dem Markt unterworfenen

40 Emissionshandel, der damit auch Teil des Problems ist, zu überwinden.

## Begründung

15,6 Millionen Tonnen – so viel CO<sub>2</sub> stießen Privatjets allein im Jahr 2023 aus. Zwischen 2019 und 2023 sind die Emissionen durch private Flugreisen weltweit um 46 % gestiegen. Die Merz und Musks der Welt legen dabei immer häufiger auch kurze Strecken mit ihren Privatfliegern zurück: Knapp die Hälfte aller Privatflüge in dem Zeitraum war kürzer als 500 km.

Privatflugzeuge sind das ultimative Statussymbol der Superreichen. Nur 0,003 Prozent der Weltbevölkerung hat Zugang zu ihnen. Zugleich hat kein anderes Verkehrsmittel einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Person und Kilometer: Ein Privatflug ist durchschnittlich 14-mal so klimaschädlich wie ein Linienflug und 50-mal so klimaschädlich wie eine Zugfahrt.

Dennoch werden Privatfliegende faktisch privilegiert. Sie müssen für ihre Flüge in den allermeisten Fällen keine **europäischen Emissionszertifikate** erwerben, denn der EU-Emissionshandel setzt eine Mindestgröße sowie einen jährlichen Mindestausstoß voraus. Rundflüge sind vom Emissionshandel ebenso ausgenommen. Noch weniger nachvollziehbar ist nur die Ausnahme von Flügen regierender Monarch\*innen und ihren Angehörigen.

Durch eine Aufnahme von Privatflügen in den EU-Emissionshandel kann diese faktische Privilegierung beendet werden. Hierbei geht es nicht um eine Sanktionierung oder gar ein Verbot von privatem Fliegen, sondern darum, die durch Privatflüge verursachten Emissionen nicht weiterhin der Allgemeinheit aufzubürden. Menschen, die privat fliegen, sollen für die von ihnen verursachten Emissionen kompensationspflichtig sein.

Auch die **Luftverkehrsabgaben** werden bei Privatflügen (im Gegensatz zum regulären Flugverkehr) nicht erhoben. Sie wurde eingeführt als Pendant zur Energiesteuer, die bei anderen Verkehrsträgern als Steuer auf nicht erneuerbare Energien anfällt und verfolgt sowohl umwelt- als auch fiskalische Ziele. Eine Luftverkehrssteuer für Privatflüge kann sowohl die Lenkungswirkung für den Klimaschutz verstärken als auch eine gerechtere Verteilung der Steuerlast ermöglichen.

Wer Klimaschutz vorantreiben will, muss privates Fliegen stärker beschränken und Anreize und Privilegierungen abschaffen. Eine Aufnahme in den EU-Emissionshandel und die Einführung für Luftverkehrsabgaben auch für Privatjets sind zwingend notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahmen. Vielmehr sollte auch die **Nutzung öffentlicher Infrastruktur**, insbesondere Flughäfen in (überwiegend) öffentlicher Hand, durch Privatflugzeuge beschränkt werden: Das macht privates Fliegen unattraktiver und verhindert gleichzeitig, dass Durchschnittsbürger\*innen die Reisen der Superreichen subventionieren. Ein Vorbild kann Deutschland sich dabei an Amsterdam nehmen: Von Ende 2025 an dürfen am viertgrößten Flughafen Europas keine Privatjets mehr starten und landen.



## Antrag W01: Internationalistische Verteilungsgerechtigkeit - We must dare to invent the future!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 Die globale Gemeinschaft steht vor einer großen Herausforderung: Reichtum und Chancen  
2 sind weltweit extrem ungleich verteilt. Laut dem Credit Suisse Global Wealth Report  
3 2024 verfügt bspw. der gesamte Kontinent Afrika trotz eines Bevölkerungsanteils von  
4 über zehn Prozent nur über rund 1–2 Prozent des globalen Vermögens, während Europa  
5 etwa 30 Prozent und Nordamerika rund 34 Prozent kontrollieren. Selbst dort, wo Länder  
6 des sogenannten Globalen Südens ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichnen,  
7 profitieren die ärmsten Bevölkerungsgruppen häufig kaum. Gewinne fließen oft ins  
8 Ausland oder werden in den eigenen Gesellschaften durch Korruption und Patronage  
9 Netzwerke so ungleich verteilt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wächst.  
10 Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern macht deutlich, dass die globalen  
11 Herausforderungen unserer Zeit von Klimawandel über Armut bis hin zu Flucht und  
12 Migration untrennbar mit jahrhundertealten Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen  
13 verbunden sind. Die Klimakrise trifft besonders jene Regionen, die am wenigsten zu  
14 ihrer Entstehung beigetragen haben. Wirtschaftliche Abhängigkeiten und unfaire  
15 Handelsbeziehungen verhindern, dass ärmere Länder selbstbestimmt über ihre  
16 Entwicklung entscheiden können.

17 Als Jusos stehen wir deshalb für eine grundlegende Transformation der internationalen  
18 Beziehungen, die diese neokolonialen Machtstrukturen überwinden will und eine  
19 solidarische Weltordnung schafft. Unser Ziel ist eine Welt, in der alle Menschen in  
20 Würde und Sicherheit leben können, in der Ressourcen gerecht verteilt werden und die  
21 internationale Zusammenarbeit solidarisch stattfindet.

### 22 I. Analyse der globalen Ungleichheit

23 Die heutigen globalen (Verteilungs-)Ungleichheiten sind kein Naturzustand, sondern  
24 das Ergebnis historischer Ausbeutung. Der sogenannte globale Süden wird durch den  
25 sogenannten globalen Norden weiterhin systematisch ausgebeutet und an  
26 selbstbestimmter Entwicklung gehindert. Die durch weiße Imperialisten bereits vor  
27 Jahrhunderten erfundenen sog. "Rassentheorien" bilden nach wie vor die  
28 Rechtfertigungsbasis für die (neo-)koloniale Aneignung von Kapital, Wissen und Macht.  
29 Koloniale Strukturen ziehen sich bis heute auch durch die internationale  
30 Zusammenarbeit, insbesondere die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit. Stets ging es  
31 dabei um die Erschließung neuer Märkte für das Kapital des sog. globalen Nordens und  
32 Durchsetzung US- und eurozentrischer Entwicklungsmodelle. Anstatt Entwicklung  
33 selbstbestimmt zuzulassen, gibt der globale Norden eine kreierte, westliche  
34 Entwicklungsvorstellung von Linearität vor, welche anderweitige Realitäten und  
35 Bedürfnisse der betroffenen Staaten nicht zulässt.

36 Auch das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung als Maßgabe der internationalen  
37 (Entwicklungs-)Zusammenarbeit, das soziale, ökologische und ökonomische  
38 Nachhaltigkeit verbinden soll, legt zentrale Konflikte zwischen Kapital und Arbeit

sowie ökologische Implikationen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems nicht bei. Angesichts multipler internationaler Krisen, nicht erreichter Zielsetzungen und der Abkehr sowohl von Zivilgesellschaften als auch Regierungen (vor allem des globalen Nordens) von diesen Zielen steht die nachhaltige Entwicklung zunehmend auf dem Prüfstand. Wir Jusos stehen zu diesen Zielen in einem kritisch-solidarischen Verhältnis und setzen uns für ihre Weiterentwicklung ein, die Hindernisse unserer klimagerechten sozialistischen Vision aus dem Weg räumt.

Das System der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit ist in seiner historischen Entstehung nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Projekt der Westbindung unter dem Narrativ des "Kampfes gegen die Armut", das vor allem durch die USA unter den Bretton-Woods-Institutionen international etabliert wurde. So entstand ein System der globalen Wirtschaft und Finanzierung, das durch koloniale Kontinuitäten Ungleichheiten reproduziert, bedingt, und ignoriert, dass diese Maßnahmen eine "Armut bekämpfen" sollen, die durch die Kolonialmächte in den betroffenen Ländern erst geschaffen worden ist.

Daraus resultiert eine ungleiche Verteilung von Eigentum und Ressourcen in vielen Bereichen der globalen Wirtschaft und Gesellschaft, die auf ein komplexes Zusammenspiel von Macht, Geschlecht, Klasse und Herkunft verweist. Es handelt sich dabei um nur einige ausgewählte Probleme, die in einer intersektionalen Analyse sichtbar werden.

Ein zentrales Thema ist die ungleiche Verteilung von Eigentum an Produktionsmitteln und Ressourcen. Diese betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen dem sogenannten globalen Norden und dem sogenannten globalen Süden, sondern zeigt sich auch auf nationaler Ebene. Während privates Vermögen in wenigen Händen konzentriert ist, bleiben staatliche Vermögen und öffentliche Güter chronisch unterfinanziert, was soziale Ungleichheiten weiter verschärft. Die Verknappung von natürlichen Ressourcen ist nicht allein das Ergebnis objektiver Knappheit. Sie wird durch ungleiche Machtverhältnisse verstärkt, etwa wenn der Besitz von Land über den Zugang zu Rohstoffen und die Möglichkeit zur Errichtung von Produktionsstätten entscheidet. Wer Land kontrolliert, bestimmt häufig auch darüber, wer an der Wertschöpfung teilhaben kann.

Darüber hinaus profitieren transnationale Konzerne in globalen Lieferketten von niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und unzureichenden Umweltstandards in vielen Ländern des sogenannten globalen Südens. Die lokale Bevölkerung bleibt dabei oft von der eigentlichen Wertschöpfung ausgeschlossen und leidet unter den durch sie resultierenden Umständen, während die Gewinne in den Zentren des globalen Marktes konzentriert werden.

Ein weiteres Beispiel ist der sogenannte Care Drain. Pflegekräfte und Sorgearbeiter\*innen aus ärmeren Ländern werden in reichere Staaten, insbesondere im globalen Norden, abgeworben, um dort Betreuungslücken zu schließen. Dies schwächt die Pflegesysteme in den Herkunftsländern und schafft neue Formen von Abhängigkeit, die besonders FINTA betreffen.

Diese Analyse kann nicht sämtliche Probleme vollumfänglich beschreiben, macht aber dennoch deutlich: Eigentum, Ressourcen, Arbeitsbedingungen und Fürsorgearbeit sind auf vielschichtige Weise miteinander verflochten und zementieren globale Ungleichheit.

## **II. Grundprinzipien einer gerechten internationalen Ordnung**

### **2.1 Multilateralität und Partizipation**

Multilaterale Zusammenarbeit ist für uns die Basis internationaler Politik. Deswegen braucht es Begegnungsorte, an denen Akteur\*innen gleichberechtigt zusammenkommen können. Anstatt starre Förderungsrichtlinien der "Geberländer", setzen wir auf solidarische Zusammenarbeit. Dazu gehört neben dem Abbau von aktuellen Machtasymmetrien in der konkreten Entwicklungszusammenarbeit auch die Reform aktueller internationaler Organisationen, die den Ländern des sogenannten globalen Südens, insbesondere gemessen an ihrer Populationsgröße, in Relation zu wenig Machtpositionen zugestehen. Der Austausch darf nicht nur mit wirtschaftlichen und politischen Stakeholdern stattfinden, sondern muss die Menschen vor Ort einbeziehen. Um koloniale Machtstrukturen aufzubrechen, muss mit den betroffenen Staaten und der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet werden. Hierbei sind die Prinzipien der feministischen Außenpolitik für uns nach wie vor wegweisend: Repräsentation, Ressourcen, Rechte und Diversität.

### **2.2 Überwindung des Paternalismus**

Internationale Zusammenarbeit fußt 2025 immer noch auf einem Machtgefälle zwischen dem sogenannten "globalen Norden" und dem sogenannten "globalen Süden". Anstatt gemeinsam solidarisch zu arbeiten, gibt der sogenannte "globale Norden" Entwicklungsziele vor und arbeitet mit Narrativen, die Staaten des sogenannten "globalen Südens" paternalisieren. Begründet wird diese Haltung meist mit einem moralischen Kompass, der Werte zur Voraussetzung für Zusammenarbeit macht. Dieses Spannungsfeld muss kritisch reflektiert werden. Deswegen bekennen wir uns zu einer feministischen Entwicklungszusammenarbeit, die die Lebenssituationen der Menschen vor Ort direkt verbessert. Als Jusos streben wir nach einer Welt der Freien und Gleichen, verstehen aber gleichzeitig: diese kann nicht von einer Machtposition aus aufgezwungen werden. Menschen können mit Geld umgehen, unabhängig von ihrer Herkunft. Die gegenteilige paternalistische Grundannahme muss explizit widerlegt und überwunden werden. Handels- und Wirtschaftspolitiken dürfen nicht einseitig von ehemaligen Kolonialmächten aus bevormundenden Beweggründen entwickelt werden. Wir sind der Überzeugung, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, was sie benötigen, um die Industrialisierung voranzutreiben. Wir möchten daher, dass die Entscheidungsgewalt bei den betroffenen Akteur\*innen vor Ort liegt.

## **III. Reform der Entwicklungszusammenarbeit**

Die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit ist vielfältig und umfasst neben der ökonomischen Dimensionen unter anderem Fragen der Gesundheit, Bildung und Infrastruktur. Es ist uns deswegen wichtig zu betonen, dass dieser Antrag sich rein auf die ökonomischen Funktionen dieser Arbeit fokussiert und keinen vollständigen Überblick über eine jungsozialistische Perspektive auf Entwicklungszusammenarbeit bieten kann.

### **3.1 Internationale Zusammenarbeit anstatt Machtgefälle**

Die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit muss grundlegend neu ausgerichtet werden. Schon der Begriff selbst ist problematisch, da er ein hierarchisches Verhältnis zwischen vermeintlichen Geber- und Empfängerländern nahelegt, anstatt echte Partnerschaft zu ermöglichen. Auch aktuelle Debatten über die Funktion deutscher

Entwicklungspolitik fokussieren sich fälschlicherweise auf die Konditionalisierung der Zusammenarbeit, zum Beispiel im Kontext von "Migrationsabkommen", die effektiv Länder des sogenannten globalen Südens erpressen würden. Das lehnen wir ab. Es braucht mehr denn je die klare Vision, dass alle Menschen in Frieden und Würde leben können. Internationale Zusammenarbeit darf nicht stattfinden, um das Gewissen der ausbeutenden Länder zu beruhigen, da dadurch Machtgefälle zementiert werden. Entscheidend sind deshalb Projekte, die auf echter Begegnung und Gleichberechtigung beruhen, lokale Kulturen und Expertisen der Zivilgesellschaft respektieren und die jeweiligen Machtverhältnisse genau verstehen. Jeder Schritt muss sorgfältig durchdacht werden – von den eingesetzten Mitteln bis zu den möglichen politischen und sozialen Konsequenzen. Regierungen sollen nicht als einzige Ansprechpartner\*innen gesehen werden. Es soll stets auch mit Zivilbevölkerungen zusammengearbeitet werden, damit Zusammenarbeit nicht einseitig bleibt, sondern wechselseitig und gerecht gestaltet wird.

Maßnahmen zur Neuausrichtung der sog. Entwicklungszusammenarbeit können umfassen:

**- Infrastruktur statt Mikrokredite:** Gute Infrastruktur schafft Zugänge zu Märkten, erleichtert den Austausch von Wissen und stärkt die öffentliche Daseinsvorsorge, sodass Menschen langfristig unabhängig wirtschaften können, anstatt sich in unsichere Kleinkredite zu begeben. Mikrokredite können aus feministischer Perspektive problematisch sein, da sie häufig Schuldenfallen für FINTA schaffen.

**- Direkte finanzielle Unterstützung:** Statt komplizierter Projektstrukturen sollten auch direkte Geldtransfers an die Bevölkerung in Betracht gezogen werden. Auszahlungen an alle steigern die wirtschaftliche Nachfrage und ermöglichen Menschen, eigene Prioritäten zu setzen. Ziel dieser Unterstützung ist es nicht, ein permanentes Grundeinkommen zu schaffen, sondern gemäß einer keynesianischen Logik, in Regionen, in welchen die lokale Wirtschaft durch zu geringe Nachfrage klein gehalten wird, einen An Schub der Nachfrage zu erzielen. Diese Zahlungen sollen direkt an die Menschen vor Ort erfolgen.

**-Währungskredite:** Eine autonome Geld- und Fiskalpolitik ist das Privileg weniger Länder des globalen Nordens. Hohe Zinsen und willkürliche Kapitalbewegungen sind ein großes Hindernis für aufstrebende Länder. Hier sind Währungskredite ein wichtiges Mittel den Staaten des globalen Südens mehr Kontrolle über ihre eigene Währung zu geben.

#### IV. Gerechte Handelsbeziehungen

##### **4.1 Unsere Vision: Freier Handel zwischen Freien und Gleichen**

Unsere Utopie ist freier Handel zwischen freien und gleichen Akteur\*innen. Dafür müssen diese jedoch erst frei und gleich werden. Wir bekräftigen unsere Selbstverpflichtung, welche Staaten aus jungsozialistischer Sicht als Handelspartner\*innen in Frage kommen, und knüpfen dabei an den Beschluss „Zeitenwende - aber richtig!“ aus dem Jahr 2022 an.

Das bedeutet für uns konkret, dass wir unsere Handelspartner nach demokratischer und menschenrechtlicher Lage kategorisieren müssen, da wir Handel auch als Förderung von Klimaschutz, Gleichstellung und fairer Arbeitsbedingung verstehen.

##### **4.2 Übergangsmaßnahmen auf dem Weg zur Utopie**

Auf dem Weg zu einer gerechten Weltwirtschaft brauchen wir Übergangsmaßnahmen, die Entwicklungsmöglichkeiten schützen und unfaire Abhängigkeiten abbauen. In bestimmten Industriezweigen ist ein gezielter **sektoraler Protektionismus** notwendig, um den Aufbau junger, lokaler Industrien zu ermöglichen. Dafür braucht es eine globale Strategie und eine internationale Zusammenarbeit, die diesen Aufbau aktiv unterstützt. Das bedeutet konkret: Wir akzeptieren die Einführung von Zöllen durch Länder des sogenannten globalen Südens, die ein berechtigtes Interesse haben, sektorale Infrastruktur auszubauen und verzichten auf Gegenmaßnahmen. In allen übrigen Fällen setzen wir auf eine symmetrische Zollpolitik: Industrieländer sollten grundsätzlich auf Zölle bei Importen verzichten. Zölle dürfen ausschließlich dann erhoben werden, wenn sie als Reaktion auf protektionistische Maßnahmen anderer Staaten oder auf staatliche Marktübernahmen, wie beispielsweise bei chinesischen Stahl, erforderlich sind.

Wir nutzen bestehende Strukturen in den Ländern des globalen Südens und stärken unsere Kooperation mit ihnen. Wir erkennen ihre lokale Expertise an und statten sie mit den nötigen Mitteln aus, eigene Entwicklungsprojekte durchzuführen. Eine Zusammenarbeit mit nationalen Entwicklungsbanken ist dabei explizit gewünscht.

Wir setzen uns außerdem für klare soziale und ökologische Standards in allen Lieferketten ein. Beim Grenzübergang sollen CO<sub>2</sub>-Ausgleiche gezahlt werden, um klimaschädliche Produktionsweisen nicht länger zu begünstigen. Die Höhe der entsprechenden Zahlung soll sich relativ an der Höhe des Umsatzes des Unternehmens orientieren, welches den Import veranlasst hat. Bestehende Handelsabkommen, insbesondere jene, die Ländern des sogenannten globalen Südens aufgezwungen wurden und lokale Märkte zerstören, müssen neu und multilateral verhandelt werden. Handelsbeziehungen dürfen nicht länger neokoloniale Abhängigkeiten verstärken, sondern müssen gezielt lokale Wertschöpfungsketten stärken und selbstbestimmte wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Auch in der Agrarpolitik braucht es einen grundlegenden Wandel. Subventionierte, exportierte, europäische Agrarprodukte verzerren die Märkte und zerstören die Landwirtschaft im sogenannten globalen Süden. Wir fordern deshalb internationale Handelsregeln, die es ärmeren Regionen erlauben, ihre Landwirtschaft zu schützen und eigene Märkte zu entwickeln. Nur so können wir Schritt für Schritt eine solidarische und faire Weltwirtschaft aufbauen.

#### **V. Klimagerechtigkeit und Aufbau gerechter Produktionsstrukturen**

Klimagerechtigkeit und Aufbau gerechter Produktionsstätten sind untrennbar miteinander verbunden. Die Klimakrise trifft die ärmsten Länder am härtesten, obwohl sie am wenigsten zu ihr beigetragen haben. Gleichzeitig bietet die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft die Chance, gerechtere Strukturen aufzubauen.

Die reichen Industrieländer müssen nicht nur für historisches Unrecht in Form von Reparationszahlungen, sondern auch für ihren überproportionalen Beitrag zur Klimakrise zahlen. Dies bedeutet, dass vergangene Schäden auszugleichen, Resilienz für die Zukunft zu stärken, aber auch den Klimawandel selbst zu bekämpfen.

Diese Reparationszahlungen können nicht nur durch Geld erfolgen, sondern zum Beispiel auch durch den kostenlosen Aufbau dezentraler und nachhaltiger Energieinfrastruktur. Statt zentralisierter Systeme, die neue Abhängigkeiten schaffen, sollten dezentrale,

219 lokale Energiesysteme gefördert werden.

220 Für eine solidarische Weltwirtschaft braucht es Produktionsweisen, die lokale  
221 Kontrolle stärken, Abhängigkeiten abbauen und den ökologischen Umbau vorantreiben.  
222 Statt transnationale Konzerne zu fördern, setzen wir deswegen auf genossenschaftliche  
223 und staatlich unterstützte, aber demokratisch organisierte Unternehmen. So bleibt  
224 Wertschöpfung in der Region und Produktionsmittel geraten nicht in die Hände weniger  
225 Großakteur\*innen.

226 Um eine klimagerechte und selbstbestimmte Industrialisierung im sogenannten globalen  
227 Süden zu ermöglichen, müssen außerdem gezielt Strukturen geschaffen werden, die  
228 technologische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit  
229 verbinden. Deswegen fordern wir:

230 - **Technologietransfer ohne neue Abhängigkeiten:** Wir finanzieren Technologietransfer  
231 und Aufbau klimaneutraler Produktionsstätten im sogenannten globalen Süden, ohne neue  
232 Schuldenfallen zu schaffen. Joint Ventures mit staatlichen Investor\*innen können  
233 dabei eine Rolle spielen.

234 - **Leap-Frogging ermöglichen:** Solarenergie ist im Globalen Süden besonders  
235 kostengünstig und kann als Sprungbrett für energieintensive Industrien dienen, ohne  
236 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu erhöhen.

237 - **Förderung lokaler Produktionskreisläufe:** Statt reiner Rohstoff-Exportstrukturen  
238 fördern wir lokale Produktionskreisläufe im sogenannten globalen Süden, die  
239 Wertschöpfung vor Ort ermöglichen.

240 - **Transparente und faire Lieferketten** müssen Ausbeutung und neokoloniale  
241 Abhängigkeiten verhindern. Technologische Entwicklungen sollen in den Dienst der  
242 lokalen Produktion gestellt werden und lokalen Gesellschaften dienen, statt  
243 Konzernprofite zu generieren. Wir setzen uns auf nationaler und europäischer Ebene  
244 weiterhin für starke und lückenlose Lieferkettenrichtlinien ein, bei Nichteinhaltung  
245 müssen Unternehmen sanktioniert werden. Die Rückabwicklung dieser missbilligen wir  
246 explizit. Kleinere Unternehmen sollen dabei auf Beratungs- und Hilfsangebote  
247 zurückgreifen können

#### 248 **VI. Internationale Zusammenarbeit dekolonisieren**

249 Wir wollen die neokolonialen Strukturen überwinden, die internationale Beziehungen,  
250 Handel und Produktion prägen. Koloniale Ausbeutung, unfaire Handelsabkommen und  
251 ungleiche Machtverhältnisse verhindern, dass alle Länder selbstbestimmt über ihre  
252 Entwicklung entscheiden können. Eine gerechte Weltordnung erfordert daher neue Formen  
253 von gleichgestellter Partner\*innenschaft, die historisches Unrecht anerkennen, Macht  
254 neu verteilen und echte Mitsprache des sogenannten globalen Südens ermöglichen. Nur  
255 so lassen sich globale Krisen wie Klimawandel, Armut und Vertreibung nachhaltig  
256 bekämpfen.

257 Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir:

258 - **Reparationen:** Historisches Unrecht gegenüber Ländern des sogenannten globalen  
259 Südens muss anerkannt und durch Reparationszahlungen ausgeglichen werden.

260 - **Schuldenschnitt:** Ein substanzieller Schuldenschnitt für hochverschuldete Länder des  
261 sogenannten globalen Südens, um Ressourcen für Klimaanpassung usw. freizusetzen.

- 262 - **solidarische Verhandlungen:** Bei Reparationsvereinbarungen müssen die Bedürfnisse  
263 der betroffenen Menschen im Mittelpunkt stehen. Mittel können in manchen Fällen  
264 direkt an Bevölkerungsgruppen fließen, etwa für Bildung, wobei staatliche Strukturen  
265 weiterhin Verantwortung tragen. Diese Reparationszahlungen dürfen nicht die  
266 herrschenden Eliten in Autokratien reicher machen.
- 267 - **Patentreform im Agrarsektor:** Patente auf Saatgut und Düngemittel müssen abgeschafft  
268 werden, um selbstbestimmte und nachhaltige Landwirtschaft zu ermöglichen.
- 269 - **Offene Technologien und Bottom-up-Ansätze:** Offener Zugang zu Ressourcen und  
270 Technologien sowie die Förderung von Bottom-up-Innovationen stärken nachhaltiges  
271 Wirtschaften und verhindern neue Abhängigkeiten.
- 272 - **Demokratisierung internationaler Organisationen:** Wir begleiten den Reformprozess  
273 UN80 der Vereinten Nationen kritisch und solidarisch mit Stimmen des sogenannten  
274 globalen Südens. Entscheidungsprozesse müssen demokratisiert und die Stimmen des  
275 sogenannten globalen Südens gestärkt werden.
- 276 - **Stärkung multilateraler Strukturen:** Wir wollen einen starken, demokratisch  
277 legitimierten Multilateralismus, der gleiche Mitsprache garantiert. Eine Reform  
278 internationaler Organisationen kann Kern dieser Stärkung sein.
- 279 - **Ausbau der Süd-Süd-Kooperation:** Die Zusammenarbeit zwischen Ländern des sogenannten  
280 globalen Südens muss wertgeleitet unterstützt werden. Interventionismus des  
281 sogenannten globalen Nordens, auch unter dem Deckmantel von Handelspolitik, stellen  
282 wir uns entschieden entgegen.
- 283 - **Beteiligung der Zivilgesellschaft:** Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und soziale  
284 Bewegungen müssen verbindlich in internationale Entscheidungsprozesse einbezogen  
285 werden.
- 286 - **Emancipation von US-Hegemonie:** Die Zeiten der US-amerikanischen  
287 Entwicklungsfinanzierung sind Geschichte. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung  
288 der Partnerschaften zwischen der Europäischen Union und Ländern des sog. globalen  
289 Südens im Sinne der Koalition der Willigen ein.

## 290 VII. Care-Migration

291 Das Konzept der "Global Care Chains" beschreibt transnationale Netzwerke von Sorge-  
292 und Pflegearbeit. Frauen aus dem sogenannten globalen Süden, aber auch Osteuropa,  
293 migrieren in westliche, wohlhabende Länder und leisten dort Sorge- und Pflegearbeit,  
294 während in ihren Herkunftsländern eine Versorgungslücke entsteht. Die Lücke wird  
295 meist von anderen FINTA im familiären Umfeld oder weiteren migrantisierten FINTA  
296 geschlossen.

297 Das Sorge- und Pflegesystem in Deutschland und anderen wohlhabenden Ländern basiert  
298 also in vielfacher Hinsicht auf der Ausbeutung marginalisierter Personen und dem  
299 sogenannten Care-Drain. Private Vermittlungsunternehmen profitieren von diesem  
300 Umstand enorm und befeuern die Ausbeutung insbesondere migrantischer Care-  
301 Arbeiter\*innen durch undurchsichtige Verfahren und Profitgier. Gerade vor dem  
302 Hintergrund des demografischen Wandels ist dies eine Herausforderung, die dringend  
303 angegangen werden muss - internationalistisch, feministisch und sozialistisch.

304 Dieses Problem ist schwierig durch ein einziges Gesetz zu lösen. Ein Beitrag zur

Lösung dieser Herausforderung ist nach unserer Vorstellung eine einheitliche, alle einschließende Kranken- und Pflegeversicherung, welche alle medizinisch und pflegerisch empfohlenen Leistungen in hoher Qualität vollumfänglich abdeckt. Dadurch werden Pflegekosten vollständig von der Sozialversicherung übernommen, wodurch es keine finanziellen Anreize mehr gibt, Pflegekräfte im privaten Bereich für prekäre Löhne zu beschäftigen. Da die Bedingungen des Care-Drains auf gleich mehreren Querschnittsthemen aufbauen, ist die Auflösung komplex. Trotzdem sind konkrete Ansatzpunkte notwendig, um die Situation und Arbeitsbedingungen möglichst schnell zu verbessern.

Deshalb fordern wir Jusos:

- **Eine Stärkung der Rechte des Pflegepersonals**, z. B. durch eine höhere Tarifbindung der Pflege, sowie eine stärkere Regulierung und Überwachung der Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche, um sog. Knebelverträge und Ausbeutung – auch im privaten Bereich – zu verhindern.

- **Bessere Arbeitsbedingungen und Unterstützungsprogramme** für die Ausbildung und den Berufseinstieg in Care-Berufen, um den Bedarf an Fachkräften langfristig zu decken.

- Wir brauchen **europäische Regeln**, die globale Ungleichheiten in der Pflegearbeit anerkennen und faire, selbstbestimmte Arbeits- und Vermittlungsbedingungen für migrierte Pflegekräfte garantieren.

- Den **Ausbau von Betreuungsangeboten** in von Care-Drain betroffenen Ländern, finanziert durch ein europäisches Solidarmodell, sowie eine europäische Initiative für armutsfeste Mindestlöhne und perspektivisch die Angleichung der ökonomischen Verhältnisse überall in der Europäischen Union

## **IX. Fazit**

Die Herausforderungen unserer Zeit, von der Klimakrise über globale Ungleichheit bis hin zu Flucht und Migration, erfordern systematische Lösungen. Wir fordern eine grundlegende Transformation der internationalen Beziehungen

Als Jusos stehen wir für eine Welt, in der alle Menschen in Würde leben können. Dies erfordert die Überwindung neokolonialer Kontinuitäten, den Aufbau gerechter Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklung neuer Formen internationaler Solidarität. Freier Handel zwischen freien und gleichen, multilaterale Zusammenarbeit solidarisch, gerechte Verteilung von Ressourcen und Produktionsmitteln, Anerkennung historischen Unrechts, Überwindung paternalistischer Strukturen und eine internationale Ordnung, die den Menschen dient, nicht dem Kapital.



## Antrag W05neu: Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

- 1 Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaft- und Schenkungssteuerrecht.
- 2 Die aktuelle Ausgestaltung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für Großbetriebe
- 3 zeigt, wie Vermögende durch komplizierte Rechtskonstruktionen Privilegien
- 4 zementieren.
- 5 Die sogenannte 'Verschonungsbedarfsprüfung' nach §28a ErbStG ist ein Instrument zur
- 6 systematischen Steuervermeidung für die reichsten Erben unserer Gesellschaft.
- 7 Während normale Arbeitnehmer\*innen jeden Euro ihres Einkommens versteuern müssen,
- 8 ermöglicht diese Regelung Großerben eine nahezu vollständige Steuerbefreiung - und
- 9 das ohne jede volkswirtschaftliche Rechtfertigung.
- 10 Die Verschonungsbedarfsprüfung ist damit ein klassisches Beispiel für die zunehmende
- 11 Ungleichheit in unserem Steuersystem.
- 12 Besonders skandalös:
- 13 Die Regelung greift gerade bei den größten Vermögen über 26 Millionen Euro - also
- 14 genau dort, wo eine gerechte Besteuerung zur Finanzierung unseres Gemeinwesens am
- 15 wichtigsten wäre.
- 16 Durch geschickte Gestaltung können Erben von Großvermögen ihre angebliche
- 17 'Bedürftigkeit' konstruieren und sich so der gesellschaftlichen Verantwortung
- 18 entziehen.
- 19 Die komplexe Rechtskonstruktion begünstigt ausschließlich diejenigen, die sich teure
- 20 Steuerberater und Wirtschaftsprüfer leisten können.
- 21 Prominentes Beispiel ist die Schenkung großer Aktienpakete von Friede Springer,
- 22 ehemalige Hauptaktionärin der Axel Springer AG, an Mathias Döpfner, den
- 23 Vorstandsvorsitzenden.
- 24 Dieser erwarb zunächst 4,1 Prozent der Aktien des Unternehmens mit einem Großteil
- 25 seines privaten Vermögens.
- 26 Friede Springer schenkte Döpfner 15 Prozent der Anteile, die auf der Grundlage des
- 27 Aktienkurses mehr als eine Milliarde Euro wert waren.
- 28 Durch den Kauf der ersten Aktien fehlte Döpfner verfügbares Vermögen außerhalb seiner
- 29 Anteile, um die Schenkungssteuer zu zahlen.
- 30 Damit vermied er eine Erbschafts-/Schenkungssteuer von rund 500 Millionen Euro, die
- 31 durch die fehlende Verwandtschaft zwischen Döpfner und Springer fällig gewesen wäre.
- 32 Dem Land Brandenburg entgingen somit eine halbe Milliarde Euro Erbschaftsteuer.
- 33 Die bestehende Optionsverschonung §§13a Abs. 10 und 13c Abs. 1 ErbStG ist bereits
- 34 mehr als ausreichend, um kleine und mittelständische Betriebe bis zu einem
- 35 Betriebsvermögen von 26 Millionen Euro zu schützen.
- 36 Sie sichert:

- 37 - Den Erhalt von Arbeitsplätzen durch die 700%-Lohnsummenregelung
- 38 - Die Unternehmenskontinuität durch die siebenjährige Behaltensfrist
- 39 - Eine faire Behandlung aller Betriebsübergänge
- 40 **Als ein Baustein zur Verwirklichung des Antrags „Ich will nich’ dein Haus Opi, aber**
- 41 **deine Villa würd’ ich nehmen! - Über ein sozialistisches Steuersystem“ vom**
- 42 Bundeskongress der Jusos 2023 eignet sich der Wegfall der Verschonungsbedarfsprüfung.
- 43 Es kann sichergestellt werden, dass Betriebsvermögen über 26 Millionen Euro
- 44 schrittweise aus der Privilegierung herausfallen und kleinere bis mittlere
- 45 Unternehmen geschützt werden.
- 46 Betriebe über der Abschmelzgrenze von 90 Millionen Euro würden dabei nicht mehr
- 47 verschont werden und müssten volle Erbschaftssteuer bezahlen.
- 48 Bei einem Betriebswert von 100 Mrd. Euro wären das in Steuerklasse I 30 Mrd. Euro.
- 49 Die bisherige Möglichkeit, die Zahlung der anfallenden Erbschaftssteuer um 10 Jahre
- 50 zurückzustellen, ist anzupassen , um tatsächliche Notverkäufe von Betrieben zu
- 51 verhindern. Denkbar wäre eine Erweiterung, um typische stille Beteiligungen der
- 52 öffentlichen Hand vorübergehend zu ermöglichen.
- 53 Die Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung ist ein notwendiger Schritt zu mehr
- 54 Steuergerechtigkeit.
- 55 Sie beendet ein ungerechtfertigtes Privileg für Großerben und stärkt das Prinzip der
- 56 Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.
- 57 Eine moderne, sozial gerechte Gesellschaft braucht keine Sonderregeln für die
- 58 Reichsten - sie braucht faire Regeln für alle.